beiträge
zur feministischen theorie und praxis

* 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge *

Modernisierung der Ungleichheit

weltweit · weltweit · weltweit · weltweit

23

Hrsg. Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

** 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge **

Modernisierung der Ungleichheit

weltweit · weltweit · weltweit · weltweit

23

1. Auflage, 1988
Eigenverlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln (Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1)
Gesamtherstellung: Farbo Druck & Grafik Team, Köln
Titel: Heidi Rautenberg, Köln

Impressum

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.

11. Jahrgang (1988) Heft 23

Redaktion: Ute Annecke, Heidrun Ehrhardt, Inge Hehr, Carola Möller, Gisela Notz, Brunhilde Sauer-Burghard, Christa Wichterich

Mitarbeiterinnen dieses Heftes: Jutta Berninghausen, Marianne Braig, Claudia von Braunmühl, Gabriele Broetz, Eva-Maria Bruchhaus, Esther Dischereit, Heidrun Ehrhardt, Helga Emde, Engela Geyer, Susanne Gura, Govind Kelkar, Birgit Kerstan, Marion Kraft, Susanne Lipka, Chandra Talpade Monhanty, Elvira Niesner, Jai Sin Pak, Eva von Pirch, Mascha Rohner, Fee Rohrmoser, Hildegard Scheu, Christa Wichterich, Gabriele Zdunnek

Die „beiträge" erscheinen dreimal im Jahr. Preis des Einzelheftes ab Heft 13 DM 16,– (Heft 8-12 DM 14,–), Doppelheft DM 28,–, Jahresabonnement (jeweils 3 Nummern) DM 38,–, Förderabonnement ab DM 60,–, Mitgliederabonnement DM 35,–. Einzelhefte sind durch jede Buchhandlung oder direkt beim Verlag zu beziehen. Abonnements ausschließlich durch den Verlag. Abbestellungen spätestens drei Monate vor Ende des Kalenderjahres möglich. Der Verlag erzielt keinen Gewinn. Mitarbeit erfolgt grundsätzlich ohne Honorar. Copyright by the authors. Nachdruck nur mit besonderer Erlaubnis des Verlages und unter Quellangabe gestattet. Sämtliche Verwertungsrechte an den Übersetzungen liegen beim Verlag. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Verlags- und Redaktionsadresse: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 02 21/52 64 22 · Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V., Konto-Nr.: 7 192 032 Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) und Konto-Nr. 565 30-500 Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50).

Vertrieb von Einzelheften und Abonnements: Verlag des Vereins Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen.
Vertrieb für den Buchhandel: Frauenliteraturvertrieb GBR, Erich-Ollenhauer Str. 231, 6200 Wiesbaden, Tel.: 0 61 21/41 07 80

INHALT

Editorial 5

Modernisierung der Ungleichheit – weltweit

Christa Wichterich
Überlebenspragmatikerinnen – ein Bein in der Subsistenz-, das andere in der Warenproduktion
Erfahrungen mit Stammesfrauen in Indien 9

Susanne Gura
Wie Frauen ihren Grundbesitz verlieren
Die matrilineare Gesellschaft der Minangkabau in West-Sumatra 21

Hildegard Scheu
Milchflut und Männermacht
Die Rolle der Frauen in der indischen Milchwirtschaft 29

Gabriele Broetz
„Ihr könnt uns nicht den Regen bringen"
Der tägliche Überlebenskampf der Songhay-Frauen im nördlichen Sahel von Mali 41

Claudia von Braunmühl
Strukturanpassung – mit Frauenaugen gesehen
Was die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für die Frauen in Jamaika bedeutet 53

Gabriele Zdunnek
Strukturanpassung – ein Ausweg aus der Krise?
Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik auf die Situation von Frauen in nigerianischen Städten 65

Marianne Braig
Sozialreformen und Modernisierung:
Die Auswirkungen auf Frauen in Mexiko 77

Govind Kelkar
. . . zwei Schritte zurück
Neue Landwirtschaftspolitik in China und die Frauenfrage 87

Jutta Berninghausen, Birgit Kerstan
Emanzipation ja – Feminismus nein?
Gespräche mit Aktivistinnen aus indonesischen Frauenprojekten 101

Eva-Maria Bruchhaus
Klamotten für die Welt – Altkleidersammlung und Unterentwicklung 113

Esther Dischereit
Der Kampf der Arbeiterinnen von Flair Fashion in Südkorea 119

Jai Sin Pak
Frauenwiderstand und patriarchaler Kotau 125

Susanne Lipka, Elvira Niesner
Über die Arbeit der agisra gegen Sextourismus und Frauenhandel 127

Eva von Pirch
Europa – Afrika Studien 138

Marion Kraft
Zwischen Aversion, Alibi und Anerkennung
Aspekte der Auseinandersetzung mit der Literatur schwarzer Frauen 139

Eva von Pirch
Was habe ich mit Afrika zu tun? 147

Helga Emde
Der Tanz 148

Diskussion

Chandra Talpade Mohanty
Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse 149

Dokumentation, Information

Aufruf zu dem 2. bundesweiten Kongreß
„Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“ 163

Heidrun Ehrhardt
Grau ist nicht das Opfer . . .
Eine Kritik der Tagung (6.–10.4.88) zur Mittäterschaft von Frauen 167

Vorankündigung Heft 24 172

Rezension

Katharina Oguntoye, May Opitz, Dagmar Schultz (Hrsg.)
Farbe bekennen
Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte *(Engela Geyer)* 173

Autorinnen

Editorial

Die Länder des Südens stehen mit ca. 1 Billion Dollar bei den Industrienationen in der Kreide, der jährliche Schuldendienst (Rückzahlung alter Kredite plus Zinsen) beläuft sich auf 150 Milliarden Dollar, während die gesamte Entwicklungshilfe des Nordens nur 40 Milliarden beträgt. Die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat eine Reispflanzmaschine in Sri Lanka eingeführt und will die Drei-Monats-Spritze in Ruanda zum massenhaften Einsatz bringen. Unsere Rinder fressen thailändischen Tapioka, Männer aus unseren Landen bedienen sich der Töchter verarmter thailändischer Bauern.

Der Prozeß der Durchkapitalisierung aller Länder wird lückenloser und vielfältiger, die Netze von Ressourcen- und Kapitaltransfer dichter. Lebendiges wie nicht belebtes „Rohmaterial" wird abgeschöpft, billige Arbeitskräfte werden mobilisiert und ausgepreßt, Absatzmärkte geschaffen, für Technologie und Know-how, für Waffen und Konsumgüter. Im Zuge der ökonomischen und gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse in den sozialistischen Ländern nach dem westlichen Entwicklungsmodell, das orientiert ist auf Wachstum, Weltmarkt, Industrialisierung und Technisierung wächst auch dort der Bedarf an Devisen, hochentwickelter Technik, technisches Wissen und Konsumgütern. Der Run des internationalen Kapitals auf diese neuen Produktions- und Konsummärkte und deren Aufteilung ist in vollem Gange. Die Firma Adler produziert in Zukunft Kleidung in China und hat gerade einen Modemarkt in Budapest eröffnet, Coca Cola „erobert" die Sowjetunion.
Die Kolonisierung, die Einbindung von Menschen in ein ausbeuterisches System, hat viele Gesichter: brutale und erniedrigende, aber auch verführerische und scheinbar aufwertende durch den Konsum und die Identifikationsangebote mit den westlichen Lebensformen.

Wie in der europäischen Geschichte zu Beginn der Industrialisierung bedeutet auch im Süden die Kapitalisierung für die Frauen zunächst einmal eine Enteignung von Produktionsmitteln, eine Entwertung ihrer Arbeitsleistung und -bereiche in der Landwirtschaft, dem Handwerk und Handel, ein Machtverlust und die Zunahme der Gewalt gegen sie.
Als 1980 ein Heft der „beiträge" zu dieser Thematik erschien, waren die Ausmaße der Zerstörung, die mit dieser Kolonisierung notwendig einhergeht, noch weniger überschaubar. Der industrielle Kahlschlag und Raubbau an der Natur sowie industrielle und ökologische Katastrophen haben den Frauen im wahrsten Sinne des Wortes den Subsistenzboden unter den Füßen weggezogen. Die Versorgung mit überlebensnotwendigen Gütern verschlechterte sich, die Arbeitsbelastung der Frauen nahm enorm zu.
Die industrielle Ausbeutung oder der Zusammenbruch bisher existenzsichernder Ökosysteme zwingt die Frauen zum Schritt in die moderne Geld- und Marktwirtschaft, auf den kapitalistischen Arbeitsmarkt. Gleichzeitig lockt sie das Geld als Überlebensmittel und – besonders für die jungen Frauen – als Verheißung großer Freiheiten.
Die Einführung neuer ausbeuterischer Arbeitsweisen wird – wie auch bei uns üblich – über die Arbeit von Frauen und Kindern durchgesetzt, z.B. in der Textil-, Elektro- und Elektronikindustrie. Die Frauen werden als Manövriermasse zwischen Erwerbs- und Subsistenzarbeit je nach technologischem Entwicklungsstand und ökonomischer Konjunktur verschoben und dadurch besonders ausbeutbar gemacht; lebt und profitiert der patriarchale Kapitalismus doch gerade von der Kombination von unbezahlter und bezahlter Arbeit. Die Männer werden dagegen häufig in eine Komplizenrolle für das Kapital und die technologie- und wachstumszentrierte Ent-

wicklungsstrategie befördert: als Vorarbeiter in den Fabriken, als Besitzer von Land, als Meister der Technik, als Verausgaber von Geld, als Herrscher über seine Ehefrau und Kinder in der bürgerlichen Kleinfamilie. Der Köder, der sie einbindet, ist ein Machtzugewinn, der die geschlechtliche Arbeitsteilung immer weiter hierarchisiert. Für die Frauen erweist sich das Versprechen der Geld- und Warenökonomie auf mehr Macht und Freiheit meist als Illusion. Im Gegenteil: Der Preis, den sie für die Individuierung, die Lösung aus der herkömmlichen patriarchalen Unterdrükkung und den – manchmal stattfindenden – Einstieg in die glitzernde Konsumwelt zahlen, sind neue, moderne Formen von Abhängigkeit und Ausbeutung, vom Ehemann, von der Bank, die ihnen einen Kredit gegeben hat, von Unternehmerwillkür, von der Nachfrage auf unkontrollierbar fernen Märkten, für die sie nun Produkte herstellen.
Gleichzeitig werden die bisherigen Frauen-(macht)zusammenhänge zerschlagen, über den ökonomischen Konkurrenzdruck die Frauensolidarität gesprengt, die kulturelle Identität aufgeweicht und die traditionellen Prestigebereiche von Frauen unterlaufen. Über den kapitalistischen Mechanismus, der gesellschaftliches Ansehen, Macht, Sicherheit, relative Unabhängigkeit und nicht zuletzt das Überleben selbst gleichsetzt mit dem Zugang zu und der Verfügung über Geldeinkommen, werden die Frauen in das gesellschaftliche Abseits gedrängt. Das Selbstwertgefühl für die eigenen Leistungen wird ihnen entzogen, indem ihre gesellschaftliche Arbeit zunehmend den Kriterien der kapitalistisch strukturierten Hausarbeit (unbezahlt, unsichtbar, enteignet von den Produkten der Arbeit, direkte Abhängigkeit vom Ehemann) unterworfen wird. Die ideelle Abwertung der Frauen als Wilde, Zurückgebliebene, Kulturlose, Unproduktive und die Erfahrung, daß der Lebensalltag sich nicht mehr mit den herkömmlichen Aufgaben, Geschlechtszuweisungen und Lebenskonzepten deckt, zwingt die Frauen in die Verunsicherung über ihr traditionell definiertes Selbstverständnis. Stattdessen wird das Bild der westlichen Frau als Hausfrau in der patriarchalen Kleinfamilie propagiert, zum weltweiten Modell verallgemeinert. Die Zerrissenheit zwischen alten und neuen Frauenbildern, zwischen Subsistenz- und Marktwirtschaft prädestiniert sie auch zur kulturellen Manövriermasse.
Auch die Gewalt gegen Frauen wird in diesem Prozeß modernisiert: *dowry* statt *sati*, Inderinnen werden nicht auf dem Scheiterhaufen ihres verstorbenen Mannes verbrannt, sondern in jungen Jahren mit Kerosin übergossen und in Flammen gesetzt, damit der Mann ein zweites Mal heiraten und eine zweite Mitgift kassieren kann. Unerwünschte Mädchen läßt man nicht mehr verhungern, sondern sie werden nach einer pränatalen Geschlechtsbestimmung abgetrieben oder gar vor der Zeugung durch Spermienselektion vermieden. Die ökonomische Konkurrenz treibt diese Prozesse voran, moderne Technologie stellt die Mittel bereit.
Die ökologische wie auch die Verschuldungskrise treffen Frauen am schärfsten und verlangen ihnen als zunehmend Alleinverantwortliche für das Überleben neue individuelle und kollektive Strategien des alltäglichen Krisenmanagements ab. Diese Überlebensstrategien sind eine Form des Widerstands, bei dem es ums Ganze geht, um die Existenz.

Diese Krise als universelle Chance zur bruchlosen Rückkehr zur bzw. Wiederbesinnung auf die Subsistenz und zur Rückgewinnung von Frauenmacht zu sehen, unterschlägt, daß die meisten Frauen – auch weltweit – nicht mehr über Wahl- und Entscheidungsfreiheit verfügen. Dies verkennt einerseits die existentielle Notwendigkeit vieler Frauen, ihre Arbeitskraft, Produkte oder ihren Körper auf dem kapitalistischen Markt zu verkaufen, weil ihnen die Voraussetzungen zur Subsistenz wie z.B. der Zugang zu bebaubarem, unverseuchtem Land, Wald fehlen und die entsprechenden Kenntnisse ihnen immer mehr verloren gehen. Zum anderen unterschätzt die Romantisierung der Subsistenz als alleiniger Krisenlösungsansatz, der überdies die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zwangsläufig aufbräche, daß das Kapital und die Männer die Produkte der Subsistenzarbeit für sich vereinnahmen.

Ohne politische Kämpfe bei uns wie auch im Süden – z.B. mit einer bloß individuellen Verweigerungsstrategie – läßt sich das immer perfektere und perfidere System des patriarchalen Kapitalismus nicht anknacken. Voraussetzung für kollektive politische Kämpfe ist die Entmystifizierung der zunehmend wirkungsvoller verschleierten Zusammenhänge von Ausbeutung und Abhängigkeiten. Der Versuch, Solidarität über Grenzen und Kontinente hinweg mit den Arbeiterinnen der Adler-Niederlassung in Süd-Korea Praxis werden zu lassen, war ein Schritt in diese Richtung, hat aber auch unsere Unerfahrenheit und Wissensdefizite deutlich gemacht.

Zum Tod von Christel Neusüß

„Und die Frauen? Tun die denn nichts? Oder: Was meine Mutter zu Marx sagt", lautete der erste Artikel, den Christel Neusüß in den „beiträgen" 1983 veröffentlichte, wo sie sich radikal und auch sehr vergnüglich mit der Marxschen Theorie und seiner Bewertung von Frauenarbeit auseinandersetzte. Hier schrieb sich eine Frau frei, die lange die Zwangsjacke der linken Theorie gespürt hatte und nun respektlos vor Autoritäten ihre kritischen Ansichten in die scheinbar naiven Fragen ihrer Mutter kleidete. Bei der Vorbereitung unseres Heftes „Geld oder Leben" lernten wir Christel dann als eine unermüdliche und sehr anregende Diskussionspartnerin kennen, die uns im Bereich der Geldtheorie mit ihren fundierten Kenntnissen bei der Erarbeitung unserer Position sehr geholfen hat. Leider blieb die Verbindung zu ihr wegen inhaltlicher und auch persönlicher Differenzen nicht erhalten. Als wir von ihrem drohenden Krebstod hörten, sendeten wir ihr eine Geste der Verbundenheit, die sie erwidert hat. Sie hat von uns allen Abschied genommen, ohne den Tod zu verdrängen.

Liebe LeserInnen,

die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis"* feiern *1988* ihren *10-jährigen Geburtstag.* Zum Dank an unseren treuen und stetig wachsenden LeserInnen- und AbonnentInnenkreis haben wir deshalb das Heft 23 – zum normalen Preis von 16,– DM – um 40 Seiten umfangreicher gestaltet.

Ira Roy

8 *Quelle: Manushi, Nr. 38, New Delhi, 1987, S. 26*

Christa Wichterich

Überlebenspragmatikerinnen – ein Bein in der Subsistenz-, das andere in der Warenproduktion

Erfahrungen mit Stammesfrauen in Indien

Die Verschuldungskrise und die ökologische Krise vieler Länder stellen Frauen als Überlebensproduzentinnen täglich vor einen Berg taktischer und strategischer Probleme, wie sich für die Familien das, was die Not wendet, organisieren und die Existenz für die nächsten Tage sichern läßt.
Die Radikalität und Schonungslosigkeit dieser Krise hat zu einer radikalen, befreienden Kritik an der Entwicklungsstrategie geführt, die seit der Kolonialzeit den vom Norden abhängig gemachten Ländern des Südens das Ende ihrer Armut durch Modernisierung, Industrialisierung, Technisierung und Einbindung in den Weltmarkt versprach. Befreiend war diese Kritik, weil sie den Entwurf einer Utopie, einer radikalen Gegenstrategie mit einem neuen „Prinzip Hoffnung" möglich machte: die Subsistenzwirtschaft als Gegenmodell zur weltmarktorientierten Geldwirtschaft.

Während wir uns die Relikte der Subsistenzproduktion im eigenen Alltag bewußt machen und verschüttete Spuren derselben sichern, geraten uns die Frauen in den krisengeplagten Ländern des Südens zu Hoffnungsträgerinnen und Vorbildern, nachdem wir sie vorher vor allem als Opfer der Modernisierungsstrategie und des homophilen Fortschrittstransfers von Mann zu Mann gesehen haben: Sie, die mit unglaublicher Energie und Phantasie immer wieder Überlebensstrategien entwikkeln, wo Wissenschaftler und Entwicklungspolitiker den Zusammenbruch von Ökosystemen und Staatsbankrotts diagnostizieren und den Tod von Millionenstädten prophezeien, sie, die noch so viele unmittelbar natureingebundene Arbeiten leisten, sie, die dem noch so nahe sind, was bei uns so entfremdet und verkrüppelt ist: der Subsistenz.

Dieser neue Blick hat uns aus unserer kaninchenhaften Fixierung auf die Frauen als Objekte und Leidende und aus unserem eigenen Mitleids- und Helfersyndrom gelöst. Endlich nehmen wir die Frauen als Subjekte wahr, als Handelnde mit eigenen Lebensplänen, von denen wir auch lernen können. Doch die berechtigte Freude über die Widerstandskraft und Überlebenskreativität der Frauen im Süden und der ebenso legitime Wunsch, ihnen und uns selbst Mut zu machen, lassen leicht den Balanceakt zwischen Subsistenz- und Warenproduktion vergessen, den die Frauen unter Mühe zu bewältigen haben, und auch die Sach- und ideologischen Zwänge, unter denen sie das Überleben organisieren.

Am Beispiel von indischen Stammesfrauen möchte ich fragen, inwieweit die Frauen unsere Subsistenz-Vergangenheit und Utopie gleichzeitig leben? Welche Zukunftsoptionen sie haben, welche Entscheidungen sie treffen, ob sie am Scheideweg zwischen Bewahrung der Subsistenzgesellschaft oder Eintritt in die patriarchal-kapitalistische Geldökonomie stehen (vgl. Böttger 1987).
Meine Beobachtungen beziehen sich auf Kondareddis im Ost-Godavari-Distrikt von Andhra Pradesh, Gonds in Südorissa, Sauras und Mundas in Orissa unweit von Bubaneshwar und Gonds und Khaiwar im Grenzgebiet von Uttar Pradesh und Madhya Pradesh[1].

Agrar-Kultur: ein Alltag von Arbeit und Festen

Die massive industrielle Abholzung seit der indischen Unabhängigkeit hat die *adivasi*[2] ihrer traditionellen Existenzgrundlage beraubt: Der Wald war ihr Subsistenzraum, in dem Arbeit und Kultur im Wechsel von Tag und Nacht, Trocken- und Regenzeit, Aussaat und Ernte eine untrennbare Einheit bildeten. Brandrodung und Wanderfeldbau, Sammeln und teilweise auch Tausch von Waldprodukten und die Jagd waren die jahrezeitlich und ökologisch angepaßten, existenzsichernden Standbeine der Dorfökonomie.

Das Rückgrat dieser sich weitgehend selbst versorgenden und selbstgenügsamen Wirtschaft waren die Frauen. Waldprodukte – Früchte, Nüsse, Kräuter, Blätter, Wurzeln, Pilze, Samen, Blüten, Honig, Harz, Feuerholz, Viehfutter, Gräser, Bambus – wurden überwiegend von ihnen unter Mithilfe der Kinder gesammelt. Der Artenreichtum des Dschungels garantierte ihnen für einige Monate im Jahr eine gehaltvolle Ernährung.

Komplementär zur Waldnutzung war der Anbau von Nahrungsmitteln, bei dem die Frauen das Gros der kontinuierlichen Arbeiten leisteten. Brandrodung und Wanderfeldbau waren die traditionelle Form tribaler Agrarkultur, wobei einzelnen Familien Land für zwei bis drei Jahre zur Nutzung zugewiesen wurde; danach erlosch das private Nutzungsrecht und das Land lag zwischen 25 und 30 Jahre brach, bis der Wald sich vollständig regeneriert hatte. Gegenseitige Hilfe war ein Grundprinzip dieser Ökonomie, so daß z.B. auch Witwen ein eigenes Stück Land bebauen konnten.

Die Achtung vor der Natur als lebendem Organismus, der als von Göttinnen und Geistern beseelt galt, war groß. Die ökologisch wichtigsten Pflanzen wurden einem Fäll- oder gar Nutzungstabu unterworfen und als heilig verehrt; noch heute werden in den Dörfern alte Bäume oder Sträucher als Sitz von spirituellen Kräften geachtet. Vor der Brandrodung wurde die Waldgöttin, *bana devata*, rituell beschwichtigt und große Bäume wurden nicht niedergebrannt.

Vermittelt über den Animismus war ein Ausgleich zwischen den menschlichen Bedürfnissen an Ressourcennutzung und der Notwendigkeit der Regeneration des Ökosystems garantiert. Das Verhältnis Mensch–Natur läßt sich als „konstruktive Abhängigkeit" beschreiben (Fernandes, Menon 1987, S. 10).

Ester Boserup's Kennzeichnung des Wanderfeldbaus in Afrika als „weiblich" trifft ebenso auf den der *adivasi* zu. Es ist eine Wirtschaftsweise, die materiell vollständig auf Biomasse und ideell auf moralischen und ökologischen Prinzipien basiert. Sie gilt seit kolonialen Zeiten als „primitiv", weil sie arbeitsintensiv, aber nicht nutzungsintensiv und überdies technikarm ist. Die Benutzung eines Pfluges war z.B. in dem hügeligen und oft auch felsigen Gelände der *adivasi* nicht möglich, und die Feldnutzung war nicht so intensiv, daß sie von den Anbauprodukten allein hätten überleben können.

Die dominante Rolle in der Subsistenzwirtschaft garantierte den Frauen eine soziale Selbständigkeit und Handlungsräume, die sich grundlegend von denen einer Frau in der Hindu-Gesellschaft unterschieden. Die *adivasi*-Gesellschaften waren zwar auch patriarchal, aber nicht rigide patrilokal und patrilinear. Es herrscht bis heute keine Segregation der Geschlechter. Die jungen Frauen hatten ein Mitspracherecht bei der Wahl des Bräutigams. Bei der Hochzeit wurde Brautpreis – nicht Mitgift – gezahlt.[3] Ehetrennungen und Wiederheirat waren häufig und sozial toleriert.

Für die Sozialbeziehungen war das Feiern von ebenso großer Bedeutung wie die Arbeit. Nostalgisch berichten alte *adivasi* davon, wie häufig und extensiv besonders nach der Ernte gefeiert wurde, wie nächtelang durchgetanzt und gesungen, der regional verfügbare Alkohol genossen und kräftig angebändelt wurde.

Im Rückblick idyllisieren die *adivasi* ihr früheres Leben nicht: Die Härte der Arbeit, die Beschränktheit ihrer Lebenschancen und die Abhängigkeit von den Unwägbarkeiten der Natur haben sie nicht vergesen; aber sie fühlten sich reich in bezug auf die

zugänglichen Ressourcen, ihre Kltur und die verfügbare Zeit, denn ihre Arbeit war der Natur angepaßt, aber keinem anderen äußeren Zeitmaß unterworfen.

Moderne Zeiten

In diese ökonomisch wie sozio-kulturell weitgehend autarken Gesellschaften brachen die modernen Zeiten mit aller Macht durch die Kumpanei von staatlichen Gesetzen und kapitalistischen Motorsägen ein. Seit der Kolonialzeit sind große Waldgebiete zu „reserved forest", zu Staatseigentum erklärt, und Nutzungsrechte und Lizenzen an private Unternehmer verkauft worden. Durch die staatliche Kontrollgewalt über den Dschungel wurden die *adivasi* ihres freien Zugangs zu den Waldressourcen enteignet; zwar ist es ihnen erlaubt, sich für den Eigenbedarf zu versorgen, doch die Nutzung der Ressourcen wurde nun von der Gunst oder Bestechung von Forstbeamten abhängig.
Gleichzeitig mit der Lizenzvergabe an die Papier- und Holzindustrie baute die Regierung im Grenzgebiet von Uttar und Madhya Pradesh den Kohlebergbau und Steinbrüche aus. Eine alte *Gond*-Frau in diesem Gebiet beschreibt dies: „Wir lebten Seite an Seite mit den Tigern. Unser Leben war begrenzt, es war gefährlich, auf die andere Seite des Bachs zu gehen. Dann, als sie kamen und die Steine brachen, liefen die Tiger weg und alles änderte sich. Den Dschungel haben sie weggetragen." Die hier bildhaft beschriebene Änderung ist der Einbruch der Geld- und Warenökonomie in die Selbstversorgungswirtschaft der *adivasi* und die plötzliche Erweiterung ihres Handlungsraums. Der kommerzielle Raubbau am Dschungel, der nun ohne Rücksicht auf Menschen und Natur im Zeichen des Profits vorangetrieben wurde, hat zusammen mit dem Ausbau von Industrie und Infrastruktur und der Konstruktion von Staudämmen den Waldbestand seit der Unabhängigkeit 1947 um fast zwei Drittel reduziert, von ca. 29 % der Gesamtfläche Indiens auf ca. 11 %.
Während die Frauen früher in Dorfnähe das nötige Feuerholz und Viehfutter sammeln konnten, müssen sie heute kilometerweit und stundenlang gehen (Saxena 1987). Die Ernährung der *adivasi* verschlechterte sich zum einen mit dem schwindenden Vorrat an Waldprodukten, auf die überdies nun auch Forstbeamte und Unternehmer ständig ein Argusauge werfen. Zum anderen ist Wanderfeldbau wegen der massiven Abholzung jetzt ökologisch nicht mehr tragbar, wird von Forstbeamten immer häufiger vereitelt und wo er nicht schon verboten ist, steht ein entsprechendes Gesetz bevor.

Mit dem Wechsel vom Wanderfeldbau zur Land-Wirtschaft wird auch das Eigentum gesellschaftlich neu organisisert: Statt Gemeinschaftseigentum des Dorfes, das entsprechend den Bedürfnissen zur Nutzung aufgeteilt wurde, gibt es nun Privateigentum und eine Konkurrenz um das beste Land. Der Landverteilungskampf schuf nicht nur ein neues soziales Gefälle in der *adivasi*-Gemeinschaft, sondern auch eine neue Polarität zwischen den Geschlechtern. Wo private Eigentumsrechte kodifiziert wurden, geschah dies überwiegend im Namen von Männern. Frauen erben nur, wenn sie keine Brüder bzw. Söhne haben. Bei den *adivasi* im Grenzgebiet von Uttar Pradesh und Madhya Pradesh besteht die Tendenz, daß auch in diesen Fällen ein männliches Familienmitglied erbt, d.h. zu einer reinen Patrilinearität überzugehen. Die *Gond*-Frauen in Süd-Orissa beklagen, daß ihr einziger Besitz ihre flachen goldenen Nasenknöpfe sind.
In der Land-Wirtschaft in ebenerem Gebiet kommt der Pflug zum Einsatz und mit ihm kommt mit jener patriarchalen Selbstverständlichkeit, die als „natürlich" erscheint, ein Tabu für Frauen daher. Legitimiert wird das männliche Monopol auf's Pflügen mit dem ideologischen Stereotyp der schwachen weiblichen Physis – eine Lächerlichkeit in einer Gesellschaft, in der Frauen schwerste körperliche Arbeiten leisten.

Desintegration und Integration Hand in Hand

Das Eindringen von Staat und Kapital geht gleichzeitig damit einher, daß die *adivasi* in die Geld- und Marktwirtschaft aktiv eingebunden werden. Geld wird, was es vorher nie war: ein Überlebens-Mittel, eine Not-wendigkeit. Wenn die Frauen weiter Körbe flechten oder Seile knüpfen wollen, muß das Rohmaterial jetzt von einem Unternehmer gekauft werden. Händler und Mittelsmänner bedrängen sie nun, gesammelte Ölsamen, *tamarind*-Schoten und *kendu*-Blätter, die mit Tabakkrümeln gefüllt zu kleinen Zigarillos verarbeitet werden, zu verkaufen und damit zu Zulieferinnen der Industrie zu werden. Papier- und Holzunternehmen bieten ihnen Lohnarbeit bei der Abholzung an. Weil die Subsistenzproduktion das Überleben nicht mehr sichert, sind die Frauen gezwungen, sich ein zweites existenzsicherndes Standbein in der Warenökonomie durch Handel oder Lohnarbeit zu erschließen.

Meine Reisen durch die verschiedenen, von Stammesbevölkerung bewohnten Gebiete waren eine Begegnung mit der Ungleichzeitigkeit von Entwicklung, eine Reise durch die historischen Etappen eines Zerstörungs- und Desintegrationsprozesses einerseits und eines Integrationsprozesses andererseits.

Die *adivasi* bleiben beim Einbruch der modernen Ökonomie nicht passiv, sondern werden auch Handelnde und damit aktiver Teil des Systems, das ihnen ihre alte Subsistenzbasis zerstört. Diese Perversion ist zum mehr oder weniger bewußten Alltag der meisten Frauen geworden. Am deutlichsten ist dies im Ost-Godavari-Gebiet, wo sie Lohnarbeiterinnen für die Papierindustrie sind, d.h. selbst an der kommerziellen Plünderung des Waldes beteiligt sind und damit eigenhändig das vernichten, was im Augenblick noch ihre Einkommensquelle ist. Ihr Bezug auf die Industrie ist eine hilflose Haß-Liebe: Ihre Existenzlage ist so prekär, daß sie glücklich über jede Verdienstmöglichkeit sind und zum Werkzeug der industriellen Vernutzung der Ressourcen werden.

In Orissa ist dagegen die Phase der industriellen Abholzung bereits beendet. Der Verkauf von Feuerholz aus dem Restwald an Händler ist für diese Frauen die Haupteinkommensquelle. Das Sammeln von Feuerholz wird jedoch immer zeit- und energieaufwendiger, während die Verdienstspanne sinkt, weil die Waldaufseher ständig Bestechungsgelder fordern.

In einer klassischen Ursache-Wirkungs-Verkehrung werden diese Feuerholzverkäuferinnen nun sowohl in der indischen Öffentlichkeit als auch in der internationalen Diskussion über Umweltzerstörung als Sündenböcke für die Abholzung gebrandmarkt. Die Opfer erscheinen als die Schuldigen (Agarwal 1986, S. 3).

Auch in Mittelorissa in der Nähe von Bubaneshwar war Brennmaterial eine wesentliche Einkommensquelle für die Frauen, doch in Kürze darf das Waldgebiet von den *adivasi* nicht mehr betreten werden, weil die Regierung einen Nationalpark für Elefanten anlegt. Damit ist ihnen ihre alte Lebensgrundlage buchstäblich entzogen – ein Problem, das sich für die *adivasi* in Südorissa und Ost-Godavari in zehn bis fünfzehn Jahren ähnlich stellen wird. Die Frauen in Mittelorissa sind gezwungen, nach einer neuen Einkommensquelle zu suchen und „unternehmerische" Initiative zu entwickeln. Ihr Überleben können sie nur durch einen Schritt hinein in die Erwerbsarbeit und Marktwirtschaft sichern. Sie wollen einen Sparfonds gründen, weil sie einen Kapitalstock für Auktionen brauchen, bei denen die Regierung Aufträge für z.B. Bauarbeiten oder Privatleute die Nutzungsrechte an Fischteichen und Obstbäumen versteigern.

Im Grenzgebiet von Uttar Pradesh und Madhya Pradesh verscherbeln die Frauen Ölsamen zu Spottpreisen an Mittelsmänner, die sie an den indischen Lebensmittelkonzern Dalda weiterverkaufen. Teilweise haben die Frauen sogar aufgehört, für den eigenen Gebrauch Öl zu pressen und angefangen, Dalda's Dosenfett zu kaufen.

Die fortschreitende Zerstörung ihrer Subsistenzbasis verstrickt die *adivasi* immer tiefer in die Abhängigkeit vom Geldsystem. Um die Ernährungsengpässe in den Monaten vor der Monsun- und Winterernte zu überbrücken, nehmen die Darlehen bei

privaten Geldverleihern auf. Wegen der Gutgläubigkeit und Rechtsunkundigkeit sind sie leichte Ausbeutungsobjekte für Zinswucherer und Landhaie. Die Verschuldung im Nacken sind sie zur Erwirtschaftung eines immer höheren Geldeinkommens gezwungen oder aber im Extremfall dazu, ihr Land an den Geldverleiher zu verpfänden.

Die sexistische Gewalt der Verhältnisse

Der Einbezug der *adivasi*-Frauen in die Geld- und Warenökonomie ist jedoch direkt ein sexistischer (vgl. Bennholdt-Thomsen 1987): Ihre unmittelbare Marginalisierung zeigt sich, wo immer sie in den Lohnarbeitsmarkt integriert werden, sei es für die Papierindustrie, auf den Felder nicht-tribaler Mittelbauern oder an Baustellen der Regierung: stets liegen ihre Löhne – trotz meist gleicher Arbeit – niedriger als die der Männer. Bei der Integration in die Erwerbsarbeit findet mit Hilfe des neuen Maßstabs aller Dinge und Verhältnisse, dem Geld, eine Abwertung ihrer Arbeitsleistung statt, die in der tribalen Ökonomie als gleichwertig mit der männlichen galt.
Als Proletarisierung kann dieser Einbezug in den Lohnarbeitsmarkt nicht bezeichnet werden, denn von dem unsicheren, nur saisonalen Geldeinkommen allein könnten die Frauen ebensowenig überleben wie von der Subsistenzproduktion unter den jetzigen Bedingungen. Sie stehen nicht an einem Scheideweg zwischen Subsistenz- und Warenwirtschaft, die einzig gangbare Perspektive ist für sie eine Kombination zweier Wege. So ist die Überlebensstrategie der Frauen eine individuelle Mischwirtschaft von Subsistenz- und Erwerbsarbeit (vgl. Lenz 1984, S. 47f, 62ff).
Die Arbeitsbelastung der Frauen wächst in dem Maße wie die Ressourcen schwinden, die Versorgung für den Eigenbedarf mehr Zeit kostet und gleichzeitig die Notwendigkeit zur Erwerbsarbeit wächst. So geraten sie in eine Spirale zunehmender Arbeitslast sowohl im Subsistenz- als auch im Erwerbsarbeitssektor.
Migration in eine Stadt wird von ihnen nicht als Alternative erwogen, weil ihre Bindung an ihr Land und den Wald so stark ist. Auf die Frage, was sie machen würden, wenn in einem Jahrzehnt kein Wald mehr vorhanden sei, antwortete eine *Gond*-Frau in Südorissa: „Dann sterben wir alle". Verfügung über Land und der Zugang zu Wald haben als Existenzsicherung für sie Priorität vor der Lohnarbeit, die ihnen völlig neue Formen der Disziplin, Effizienz und Zeitökonomie abverlangt. Trotzdem brauchen und wollen sie ein Geldeinkommen, um sich lebenswichtige Produkte wie Kleidung, Kerosin und fehlende Nahrungsmittel zu kaufen.

Für die Frauen ist die ökonomische Ausbeutung unmittelbar gekoppelt mit neuen Formen sexueller Gewalt. Parallel zur Aneignung und Entwertung ihrer Arbeitskraft durch Außenstehende erfolgt die Aneignung ihrer Körper und die Mißachtung ihrer persönlichen Würde. Überall klagen die *adivasi*-Frauen darüber, daß die Forstbeamten sie beim Holzsuchen anmachen und bedrängen. Die Waldarbeiterinnen im Ost-Godavari-Distrikt sind sexuellen Belästigungen und Vergewaltigungen durch die Vorarbeiter und Lastwagenfahrer ausgesetzt. Die Mobilität und Freiräume wie auch die im Vergleich mit der Hindu-Gesellschaft freiere Sexualmoral der *adivasi*-Frauen kehren sich außerhalb der *adivasi*-Gesellschaft gegen sie, und sie werden als Freiwild betrachtet.
Im Ost-Godavari-Gebiet haben Nicht-*adivasi* die Heirat mit Kondareddi-Frauen zu ihrer Bereicherung benutzt; sie mißbrauchen das Vertrauen der *adivasi* und nehmen auf deren Land eine Hypothek auf, weil sie Investitionskapital für die Landwirtschaft oder ein Geschäft brauchen. Bei Verschuldung sind diese Männer verschwunden, die Frauen bleiben mit Kindern und Schulden zurück und verlieren das Land.
Der Anteil der Männer an der Verantwortung für den Lebensunterhalt der Familie nimmt keineswegs zwangsläufig mit dem Angebot und der Übernahme von Erwerbsarbeit zu. Vielmehr haben sich viele Männer förmlich mit Hilfe von Alkohol,

selbst hergestellten wie von Händlern verkauftem, aus dieser Verantwortung gestohlen. Im Ost-Godavari-Distrikt sind die Männer ca. vier Monate pro Jahr, während der Erntezeit von *toddy,* vergorenem Palmblütensaft, nicht oder nur sehr beschränkt arbeitsfähig. So gelten die Frauen als Haupternährerinnen der Familien und werden entsprechend geachtet. Trotzdem verfügen sie nicht notwendig über das Geldeinkommen, das sie erarbeiten. Männer können sich die Kontrolle über das Geld sichern, weil sie mobiler und zeitlich weniger belastet sind. So fahren Männer im Ost-Godavari-Gebiet zum Verkauf der von den Frauen gesammelten und verarbeiteten Waldprodukte, von Ziegen und Feldfrüchten zum Wochenmarkt in den nächsten Ort. In der Gegend von Bubaneshwar vermarkten die Männer, die ein Fahrrad besitzen, täglich das Feuerholz, das ihre Frauen nach Hause schleppen und kleinhacken. Die Verteilung des Geldes innerhalb des Haushalts führt häufig zu Konflikten zwischen den Eheleuten.

Das Konzept *jungli*

Mit der ökonomischen Enteignung der *adivasi* ging auch die Zerstörung ihrer kulturellen Identität einher. Ihre animistischen Riten, die unlösbar mit dem jahreszeitlichen Zyklus, der Nutzung des Waldes und der Bebauung des Bodens verbunden waren, wurden langsam obsolet. Gleichzeitig vermittelten alle Fremden schonungslos die Wertschätzung, daß die Hindu-Gesellschaft der *adivasi*-Kultur und Ökonomie überlegen sei. Das Hindi-Adjektiv *jungli,* dschunglig, mit dem die *adivasi* als Dschungelmenschen pauschal charakterisiert werden, ist ein Synonym für rückständig und unzivilisiert. Der von außen importierte sozio-kulturelle Wertmaßstab, der Verhaltenskodex des Brahmanen-Hinduismus, erzeugte einen kollektiven Minderwertigkeitskomplex der *adivasi* und einen starken Anpassungsdruck. In einem Prozeß sekundärer Identifikation übernehmen die *adivasi* nun immer mehr Normen und Verhaltensregeln der Hindu-Gesellschaft, um dem Stigma tribaler Minderwertigkeit zu entkommen. Die Frauen lernen, daß es sich nicht gehört, keine Bluse zu tragen, zu rauchen, gemeinsam mit Männern zu essen und mit fremden Männern zu reden. Bei der Erziehung steht ein neues Frauenbild Modell: die schüchterne, hinter dem Mann zurücktretende Frau. Mädchen wird beigebracht, scheu zu sein, nicht mit Jungen zu spielen, nur nach Aufforderung zu reden. In Orissa legen sich die Frauen beim Besuch des Hindu-Tempels das Sari-Ende über den Kopf und tupfen sich ein *bindi,* einen roten Punkt, auf die Stirn. Im Süden Uttar Pradeshs tragen verheiratete Frauen *sindoor,* rote Farbe, auf ihren Scheitel auf, Kennzeichen einer verheirateten Hindu-Frau. Dort haben die *adivasi* auch begonnen, ihre Kinder viel jünger zu verheiraten; die Hochzeit wird nun im Haus der Braut und nicht mehr in dem des Bräutigams gefeiert, d.h. die Brauteltern tragen die Kosten, und vereinzelt wird – wie auch in Südorissa – statt des früher üblichen Brautpreises bereits Mitgift gezahlt, und zwar von denen, die „es sich leisten können", d.h. es existieren erste Anzeichen dafür, daß die Mitgift auch in den *adivasi*-Gesellschaften zu einem Statussymbol werden könnte.

Anstelle ihrer Stammesnamen übernehmen die *adivasi* im Süden Uttar Pradeshs Hindu-Namen. In dieser Region läßt sich ein deutlicher Unterschied in der Selbsteinschätzung der *adivasi*-Frauen abhängig von der Intensität der Einflüsse von außen, sowohl der Stadt als auch der gandhianischen Gruppe, die hier tätig ist, feststellen.

Frauen mittleren Alters, die in abgelegenen Dörfern leben, wissen sehr genau, was Fremde als *jungli* betrachten und wehren Belehrungs- und Umerziehungsversuche von außen ab. Als wir z.B. eine Gruppe von Frauen fragten, warum sie ihren Babys so viele Amulette um den Hals hängen, wichen sie einer Debatte über ihren Glauben an Magie aus, indem sie antworteten, „um den Hals der Kinder hochzuhalten".

Besonders ältere Frauen sind sich ihrer bedeutenden Leistung in der Familien- und Dorfökonomie bewußt und haben ein gesundes Selbstvertrauen.
Bei *adivasi,* die näher an der Stadt oder an dem gandhianischen Ashram leben, dominiert dagegen bereits das Gefühl tribaler Minderwertigkeit und die Selbstschutzmechanismen sind weniger stark. Ihre Identität ist gebrochen. Bei den jungen Frauen hat schon eine Distanzierung der eigenen Kultur gegenüber eingesetzt und einer Internalisierung der neuen Werte begonnen: „Ich mag unsere Lieder und Tänze nicht" oder „Unsere Lieder sind nicht gut, die Lieder aus der Stadt sind gut". Diese Ansätze zum Verschweigen oder Verleugnen der eigenen kulturellen Identität gehen einher mit einer tragischen Geringschätzung der eigenen Person. „Schwester, wir sind kaputt" oder „Wir haben kein Gehirn im Kopf".
Die Heirat von Kondareddi-Frauen im Ost-Godavari-Distrikt mit Nicht-*adivasi*-Männern signalisiert auch ein Aus- und Aufstiegsinteresse der Frauen. Ihnen wird übel nachgeredet, daß sie sich von Äußerlichkeiten, wie einer Hose als Zeichen der Zivilisation, und der Hoffnung auf einen besseren Lebensstandard verleiten lassen.

Feuerholz statt Cashew-Nüsse

Für die Interessen der *adivasi* setzten sich Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) unterschiedlicher politischer Couleur ein. Sie haben Kampagnen gegen Geldverleiher, Schuldknechtschaft und Alkoholhändler organisiert, Katastrophenhilfe bei Dürre und Überschwemmung geleistet, bei Landkämpfen stellen sie Rechtsbeistand und versuchen zu gewährleisten, daß Wohlfahrts- oder ökonomische Programme der Regierung den *adivasi* zugute kommen. An einigen Beispielen soll nun untersucht werden, welchen Nutzen ihr Entwicklungsansatz „von unten" und die von ihnen initiierten Programme den Frauen bringen.
Lebensplanungen und -chancen der Frauen sind durch folgende Bedingungen abgesteckt:

– die vormals intakte und autarke Subsistenzökonomie der *adivasi* ist mit dem Wald für absehbare Zeit unwiederbringlich zerstört worden,

– sie sind aktive Wirtschaftssubjekte in der Geld- und Warenökonomie,

– die früher eigenständige Kultur unterliegt einer Hinduisierung und viele *adivasi* leiden an einem Minderwertigkeitstrauma.

Die Kombination von Subsistenz- und Erwerbsarbeit sichert solange die Befriedigung ihrer Basisbedürfnisse, wie sie nicht durch weitere Abholzung oder Landverlust gänzlich von Ressourcen und Produktionsmitteln getrennt werden, Verschuldung oder eine infolge der Umweltschäden immer häufigeren „Natur"katastrophen wie Dürre oder Überschwemmung sie existenziell gefährden. Überlebenssicherung bleibt auf absehbare Zeit das dringlichste Problem der *adivasi*-Frauen. Werden nun durch die Programme von NROs ihre Handlungschancen verbessert und neue Lebensplanungen möglich?
Die indische Regierung und ausländische Entwicklungsorganisationen stellen seit einigen Jahren Milliarden Rupies für Aufforstungsprogramme zur Verfügung. Im Ost-Godavari-Distrikt führt eine NRO solch ein social-forestry-Programm, finanziert von Regierung und Weltbank, durch. Vier Jahre lang erhalten die Nutznießer ein monatliches Entgeld für die Anpflanzung und Pflege der Setzlinge auf ihrem Land, danach kann abgeerntet werden. Auflage der Weltbank für die Pflanzung sind Cashew-Bäume, damit Indien in Zukunft mehr Cashew-Nüsse exportieren kann. Auflage der Regierung sind Mango-Bäume, um die indische Sperrholzindustrie mit dem nötigen Weichholz zu versorgen. Nur wenige Feuerholz- und Futterbäume wurden angepflanzt.
Mit dem ökologischen Ziel der Aufforstung wird hier eindeutig der Zweck der cash-crop-Produktion, des Anbaus für den Markt, verfolgt. Hinter dem Etikett „social

forestry" verbirgt sich ein kommerzielles Interesse, wobei der Staat bzw. eine multinationale Agentur die Verwertungsinteressen des nationalen Kapitals bzw. des Weltmarkts durchsetzen.
In der Regel sind die Kondareddi-Männer als Nutznießer des Programms registriert, obwohl die Frauen den Löwenanteil der Arbeit verrichten. In den Familien kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen, weil die Männer versuchen, das Einkommen zu kontrollieren und für ihre Bedürfnisse auszugeben. „Schlaue" Frauen lassen sich das Geld auszahlen und kaufen sofort Lebensmittel davon, um häusliche Konflikte zu vermeiden.
Trotz dieses Geldeinkommens ist das Interesse der Frauen an den Pflanzungen gering, und viele bieten einen traurigen Anblick: Nur 40 bis 50% der Setzlinge sind angegangen. Die Aussicht auf eine zukünftige Warenproduktion, eine ferne und fremde Perspektive, motiviert die Frauen nicht.
In Südorissa hat eine NRO ein social-forestry-Programm als reines Frauenprogramm durchgeführt. Da es dort von Regierungsseite keine Auflagen über die zu pflanzenden Spezies gab, haben die Frauen selbst Samen und Ableger gesammelt und die Setzlinge angepflanzt, die ihren Bedürfnissen entsprechen. 80% der Pflanzung besteht aus Feuerholz- und Futterbäumen, der Rest sind Obst- und Nußbäume, d.h. etwa das umgekehrte Verhältnis als in dem anderen Programm. Gemeinsam haben 15 bis 20 Frauen je eines Dorfes brachliegendes Land bearbeitet. 85% der Setzlinge sind angegangen. In der Landbereitungs- und Bepflanzungsphase erhalten die Frauen einen Tageslohn von 10 Rupies, wovon 1 Rupie in einen Gemeinschaftsfonds der Frauen für Gesundheitsversorgung, Kindergarten und individuelle Notfälle wandert und 1 Rupie für jede Frau individuell gespart wird.
Die Frauen beschlossen, die Anpflanzungen nicht in individuelle Stücke aufzuteilen, weil sie Streit über unterschiedlich guten Boden und unterschiedliches Gedeihen der Bäume ebenso fürchten wie die Gefahr, daß einzelne Frauen ihr Stück verpfänden würden. Deshalb wollen sie die Produkte in gleiche Teile aufteilen, zunächst den Eigenbedarf decken und nur die Überschüsse verkaufen. Konflikte mit den Männern sind vorprogrammiert, denn diese streben ein zusätzliches Geldeinkommen an und plädieren für Vermarktung des Gesamtprodukts.
Die Frauen haben zudem ein Interesse an elementarer Bildung geäußert, weil sie nicht einmal in der Lage sind, die angepflanzten Bäumchen zu zählen und einen Mann im Dorf bitten mußten, für sie Buch zu führen.
Der Vergleich der beiden social-forestry-Programme zeigt, welchen Unterschied es macht, wenn die Frauen ein ökonomisches Programm selbstbestimmt planen und gestalten können. In dem – seltenen – Fall, wo sie eine Entscheidungsmöglichkeit hatten, wählten sie die Gebrauchswert- statt die Tauschwertproduktion. Unmittelbare Selbstversorgung gilt ihnen offenbar als die bessere Zukunftssicherung. Außerdem verknüpfen sie als Gruppe mit dem wirtschaftlichen Ziel Maßnahmen der kollektiven und individuellen Absicherung, ein Kennzeichen der alten „moral economy".

Exkurs: Gandhis Entwicklung der Dörfer und Frauen

Im Süden Uttar Pradeshs arbeitet seit zwanzig Jahren eine gandhianische Gruppe, die Gandhis Entwicklungsansatz von sich selbstversorgenden und -verwaltenden Dorfeinheiten zu verwirklichen sucht.
Gandhis Vision einer *Sarvodaya*-Gesellschaft, die allen Wohlfahrt im Sinne der Befriedigung ihrer materiellen, kulturellen und spirituellen Grundbedürfnisse bieten soll, ist die von einer selbstgenügsamen Subsistenzökonomie. Allgemeine Wohlfahrt war für Gandhi das Anti-Ziel zum Wohlstand der westlichen Industriegesellschaft, in der einzelne ihren Zweck individueller Entfaltung und Bereicherung egoistisch verfolgen. Gesellschaftliche Entwicklung und Persönlichkeitsbildung, moralische

und sozio-ökononomische Normen greifen in seiner Philosophie ineinander. Der Bezug des einzelnen auf die Gemeinschaft ist ein Dienen und Sich-Aufopfern, und genau auf dieser Eigenschaft baute Gandhi sein Frauenideal auf. Die „unvergleichliche Duldsamkeit und Leidensfähigkeit" der Frau (Erikson 1978, S. 275), die Frau als „Personifizierung von Opfer und folglich Gewaltfreiheit" (Kishwar 1986, S. 34) prädestiniert sie zum Kampf für die *Sarvodaya*-Gesellschaft und den gewaltlosen Widerstand z.B. in der nationalen Befreiungsbewegung. Auf diesem Hintergrund ist Gandhis historische Leistung, daß er Frauen aller Klassen und Kasten zur Teilnahme am antikolonialen Kampf ermutigte, zu sehen[5].

Gandhi beklagte die Frauenunterdrückung und verurteilte die Verletzung der menschlichen Würde der Inderin. Doch betrachtete er diese als Folge einiger unguter, sozialer Praktiken wie Kinderheirat, Verbot der Wiederverheiratung von Witwen und Kinderwitwen, Mitgift und *Purdah* (Verschleierung und Seklusion). Er sah sie ebensowenig wie die ansozialisierten und aufgezwungenen Eigenschaften der Selbstlosigkeit und Leidensbereitschaft als Strukturmerkmale des indischen Patriarchats, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und des Familiensystems der oberen Kasten.

Er verstand die geschlechtliche Arbeitsteilung als „natürlich" und die sozialen Aufgaben von Mann und Frau als „komplementär". Es ist das Recht der Frau, das Haus zu regieren. Der Mann ist draußen der Herr" (Kishwar 1986, S. 29). So findet sich bei ihm das bürgerliche Modell des männlichen Familienernährers und der Hausfrau wieder. Entsprechend war Spinnen als Heimarbeit – das Spinnrad war außerdem Symbol der Autonomie ländlicher Haushalte und der indischen Nation gegenüber britischen Importen – die einzige Erwerbsarbeit, an die er für arme Frauen dachte. Überlegungen, wie Frauen ihre ökonomische Abhängigkeit, ihre mangelnde Kontrolle über Ressourcen und ihren Ausschluß von politischer Entscheidungsmacht überwinden könnten, fanden in seiner Entwicklungsstrategie für den einzelnen und die Gemeinschaft keinen Platz.

Im Widerspruch zur „natürlichen Überlegenheit der Frau" durch ihre Übung im Verzichten, Erleiden und Für-andere-Sorgen steht in Gandhis Frauenbild seine Angst vor der weiblichen Verführungskraft. Weibliche Sexualität galt ihm als Bedrohung für Verstandestätigkeit und Pflichterfüllung, und alle sexuelle Praxis als Energieverlust. Seine Sublimationsform war *Brahmacharya,* das Gebot sexueller Disziplin und Abstinenz. Ein asexuelles Verhältnis zwischen Frau und Mann galt ihm als Bedingung für den selbstlosen Dienst beider an der *Sarvodaya*-Gesellschaft.

So bewegte sich Gandhis Bezug auf Frauen zwischen den Fixpunkten der Glorifizierung ihrer Leidensfähigkeit, neurotischer Ablehnung weiblicher Sexualität und moralischer Empörung über die Beschneidung ihrer Menschenwürde.

Nylon, der Stoff aus dem die Träume sind

Eine gandhianische Gruppierung im Süden Uttar Pradeshs versucht seit zwei Jahrzehnten mit finanzstarker Unterstützung durch ausländische NROs Gandhis Dorfentwicklungskonzept zu verwirklichen und eine tragfähige, lebenswerte Gegenstruktur gegen die Modernisierung ringsum aufzubauen. Denn auch in diesem Gebiet ist die Entwicklung nicht Gandhis Modell der ländlichen *Sarvodaya*-Gesellschaft gefolgt, sondern Nehrus Industrialisierungsstrategien. Slumstädte um Fabrikanlagen, Kohlebergbau und Kraftwerke sind aus dem Boden gestampft worden. Bereits seit 1960 ist im Singrauli Tal ein riesiger See aufgestaut, und das Tal ist mit seinen sieben, teilweise noch im Bau befindlichen Kohle- und Wasserkraftwerken der zentrale Stromlieferant für die nordindischen Großstädte und Industriestandorte, während hunderte von Dörfern in der unmittelbaren Umgebung keine Elektrizität haben und chronisch unter Wassermangel leiden.

Durch Maßnahmen zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und des Handwerks will die gandhianische Gruppe die in den Dörfern vorhandenen Ressourcen mit dem Ziel regionaler Bedarfsdeckung nutzen und eine Subsistenzwirtschaft mit direktem Tausch von Produktion und von Arbeit in den Dörfern neu aufbauen. Mit dieser Bedarfswertökonomie will sie auch ein Bollwerk gegen die Abwanderung der *adivasi* aus dem dürregeplagten und schwerbebaubaren Gebiet gegen die Attraktivität der modernen Geld- und Warenökonomie schaffen – eine Insel im Strom der Industrialisierung.

Ein erster Schritt dazu ist ihr gelungen: die notwendige Ergänzung der tribalen Waldwirtschaft durch Landwirtschaft. Ökonomisch geht es den *adivasi* besser als vor zwanzig Jahren, als sie durch Verlust der Waldressourcen, Unkenntnis in Landwirtschaft und Bewässerung sowie durch Verschuldung im wahrsten Sinne des Wortes am Ende waren. Die Subsistenzproduktion ist gestärkt, doch noch keineswegs eine autarke Selbstversorgungswirtschaft wiederhergestellt. Ohne zusätzliche Erwerbsarbeit kann keine Familie überleben.

Der Bearbeitung der eigenen Felder geben die Frauen Vorrang vor der Erwerbsarbeit, d.h. sie bemühen sich nur in der Zeit, wo keine Arbeit auf dem eigenen Land ansteht, um Lohnarbeit. Überlebenspragmatisch ordnen sie die Erwerbs- der Subsistenzarbeit unter. Nur wenn andere Familienmitglieder das Land bewirtschaften, wünschen sich einige Frauen in der Hoffnung auf eine größere ökonomische „Sicherheit" eine permanente Erwerbstätigkeit. Jüngere Frauen unter Stadteinfluß übernehmen jedoch auch schon die Außenwertung von Feldarbeit als schmutzig und *jungli.*

Befragt, ob die Stärkung der Subsistenzproduktion ihnen Verbesserungen gebracht hat, verweisen die Frauen nur sehr zögernd darauf, daß sie sich jetzt besser ernähren und kleiden können als vor zwei Jahrzehnten. Trotzdem wirken sie nicht zufrieden und beklagen ausgiebig ihre immense Arbeitsbelastung. Hat sich die Stärkung der Subsistenzstrukturen nicht als frauenfreundlich erwiesen?

Die Gandhianer bringen ihre Fortbildungs- und ökonomischen Programme mit einer gerüttelten Portion Moral an den Mann. Zu ihr gehört das Modell der stabilen, harmonischen Familie, das den Brahmanen-Hinduismus zwar mit der bürgerlich westlichen Ideologie, nicht aber mit der *adivasi*-Kultur verbindet. Dieses Familienmodell ist Ansatz und auch Teilziel der Entwicklungsstrategie. Nach dem Motto: „Was dem Manne nutzt, nutzt auch dem Weibe", wird jedoch nur einem Familienmitglied Ausbildung, Kredit und Mitgliedschaft in den Selbstverwaltungsgremien der Dörfer angeboten. Und niemand wundert's: Die Frauen sind daheim geblieben.

Häufig haben die Männer neue Kenntnisse über Anbaumethoden oder Bewässerung an die Frauen weitervermittelt, weil sie in ihren Arbeitsbereich fielen. Trotzdem verstärkt oder schafft der Familienansatz überhaupt erst die Rolle des männlichen Haushaltsvorstands, der mobil in der Öffentlichkeit agiert und den direkten Zugang zu den neuen Ressourcen sozialer Macht hat, zu Bildung, neuer Technik, Geld, Landbesitz und politischer Entscheidung. Damit wird eine Polarisierung der Geschlechter erzeugt, die nie zuvor in der *adivasi*-Gesellschaft existierte. Der ökologisch und technologisch angepaßte Subsistenzansatz bringt die Männer zu Prestige und Macht über neue Ressourcen, die Frauen aber nicht, obwohl er vor allem auf ihrer Arbeitskraft aufbaut – ein Mechanismus, den wir bisher weltweit bei der Einführung von Modernisierungsmaßnahmen beobachtet haben. Der Subsistenzansatz allein setzt ihn nicht außer Kraft und auch beim Anbau einer neuen Bedarfswertökonomie verstärken vorhandene patriarchale Strukturen die Geschlechterpolarität im Entwicklungsprozeß: Die Frauen sind die Wasserträgerinnen, nicht aber Entscheidungs- und Prestigeträgerinnen. Die neue Macht der Männer macht die Frauen machtloser.

Die Unzufriedenheit der Frauen mit dem Subsistenzansatz der Gandhianer ist nur zu verständlich, denn er ignoriert das Problem der Arbeitsbelastung, verringert das Prestige der Frauen und verschärft die Hierarchie der Geschlechter.

Der Familienansatz erklärt zudem Ehetrennungen, nichteheliche Sexualität und das offene Spiel mit Erotik, das sich in den Tänzen der *adivasi* ausdrückt, als unmoralisch. Dies ist ein Stachel gegen die ökonomische und persönliche Selbständigkeit der Frauen, die die Voraussetzung dafür ist, daß sie ihre Männer verlassen können. Wieder einmal werden die *adivasi* mit der Geringschätzung ihrer sozio-kulturellen Werte konfrontiert, mit einer neuen Variante des Konzepts *jungli.*

Teil der Moral ist – verwoben mit sexueller Disziplinierung – auch ein Konzept der Genügsamkeit und des Konsumverzichts. Den Frauen wird gesagt, sie sollten nicht kokettieren, kein Geld für Schminke und *bangles,* Glasarmreifen, verschwenden, *khadi,* handgesponnene und -gewebte Kleidung tragen usw.. *Khadi* ist jedoch ungleich schwerer zu pflegen und weniger haltbar als maschinengewebte Stoffe. Es ist pervers und doch immanent konesquent, daß Nylon-Saris, die im Handumdrehen zu waschen und zu trocknen sind, für die Frauen als Arbeitserleichterung und als Signum der Moderne solch eine Verlockung darstellen, daß sie nicht mehr wahrnehmen, wie häßlich und ungesund sie sind.

Die Lehre von der Konsumbefreiung, vom einfachen, aber glücklichen Leben ohne Strom, Nylon und Schmuck ist ihnen unverständlich, wo gleichzeitig die nylonbunte Moderne sie stets gelehrt hat, daß sie *jungli* sind, und wo der Konsum, den sie noch nie mit seinen genußvollen und zerstörerischen Seiten kennengelernt haben, ihnen doch gerade als ein Stück Befreiung erscheint. Durch die Hinduisierung haben sie die Hochschätzung der eigenen Leistung und Kultur zumindest teilweise eingebüßt und versuchen die Imitation ihr Defizit an Hindu-Zivilisation wettzumachen. Unter dieser Voraussetzung besteht die Attraktivität von Nylon erst einmal fort.

Als ein weiterer Vorbote der Moderne und von Arbeitserleichterung erscheint den Frauen die Nähmaschine. Das einzig direkte, nicht über ihre Männer vermittelte Programmangebot der Gandhianer für Frauen sind Spinnräder zur Heimarbeit. Weil das Einkommen durch Spinnen zum einen nicht annähernd existenzsichernd, zum zweiten im Vergleich mit anderer Erwerbsarbeit deutlich als Unterbezahlung von Heim- und Frauenarbeit erkennbar ist, hadern die meisten Frauen mit dem Spinnrad, obwohl es den Vorteil flexibler Arbeitszeit neben Feld-, Wald- und Hausarbeit hat. Da die Frauen gesehen haben, daß einige neuausgebildete Schneider gut verdienen, wünschen sie sich spontan Nähmaschinen und eine entsprechende Qualifikation, ohne über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nachzudenken.

Je stärker die Einbrüche in ihr Selbstvertrauen und ihre sozio-kulturelle Identität sind, desto größer ist die Faszination der modernen Kultur und Warenwirtschaft. Sie wollen endlich an ihnen teilhaben, um nicht länger durch sie erniedrigt zu werden. Gleichzeitig wollen sie die kostbare Grundlage ihrer alten Identität, die Verfügung über Wald und Boden, erhalten. Sie wollen ihr Land, „ein Platz, wo sie immer bleiben können", bebauen, und trotzdem gern einen Nylon-Sari kaufen. Überlebenspragmatisch und auf der Suche nach einer neuen Kulturidentität schlagen sie Brücken zwischen dem altbewährten Nützlichen und den neuen Glücksverheißungen, zwischen Subsistenz- und Warenökonomie.

Im Zusammenhang mit der Subsistenzdebatte möchte ich diese Erfahrungen mit den *adivasi*-Frauen abschließend zu Thesen verallgemeinern, die in anderen kulturellen und ökonomischen Zusammenhängen zu überprüfen sind.

Wenn in der Dritten Welt Subsistenzstrukturen erhalten und gestärkt werden, muß gleichzeitig die Frage patriarchaler Macht gestellt werden. Ein Subsistenzansatz stärkt keineswegs automatisch die Entscheidungs-, Verfügungs- und Kontrollrechte von Frauen in der Familie und Gesellschaft und ihr Sozialprestige.

Als Voraussetzung dafür, daß Frauen eine Subsistenzökonomie als „ihre" Überlebensstrategie begreifen, ist ein Zusammenwirken von subjektiven und objektiven Faktoren, materiellen und ideologischen Bedingungen notwendig. Der unmittelbare Zugang zu den Produktionsmitteln Land oder Wald muß ebenso vorhanden sein wie eine Wertschätzung der eigenen Arbeitsleistung und ein Vertrauen in die eigenen Kräfte.

Eine Subsistenzperspektive verwandelt die Arbeitslast der Frauen nicht automatisch in Lust. Es muß vielmehr eine Strategie gegen die chronische Arbeitsüberlastung der Frauen und die ungleiche Arbeitsverteilung zwischen den Geschlechtern entwickelt werden.
Unsere Erfahrungen über den Betrug der Konsum- und Warenwirtschaft lassen sich nicht oder nur sehr schwer vermitteln. Die Kolonisierten wollen ihre eigenen Erfahrungen mit der Kultur und Ökonomie der Herrschenden machen. Sie wollen nicht bleiben, als was sie definiert wurden: *jungli*.

Anmerkungen

1) *Meine Beobachtungen habe ich im Rahmen von Projektbesuchen und Studien gemacht, die ich im November/Dezember 1986 und im Januar 1988 im Auftrag der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe, Bonn, durchgeführt habe.*

2) *Im folgenden wird das hindi-Wort a d i v a s i, Ureinwohner, für die Stammesangehörigen benutzt. Die ca. 52 Millionen Menschen, sieben Prozent der indischen Bevölkerung, leben in dem zentralindischen Waldgürtel, der sich vom westindischen Bundesstaat Gujarat bis an die ostindische Küste erstreckt. Mit dem Adjektiv tribal wird im folgenden ihre traditionelle Kultur, Landwirtschaft usw. bezeichnet.*

3) *Brautpreis – der Bräutigam entrichtet ihn an die Brauteltern –, war in Indien sowohl in den Stammeskulturen als auch bei den Muslims üblich. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Mitgiftsystem (die Brauteltern liefern an den Bräutigam und seine Eltern Geschenke und Bares) nicht nur in sämtliche Kasten der Hindu-Gesellschaft ausgedehnt, sondern auch bereits in einzelne Stämme und auch bei einigen Muslims das Brautpreissystem verdrängt.*

4) *Die hier beschriebene Übergangssituation kann nicht für alle a d i v a i verallgemeinert werden. Einige Gruppen sind inzwischen als Subkasten in die Hindu-Gesellschaft integriert, andere kämpfen militant gegen die von außen kommende Kultur und Ökonomie bis hin zur Forderung nach Autonomie wie z.B. die Jharkhand-Bewegung.*

5) *Auch heute wirken die Kasten noch als Barrieren für eine Solidarisierung von Frauen. Bei der Organisierung von Frauen wird es jedesmal als kleiner Sieg über die Berührungstabus zwischen den Kasten gefeiert, wenn Frauen aus verschiedenen Kasten gemeinsam essen, zusammen (auf derselben Ebene) sitzen und schlafen und dieselbe Wasserquelle benutzen.*

Literatur

AGARWAL, Bina: Cold Hearths and Barren Slopes, New Delhi 1986

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Die Ökologiefrage ist eine Frauenfrage, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 19, 1987, S. 29–43

BÖTTGER, Barbara: Macht und Liebe, Gleichberechtigung und Subsistenz – Kein Ort. Nirgends, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 19, 1987, S. 9–29

BOSERUP, Ester: Die ökonomische Rolle der Frau in Afrika, Asien, Lateinamerika, Stuttgart 1982 (Original 1970)

ERIKSON, Erik: Gandhis Wahrheit, Frankfurt 1978

FERNANDES, Walter/MENON, Geeta: Tribal Women and Forest Economy, New Delhi 1987

FÜRER-HAIMENDORF, Christoph v.: Tribes of India: The Struggle for Survival, Delhi 1982

GANDHI, Mohandas K.: Eine Autobiographie, Stuttgart 1968

KISHWAR, Madhu: Gandhi and Women, New Delhi 1986

LENZ, Ilse: Kapitalistische Entwicklung, Subsistenzproduktion und Frauenarbeit, Frankfurt/New York 1984

dies.: Liebe, Brot und Freiheit: Zur neueren Diskussion um die Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 21/22, 1988, S. 167–181

SAXENA, N.C.: Women in Forestry, in: Social Action, Vol. 37 No. 2, 1987, S. 150–163

WERLHOF, Claudia v./MIES, Maria/BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Frauen, die letzte Kolonie, Reinbek 1983

Susanne Gura

Wie Frauen ihren Grundbesitz verlieren

Die matrilineare Gesellschaft der Minangkabau in West-Sumatra

Mit einer Bevölkerung von mehr als drei Millionen gelten die Minangkabau, die in der indonesischen Provinz West-Sumatra leben, als die größte zeitgenössische matrilineare Gesellschaft. Zugleich sind die Minangkabau auch strenggläubige Moslems, und dementsprechend trägt ihre Gesellschaft auch starke patriarchalische Züge. Im Mittelpunkt der Konflikte, die sich aus diesem Widerspruch ergeben, steht meist das Erbrecht, insbesondere das Erbrecht über die Reisfelder, der wichtigsten Ressource dieser Region.
Die matrilinearen Traditionen werden auf die Zeit zwischen 500 und 1000 A.D. zurückgeführt, als Händler und Siedler hinduistisches Kulturgut aus Indien einführten. Auch landwirtschaftliche Techniken, wie der bewässerte Reisanbau, stammen aus dieser Zeit. Während des vierzehnten Jahrhunderts wurde das Königreich der Minangkabau als ein loser Zusammenschluß von autonomen Dörfern unter einem angesehenen, aber machtlosen König gegründet.
Der Islam wurde erst im sechzehnten Jahrhundert von arabischen Pfefferhändlern verbreitet. Diese Händler wurden später mit Hilfe der holländischen Handelsgesellschaft „Compagnie" vertrieben, woraufhin die Compagnie den Pfefferhandel übernahm. Um 1830 lebte der Islam erneut auf; es entstand eine militante Sekte, die das matrilineare Erbrecht und den weiblichen Grundbesitz abschaffen wollte. Wiederum bat der König der Minangkabau die Holländer um Hilfe. Nach dem Sieg über die islamischen Extremisten vertrieben die Holländer den König und übernahmen 1842 die Herrschaft über die Region. Zuerst zwangen sie die Kleinbauern, Kaffee anzubauen und abzuliefern, später erhoben sie Steuern. Das traditionelle Grundbesitzrecht wurde davon noch kaum berührt, denn die Frauen besaßen und bearbeiteten nach wie vor das Reisland; Dauerkulturen, wie Kaffee, wurden an den Berghängen von den Männern angebaut. Jedoch wurden während dieser Zeit die Grundbedingungen für den Übergang von der Selbstversorgung zur marktorientierten Produktionsweise geschaffen. Die weltweite Nachfrage nach Kaffee, Gewürzen und Kautschuk hat seither die Geschichte West-Sumatras stark beeinflußt.
Sowohl islamische als auch westliche Wertvorstellungen haben bei den Minangkabau zunehmnend an Einfluß gewonnen; beide hatten erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Frauen. In vieler Hinsicht – was zum Beispiel Eigentum, Ausbildung und Erwerbstätigkeit betrifft, ergeht es den Frauen in West-Sumatra besser als in anderen Teilen Indonesiens, in anderen islamischen Regionen und in vielen Ländern der Dritten Welt, jedoch verschlechtern sich ihre Lebensbedingungen, vor allem, was das Eigentum betrifft.
Die Untersuchung, auf der dieser Artikel beruht, konzentrierte sich auf die sozioökonomische Situation der Frauen und ihrer Familie, ihre Arbeit, ihren Zugang zu Land und ihren Einfluß bei wichtigen Entscheidungen. Dieser Artikel stellt den Zugang zu Land in den Vordergrund. Bevor auf Einzelheiten der Untersuchungsmethode und der Ergebnisse eingegangen wird, soll die soziale Organisation der Minangkabau beschrieben werden.

Clan und Dorf bei den Minangkabau

In der traditionellen Gesellschaft lebten Schwestern mit ihren Kindern zusammen in einem Haus. Ihre Brüder waren zwar auch Teil dieser Gemeinschaft, der Matrili-

neage, lebten aber nicht im gleichen Haus. Der älteste Bruder war das Oberhaupt der Matrilineage. Er überwachte die Erziehung der Kinder seiner Schwestern und war auch wirtschaftlich für sie verantwortlich. Die Frauen waren für alle praktischen Fragen des Überlebens der Gemeinschaft zuständig: Kinderbetreuung, Haushalt und Nahrungsmittelproduktion.
Die Ehemänner gehörten nicht zu dieser Gemeinschaft. Sie zählten zur Matrilineage ihrer Mutter und ihrer Schwestern. Ein Ehemann besuchte seine Frau nur nachts. Er hatte keinen „Wohnsitz" in unserem Sinn, sondern pendelte zwischen dem Haus seiner Mutter und dem Haus seiner Frau (bzw. seiner Frauen, denn viele Männer hatten bis zu vier Frauen, wie es der Islam erlaubt). Unverheiratete Männer und Jungen ab etwa sieben Jahren wohnten in besonderen Häusern; diese Sitte ist jedoch schon lange aufgegeben worden.
Mehrere Matrilineagen mit einer gemeinsamen Ahnin bildeten einen Clan und wohnten in der Regel dicht beieinander. Das Oberhaupt einer der Matrilineagen repräsentierte auch den Clan. Dieses Clanoberhaupt, der Penghulu, wachte u.a. über Veränderungen im Clan und am Eigentum des Clans. Seine Position wurde an einen Sohn einer seiner Schwestern vererbt.
Alle Penghulu eines Dorfes bildeten den Ältestenrat, der über Dorfangelegenheiten entschied. Dabei mußte ein Penghulu die Meinung seines gesamten Clans vertreten, über die zuvor im Clan entschieden worden war. Ältere Frauen hatten zwar im Clan großen Einfluß, konnten jedoch nicht Mitglied des Ältestenrates sein. Allerdings nahmen sie an dessen Sitzungen teil.
Während der Zeit des Minangkabau-Königreiches waren die Dörfer weitgehend autonom. Der König hatte hauptsächlich über Konflikte zwischen Dörfern und in Angelegenheiten, die alle Minangkabau betrafen, zu entscheiden. Heute besteht die Rolle des Ältestenrates nur noch in der Beratung des Bürgermeisters, der nach indonesischem Recht von den Erwachsenen des Dorfes gewählt wird. Er ist Angestellter der Regierung, und meistens ein Penghulu.

Obwohl die traditionelle Sozialstruktur sehr in Ehren gehalten wird, werden viele Regeln kaum noch beachtet. Der matrilineare Clan ist heute weitgehend von der Kernfamilie abgelöst. Heute wohnt der Ehemann in fast allen Fällen bei seiner Frau und seinen Kindern; Schwestern leben nur noch selten im gleichen Haus. Islamische und westliche Wertvorstellungen haben das Familienleben der Minangkabau stark verändert. Die Pflichten eines Mannes seinen Nichten und Neffen gegenüber wurden auf ein Minimum reduziert. Heute wird der Ehemann als Familienoberhaupt angesehen, das für die Familie Geld verdienen muß, während die Ehefrau sich um Haushalt und Kinder kümmern muß und keine eigenen Quellen für den Lebensunterhalt braucht.

In der traditionellen aber bereits islamisierten Gesellschaft hatte die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen vom Ehemann die Polygynie begünstigt, da die Männer weniger zum Unterhalt ihrer Ehefrauen beizutragen brauchten, als der Koran eigentlich vorgesehen hatte. Wegen dieses vor allem für die Männer vorteilhaften Umstandes konnte die aus islamischer Sicht widersprüchliche Situation – einerseits Polygynie, andererseits die Unabhängigkeit der Frau vom Ehemann – lange Zeit aufrechterhalten werden. Heute sollen Frauen nach den islamischen Vorstellungen und westlichen Kernfamilienidealen vom Ehemann abhängig sein; die Tradition hat an Bedeutung verloren. Wenige Männer können sich heute mehrere Frauen leisten; Polygynie ist auch durch westliche Einflüsse in Verruf geraten.

Besitzverhältnisse

Das Claneigentum bildet die ökonomische Grundlage des matrilinearen Systems. Land und Haus, die wichtigsten Güter in dieser Gesellschaft, gehören dem Clan und

stehen unter der Aufsicht des Penghulu. Der größte Teil des bebauten Landes sind Reisfelder; sie sind den Frauen des Clans zur Nutzung zugeteilt. Diese Nutzungsrechte werden an die Töchter vererbt. Nach mehreren Generationen kann das Clanland neu verteilt werden, je nach den Veränderungen in der Größe der zugehörigen Matrilineagen.

Übertragungen von Claneigentum unterliegen wichtigen Einschränkungen:

– Clanland darf nicht verkauft werden.

– Nur unter bestimmten Bedingungen, und nur mit Zustimmung des Penghulu, darf Clanland verpfändet werden. Diese Ausnahmen sind Hochzeiten, Beerdigungen, Penghuluernennungen und der Bau eines Hauses für eine Matrilineage, d.h. Zwecke, die der Gemeinschaft dienen. Wenn Land verpfändet wird, kann es bis in alle Ewigkeit wieder eingelöst werden, damit es für den Clan nicht verlorengeht.

– Verpachtungen und Verpfändungen sollten zwischen möglichst nahen Verwandten durchgeführt werden.

Das Bestreben, Claneigentum individuell zu nutzen, gibt es jedoch seit mindestens einigen Jahrzehnten. Landverkäufe waren schon in den frühen fünfziger Jahren an der Tagesordnung (siehe hierzu: Schriecke 1955). Schriecke berichtet auch, daß Land häufig verpfändet wurde, um Kapital für rein individuelle Unternehmungen zu erhalten.

Zum Claneigentum gehören nicht nur Land und Häuser, sondern auch viele andere ererbte Güter, wie Schmuck, Zeremonienzubehör, Wasserbüffel und Geld. Darüber hinaus werden Penghulutitel, genealogisches und geschichtliches Wissen und Aufzeichnungen über das Clanland und Landübertragungen zum Erbe des Clans gerechnet.

Neben dem Claneigentum gibt es auch *individuelles Eigentum*, das durch individuelle Erwerbstätigkeit, z.B. Handel erwirtschaftet wird. Individuelles Eigentum ist meist Eigentum von Männern, die bessere Erwerbsmöglichkeiten als Frauen haben. Ursprünglich wurde individuelles Gut matrilinear vererbt, das heißt, entweder von einer Frau an ihre Kinder, oder von einem Mann an die Kinder seiner Schwestern. Mit der Änderung der Orientierung von der Matrilineage zur Kernfamilie wurde diese Regel jedoch abgeändert.

Nach langjährigen Diskussionen in Penghulukonferenzen während der fünfziger Jahre wurde das Erbrecht für individuell erworbenes Gut geändert. Heute erben eines Mannes individuell erworbenes Gut seine Frau und seine Kinder, westlichen Gesetzesmodellen folgend. Söhne erben doppelt soviel wie Töchter gemäß der Vorschrift des Korans.

Vermutlich war diese Neuregelung nur deswegen durchsetzbar, weil sie scheinbar nur einen weniger bedeutsamen Teil der Traditionen betraf und das Claneigentum offenbar unangetastet ließ. Dennoch hat diese Änderung größere Auswirkungen als zunächst erscheint. Nicht nur werden die Frauen direkt benachteiligt, indem sie als Töchter weniger erben als die Söhne, sondern es wird auch das Claneigentum geschwächt. Zu der Zeit, als noch alle Güter matrilinear vererbt wurden, stellte neuerworbenes Gut letztlich eine Bereicherung des Claneigentums dar. Mit der Änderung des Erbganges für neuerworbenes Gut wird die ökonomische Basis des matrilinearen Systems nicht länger durch die Errungenschaften der wachsenden Bevölkerung erweitert, sondern sie beginnt zu stagnieren und im Verhältnis zu der wachsenden Menge individueller Güter an Bedeutung zu verlieren. Im Lauf der wirtschaftlichen Entwicklung, besonders der Industrie und des Dienstleistungssektors, die in West-Sumatra in den vergangenen beiden Jahrzehnten beachtlich gewachsen sind, erlangen die individuell erworbenen Güter immer größere Bedeutung. So hat die Änderung der Erbregelung stetig wachsende Auswirkung auf die Minangkabau-Gesellschaft.

Untersuchungsergebnisse

In vier Dörfern West-Sumatras wurden im Jahr 1979 Interviews mit 576 Frauen durchgeführt. Die Befragungen wurden im lokalen Dialekt gehalten; drei Frauen, die aus einer Kleinstadt in West-Sumatra stammten, arbeiteten als Interviewerinnen mit. Die Dörfer wurden aufgrund ihrer landwirtschaftlichen Betriebssysteme und ihrer Entfernung zur nächsten Kleinstadt ausgewählt. Es waren zwei vorwiegend Reis produzierende Dörfer (Koto Tangah und Mahat), ein Dorf, in dem neben Reis auch Kaffee angebaut wurde (Lubuk Gadang) und ein Dorf, das Reis und Gemüse produzierte (Padang Luar). Zwei der Dörfer liegen zentral im Abstand von einer Stunde Busfahrt von der zweitgrößten Stadt West-Sumatras. Von den beiden abgelegenen Dörfern zum jeweiligen Distrikthauptort brauchte man elf Stunden Busfahrt bzw. zwei Stunden Busfahrt und drei Stunden Fußweg. Mit der unterschiedlichen Lage der Dörfer sollte der Einfluß der Marktverbindungen untersucht werden. Die verschiedenen Betriebssysteme sollten Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Arbeitswirtschaft, sowie der Effekte von Subsistenzorientierung oder Marktorientierung der Produktion auf die Besitzverhältnisse und Entscheidungsbefugnisse zeigen.

Frauen verlieren ihren Grundbesitz

Nur noch 40 % der Frauen haben matrilinear ererbte Nutzungsrechte an Reisfeldern. Zwar gibt es keine entsprechenden Daten aus früheren Zeiten; da nach der Tradition aber jede Frau mit Reisfeldern versorgt sein sollte, kann durchaus angenommen werden, daß traditionelle Ideale und die Realität heute weiter denn je auseinanderklaffen. Weitere Untersuchungsergebnisse, insbesondere die Zunahme von Pacht und Landlosigkeit sowie die Entstehung eiens Lohnarbeitsmarktes stützen diese Annahme.
Gekauftes, gepfändetes und selbst gerodetes Land eingeschlossen, besaßen 1979 insgesamt 56 % der Frauen alle oder zumindest einen Teil der Reisfelder, die sie bebauten. 1972 noch hatte eine Untersuchung (Junghans 1972) festgestellt, daß 83 % der Bauern eigenes Land hatten. Allerdings wurden in besagter Studie Männer befragt (ohne zu differenzieren, ob das Land der Ehefrau, der Schwester oder dem Mann selbst gehörte); daher sind die Daten nur bedingt vergleichbar. Dennoch kann aus ihnen geschlossen werden, daß der Anteil der Grundbesitzerinnen unter den Landfrauen stark abgenommen hat.

Zunahme von Pacht und Landlosigkeit

Der Abnahme des Anteils von Grundbesitzerinnen steht eine sehr deutliche Zunahme von Pächterinnen gegenüber. 35 % der Bäuerinnen arbeiteten in einem Teilpachtverhältnis; die meisten bezahlten den Pachtzins mit der Hälfte der Ernte, dem gesetzlich festgelegten Höchstpreis. Wenige Jahre zuvor waren erst 15 % der Reisfelder gepachtet (Junghans 1972). Obwohl die Daten wiederum nicht exakt vergleichbar sind, da die Studie von 1972 Aussagen über den Anteil gepachteter Anbauflächen macht, nicht aber über den Anteil von Pächtern, kann aus diesen Untersuchungsergebnissen geschlossen werden, daß Pachtverhältnisse immer häufiger werden.
In den stadtnahen Dörfern, in denen Land schon sehr knapp geworden und die landwirtschaftliche Produktion stark kommerzialisiert ist, hat in vielen Fällen Geldpacht die Naturalpacht abgelöst. Dies gilt insbesondere für den Gemüseanbau; da das Gemüse nach und nach geerntet wird, ist das Abgeben der halben Ernte nicht leicht durchführbar. Geldpacht kommt jedoch auch schon im Reisanbau vor.
Landlosigkeit gab es bis vor wenigen Jahren praktisch überhaupt nicht. Die Untersuchung von 1972 hatte 1 % Landlose gefunden. 1979 waren im Durchschnitt der

vier Dörfer 6 % landlos; im sehr dicht besiedelten Reis-Gemüse-Dorf waren es sogar 14 %, die weder eigenes noch gepachtetes Land hatten und vorwiegend von landwirtschaftlicher Lohnarbeit lebten. Das sind deutliche Anzeichen dafür, daß Landlosigkeit zunimmt.
Obwohl Land weiterhin selten verkauft wird, ist die Bodenmobilität doch erheblich gewachsen. Die traditionell übliche Form des Verpfändens von Feldern an nahe Verwandte ist heute selten. Heute ist Verpachten die geläufigste Form des Landtransfers, wobei in der Regel nicht an nahe Verwandte verpachtet wird, damit der Verpächter oder die Verpächterin die schärfsten Pachtbedingungen stellen kann.
Diese Entwicklungen (Zunahme von Pachtverhältnissen zwischen Nicht-Verwandten, Auftreten einer Geldpacht) weisen auf eine Kommerzialisierung des Bodens hin, zu der die Landknappheit in vielen Gebieten West-Sumatras sicherlich erheblich beigetragen hat. Das Gewohnehitsrecht wird zwar noch nach Möglichkeit eingehalten, aber es werden in seinem Rahmen Wege und Mittel gefunden, die zu einer Vermarktung des Bodens führen, die in der Tradition keinesfalls vorgesehen ist.

Rechte am Trockenland

Neben dem bewässerten Reisland, das traditionsgemäß Claneigentum mit individuellen Nutzungsrechten ist, werden in vielen Gebieten West-Sumatras mehrjährige Feldfrüchte, meist Baumkulturen, auf unbewässertem Land, oft an Berghängen, angebaut. Diese Kulturen – Kaffee, Nelken, Zimt, Muskat, Kautschuk – bilden eine oft wertvolle Einkommensquelle. Es war bisher angenommen worden, daß das Trockenland nicht nur von den Männern bebaut wird, sondern auch den Männern gehört und von ihnen geerbt wird (Junghans 1972, Scholz 1974). Die Rechte am Trockenland scheinen jedoch differenzierter zu sein.
Unbebautes Land gehört der Gemeinschaft – dem Clan, dem Dorf oder dem Staat. Wer es bebauen will, braucht eine Erlaubnis. Wenn es nicht mehr genutzt wird, fällt es an die Gemeinschaft zurück. Die Nutzungsrechte an einem mit Dauerkulturen bebauten Stück Land können vererbt werden. Im Reis-Dauerkultur-Dorf, das in die Untersuchung einbezogen war, hatte in nur 6 % der Fälle der Ehemann, jedoch in 32 % der Fälle die Frau das Land geerbt. In 44 % der Fälle war das Land selbst gerodet worden. Auch in den übrigen Dörfern, in denen Dauernkulturen gelegentlich angebaut wurden, hatten häufiger die Frauen als die Männer Trockenland geerbt. Dies bedeutet, daß ein großer Teil des Trockenlandes Claneigentum ist und matrilinear vererbt wird.

Landwirtschaftliche Lohnarbeit breitet sich aus

Mit der Zunahme von Pacht und Landlosigkeit gehen mehr und mehr Bauern zu landwirtschaftlicher Lohnarbeit über. Früher war es üblich, es kommt in den abgelegeneren Gebieten auch heute noch regelmäßig vor, daß die Arbeitsspitzen in der Landwirtschaft mit gegenseitiger Hilfe bewältigt werden. Heute wird für Aushilfskräfte lieber bezahlt. Auf der einen Seite haben die reicheren Bauern kein Interesse, auf fremden Feldern zu arbeiten, auf der anderen Seite brauchen die ärmeren zusätzlich Geld.
Noch vor wenigen Jahren (Scholz 1977) war angenommen worden, daß Lohnarbeit die gegenseitige Hilfe als eine Art monetarisierte gegenseitige Hilfe lediglich abgelöst hat, ohne daß eine soziale Differenzierung entstanden ist. Tatsächlich gibt es Bauern, die Lohnarbeiter einstellen und zu einem anderen Zeitpunkt selbst lohnarbeiten gehen. Allerdings sind diese heute in der Minderheit. Ob man gegen Lohn arbeiten muß oder nicht, selbst Lohnarbeiter einstellen kann oder sogar auf den eigenen Feldern nicht mehr selbst zu arbeiten braucht, ist zu einem wichtigen Kriterium für sozialen Status in West-Sumatra geworden.

Frauen am Ende der Lohnskala

Frauen verrichten landwirtschaftliche Lohnarbeiten ebenso häufig wie Männer. Allerdings werden Frauen und Männer zu unterschiedlichen Arbeiten herangezogen. Zum Pflügen und zur Ernte werden Männer eingestellt, zum Auspflanzen des Reises und zum Jäten werden Frauen geholt. Die Löhne für die verschiedenen Arbeiten sind nicht gleich: Pflügen wird am besten bezahlt, Erntearbeit steht an zweiter, Auspflanzen an dritter und Jäten an letzter Stelle. Frauen werden somit auf dem Lohnarbeitsmarkt benachteiligt. Mit der Monetarisierung hat auch die gesellschaftliche Abwertung der Frauenarbeit Einzug gehalten.
Mit dem Übergang von gegenseitiger Hilfe zu bezahlter Lohnarbeit ist eine erschreckende Veränderung in der geschlechtlichen Arbeitsteilung eingetreten. Während früher die Reisernte von der Landbesitzerin mit Hilfe ihrer Verwandten und Freundinnen und mit Unterstützung der Männer eingebracht worden war, werden heute vorwiegend Männer zur Ernte eingestellt. Damit sind die Frauen aus einer hochangesehenen und heute gutbezahlten Arbeit herausgedrängt worden.
Die Entstehung eines Lohnarbeitsmarktes hat auch eine Polarisierung der geschlechtlichen Arbeitsteilung mit sich gebracht. Wenn die landwirtschaftliche Arbeit von der bäuerlichen Familie durchgeführt wird, wird jede Hand, ob männlich oder weiblich, gebraucht; es besteht kaum eine geschlechtliche Arbeitsteilung. Lediglich über das Pflügen herrscht die Ansicht, daß diese Arbeit von Männern getan werden sollte. Wird der Boden jedoch mit der Hacke bearbeitet, so gelten keine Tabus. Die Regeln des Lohnarbeitsmarktes sind, wie oben beschrieben, wesentlich strikter.

Die Grüne Revolution ist männlich

Die Einführung hochertragreicher Reissorten in Verbindung mit Düngemitteln und Pestiziden – die sogenannte Grüne Revolution – erfolgte in West-Sumatra in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Traditionelle Reissorten sind nach etwa sieben Monaten erntereif. Die neuen Sorten brauchen nur vier Monate; daher kann das Land intensiver genutzt werden. Auch sind die Erträge der neuen Sorten etwas höher. Allerdings brauchen diese Sorten viel Düngemittel und Pestizide. Um ihren Anbau zu fördern, wurden großangelegte Kredit- und Beratungsprogramme durchgeführt, damit die Bauern Saatgut, Düngemittel und Pestizide kaufen und richtig anwenden konnten. Damit war auch der Reisanbau in West-Sumatra an den Weltmarkt angeschlossen, wenn auch der Reis weiterhin in erster Linie zur Selbstversorgung angebaut wird.
In vielen Regionen Asiens vergrößerte die Grüne Revolution die Kluft zwischen Arm und Reich. Reichere Bauern, die mehr Land hatten, konnten von den Anbauförderungsprogrammen eher profitieren als ärmere Bauern, die wenig Land besaßen und denen überdies oft die Kreditrückzahlung große Schwierigkeiten machte. Der Nutzen der Grünen Revolution – höhere Reiserzeugung – ist in der eher egalitären und vergleichsweise wohlhabenden Gesellschaft der Minangkabau sicherlich besser verteilt worden als in vielen anderen Regionen Asiens. Auch hatte sie eine Wirkung, über die Frauen und Männer erst einmal gleichermaßen erfreut gewesen sein mochten: Viele Männer mußten früher auf der Suche nach Arbeit saisonal abwandern. Heute können sie zuhause bleiben, denn die neuen, schnellwüchsigen Reissorten haben jetzt zwei bis drei Anbauzyklen pro Jahr, erfordern dadurch mehr Arbeit und liefern ein höheres Einkommen. Allerdings kamen die Männer nicht nach Hause, um den Frauen zu helfen, wie es bis dahin üblich war. Die Männer wurden zu Betriebsleitern gemacht. 1979 waren unter 300 Landwirtschaftsberatern in West-Sumatra 293 Männer. Sie brachten das verbesserte Saatgut und die neuen Technologien an den Mann. Sogar Kredite wurden den Männern gegeben, obwohl die Sicherheit, das Land, den Frauen bzw. dem Clan gehörte. Der Reisanbau, den früher die Frauen in der Hand hatten, die Saatgut untereinander tauschten, sich gegen-

seitig halfen und die richtigen Zeitpunkte für Aussaat, Verpflanzen, Jäten und Ernte bestimmten, wird heute von den Männern beherrscht.
In der Mehrzahl der Betriebe entscheiden heute die Männer, welche Reissorte gepflanzt wird, überwachen die Lohnarbeiter und bestimmen, wie die Arbeit gemacht wird. Männer haben sogar angefangen, Reis zu verkaufen, besonders in den Betrieben, die große Überschüsse erzielen. Reisverkäufe waren früher reine Frauensache. Nur die Männer, die außerhalb der Landwirtschaft ein besseres Einkommen erzielen können, überlassen landwirtschaftliche Entscheidungen noch ihren Frauen.
So wird den Frauen, auch in der besser gestellten Schicht der Landbesitzer, Macht und Einfluß entzogen. Wie den Frauen in der neu entstandenen Schicht der Pächter-Lohnarbeiter, die an das untere Ende der Lohnskala gedrückt wurden, wird ihnen damit der Platz zugeschoben, der ihnen im westlichen Patriarchat schon lange gebührt.

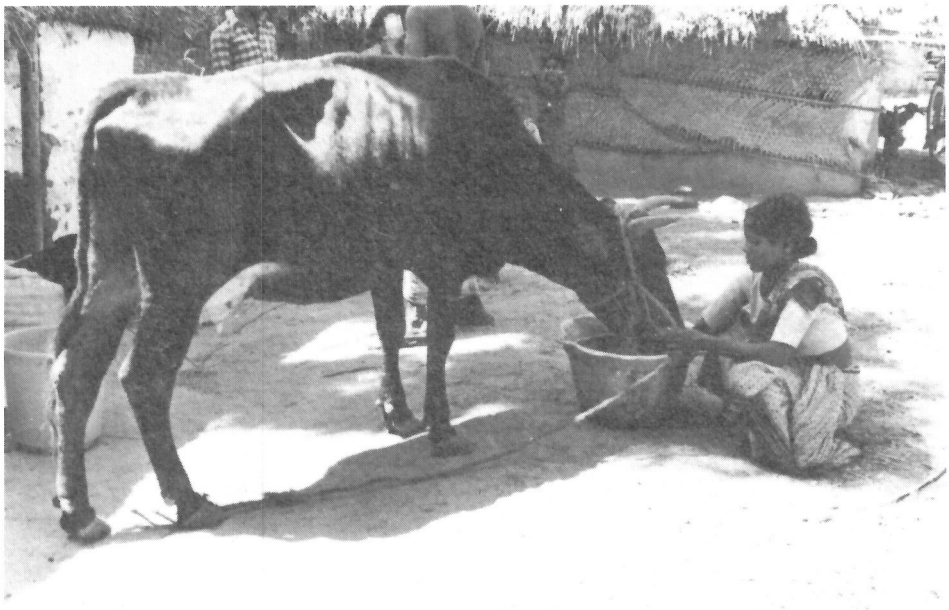
Literatur

JUNGHANS, K.H.: Economic Development and Social Change in Minangkabau, West Sumatra Regional Planning Study, Bonn and Jakarta 1972

SCHOLZ, U.: Minangkabau. Die Agrarstruktur in West-Sumatra und Möglichkeiten ihrer Entwicklung, Giessen 1977.

SCHRIECKE, B.: The Course of the Communist Movement in the West Coast of Sumatra, in: Schriecke, B. (ed.): Indonesian Sociological Studies, The Hague 1955.

Älteste Tochter einer Milchproduzentin beim Füttern einer Wasserbüffelkuh – dem traditionellen Milchtier Indiens.
(Foto: Hildegard Scheu, in einem Dorf bei Madras, April 1988)



Fütterung der eingekreuzten Kuh, die etwa 7 l Milch pro Tag gibt – und zur Abkühlung in der Hitze mehrmals am Tag mit Wasser übergossen werden muß!
(Foto: Hildegard Scheu, in einem Dorf bei Madras, April 1988)

Hildegard Scheu

Milchflut und Männermacht

Die Rolle der Frauen in der indischen Milchwirtschaft

Bei meinen Reisen ins Land der „heiligen Kühe", bei meinen Aufenthalten in indischen Dörfern sah ich immer wieder solche Bilder: Frauen und Mädchen, die Gras an Wegrändern schneiden, die Riesenbündel von Grünfutter auf ihren Köpfen heimwärts tragen, die Kühe und Büffelkühe tränken, füttern, saubermachen und melken, die Viehställe oder Stehplätze säubern und den Kuhdung zu Fladen formen, die getrocknet als Brennmaterial verwendet werden. Diese Arbeiten werden in vielen Regionen Indiens traditionell als Frauenarbeit betrachtet. Etwa 80 Prozent der Arbeiten in Zusammenhang mit Viehhaltung wird von Frauen ausgeführt, berichtet Dholakia (1983a) für einen Distrikt in Gujarat. Frauen sind die Hauptträgerinnen der Milchproduktion, auch wenn es regionale sowie kasten- und klassen-spezifische Unterschiede in Art und Ausmaß ihrer Beteiligung an der Viehhaltung gibt. Vor allem Frauen aus *landlosen* und *kleinbäuerlichen* Familien mit geringem Landbesitz tragen den größten Teil der Arbeitslast. Manche Frauen aus Haushalten mit *mittlerem* und *großem* Landbesitz füttern und melken selbst, manche überwachen die Arbeit von angestellten Arbeiter/innen, viele sind jedoch in keiner Weise in Arbeit mit Vieh involviert (Mitra 1984, 1986a, 1987; Jain 1980; Chen et al. 1986).
Taditionell liegt sowohl die Verarbeitung von Milch zu Milchprodukten wie „ghee" (geklärte Butter) und Joghurt als auch der Verkauf von Milch und Milchprodukten im Dorf direkt an die Konsumenten und an Händler in den Händen der Frauen, die damit in der Regel über den Lohn für ihre Arbeit verfügen.

Diese *Schlüsselposition der Frauen in der traditionellen Milchwirtschaft* wurde von den Planern der „modernen" Milchwirtschaftsentwicklung *völlig ignoriert*. „Operation Flood", auch als „weiße Revolution" bezeichnet, ist eines der eklatantesten Beispiele für eine Entwicklungsstrategie, die Frauen in einem gesamten Wirtschaftszweig marginalisiert.
„Operation Flood" (OF) will eine „Flut von Milch" aus Indiens Dörfern in die schnell wachsenden Städte fließen lassen. Zur Produktionssteigerung verfolgen die OF-Manager eine Strategie der Einkreuzung von europäischen Hochleistungsrassen – vor allem durch künstliche Besamung – um das genetische Milchleistungspotential der einheimischen Kühe zu verbessern. Begleitend soll die Futtermittelproduktion (Grünfutter und industriell gefertigtes Kraftfutter) gesteigert und die tiermedizinische Versorgung verbessert werden. In den von OF erfaßten Regionen[1] wurde zur Kanalisation der „Milchflut" eine moderne, kapitalintensive Infrastruktur aufgebaut. Auf Dorfebene wurden Milchproduzenten-Kooperativen gebildet, die die Milch sammeln, Menge und Fettgehalt jeder Lieferung feststellen und registrieren, vierzehntägig die Milchgeldzahlungen vornehmen und bestimmte Serviceleistungen anbieten, wie z.B. den Verkauf von Kraftfutter und tiermedizinischer Dienste. Die Dorfgenossenschaften sind auf Distriktebene zu einem Verband zusammengeschlossen, der die Verarbeitung und Vermarktung der Milch übernimmt und die einzelnen Kooperativen mit technischen Inputs versorgt. Eine Föderation der Distrikt-Verbände auf Bundesstaatsebene ist für die Durchführung von OF in dem jeweiligen Bundesstaat zuständig, eine nationale Behörde „National Dairy Development Board" (NDDB) für die Gesamtkoordination.
OF wurde 1970 mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft (EG) begonnen. Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe liefert die EG Milchpulver und Butteröl aus ihrer Überschußproduktion nach Indien, die in den Molkereien der Großstädte zu

Milch „rekombiniert" werden. Mit dem Verkaufserlös wird das Projekt – neben Krediten von der Weltbank – finanziert. Die EG liefert zudem das Modell für eine hochtechnologisierte Milchwirtschaft, stellt – gegen Bezahlung natürlich – Experten, Know-how und Technologie zur Verfügung, ein Faktum, das die Wahl der OF-Strategie stark beeinflußt hat, was hier jedoch nicht näher ausgeführt werden kann.[2)]

Nach der Marginalisierung die Integration?

OF hat seine Programme in den ersten Jahren *ausschließlich an Männer adressiert*: Männer wurden als Haushaltsvorstand[3)] Mitglieder der Kooperativen – die Mitgliedschaft von Frauen liegt in den meisten Kooperativen unter 10 Prozent (Jain 1980; Savara 1986) –, Männer nahmen teil an Trainingsprogrammen in Methoden moderner Viehzucht und -haltung, und Männer erhielten über andere Regierungsprogramme, wie das Integrated Rural Development Programme, und lokale Banken Kredite für den Kauf von Milchtieren. Es bedarf kaum einer Betonung, daß Männer die Entscheidungspositionen innerhalb der gesamten Genossenschaftsstruktur innehaben; in den Distriktverbänden, Molkereien und Forschungslabors sind *Frauen allenfalls als Telefonistinnen und Putzfrauen* angestellt.

Nachdem Berichte von Frauenorganisationen wie SEWA (Self Employed Women's Association), einige wenige Frauenstudien und kritische Analysen von OF auf die zentrale Rolle von Frauen bei der Milchproduktion aufmerksam gemacht und ihre Marginalisierung und Diskriminierung kritisiert haben, sollen die Frauen nun durch spezielle Projekte sowohl von Nicht-Regierunsorganisationen als auch von bundesstaatlichen OF-Behörden in die kooperativ organisierte Milchwirtschaft *„integriert"* werden (Chen et al, 1986).
Bei zum Teil unterschiedlichen Akzentsetzungen in den einzelnen Programmkomponenten gehen alle diese Projekte von der Grundannahme aus, daß Milchproduktion für landlose Landarbeiterinnen und Kleinbäuerinnen zur Einkommensverbesserung beiträgt. Die Bereitstellung von Krediten und Teilsubventionen in Zusammenarbeit mit staatlichen Banken und Regierungsprogrammen zur ländlichen Entwicklung ist daher ein zentraler Bestandteil der Programme. Arme Frauen sollen Besitzerinnen eines Milchtieres werden, und die Milchproduktion von Kleinproduzentinnen soll durch begleitende Maßnahmen wie Training, tierärztlich Versorgung, Futtermittelsicherung etc. verbessert werden. Durch Frauen-Milchkooperativen sollen die Frauen zudem die Kontrolle über das Einkommen aus dem Milchverkauf behalten sowie die Kontrolle über eine ökonomisch und sozial relevante Institution im Dorf erhalten (Chen et al. 1986; Jain 1980; Mitra 1987).
Die grundlegende Frage, *wieso eigentlich die Trägerinnen der Milchwirtschaft in diese „integriert" werden müssen*, wird nicht gestellt[4)], und eine grundlegende Analyse der Entwicklungsstrategie von OF wurde von keiner der Autorinnen der Frauenstudien geleistet.

Ich möchte hier die Auswirkungen der OF-Entwicklungsstrategie auf Frauen der unteren Kasten und Klassen aufzeigen, die die Trägerinnen der Milchproduktion sind und die Probleme der Integrationsbemühungen an einem Fallbeispiel darstellen. Die Analyse führt zu einer *grundlegenden Infragestellung der OF-Strategie* und zur *Skizzierung einer alternativen Strategie*.

Die Arbeit und das „Unternehmerrisiko" den Frauen . . .

Die „Integration" von Kleinbäuerinnen und Landarbeiterinnen in die kommerzialisierte Milchwirtschaft durch den Erwerb eines – oder eines zusätzlichen – Milchtie-

res auf Kredit führt in der Regel zu einer höheren Arbeitsbelastung, da die Viehhaltung meist nicht statt der Feldarbeit, sondern zusätzlich dazu ausgeführt wird. Diese Frauen haben einen *Arbeitstag von 12 – 14 Stunden* (Mitra 1984, 1986a, 1987; Jain 1980, Mies 1984). Zudem ist es für sie in vielen Regionen zunehmend schwieriger geworden, Milchtiere zu halten.
Früher konnten sie Ernteabfälle von den Feldern ihrer Arbeitgeber kostenlos zur Fütterung ihres Viehs mitnehmen, sie konnten ihre Tiere auf abgeernteten Feldern und gemeindeeigenen Weideflächen grasen lassen sowie Gras an Feld- und Wegrändern schneiden. Diese Rechte werden ihnen heute von vielen Landbesitzern verweigert, die diese Futterressourcen entweder für ihren eigenen, vergrößerten Viehbestand beanspruchen oder aber verkaufen bzw. als Teil des Lohnes abgeben. Die Futtermittelknappheit hat in vielen Regionen zu einer Kommerzialisierung geführt, so daß es für Landlose und Landarme kosten- und zeitaufwendiger ist, das Futter für ihre Tiere zu beschaffen. Viele Frauen müssen nun weit gehen, um Futter herbeizuschleppen (Mies 1984; Chen & Athreya 1986; Kalpagam 1985; George 1985).

Es gibt bisher keine einzige Studie, die anhand einer größeren Stichprobe verläßliche Daten zur ökonomischen Rentabilität der Milchviehhaltung für Landlose und Landarme vorlegt, noch viel weniger eine, die eine Kosten-Nutzen-Analyse auf der Grundlage der geschlechtlichen Arbeitsteilung und des geschlechtsdiskriminierenden Zugangs zu Ressourcen innerhalb der Familien durchführt, d.h. Kosten und Nutzen gesondert für Frauen und Männer analysiert.[5)]
In Einzelfällen mag das erzielte Einkommen aus dem Milchverkauf für eine bessere Ernährung und Gesundheitsfürsorge der Familie verwendet werden (Jain 1980; Kalpagam 1985; Azad 1985[6)]), doch vielfach wird ein großer Teil für den Kauf von Viehfutter ausgegeben, zur Rückzahlung des zum Erwerb des Milchtieres aufgenommenen Kredits verwendet und – in Familien mit etwas Landbesitz – für Farmausgaben. Da Kreditrückzahlungen in der Regel durch die Einbehaltung eines Teils des Milchgeldes durch die Kooperative erfolgt, bleibt zumindest während der Zeit der Rückzahlungen die Ernährungssituation der Familie nahezu unverändert (Mitra 1984, 1987; Mies 1984).
In manchen Regionen ist das nach dem Erwerb einer Kuh oder Büffelkuh erzielte Milcheinkommen – ohnehin gering – für viele landlose Familien kein zusätzliches Einkommen, sondern ersetzt das frühere Einkommen der Männer aus Tageslohnarbeit. Die Mechanisierung der Landwirtschaft hat viele Männer arbeitslos gemacht, während Frauen weiterhin als billigere Arbeitskräfte in manuellen Tätigkeiten beschäftigt werden. Manche Männer bemühen sich auch gar nicht mehr um Lohnarbeit mit der Begründung, daß sie sich um das Milchvieh kümmern müssen, was zumeist beinhaltet, daß sie die Tiere grasen lassen oder auch Gras schneiden und füttern. Andere Arbeiten überlassen sie ihren Frauen, die diese zusätzlich zu Lohn-, Feld- und Hausarbeiten durchführen müssen (Mitra 1984, 1987).

Nicht wenige Frauen machen auch die Erfahrung, daß das erwartete Einkommen ausbleibt. Die auf Kredit gekaufte Kuh gibt wenig Milch, entweder weil sie von minderwertiger Qualität ist, oder weil die Frau nicht genügend Futter oder Wasser herbeischaffen kann. Auch eine Kuh, die lange trocken steht, bevor mit dem nächsten Kalb die Laktation wieder einsetzt, muß gefüttert werden, kostet also Geld. So ist das Einkommen aus dem Milchverkauf nicht selten niedriger als die Kosten.
Insbesondere die von OF propagierte Haltung von gekreuzten Kühen ist für landlose und landarme Frauen mit einem hohen Risiko verbunden, arbeits- und kostenintensiv und nur dann ökonomisch rentabel, wenn entsprechende Rahmenbedingungen gegeben sind, die eine quantitativ und qualitativ ausreichende Fütterung, eine gute medizinische Versorgung und einen guten Preis für die produzierte Milch sicherstellen (Chen et al. 1986). Dies alles sind Bedingungen, die aufgrund der prekären finanziellen Situation einkommensschwacher Haushalte und ihren sozio-öko-

nomischen Abhängigkeiten von den Reichen und Mächtigen des Dorfes oft nicht gegeben sind. Statt des erhofften Einkommens bleibt vielen Frauen am Ende nur ein Berg Schulden: Sie müssen den Kredit für das Milchtier zurückzahlen und manchmal auch Schulden, die sie für die medizinische Versorgung des Tieres oder für den Kauf von Futtermitteln gemacht haben (Mies 1984; Chen & Athreya 1986).

. . . Milch und Macht den Männern

Die Kommerzialisierung der Milchproduktion und ihre Kanalisierung über Kooperativen hat dazu geführt, daß viele Produzentenhaushalte die gesamte Frischmilch an die Kooperative verkaufen und *Milch kaum noch im Dorf erhältlich* ist. In manchen Dörfern ist der Milchkonsum trotz erhöhter Produktion gesunken (George 1985b, 1985c, S. 250 ff.; Mitra 1986c). Vor allem arme, landlose Produzentinnen verkaufen meist die gesamte Milchmenge, und wenn Milch zum Eigenkonsum zurückbehalten wird, dann für die Kinder und den Tee der Männer. Die Frauen – entsprechend der tief verwurzelten Tradition, daß die Männer zuerst die beste und meiste Nahrung erhalten, während die Frauen sich mit dem zufrieden geben, was übrigbleibt – leisten sich selbst kaum Milch (Mitra 1984, 1987), obwohl gerade sie es sind, die, aufgrund ihrer hohen körperlichen Belastungen durch lange Arbeitstage und – nicht zu vergessen – Schwangerschaften und Stillzeiten, Milch ernährungsphysiologisch am meisten nötig hätten.
Mit der Verlagerung der „ghee"-Produktion aus den Produzentenhaushalten in die Molkereien ist zudem Buttermilch in vielen Dörfern kaum noch verfügbar, ein Nebenprodukt, das entweder billig verkauft oder in vielen Regionen auch großzügig an Hausangestellte und Landarbeiter verschenkt wurde. Dieser Milchbestandteil hatte gerade für die Armen im Dorf eine nicht zu unterschätzende ernährungsphysiologische Bedeutung (George 1985c).

Mit der Einrichtung von Kooperativen ist vielen Frauen die Kontrolle über das Einkommen aus dem Milchverkauf genommen worden, da ihre Männer als Mitglieder der Kooperativen das Milchgeld kassieren und nach ihren eigenen Prioritäten darüber verfügen (Mitra 1984, Mies 1984). *Die Männer haben sich mit den Kooperativen die Kontrolle über den Geldwert von Frauenarbeit sowie eine Status und Macht erhöhende Institution angeeignet, während die Frauen oft trotz zusätzlicher Arbeitsbelastung in keiner Weise von der „Milchflut" profitieren.* Eine der Dorffrauen brachte die Absurdität dieser Situation in einer Diskussion prägnant auf den Punkt: Die EG solle doch gleich Alkohol schicken statt Milchpulver, da die Männer das Milchgeld doch nur in Alkohol umsetzen. Sie, die Frauen, könnten sich dann die ganze Plackerei mit dem Vieh sparen.[7]

Frauen-Milchkooperativen: Kontrolle und Macht für Frauen?

Der Self-Employed Women's Association (SEWA)[8] in Ahmedabad kommt eine Pionierrolle zu bei dem Versuch, Frauen-Milchkooperativen zu organisieren (Chen & Dholakia 1986, Dholakia 1983a, 1983b, 1983c, 1984a, 1984b). Da ihre Erfahrungen exemplarisch für die anderer Organisationen stehen, will ich sie ausführlicher beschreiben.

Milchviehhaltung als einkommenschaffendes Programm für landlose Frauen

Anstoß für die Initiierung einkommenschaffender Programme für Frauen in 15 Dörfern eines Bezirks im Bundesstaat Gujarat gab der 1976 fehlgeschlagene Versuch, landlose Tagelöhnerinnen zu organisieren und die Zahlung der gesetzlich vorge-

schriebenen Mindestlöhne zu fordern. In einer Situation von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung war es für die Landbesitzer leicht, die streikenden Arbeiterinnen zu entlassen und durch andere zu ersetzen. Bei Gesprächen mit den Frauen wurden alternative Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten diskutiert: Die Frauen selbst bevorzugten Milchviehhaltung, für die es spezielle Kreditprogramme der Banken gibt.

Training in Viehhaltung und Milchproduktion
Nach einiger Überredung durch SEWA-Mitarbeiterinnen erklärte sich ein Trainingsinstitut des „National Dairy Development Board" (NDDB) bereit, einen Kurs über moderne Methoden der Viehhaltung und Milchproduktion für analphabetische Dorffrauen durchzuführen – ein Novum für die Kursleiter, die nie zuvor Analphabeten und schon gar keine Frauen unterrichtet hatten. Nachdem der erste fünftägige Trainingskurs 1978 erfolgreich durchgeführt werden konnte, wurde in Zusammenarbeit von SEWA-Organisatorinnen und Kursleitern ein modifiziertes, auf die besonderen Bedürfnisse der Dorffrauen zugeschnittenes Trainingsprogramm entwickelt. Bis 1980 konnten 50 Lehrgänge mit je 10–20 Teilnehmerinnen organisiert werden, die zum Teil in Ahmedabad, zum Teil in einem der Dörfer stattfanden.

Anila R. Dholakia, die Direktorin des Rural Wing von SEWA, hat mir in einem Gespräch sehr lebendig und eindrucksvoll beschrieben, welche Überredungskünste und Kompromisse anfangs notwendig waren, um die Widerstände der Männer (und zum Teil der Schwiegermütter) gegen die Teilnahme der Frauen an einem Trainingsprogramm, noch dazu außerhalb des Dorfes in der Stadt Ahmedabad, zu überwinden. So wurde das Training zunächst in gemischten Gruppen durchgeführt, damit die Männer selbst sehen konnten, was die Frauen sahen und lernten. Später wurden die Frauengruppen von einem oder zwei männlichen „Beschützern" begleitet. SEWA organisierte eine Kleinkinderbetreuung, so daß die Frauen ihre Kinder mitbringen konnten. Anila betonte mehrfach, daß in Indiens Dörfern nur eine Strategie, die die Männer einbezieht und argumentativ zu überzeugen versucht, statt sie von Anfang an zu konfrontieren, zu mehr Freiräumen für Frauen führen könne. Die Familie habe für Männer wie für Frauen einen solchen Wert, daß enorme Widerstände die Folge seien, wenn der Eindruck entstehe, daß die SEWA-Organisatorinnen – die als städtische Mittelschichtsfrauen ohnehin zunächst als fremd und mit Mißtrauen betrachtet werden – Konflikte in den Familien säen würden. Anila hob zudem die Bedeutung dieser Trainingsprogramme für die Frauen hervor: Die Erfahrung einer „anderen Welt" lasse sie die Schicksalhaftigkeit des eigenen Lebens in Frage stellen und eröffne neue Perspektiven zur Veränderung.
Die Frauen selbst waren es auch, die, angeregt durch einen Film, den sie während des Trainingsprogramms gesehen hatten, die SEWA-Organisatorinnen baten, Kooperativen in ihren Dörfern zu organisieren (Dholakia 1984b, S. 3). So verhandelte SEWA mit einer dem NDDB angegliederten Molkerei, die sich bereit erklärte, die Milch in den Dörfern abzuholen, sobald die Frauen-Kooperativen registriert seien.

Kredite für Milchtiere im Namen der Frauen
Da der Besitz eines Milchtieres Bedingung für die Mitgliedschaft in einer Milchkooperative ist, viele der Frauen, die an der Gründung einer Kooperative interessiert waren, aber noch kein Milchvieh besaßen, nahm SEWA Verhandlungen mit einer staatlichen Bank auf und erreichte schließlich, daß gegen eine feste Sicherheitseinlage der SEWA, von 50.000 Rupien als Sicherheit 20 Frauen eines Dorfes im Februar 1980 Kredite für Kühe und Büffelkühe erhielten. Während die Bank zunächst die Kredite nur auf den Namen der Eheänner geben wollte, bestand SEWA darauf, daß die Kredite direkt an die Frauen gehen müssen. SEWA übernahm die Verantwortung für die Rückzahlung der Kredite, richtete einen Fonds für Viehfutter ein und versicherte den skeptischen Bankbeamten, daß die armen Landarbeiterinnen

durchaus in der Lage seien, Milchtiere zu pflegen, da sie Futter von ihren Arbeitgebern als Teil ihres Lohnes erhalten können. Zudem seien sie auf ihre Aufgabe als Viehhalterinnen gut in Trainingskursen vorbereitet worden (Dholakia 1984b, S. 6 ff.; Chen & Dholakia 1986, S. 83 f.). Nachdem die Rückzahlungsraten der ersten 20 Kreditnehmerinnen gut waren, sanktionierte die Bank weitere Kredite.

SEWA im Kampf um die Frauen-Milchkooperativen

Es bedurfte einer Reihe von Versammlungen auf Dorfebene und persönlicher Überzeugungsarbeit durch die SEWA-Organisatorinnen, um den Männern die Zustimmung zur Gründung einer Frauen-Milchkooperative abzuringen. SEWA argumentierte, daß die Frauen mit den Milchtieren ein zusätzliches Einkommen erzielen können, das schließlich der ganzen Familie zugute komme, und daß ihre Mitgliedschaft in der Kooperative nicht gegen die Interessen der Männer gerichtet sei. Um den Widerstand der Männer zu vermeiden, wurde ihre Anwesenheit bei Versammlungen der Frauen toleriert und ihnen ein Recht auf Meinungsäußerungen und Vorschläge für die Besetzung der Verwaltungskomitees der Frauen-Koooperativen zugestanden. Die Männer bestanden darauf, daß ein Mann als Verwalter der Kooperative angestellt würde, da ihre analphabetischen Frauen nicht in der Lage seien, eine Kooperative selbst zu managen. Dieses Zugeständnis einer Beteiligung von Männern am Management, das SEWA schließlich trotz großer Bedenken machen mußte, erwies sich als verhängnisvoll, da dadurch einflußreiche Männer Macht gewannen, die sie zu ihrem eigenen Vorteil oder zum Vorteil ihrer Kastengruppe und zum Nachteil der armen Milchproduzentinnen mißbrauchten.
Die Registrierung der Frauen-Kooperativen erfolgte erst nach einem langen bürokratischen Kampf mit den zuständigen Beamten, die offensichtlich bestochen worden waren. Bis Mitte 1980 waren schließlich sieben Frauen-Kooperativen registriert (Chen & Dholakia 1986, S. 82 f.; Dholakia 1984b, S. 5 ff.). Anfang 1981 nahmen sie ihre Funktion auf und begannen mit dem Sammeln der Milch.

Die Beschreibungen von Dholakia (1984b) und Chen & Dholakia (1986) vermitteln ein eindrucksvolles Bild von den Strategien und Taktiken, die die mächtigen Männer in den Dörfern – Dorfverwalter, private Milchhändler, Landbesitzer, traditionelle Viehzüchter – anwandten, um die Kooperativen unter ihre Kontrolle zu bringen bzw. zu zerstören. Diese machten sich Frauen im Vorstand der Kooperativen durch Bedrohungen – z.B. ihnen keine Lohnarbeit mehr zu geben –, Erpressungen und Bestechungen für ihre Zwecke gefügig und gewannen so die Kontrolle über die Geschäfte der Kooperativen. Die vielfältigen Formen ökonomischer Abhängigkeiten armer Frauen und ihrer Familien von den dominanten Kasten und Klassen machen sie extrem verletzbar und lassen ihnen wenig Spielraum gegen den Druck. Private Milchhändler, die ihre Geschäfte durch die Kooperativen bedroht sahen, boten plötzlich höhere Preise für die Milch und lockten mit privaten Krediten, um die Frauen von den Kooperativen wegzubringen.

Interventionen und Kontrolle durch SEWA

SEWA intervenierte auf verschiedene Weisen, um korrupten Praktiken und der Ausbeutung der armen Milchproduzentinnen entgegenzutreten. SEWA-Mitarbeiterinnen organisierten Versammlungen der Kooperativen in den betroffenen Dörfern, in denen sie die Verwalter zur Rede stellten und sie mit den von den Frauen geäußerten Vorwürfen der Korruption und Mißwirtschaft öffentlich konfrontierten. Die Frauen selbst, in ihrer Mehrzahl Dalits, Unberührbare[9], die Opfer dieser ausbeuterischen Praktiken waren, schwiegen in den Versammlungen und wagten es nicht, ihre Vorwürfe öffentlich vorzutragen. Daß die Angst der Frauen vor der Rache der Mächtigen im Dorf berechtigt war, zeigte sich drastisch im Anschluß an eine solche Versammlung, als Angehörige der dominanten Kastengruppen in die Siedlung der Dalits eindrangen und diese verprügelten.

Die Macht und Gewalt der dominanten Kastengruppen ist eine Realität, an der Restrukturierungsversuche der Kooperativen immer wieder scheiterten. Doch gelang es SEWA immerhin, daß in vier der ursprünglich sieben Kooperativen die Verwaltungskomitees neu und ausschließlich mit Frauen besetzt wurden. SEWA stellte zudem Anfang 1984 sechs speziell ausgebildete Organisatorinnen und eine Rechnungsprüferin ein, die die Transaktionen der Kooperativen überwachen, Kredit-Rückzahlungen einsammeln und das Milchgeld auszahlen. Eine Organisatorin überprüft täglich in der Molkerei, ob die Angaben über die Quantität und Qualität der Milch mit der Buchführung der Kooperativen übereinstimmen. Ferner wurde je eine Frau aus jedem der vier Dörfer im Milch-Testen ausgebildet und als lokale Assistentin von den Kooperativen eingestellt (Chen & Dholakia 1986, S. 85 f.). Mit diesen Interventionen und einer permanenten Kontrolle der Frauen-Kooperativen durch SEWA-Organisatorinnen versucht SEWA, die Interessen der armen Produzentinnen zu schützen und ein Gegengewicht gegen die mächtigen Interessengruppen in den Dörfern zu schaffen.

Die macht-vollen Hindernisse der „Integration"

Die Erfahrungen von SEWA mit dem Aufbau von Frauen-Milchkooperativen zeigen sehr deutlich, daß es hierbei um einen Einbruch in etablierte Dominanz- und Machtstrukturen geht. Anila Dholakia äußert an einer Stelle grundsätzliche Zweifel an der kooperativen Struktur und fragt selbstkritisch, ob mit den Frauen-Kooperativen nicht nur neue Wege der Ausbeutung geschaffen werden, mit einer legalisierten Kette von Mittelsmännern (Dholakia 1983b). Trotz dieser Erfahrungen und Zweifel hält SEWA jedoch an der Strategie fest, landlose, arme Frauen in die von OF vorgegebene Struktur der kooperativen Milchwirtschaft zu „integrieren", ihnen durch Frauen-Kooperativen einen Platz im bestehenden System zu sichern und durch permanente Kontrolle von außen zu erhalten.

Auch die anderen Fallstudien zeigen, daß die Einrichtung von Frauen-Kooperativen in vielen Fällen nicht zu mehr Kontrolle und gerechteren Austauschbeziehungen für die armen Milchproduzentinnen führt, sondern häufig sogar zu größerer Abhängigkeit und Ausbeutbarkeit. Savara (1986) berichtet von einer Kooperative, in der 40 Prozent der Mitglieder landlose Frauen der unteren Kasten sind. Da keine von ihnen lesen oder schreiben kann, können sie die Richtigkeit der Buchführung hinsichtlich Milchmenge, Milchgeld und Kreditrückzahlungen nicht kontrollieren, und ihren lesekundigen Männern wird die Überprüfung der Bücher von den Verwalterinnen – Frauen der oberen Kasten – verweigert mit der Begründung, daß sie in einer Frauen-Kooperative kein Recht dazu hätten. Ferner beschwerten sich die Frauen der unteren Kasten darüber, daß sie nicht den Kredit erhalten und ihre Milchtiere selber kaufen können, sondern über die Kooperative Büffelkühe erhalten, die oft alt sind und wenig Milch geben, obwohl der Kredit, den sie dann zurückzahlen müssen, den Preis eines sehr guten Milchtieres abdeckt. Da die Frauen der unteren Kasten ökonomisch von den oberen Kasten abhängig sind, können sie sich gegen ausbeuterische Praktiken kaum zur Wehr setzen. Arme Milchproduzentinnen eines anderen Dorfes sehen keinerlei Vorteile in der Kooperative, da sie dort ihre Milch nur abgeben und akzeptieren müssen, was ihnen vierzehntägig dafür gezahlt wird. Demgegenüber unterlag der Verkauf von Milch an Händler ihrer unmittelbaren Kontrolle, die Händler bezahlten täglich und gewährten ihnen bei Bedarf auch schon mal einen kleinen Vorschuß (Mitra 1986b).

Die Einrichtung von Frauen-Milchkooperativen erfolgte in allen Fällen auf massive Intervention von außen, sei es durch eine der bundesstaatlichen Milchwirtschafts-

entwicklungs-Körperschaften wie im Fall des „Andhra Pradesh Dairy's Women's Programme" (Mitra 1986a, 1987), sei es durch eine Nicht-Regierungs-Organisaton oder in Kooperation von beiden (Athreya 1986, Savara 1986, Sundar 1981). In vielen Fällen stimmten die Männer der Bildung von Frauen-Kooperativen nur zu, weil damit finanzielle Vorteile verbunden waren aufgrund der speziellen Förderung (Mitra 1986a), oder weil dies die einzige Möglichkeit war, eine eigene Kooperative für das Dorf zu bekommen (Mitra 1986b). Nur wenigen Frauen-Kooperativen werden von Frauen selbst kontrolliert: in den meisten sind die bezahlten Verwaltungsposten mit Männern besetzt, die damit entscheidenden Einfluß haben (Mitra 1986a, 1986b). Auch über die Besetzung der Verwaltungskomitees entscheiden oft die einfluß-reichen Männer des Dorfes, die Frauen aus ihren Familien in den Vorstand „wählen" lassen. Frauen der unteren Kasten, insbesondere der Dalits, sind in den Kooperativen kaum vertreten; selbst wenn sie Mitglieder sind, sind sie in der Regel von den Verwaltungskomitees ausgeschlossen (Mitra 1986a, 1986b; Savara 1986). So reproduzieren auch die Frauen-Kooperativen die Machtstrukturen des Dorfes, dominieren auch hier die Kasten- und Klassenstrukturen.

Plädoyer für eine andere Milchwirtschafts-Entwicklungsstrategie

Die Anstrengungen sowohl der OF-Behörden als auch von Frauenorganisationen und anderen Nicht-Regierungs-Organisationen, Frauen einen Platz in der modernen, kapitalistischen und patriarchalisch strukturierten Milchwirtschaft von OF einzuräumen, müssen aus der Perspektive der milchproduzierenden Kleinbäuerinnen und landlosen Frauen als gescheitert betrachtet werden. Die Integrationsbemühungen führen in vielen Fällen nur zu einer weiteren Ausbeutung der Arbeitskraft armer Frauen und nicht selten zu einer weiteren Verarmung (Mies 1984).
Die OF-Strategie beruht auf importiertem, von Männern kontrolliertem Wissen über „effiziente" und „wissenschaftliche" Viehhaltung, auf importierter, kostenintensiver und von Männern kontrollierter Technologie und auf einer von Männern kontrollierten Vermarktungsstrategie, die darauf ausgerichtet ist, die Konsumwünsche der städtischen Mittel- und Oberschicht zu befriedigen. Das vorrangige Ziel ist eine Steigerung der Milchproduktion „um jeden Preis", dem sozio-ökonomische Ziele wie mehr Einkommens- und Verteilungsgerechtigkeit eindeutig nachgeordnet sind, wenn nicht gar als bloße Legitimationsrhetorik dienen (Alvares 1985). Die Marginalisierung von Frauen ist – so meine Schlußfolgerung – eine zwangsläufige Folge dieser nach westlichem Vorbild konzipierten Milchwirtschafts-Entwicklungsstrategie, die die traditionelle Milchwirtschaft, die in den Händen der Frauen liegt, nicht weiterentwickelt, sondern radikal verändert, „revolutioniert" auf Kosten der Frauen.
Mehr Frauen-Kooperativen, Quoten für weibliche Mitglieder in gemischten Kooperativen und für Funktionsträgerinnen auf allen Ebenen der Genossenschaftsstruktur sowie Förderprogramme für Frauen – wie von Chen et al. (1986) vorgeschlagen – ändern an der grundlegenden Unangemessenheit der OF-Strategie nicht das geringste.

Eine Frauen-integrierende Strategie kann nur eine Strategie sein, die von der zentralen Rolle der Frauen in der Milchproduktion ausgeht und *auf dem Wissen und der Technologie von Frauen aufbaut,* die diese unter den ökologischen und ökonomischen Voraussetzungen und Begrenzungen Indiens entwickelt haben.

Die indische Soziologin Shanti George, eine der engagiertesten und kompetentesten Kritikerinnen von OF, hat eine alternative Strategie für eine angepaßte Milchwirtschaftsentwicklung formuliert und nennt fünf Kriterien: erstens minimale Ko-

sten, zweitens die Erhaltung der Komplementarität zwischen Nahrungsmittelproduktion und Viehhaltung – keine Viehfutterproduktion auf Kosten der Nahrungssicherung der Bevölkerung –, drittens sollen die kleinen Produzenten und die wenig verdienenden Verbraucher sowie, viertens, die Mehrheit auf dem Lande im Zentrum der Entwicklungsbemühungen stehen, und fünftens müßte die Selbstversorgung Indiens gesichert werden und die Abhängigkeit von importierter Technologie vermieden werden (George 1985a, 1987a).

Nicht eine „Flut von Milch" für die indischen Städte wäre das Ziel, zu deren Sammlung, Verarbeitung und Vermarktung eine kostenintensive und hochtechnologisierte Infrastruktur erforderlich ist, die die Verbraucherpreise in die Höhe treibt und zu einer weiteren Reduzierung des ohnehin minimalen Milchkonsums der armen Bevölkerungsschichten führt. Ziel einer alternativen Strategie wäre eine graduelle Erhöhung der Milchproduktion durch bestmögliche Verwendung vorhandenen Viehfutterpotentials – z.B. durch den Exportstop von Ölkuchen und Futterkonzentraten[10] – und eine Zuchtstrategie, die die milchleistungsstarken einheimischen Rinderrassen verwendet, die an die klimatischen und sonstigen Bedingungen wie Futtermittel, Weidehaltung etc. bestens angepaßt sind. Ferner wird eine arbeitsintensive und kostengünstige Verarbeitung und Vermarktung angestrebt. Frischmilch soll über geringe Distanzen mit Fahrrädern transportiert werden. Die Verarbeitung der Milch zu länger haltbaren Produkten wie „ghee", Joghurt oder Hüttenkäse verbliebe in den Händen der Frauen. Die Konversion von Milch zu „ghee" würde das Beiprodukt Buttermilch für die ländlichen Armen wieder verfügbar machen. Zudem sollte Milch für kleine Kinder, schwangere und stillende Frauen der ärmsten Bevölkerungsgruppen zu subsidierten Preisen verfügbar gemacht werden (George 1985a, 1987a).

Shanti George hat diese von ihr als „evolutionär" bezeichnete Strategie zunächst aus einer ökologischen und sozio-ökonomischen Perspektive heraus entwickelt, die die ökonomischen Interessen und ernährungsphysiologischen Bedürfnisse der armen Produzenten und Verbraucher zugrundelegt. Es liegt auf der Hand und wurde von ihr in einem unlängst geschriebenen Papier auch explizit diskutiert, daß eine solche vom Bestehenden ausgehende und das Vorhandene weiterentwickelnde Strategie die Rolle der Frauen in der Milchproduktion und -verarbeitung anerkennt und diese fördert (George 1987b). Dem Interesse armer Milchproduzentinnen dient nicht die eingekreuzte, hochempfindliche Kuh, deren Haltung mit hohen Kosten und einem hohen Risiko verbunden ist, sondern eine gute, robuste einheimische Kuh, deren Milchleistungspotential durch entsprechende Fütterung voll ausgeschöpft werden könnte. Die Förderung von kleinen Manufakturbetrieben oder Produktionskooperativen für Frauen sowohl für „ghee" und sonstige Milchprodukte als auch für die Herstellung von Kraftfuttermischungen könnte die Rolle der Frauen stärken und böte Männern wenig Anreiz zur Intervention, da dies traditionell Frauenarbeiten sind. Eine solche dezentralisierte, Dorf-zentrierte Strategie der kleinen Schritte würde den Frauen die Kontrolle über Milchproduktion, -verarbeitung und -verkauf belassen und Innovationen dann einführen, wenn sie die Rolle der Frauen fördern und ergänzen. Ein solches alternatives Entwicklungsparadigma – dessen konkrete Umsetzung im einzelnen weiter diskutiert werden müßte – böte die Chance einer Entwicklung im Interesse der Frauen. Doch ist nach der bisherigen Reaktion der OF-Lobby auf Kritik (vgl. Alvares 1985; epd-EP Materialien 10/85) nicht damit zu rechnen, daß alternative Konzepte aufgegriffen oder auch nur diskutiert werden. Und solange sich auch Frauen-Organisationen für die Zwecke von OF vereinnahmen lassen und nur innerhalb des vorgegebenen Rahmens operieren, statt die OF-Strategie als solche in Frage zu stellen, werden Frauen weiter marginalisiert werden.

Anmerkungen

1) *Über 150 Distrikte mit mehr als 10 Millionen Milchproduzenten wurden in die 2. Phase von OF einbezogen (George 1985c). 1987 begann die 3. Phase des Projekts, für die die EG wiederum Milchpulver und Butteröl liefern wird, in etwas geringerem Umfang als bisher.*

2) *Zur Diskussion und Kritik von OF siehe Alvares 1985, EPD-Entwicklungspolitik Materialien 10/85, George 1985b, 1985c, 1987.*

3) *Der in der entwicklungspolitischen Planung vorherrschende „Haushaltsansatz" betrachtet den Haushalt als homogene Einheit und unterstellt, daß alle Mitglieder eines Haushaltes gleichermaßen von einer entwicklungspolitischen Maßnahme profitieren. Dieser Mythos läßt unterschiedliche Interessen der Mitglieder eines Haushaltes, den unterschiedlichen Zugang zu Ressourcen und das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen unberücksichtigt. Diese Ideologie schließt die Definition des Mannes als „Haushaltsvorstand" und „Brotverdiener" und der Frau als „Hausfrau" ein.*

4) *Zu einer grundlegenden Kritik des Integrationsansatzes siehe Wichterich 1987.*

5) *Einige Frauenstudien liefern Einkommensberechnungen aufgrund von Befragungen der Frauen (Athreya 1986, S. 114 ff.; Azad 1985), deren Validität aufgrund der völlig nebulösen Berechnungskriterien stark angezweifelt werden muß. Da die Milchleistung von Kühen und Büffelkühen sowie die Futterkosten saisonal schwanken und folglich auch das erwirtschaftete Einkommen, müßten Rentabilitätsberechnungen die entsprechenden Ausgaben und Einnahmen eines ganzen Jahres zugrundelegen.*

6) *Erwähnenswert im Zusammenhang der Frage nach der Verwendung des Einkommens aus dem Milchverkauf ist die Bemerkung von Azad (1985, S. 17) in ihrer Evaluation von „Working Women's Forum's Livestock for Landless Project", daß neun Mädchen verheiratet werden konnten, die sonst wegen fehlender Mitgift nicht hätten heiraten können. Während „Working Women's Forum" (WWF) sich in eigenen Publikationen betont feministisch darstellt und explizit gegen die Praxis der Mitgift Stellung bezieht, berichtet Azad, die Tochter der WWF-Präsidentin und selbst WWF-Mitarbeiterin, völlig unkritisch, daß Frauen ihr Einkommen aus dem Milchverkauf für die Mitgift ihrer Töchter ausgeben, anstatt dies zum Anlaß zu nehmen, für Bewußtseinsbildung unter den Frauen gegen diese frauenfeindliche und sozial zerstörerische Praxis zu plädieren. Dies läßt doch erhebliche Zweifel daran aufkommen, daß WWF über Kredite und einkommenschaffende Maßnahmen hinaus zu einer sozialkritischen, geschweige denn feministischen Bewußtseinsbildung der Frauen beiträgt bzw. diese fördert.*

7) *Persönlicher Bericht vn Shalini Randeria von ihrer Feldforschung in Gujarat.*

8) *SEWA ist die größte Frauenorganisation in Indien, die im unorganisierten Sektor arbeitende Frauen organisiert. Nach der Gründung 1972 konzentrierten sich die Aktivitäten zunächst auf „self-employed", selbständig beschäftigte Frauen ohne reguläre Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehung wie Händlerinnen, Heimarbeiterinnen etc. in Ahmedabad. Später wurde der „rural wing" eingerichtet und mit Programmen für Dorffrauen begonnen.*

9) *Dalits ist eine Bezeichnung für die Unberührbaren, die Gandhi auch euphemistisch Harijans, „Kinder Gottes" nannte.*

10) *Indien exportiert einen großen Teil seiner Ölkuchen (Berechnungen schwanken zwischen einem Fünftel und einem Drittel, George 1987), z. T. in die EG. Würden diese Konzentrate in Indien selbst verfüttert, würde die Milchproduktion erheblich ansteigen; manche Schätzungen nehmen an, daß die allein durch Fütterung der nun exportierten Konzentrate produzierte Milchmenge größer wäre als die gegenwärtig durch EG-Überflußbestände gelieferte.*

Literatur

ALVARES, Claude (Hrsg.): Another Revolution Fails. An Investigation into How and Why India's Operation Flood Project Touted as the World's Largest Dairy Development Programme, funded by the EEC, Went off the Rails, Delhi 1985

ATHREYA, Geeta: Chad Women's Dairy Co-operative: A Case Study from Tamil Nadu: in: Marty Chen et al.: Indian Women: A Study of their Role in the Dairy Movement, New Delhi 1986, S. 107–123

AZAD, Nandini: Improving Working Conditions for Rural Women through Creation of Alternative Employment Options: The Cases of the Working Women's Forum – Dindigul Dairy Women's Project and Adiramapattinam Fisher Women's Project. International Labour Office (ILO), World Employment Programme: Rural Development and Women: Lessons from the Field. Vol. II. Technical Cooperation Report on the ILO/DANIDA Project on Indentification of successful Projects for Improving the Employment Conditions of Rural Women, Geneva 1985

CHEN, Marty et al.: Indian Women: A Study of their Role in the Dairy Movement. New Delhi 1986

CHEN, Marty/ATHREYA, Geeta: The Bhagvatula Charitable Trust's Women's Dairy Program: A Case Study from Andhra Pradesh, in: ebd.

CHEN, Marty/DHOLAKIA, Anila: Self-Employed Women's Association's (SEWA) Women's Dairy Cooperatives: A Case Study from Gujara, in: ebd.

DHOLAKIA, Anila: Rural Women and Food Production. Paper presented at the expert consultation on „Women in Food Production", 7–14. Dec., Rome, Food and Agriculture Organisation of the United Nations, Mimeo. Ahmedabad 1983a

dies.: Jaago Project. Second Phase Oct 82–83, Interim Evaluation, Draft. Ahmedabad 1983b

dies.: An Action-Oriented Survey of Rural Women in Development: Jaago Project's Participants. A Survey of the Rural Women Participating in a Development Programme of the SEWA known as JAAGO Project (A Worker Project), Mimeo, Ahmedabad 1983c

dies.: Rural Women in White Revolution. Paper presented at the Seminar on Women's Dairy Cooperatives, 7. May, New Delhi, UNICEF. Mimeo, Ahmedabad 1984a

dies.: SEWA Goes Rural. Paper presented at Hyderabad, im July 7th, on „Role of Volunary Agencies in Rural Development. Mimeo, Ahmedabad 1984b

EPD-Entwicklungspolitik Materialien (epd-EP) 10/85. Weiße Revolution in Indien: Die Milchhilfe der EG. Frankfurt: Entwicklungspolitischer Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes

GEORGE, Shanti: Operation Flood: Why a White Revolution in a Brown Country? Paper presented at the International Workshop on „Milk Surpluses against Poverty", Bielefeld, June 1985, Manuscript (Übersetzt in: EPD-Entwicklungspolitik Materialien 10/85. 1985: Weiße Revolution in Indien: Die Milchhilfe der EG. Frankfurt: Entwicklungspolitischer Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes, S. 73–82

dies.: Operation Flood and Rural India: Vested and Devested Interests. in: Economic and Political Weekly, Vol. 20, No. 49, 1985b, S. 2163–2170

dies.: Operation Flood: An Appraisal of Current Indian Dairy Policy. Delhi 1985c

dies.: Stemming Operation Flood: Towards an Alternative Dairy Policy for India. in: Economic and Political Weekly, Vol. 22, No. 39, 1987a, S. 1654–1662

dies.: The Female of the Species: Women and Dairying in India, Manuskript (Department of Sociology, University of Delhi) 1987b

JAIN, Devaki: Women's Quest for Power: Five Indian Case Studies. Saninabad 1980

KALPAGAM, U.: Solidarity, Strength and Success: Working Women's Forum (India) Points the Way: An Evaluation Report, Madras 1985

MIES, Maria: Indian Women in Subsistence and Agricultural Labour. World Employment Programme Research Working Paper No. WEP 10/WP 34, Geneva 1984

MITRA, Manoshi: Mata Aur Gau-Mata – The Women and the Sacred Cow: A Study of Women in Dairy Production, Mimeo, Institute of Social Studies, The Hague 1984

dies.: The Andhra Pradesh Dairy's Women Programme: A Case Study from Andhra Pradesh. in: Chen et a. 1986

dies.: Bihar: The Land of the Unfinished Revolution and the White Revolution. Working Paper – Series on Dairy Aid and Development No. 5, The Hague 1986b

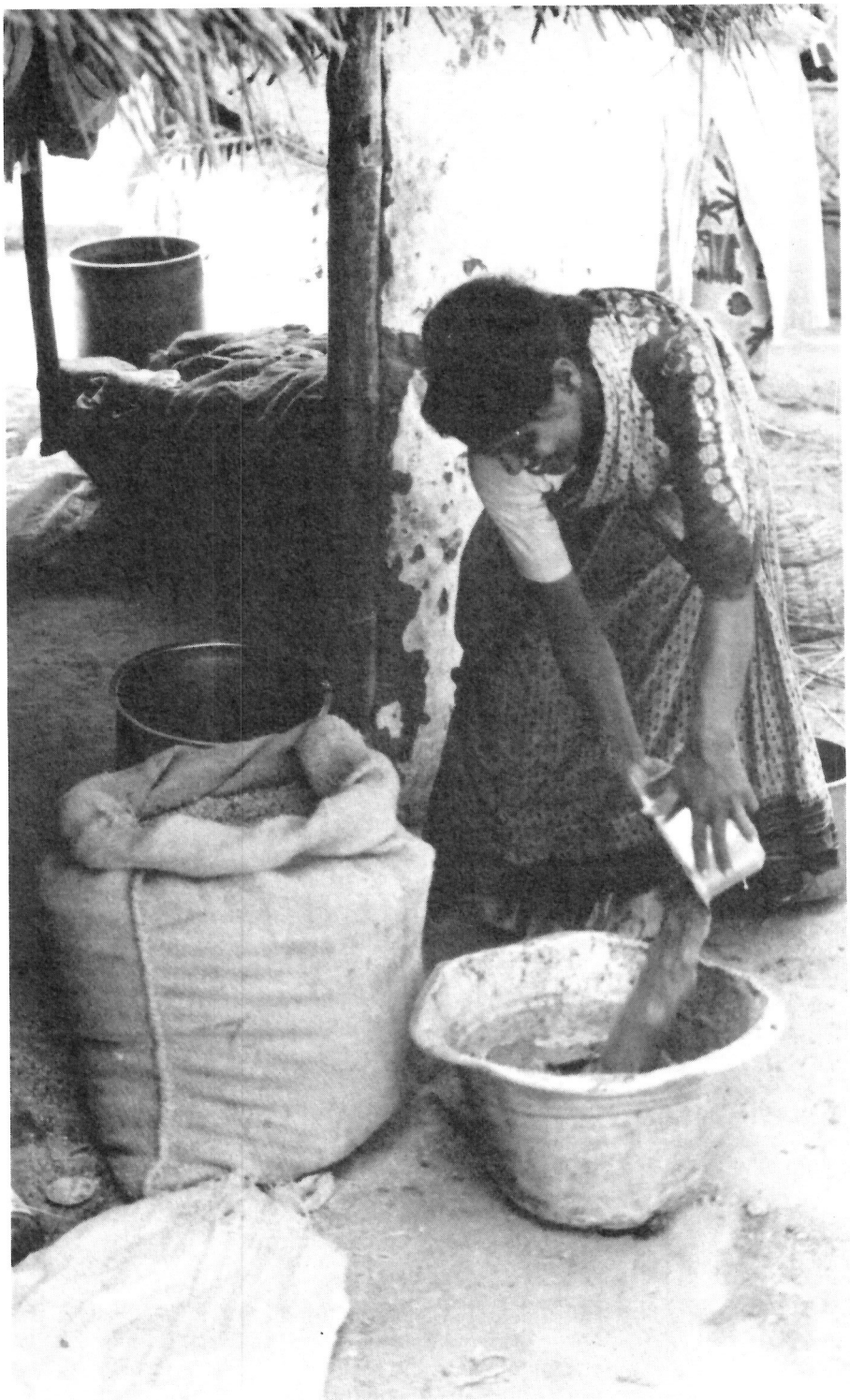
dies.: Impact of Dairy Cooperatives in Selected Areas of Banaskantha District, Gujarat. Working Paper – Series on Dairy Aid and Development No. 10. The Hague 1986c

dies.: Women's Work: Gains Analysis of Women's Labour in Dairy Production. in: Singh, Andrea Menefee & Anita Kelles-Viitanen (Hrsg.): Invisible Hands. Women in Home-Based Production. (Series: Women and the Household in Asia, Vol. 1), New Delhi 1987

SAVARA, Mira: Organized Dairying in the Tribal Areas of Surat District. Working Paper – Series on Dairy Aid and Development No. 9. The Hague 1986

SUNDAR, Pushpa: Khadgodhra: A Case Study of a Women's Milk Cooperative. in: Social Action, Vol. 31, No. 1, 1981, S. 79–98

WICHTERICH, Christa: Paradigmenwechsel: Von der „Integration in die Entwicklung" zur „Feminisierung der Entwicklung", in: Peripherie (Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt), Vol. 7, Nr. 25/26 1987, S. 122–142



Aus dem Sack Fertigfutter mischt die Frau eine Ration mit Wasser für ihre eingekreuzte Kuh.
(Foto: Hildegard Scheu, in einem Dorf bei Madras, April 1988)

Gabriele Broetz

„Ihr könnt uns nicht den Regen bringen"

Der tägliche Überlebenskampf der Songhay-Frauen im nördlichen Sahel von Mali

Eine Armut, von der niemand spricht

Im nördlichen Sahel von Mali, in der Kontaktzone von nomadischen Viehzüchtern und seßhaften Ackerbauern, leben die vorwiegend Ackerbau betreibenden Songhay.
Als Anfang der 70er Jahre, ausgelöst durch die Dürre- und Hungerkatastrophe, die gesamte Sahel-Region in die Schlagzeilen der internationalen Presse geriet, war viel die Rede von der Notsituation und den Flüchtlingsströmen der Nomaden. Nach spektakulären Soforthilfemaßnahmen und der sogenannten Hungerhilfe ebbte das öffentliche Interesse jedoch schnell wieder ab und entsprechend wenig bekannt ist die Tatsache, daß die Situation des Hungers und der Verelendung anhält. Wenig bekannt ist offensichtlich auch, daß Nomaden *und* Seßhafte gleichermaßen von der Dürre und der fortschreitenden Verwüstung betroffen und bedroht sind. Für Nomaden und Seßhafte bedeutet z.B. die Zerstörung des Tierbestandes eine Zerstörung der materiellen Sicherheitsreserven mit vergleichbaren Auswirkungen auf die ökonomische Existenzgrundlage.
Am wenigsten bekannt ist jedoch wieder einmal die besondere Lage der Frauen, das Ausmaß der zunehmend von ihnen geleisteten Überlebensarbeit, die tendenziell immer stärker die Existenz der Familie sichert. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß zum Problembereich der sich zunehmend verschärfenden Überlebensbedingungen im Wüstenrandgebiet keine Studie vorrangig oder gar ausschließlich die aktuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen aufgreift.

Im folgenden Beitrag stelle ich die Auswirkungen der Dürrekatastrophe und die Konsequenzen der fortschreitenden Verwüstung in den spezifischen Problemzusammenhang, wie er sich für die Frauen der Songhay-Gesellschaft ergibt.
Ich versuche den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang von der hierarchischen Organisationsstruktur und der patriarchalischen Herrschaft, die insbesondere mittels der Ideologie des Islam die Unterwerfung der Frauen legitimiert, über die zunehmenden Arbeitsmehrbelastungen für die Frauen, wie sie durch das Primat der Überlebenssicherung bestimmt werden, in großen Zügen herauszuarbeiten.
Im Mittelpunkt meines Beitrages steht ausschließlich die Perspektive der Frauen, wobei ich von ihrer Selbsteinschätzung ausgehe, daß sie besonders gravierend von den Auswirkungen der Dürre und der Verwüstung betroffen sind. Ich beziehe mich dabei in erster Linie auf Gespräche, die ich mit Songhay-Frauen der Region Gao während meines letzten Mali-Aufenthaltes zwischen November 1987 und März 1988 führte. Dabei erscheint es mir an dieser Stelle noch erwähnenswert, daß sich zu unseren Gesprächen immer wieder gerne die Männer gesellten, auch (bzw. gerade) dann, wenn von unserer Seite darauf hingewiesen wurde, daß wir uns ausschließlich über die Situation und Probleme der Frauen unterhalten wollten.

Die Verschärfung der Arbeits- und Lebenssituation für die Frauen ist selbstverständlich nicht monokausal auf die ökologische Zerstörung des Lebensraumes der Songhay zurückzuführen. Jedoch hat die Dürre m.E. in einer besonderen Dringlichkeit Veränderungsprozesse initiiert, die in einem direkten Zusammenhang mit der extrem verschlechterten und immer wieder neu gefährdeten Ernährungssituation stehen.

Diese Prozesse lassen sich im großen und ganzen unter folgenden Punkten vorläufig zusammenfassen:

1. Seit der Dürrekatastrophe sind die herkömmlichen materiellen Sicherheitsreserven der Männer, wie z.B. Tierbestand und Getreideüberproduktion vollends erschöpft, was in der Folge einen Zusammenbruch der Austauschmöglichkeiten mit den nomadischen Wirtschaftsformen nach sich zog. Für die Frauen bedeutet das eine eindeutige Arbeitsmehrbelastung, weil die produktiven ökonomischen Aktivitäten der Männer nicht mehr die Existenz der Familie sichern.
2. Die Frauen übernehmen zunehmend Arbeitsaufgaben und ökonomische Tätigkeiten der bis dato männlichen Domäne. Das bedeutet eine Veränderung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung dergestalt, daß das gesamte Arbeitspotential der Frauen im Rahmen der Überlebenssicherung voll ausgebeutet wird. D.h., daß das Arbeitspotential nicht nur die quantitative (Mehrarbeit) und qualitative (z.B. Flexibilität, Einfallsreichtum, Vielfalt der Arbeitsbereiche) Ebene der Ausbeutung umfaßt, sondern sich sowohl auf die aktuelle Arbeitssituation der Frauen als auch auf ihre potentielle Ausdehnung bezieht.
3. Diese Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat die geschlechtshierarchische Bewertung der Arbeitsleistungen bisher ebensowenig aufbrechen können wie sich noch kein Gewinn an politischen Einflußmöglichkeiten für die Frauen weder auf gesamtgesellschaftlicher Ebene noch auf dem Niveau der Dorfstrukturen abzeichnet.
4. Auch im idealtypischen Konzept der Songhay gibt es, ausgelöst durch die Dürrekatastrophe, einen Bruch: Die Männer verloren ihre „Ernährer"funktion, denn ihr Arbeitseinsatz im produktiven Sektor reicht zur Existenzsicherung der Familie nicht mehr aus. Jedoch gerade mittels der Ideologie, daß einzig die Männer durch ihre ökonomischen Aktivitäten die „eigentlichen Ernährer" der Familie seien, wird auch bei den Songhay die Unterwerfung der Frauen unter die patriarchalische Gewalt festgeschrieben.
5. Die anhaltende Dürre und die damit verbundenen materiellen und existentiellen Unsicherheiten lösten eine gesamtgesellschaftliche Mobilität aus, wie sie für die Songhay bis Anfang der 70er Jahre *in dem* Ausmaß und auf der Basis der absoluten Not und Verelendung unbekannt war. Ganze Familien migrierten in die Städte und in die Küstenregionen; einzelne Dörfer wurden aufgegeben, die Lohnarbeitsmigration der Männer findet seitdem nicht mehr nur saisonal, sondern ganzjährig statt.
6. Einerseits ist ein zunehmender Trend zur Migration auch unter den Frauen (in erster Linie unter Witwen und jungen Mädchen noch vor der Menarche) zu beobachten, andererseits werden die Frauen allein schon durch die Aufnahme eines Kleinhandels in kleinräumlichen Wirtschaftszusammenhängen mobiler. Diese soziale Mobilität enthält zweifellos eine größere Orientierung nach „außen" und möglicherweise auch Chancen für die Frauen, künftig selbstbestimmter und unabhängiger Entscheidungen zu treffen.

Ich habe bis hierher darzustellen versucht, warum m.E. die Dürrekatastrophe und anhaltende Situation der ökoklogischen Zerstörung den entscheidenden Umbruch in der ökonomischen Organisationsstruktur der Songhay-Gesellschaft auslöste, der wiederum soziale Veränderungen insbesondere auch im Geschlechterverhältnis erwarten läßt. Sicher hat es auch bei den Songhay sozioökonomische Veränderungen vor der Dürrekatastrophe gegeben. Ohne hier auf Wandlungstheorien etc. einzugehen, möchte ich noch erläutern, daß es bei den Songhay nicht *einen* Bruch zwischen „Tradition" und „Moderne" gibt. Es handelt sich vielmehr um einen langsamen, kontinuierlichen Prozeß der Veränderung und Auflösung vorkolonialer gesellschaftlicher Organisationsformen. Die historische Dimension der „Tradition" ist die vorkoloniale Zeit; in diesem Sinn setzte der Bruch zwischen „Tradition" und „Moderne" mit dem Verlust der Songhay an politischer Kontrolle durch den Kolonialis-

mus ein, z.B., weil dieser Verlust u.a. Auswirkungen hatte auf das traditionelle Bodenrecht und Landnutzungssystem.

Bevor ich einige Hintergrundinformationen zur spezifischen Problematik der Dürre gebe, erscheint es mir notwendig, noch einmal zu betonen, daß die Hauptantriebsfeder aller ökonomischen Strategien (der Frauen und Männer) die direkte, verschärfte Situation des Hungers ist. Viele Familien können sich nicht einmal mehr eine Mahlzeit am Tag leisten und nicht wenige sind von der anhaltenden Katastrophe entmutigt und ermüdet.
In der internationalen Diskussion werden in der Regel die ausbeuterischen Arbeitsverhältnisse, die den Alltag von Frauen in Weltmarktfabriken bestimmen, öffentlich gemacht, oder die Auswirkungen ländlicher Entwicklungsprojekte und Frauenprogramme, organisierte Widerstandsformen etc. analysiert. Diesbezüglich ist die aktuelle Situation der Songhay-Frauen möglicherweise nicht sehr spektakulär.
So marginalisiert wie der Lebensraum der Songhay im Wüstenrandgebiet so marginalisiert erscheint mir der tägliche Überlebenskampf der Frauen in der öffentlichen und in der feministischen Diskussion. Sie leben in einer Armut, von der niemand spricht.

Die Dürre allein verursacht noch nicht den Hunger

Zwei Faktoren bestimmen in ihrem Zusammenwirken die Situation im Sahel: die Dürre und die Desertifikation (Verwüstung). Die Dürre und die Verwüstung hängen insofern zusammen, als die Desertifikation eine weitere Veränderung der Erdoberfläche bedeutet, die den Niederschlag beeinflussen kann, weil durch sie die Staubmenge in der unteren Atmosphäre zunimmt. Dieser Staub absorbiert und streut das Sonnenlicht, heizt dadurch den oberen Teil der staubhaltigen Luftschicht auf und hält einen Teil der Sonneneinstrahlung von der relativ kühlen Erdoberfläche ab. Dadurch werden z.B. Regenfälle reduziert.
Die Generalversammlung der Vereinten Nationen definierte erstmalig 1977 den Begriff der Desertifikation. Dabei wurde allerdings nur der anthropogene Aspekt der Desertifikation berücksichtigt, d.h., man gelangte zu dem Schluß, daß menschliche Aktivitäten[1] ein ohnehin schon labiles Ökosystem letztendlich völlig in seiner Regeneratonsfähigkeit zerstörten. Es wurde nicht darauf eingegangen, welche weltwirtschaftlichen Strukturzusammenhänge und Verflechtungen im Hintergrund stehen und entsprechend gelangte man zu einer stimmigen Definition, indem man die Folgen zu Ursachen erklärte und in der betroffenen Bevölkerung selbst die ersten Verursacher sah.
Tatsächlich gehört die Dürre zum Klima der Sahel-Region und trat immer wieder seit Anfang des 17. Jahrhunderts periodisch auf, doch ist quellenkundlich belegt, daß Dürre und Hungerkrisen bis zu Anfang des 20. Jahrhunderts für die Gesamtbevölkerung noch keine existenzbedrohenden Ausmaße erreichten.
Eine Hungerkatastrophe im Zusammenhang mit einer Dürre, vergleichbar mit der Katastrophe Anfang der 70er Jahre, hat es in vorkolonialer Zeit nicht gegeben.[2]
Die Feststellung, daß Dürre und Hunger keine sich gegenseitig immer wieder bedingenden Faktoren sein müssen und eine Dürre nicht per se eine Hungerkatastrophe auslöst (Ball 1976), richtet die Aufmerksamkeit auf jene historisch gewachsenen sozioökonomischen Strukturveränderungen (durchgesetzt durch die Kolonialherschaft), die letztendlich den Hunger und die Katastrophe im Sahel bedingten und heute noch bedingen. Diese direkt für den Hunger ursächlichen Veränderungen lassen sich verkürzt in folgenden Punkten zusammenfassen:
1. Die Ackerbaugrenze wurde durch das koloniale Zwangsarbeitssystem und Zwangsabgaben immer weiter in die klimatisch ungünstige Nordregion hinein verlagert. Das Resultat war eine Zunahme der Bodenerosion.

2. Die cash-crop-Produktion bedeutete eine verminderte Produktion von Grundnahrungsmitteln. *Diese* verursachte den Hunger (bekanntlich nicht nur im Sahel).
3. Die Einführung des Pflugbau in Verbindung z.B. mit der Baumwollproduktion (in erster Linie für den französischen Textilmarkt) hat lokal zu erheblichen ökologischen Verschlechterungen (Bodenerosion, Bodendegradation, Artenverarmung der Brachevegetation) geführt.
4. Die Einfuhr einer jährlichen Kopfsteuer zwang die Bauern, ihre Selbstversorgungswirtschaft zugunsten marktfähiger Produkte zu vernachlässigen. Daraus resultierte ein Verlust an Getreideüberschüssen, die für Krisenzeiten notwendig waren.
5. In den 60er Jahren kam es im Rahmen von Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen und Brunnenbau zu einer Steigerung der Herdengrößen. Überstockung führte auf Dauer zu einer Zerstörung des vorhandenen Öko-Potentials, da die Grenze der natürlichen Regenerationsfähigkeit der Pflanzendecke zunehmend überschritten wurde.

Diese sozioökonomischen Zusammenhänge des Hungers treffen auch für die Songhay zu.
Ihr Siedlungsgebiet ist vornehmlich am Lauf des Niger-Flusses. In der Republik Mali erstreckt sich ihr Lebensraum nördlich der Stadt Mopti, am Nigerbogen zwischen den alten sudanischen Zentren Timbuktu und Gao, flußabwärts zu beiden Seiten des Niger. In der Republik Niger siedeln sie ebenfalls am Nigerfluß, auf einigen Nigerinseln, flußabwärts bis zur Grenze von Benin. Charakteristisch für ihr Siedlungsgebiet im nördlichen Sahel von Mali ist ein Sub-Wüstenklima mit extrem geringen Niederschlägen. Der Jahresdurchschnitt an Niederschlägen liegt am Nigerbogen inzwischen unter 200 mm bei durchschnittlich kaum noch 20 Regentagen. Problematisch ist zudem die extrem große Variationsbreite der Niederschläge, d.h., sie fallen unregelmäßig sowohl zeitlich als auch räumlich.

Soziale Organisation der Songhay

Die Basis der sozialen Organisation ist zunächst eine schichtspezifische Hierarchisierung: die Songhay müssen als eine aristokratische Kastengsellschaft gesehen werden.
Integraler Bestandteil dieser schichtspezifischen Hierarchisierung ist die geschlechtsspezifische und die altersspezifische Hierarchisierung, durchgängig durch alle Schichten. Diese drei Hierarchisierungsstrukturen in ihrer Gesamtheit drücken einerseits die sozialen Beziehungsverhältnise aus, andererseits sind sie von entscheidender Bedeutung für die Ökonomie, insofern sie die Arbeitsteilungsverhältnisse bestimmen.
Die Identität der Frauen in der Songhay-Gesellschaft wird in der Linie von der geschlechtsspezifischen Asymetrie bestimmt, die funktional für die patriarchalische Herrschaftslegitimation und die patriarchalische Gewaltausübung ist.
Die patrilinearen Verwandtschaftsstrukturen ordnen die Kinder der Verwandtschaftsgruppe des Vaters zu, die Patrilokalität unterwirft die Ehefrau der Verwandtschaftsgruppe ihres Ehemannes. Die Patrilokalität zeigt sich bei den Songhay u.a. auch darin, daß der neugegründete Haushalt in der Regel räumlich nahe der Schwiegerfamilie der Frau gelegt wird und die Frau bei längerer Abwesenheit des Mannes zu ihren Schwiegereltern zieht.
Die Patrilokalität wird in der Regel nur im Falle einer Scheidung aufgehoben, erst dann kehrt die Frau wieder in ihre eigene Verwandtschaftsgruppe zurück, in der sie dann solange bleibt, bis sie sich erneut verheiratet.
Bereits aus den sozialen Organisationsformen der Patrilinearität und der Patrilokalität geht hervor, daß die gesellschaftliche Identität über den Vater vermittelt wird.

Es ist schwierig, die Durchsetzungsmechanismen des patriarchalischen Machtanspruchs zu konkretisieren. Die Unterwerfung der Frauen und die Abgrenzung von weiblichen und männlichen Lebenswelten sind durch fließende Grenzen gekennzeichnet. Auf der einen Seite besteht die unumschränkte patriarchalische Autorität, auf der anderen Seite existiert zweifellos auch ein gesellschaftlicher Idealtypus, der die Songhay-Frau aufwertet. Natürlich insbesondere dann, wenn sie z.B. ihrer „Rolle" als Mutter männlicher Nachkommen gerecht wird.
Die tatsächlichen Einflußsphären der Songhay z.B. im Haushalt zu bestimmen, ist nicht unproblematisch, denn „Wenn man etwa meint, die Macht der Frauen bestehe darin, über Heirat der Kinder teilweise oder ganz zu entscheiden und/oder die Arbeit im Haushalt und den Unterhalt der Familie zu regeln, so ist das ein schwerwiegender Fehler. . . . Sie hat keine wirkliche Macht, aber sie hat eine Pseudomacht. Solange sie ihrem Mann nicht hinderlich ist, kann sie handeln." (Awa Thiam 1983, S. 13).

Die Ökonomie der Songhay

Die Ökonomie der Songhay beruhte auf einer Kombination von Ackerbau, Viehhaltung und Fischerei sowie einer Beteiligung am Fernhandel. Diese Diversifizierung (Vielfalt) von Wirtschaftstätigkeiten und insbesondere auch die Interaktion zwischen bäuerlichen Produktionssystemen und den Produktionssystemen nomadisierender Bevölkerungsgruppen (wie z.B. die der Tuareg- und Fulbenomaden) war der ökologischen Situation in vorkolonialer Zeit weitgehend angepaßt. In der Regel konnte sogar ein beträchtlicher Getreideüberschuß (Hirse und Reis) erwirtschaftet werden, der den Songhay sowohl eine Rücklage für Trockenzeiten als auch den Handel mit den Nomaden ermöglichte.

Durch koloniale Eingriffe seit Beginn des 20. Jahrhunderts, wie z.B. durch Veränderungen in den Landrechten (traditionell gab es nur Landnutzungsrechte und keine Privateigentumsverhältnisse an Boden), durch die koloniale Verwaltungsstruktur, durch das – monetäre – Zwangssteuersystem und Zwangsabgaben wurde die politische und sozioökonomische Organisation der Songhay erschüttert.
Auch für die nomadische Wirtschaftsweise der Kel Tamaschek (eher bekannt bei uns unter dem Namen Tuareg) zu der die Songhay in einem Austauschverhältnis standen, war der Kolonialismus zerstörerisch. Die französische Kolonialpolitik war nicht zuletzt eine Politik der Seßhaften und der Seßhaftmachung.
Entsprechend wurde von der Kolonialverwaltung nur denjenigen Land zugesprochen (d.h., die Landverteilung lag rechtlich in den Händen der Kolonialverwaltung, die Songhay konnten nicht mehr darüber bestimmen), die es „bearbeiteten".[3)]
Das Gleichgewicht der Ressourcenverteilung wurde zerstört, ohne daß es durch ein ähnliches, ebenso gut funktionierendes ersetzt worden wäre.
Diese Veränderungsfaktoren in ihrer Gesamtheit und in ihrem Zusammenwirken, die allesamt auf den Kolonialismus zurückzuführen sind, sind verantwortlich dafür, daß die ehemals der Ökologie und dem Naturraum angepaßten Wirtschaftsformen heute nicht mehr zur Existenzsicherung ausreichen und die Fähigkeit einer Gesellschaft zerstörten, ökologische Krisensituationen zu bewältigen.

Die Hirse war neben dem Reis, der in Flußnähe angebaut wird, vor der Dürrekatastrophe die Hauptanbaufrucht der Songhay.
In der Bewertung der Songhay waren die Feldarbeiten ökonomische Tätigkeiten, die ausschließlich von Männern verrichtet wurden. Sämtliche in diesem Bereich von den Frauen ausgeübten Arbeiten, vom Tragen der Mahlzeiten auf die Felder, über das Verscheuchen der Vögel und Jätarbeiten bis hin zu Erntearbeiten werden bis heute nicht als Arbeit wahrgenommen.

Der Gartenbau für die Marktproduktion wurde in diesem Sinne bis zur Dürrekatastrophe auch nur von den Männern betrieben. Die Frauen erhielten während der Trockenzeit von den Männern Parzellen auf den Feldern, um Okra, Gewürze und Saucenzutaten ausschließlich für den Eigenbedarf anzupflanzen. Von den Ernteerträgen bekamen die Frauen jeweils so viel von den Männern zugewiesen, wie für den Eigenbedarf notwendig war. Diese ausschließliche männliche Verfügung über die Produkte untermauerte das gesellschaftliche Ideal, der Mann sei der „Ernährer" der Familie.

Die Basis der sozioökonomischen Beziehungen in der Songhay-Gesellschaft sind die Verwandtschaftsbeziehungen mit der kleinräumlichen Einteilung des Gehöfts. Das Gehöft besteht aus mehreren Haushalten und umfaßt innerhalb der Großfamilie mehrere Familienverbände. Haushaltsvorstand der einzelnen Familien ist der Ehemann. Das Gehöft muß als eine Produktions- und Reproduktionseinheit, als eine Lebens- und Konsumgemeinschaft verstanden werden, dessen Grundstruktur auf nahen Verwandtschaftsbeziehungen beruht. Die oberste Autorität des Gehöfts ist der Patriarch.[4)] Seine Macht und sein Einfluß beziehen sich sowohl auf die Frauen als auch auf die Jüngeren. D.h., diese patriarchalische Autorität umfaßt eine Ungleichheit auf Alters- und Geschlechtsniveau. Dennoch können die Alters- und Geschlechtshierarchisierungen nicht als ungleiche Beziehungen auf derselben Ebene angesehen werden, da sich die altersspezifische soziale Unterbewertung mit zunehmenden Alter für das Individuum aufhebt.
Während sogar die schichtspezifische Hierarchisierung durch soziale Mobilität (wie z.B. durch kastenübergreifende Heirat) Ausnahmen kennt und individuelle Statusverbesserungen mit allen Konsequenzen ermöglicht und die altersspezifische Hierarchisierung gesicherte Statusverbesserungen enthält, gibt es für die Frauen keine Möglichkeit, ihre Unterordnung unter den Mann aufzuheben. Einzig die sexuelle Teilung der Gesellschaft ist eine absolute, während die altersspezifische Teilung eine relative ist, die schichtspezifische eine relative sein kann.

Zwei Faktoren, die diese kurz skizzierten Mechanismen patriarchalischer Machtstrukturen in Gang halten, sind der Faktor der sozialen Kontrolle und der Faktor der männlichen Gewalt. Die Ausdrucksmerkmale der sexuellen Unterwerfung der Frauen bei den Songhay sind vielschichtig: angefangen von Sexualtabus für Frauen (z.B. mangelnde bzw. unzureichende Informationen über die Sexualität und über den eigenen Körper) und der polygamen Eheform bis zur frühen Verheiratung (eine Songhay kann bereits vor ihrer ersten Menstruation an einen wesentlich älteren Mann verheiratet werden) und ihrer gewaltsamen Entjungferung vor der Menarche, die entgegen des offiziellen gesellschaftlichen Ideals vorkommt. Allerdings sind Exzision und Infibulation bei den Songhay unbekannt. Nicht zu unterschätzen ist auch der soziale Druck im Falle weiblicher Infertilität (Unfruchtbarkeit), die insbesondere als Rechtfertigung für die Polygamie herhält, während männliche Infertilität tabuisiert wird.

„Seit der Dürre schlafen die Männer ruhiger . . ."

„Seit der Dürre schlafen die Männer ruhiger, weil wir jetzt arbeiten. Sobald es aber darum geht Entscheidungen zu treffen, sind sie wieder die ersten, die aufstehen und das Haus verlassen."
So drastisch formuliert eine Songhay-Frau ein zentrales sich immer stärker abzeichnendes Konfliktpotential. Die Männer werden hinsichtlich ihrer ökonomischen Bedeutung für die Existenzsicherung der Familie immer mehr zu Randfiguren: Durch die anhaltende Trockenheit, die den Hirseanbau zum Erliegen brachte, sowie durch

den vollständigen Verlust des Viehbestandes sind die materiellen Ressourcen der Männer erschöpft, ihre traditionellen Sicherheitsreserven zerstört worden. Zwar versuchen sie auch direkt vor Ort im Gartenbau und im Reisanbau die Notsituation aufzufangen, doch sehen sie tendenziell als einzigen Ausweg aus der Situation nur noch die Migration. Gerade aber diese Migration der Männer bedeutet für die Zurückgebliebenen einen Verlust an Arbeitskraft, der insbesondere zu Lasten der Frauen geht. Die Migration der Männer heißt auch für die im Dorf zurückgebliebenen Frauen, Alten und Kinder, daß die Männer nicht mehr vor Ort ihren Unterhaltspflichten nachkommen können.
Die gesamten Steuern für alle Familienmitglieder wie auch die Viehsteuer müssen im Fall der Abwesenheit der Männer von den Frauen entrichtet werden, unabhängig davon, ob die Männer Geld schicken oder nicht. Allein dies zwingt die Frauen, zusätzlich zur unmittelbaren Überlebensproduktion, monetäre Einkommen zu erwirtschaften.

Darin, daß die Dürre besonders gravierende Konsequenzen für die Frauen hatte, sind sich alle Frauen, mit denen ich sprach, einig. Diese Einschätzung beruht u.a. darauf, daß sie einerseits immer stärker in außerhäusliche männliche Arbeitsprozesse, wie z.B. in den Gartenbau für die Marktproduktion und in den Kleinhandel eingespannt werden, andererseits sich an der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Hinblick darauf, daß die Frauen nach wie vor alle Hausarbeiten alleine verrichten, nichts verändert hat. Frauen, die z.B. als Kleinhändlerinnen ihre Gartenprodukte oder Handelsware (wie z.B. Tee, Zucker und Maggiewürfel) auf einem Wochenmarkt in einem benachbarten Dorf verkaufen, müssen jetzt dafür morgens noch früher aufstehen, weil sie vorher noch die Hausarbeiten verrichten müssen. Kommen sie abends vom Markt zurück, fällt wiederum die Hausarbeit an, von der sie nur die Töchter, in Ausnahmefällen schon mal die Söhne, entlasten. Darüber hinaus müssen immer längere Wege zur Brennholzsuche und zum Wasserholen zurückgelegt werden. Allein dies erschwert es den Frauen, bereits auf der Ebene des Haushalts mit der Situation der Dürre fertig zu werden.
Tatsächlich kommt es für die Frauen zu Überschneidungen zwischen häuslicher und außerhäuslicher Produktion. Im Rahmen dieser Mehrfachbelastung, die eine Mehrfachausbeutung von häuslicher und außerhäuslicher, produktiver und reproduktiver Arbeit ist, haben sich für die Frauen bis dato die Grenzen der geschlechtsspezifischen Arbeitsbelastung negativ verschoben.

Auch die Ausdehnung des Gartenbaus für den Markt erweist sich für die Frauen als problematisch. Seit der letzten Dürrekatastrophe Anfang der 80er Jahre versuchen die Frauen aus der existentiellen Notsituation heraus, Tomaten, Zwiebeln, Piment, Bohnen, Gurken, Salat etc. für den Markt anzubauen, um, neben der Aufnahme eines Kleinhandels, Geld für Saatgut und weitere Nahrungsmittel zu erwirtschaften. Immer wieder erfahren sie Rückschläge und fühlen sich entmutigt, entweder, weil sie ohne eigene Erfahrung in der falschen Periode mit den Arbeiten begannen, weil die Vermarktungsstrukturen fehlen, oder auch, weil bereits die Konkurrenz aus den Nachbardörfern zu groß ist und sie ihre Produkte nicht zu einem angemessenen Preis verkaufen können.
In dem Fall, in dem auch die Männer Gartenbau betreiben (und zwar unabhängig von den Frauen), verfügen diese über die besseren Böden, haben grundsätzlich größere Gärten, die auch noch bewässerungsgünstiger liegen.
Prinzipiell verfügen die Frauen auch nicht über eigene Transportmittel (im Gegensatz zu den Männern): Um ihre Produkte auf den Wochenmärkten benachbarter Dörfer zu verkaufen, müssen sie oft weite Strecken durch eine baum- und buschlose Landschaft zu Fuß zurücklegen.
In der Regel nahmen die Frauen nach der Dürrekatastrophe den Gartenbau in dem Moment auf, in dem die Möglichkeiten der Männer, alleine die Unterhaltssicherung

zu gewährleisten, eingeschränkt waren. Doch trotz der sich immer mehr verschärfenden Notsituation sind die Frauen auch heute noch vom Einverständnis der Männer abhängig. Diese gehen meist davon aus, daß die Hausarbeit in jedem Fall Vorrang hat.
Insgesamt haben die Frauen bis heute aufgrund der Tatsache, daß für sie Produktion und Reproduktion eine räumliche Einheit bilden, eine größere Verantwortungsbereitschaft, Flexibilität und einen größeren Einfallsreichtum als die Männer erwiesen, mit der bedrohlichen Situation *direkt vor Ort* produktiv umzugehen.

Dennoch werden diese Eigeninitiativen und Anstrengungen der Frauen nicht unbedingt von den Männern als das gesehen, was sie sind: ein täglicher verzweifelter Überlebenskampf. Stattdessen konfrontieren sie die Frauen nicht selten mit ihrem Mißtrauen. Das geht soweit, daß sie vereinzelt die ökonomischen Aktivitäten der Frauen zu blockieren versuchen, aus der Einschätzung heraus, daß die Frauen zunehmend zu selbstbestimmt Entscheidungen treffen könnten. Sie versuchen z.B. den Eigeninitiativen der Frauen entgegenzutreten, indem sie ihnen ehemals zugestandene Parzellen für den Gartenbau wieder wegnehmen oder von vornherein Anbauflächen verweigern. Wo dies nicht möglich ist, z.B. wenn der Gartenbau von der lokalen Administration initiiert oder zumindest unterstützt wird, versuchen sie – nach Aussage der Frauen –, durch demonstrative Passivität im eigenen ökonomischen Verhalten die Frauen zu entmutigen. Auch kommt es vor, daß die Männer den Reisanbau vernachlässigen, darauf spekulierend, daß die Frauen eines Tages auch diese Arbeit vollständig übernehmen.
So scheint sich das Konfliktpotential zwischen den Geschlechtern in dem Maße zuzuspitzen, in dem es den Männern immer unmöglicher wird, die Existenzsicherung der Familie im produktiven Bereich alleine zu gewährleisten und in dem Maße, in dem Rollenüberschreitungen notwendig werden, wie z.B. durch Veränderungen in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.
Die Männer pochen darauf, daß die patriarchalische Sichtweise und sexistische Spaltung der Gesellschaft, die mit „Tradition" gleichgesetzt wird, bestimmend bleibt.

Der Schluß liegt nahe, daß die kulturelle – männliche – Identität der Songhay, die mit einem Bild korrespondiert, demzufolge die Songhay-Frau „nicht arbeitet" unbedingt aufrechterhalten werden soll. Nicht zuletzt leitete sich der hohe soziale Status des Mannes von diesem Idealtypus ab, der de facto eine Ausblendung der weiblichen Realität ist. Sollten sich die o.g. geschlechtsspezifischen Konflikte und Widerstände, die die Männer vereinzelt der Arbeit von Frauen entgegensetzen, nicht auch darauf zurückführen lassen, daß die Männer versuchen, die Augen vor der realen ökonomischen Katastrophe zu verschließen, eben weil sie eine eklatante soziale Misere und einen einschneidenden Verlust im männlichen Selbstwertgefühl nach sich ziehen?
Fest steht zumindest, daß der Überlebenskampf für die Frauen außerhalb einer Geschlechterkonkurrenz steht.
Obwohl die Männer nicht mehr ihren ökonomischen und sozialen Verpflichtungen gegenüber der Familie nachkommen können, leiten sie ihre Machtposition nach wie vor aus ihrer traditionellen Stellung als „Ernährer" der Familie ab. Auch der Umstand, daß die Männer nicht mehr die für die Gründung eines eigenen Haushaltes notwendige Summe aufbringen können, daß sie nicht mehr die Frauen mit Kleidung versorgen und inzwischen sogar nicht mehr alleine die Ernährung sichern können, ist offensichtlich ein weiterer Auslöser für Konflikte.

„Ihr könnt uns nicht den Regen bringen"

Rund achtzehn Jahre nach Eintreten der Dürrekatastrophe, die bis heute de facto kein Ende genommen hat, auch wenn sie aus den Schlagzeilen und vielleicht auch aus dem Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt ist, ist die aktuelle Situation der Songhay von Armut und Verelendung beherrscht.
Während für die Männer die Überlebensproduktion im Kontext ihrer traditionellen Zuständigkeit für die Sicherung der Familie steht, bedeutet sie für die Frauen eine zusätzliche Arbeit, die sie ihren reproduktiven Pflichten nicht entbindet.
Auch bei den Songhay ist die Entwicklung beobachtbar, daß die Männer ihe Handlungsstrategien im Rahmen der Überlebensproduktion verstärkt auf Geld erwirtschaftende Tätigkeiten (im Bereich der Lohnarbeitsmigration, Handel und Arbeiten in der Administration) ausrichten. Es ist zu vermuten, daß diese Orientierung durchaus etwas mit der Sicherung patriarchalischer Macht zu tun hat (vgl. Bennholdt-Thomsen 1980).

Zwar wird das Leiden, der Hunger und die Armut als ein gemeinsames Schicksal empfunden, das es gemeinsam zu überwinden gilt, doch erweisen sich m.E. die Frauen eher als „multi-funktionalisierbar". Sie sind nicht nur der ganzen – weltweit bekannten – Realität der Doppelbelastung von häuslicher und außerhäuslicher Arbeit ausgesetzt, sondern ihnen wird darüber hinaus noch eine größere körperliche Einsatzbereitschaft abverlangt. Keine Transportmittel zu besitzen, verlangt z.B. den Frauen eine größere körperliche Mobilität ab, und auch im Gartenbau müssen sie größere körperliche Anpassung zeigen als die Männer. Denn insgesamt stehen den Frauen weniger Arbeitsgeräte zur Verfügung und in keinem der von mir besuchten Dörfer verfügen sie über eine Motorpumpe zur Bewässerung.
Das Spektrum der ökonomischen Tätigkeiten der Frauen wird immer größer, während das Spektrum der Selbstbestimmungsmöglichkeiten in der derzeitigen Situation keine adäquate Erweiterung findet. Die Bedürfnisse, bescheidene Wünsche und die Perspektiven der Frauen sind durchweg ausschließlich am Primat der Überlebenssicherung, der Ernährung der Familie und insbesondere der Zukunft der Kinder orientiert. Die derzeitige Erweiterung der ökonomischen Aktivitäten der Frauen muß einzig im Zusammenhang mit den Interessen der Familie gesehen werden.
Veränderungen ihrer Lebensbedingungen werden entsprechend im Familienzusammenhang gedacht, einzig im Kontext mit der unmittelbaren Existenz- und Überlebenssicherung, nicht im Sinne einer kritischen Analyse ihrer spezifischen Situation innerhalb der patriarchalischen Unterdrückung und sozioökonomischen Ausbeutung hinterfragt.
Das Zurücktreten der Frauen hinter die Bedürfnisse der Familie muß jedoch m.E. auch im Zusammenhang mit der Tatsache gesehen werden, daß die Frauen es nicht gewohnt sind, sich öffentlich Gehör zu verschaffen; sie sind es nicht gewohnt, ihre Situation öffentlich zu diskutieren.[5)]

Die Selbsteinschätzung der Frauen ist trotz ihrer erweiterten ökonomischen Aktivitäten nach wie vor noch abhängig und geprägt von männlichen Bezugs- und Orientierungssystemen. Entsprechend sehen die Frauen sich selbst heute noch als „schwächer", wobei sie ihre vermeintliche Schwäche an den höher bewerteten Arbeitsleistungen der Männer messen, anstatt einen quantitativen und qualitativen Vergleich zwischen weiblichen und männlichen Arbeitsleistungen anzustrengen.[6)]
Selbst wenn die sozioökonomische Situation und Perspektive noch so entwürdigend für Frauen ist, so findet dennoch eine Orientierung an allgemein geltende gesellschaftliche Normen statt. Diese Normen sind von männlichen Denkmustern und der gesamten Nomenklatur patriarchalischer Ideologie geprägt. Sie bestimmen die öffentliche soziale Anerkennung und das Prestige des Gesellschaftsmitgliedes und

sind tatsächlich von entscheidender Bedeutung für das Selbstwertgefühl des Individuums (vgl. Nadig 1986, S. 154).
Soziale Anerkennung erhalten die Songhay-Frauen (unabhängig von der Schichtzugehörigkeit) durch den Status der Ehe und vor allem über die Anzahl der – männlichen – Kinder.
Und auch bei der Songhay existiert die Vorstellung der idealen Ehefrau und Mutter nach patriarchalischem Bild, das an die Töchter weitergegeben wird.

Die ökonomische Struktur der Songhay-Gesellschaft ist im Wandel begriffen, und dieser Wandel betrifft die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Doch offensichtlich vollzieht sich der Wandel weniger in den Einstellungen der Menschen, die sich immer stärker mit einer Extremsituation konfrontiert sehen, auf die sie keine sichere Antwort haben.
Das Festhalten an der traditionellen sozialen Organisation muß auch als eine Orientierung daran verstanden werden, was sich über Jahrhunderte hinweg noch in Krisenzeiten als „brauchbar" im Sinne von existenzerhaltend und die bestehende Gesellschaftsordnung sichernd erwies. Der gesellschaftliche Rahmen und die Verinnerlichung der normativen Zwänge sichert die sexuelle und sexistische Spaltung der Gesellschaft noch zu einer Zeit, in der die ökonomische Basis der patriarchalischen Herrschaftslegitimation weitgehend zerstört worden ist.
Allerdings sehe ich darin keine Besonderheit der Songhay. Auch in den industrialisierten Gesellschaften hat es sich gezeigt, daß ökonomische Veränderungen und ein verstärkter Einbezug der Frauen in den Produktionsprozeß kein ausreichender Maßstab für positive soziale Veränderungen in der Geschlechterdifferenz sind.[7] Ich bin der Meinung, daß die von der Songhay vorgenommene Unterbewertung der eigenen Leistungen einem allgemein bekannten, stereotypen patriarchalischen Muster entsprechen.
Durch den Umstand, daß die Regeln der Sozialstrukturen die Frauen daran hindern, in die Öffentlichkeit zu treten (viele Frauen haben bis heute noch nie das Dorf verlassen, und im Fall der Kleinhändlerinnen begrenzt sich ihre Bewegungs„freiheit" auf den nächstliegenden Markt), fehlen ihnen nach eigenen Aussagen Erfahrungen und Vorstellungen darüber, wie sie ihre Probleme besser lösen könnten. Es fehlt ihnen an ausreichender Nahrung, in vielen Fällen fehlt sogar das Wasser und immer wieder die Möglichkeit, sich selbst versorgen zu können.
Zwar ist jede Malierin von Geburt an Mitglied der malischen Frauenorganisation UNFM (Union Nationale des Femmes du Mali).[8] Die Struktur dieser Organisation reicht durch eine lokale Vertreterin bis in die Dörfer, jedoch ist die „internationale Frauensolidarität" nicht bis in die Dörfer vorgedrungen. Der Informationsfluß über Aktivitäten anderer Frauen, internationale Frauenkonferenzen und Hearings ist von Dorf zu Dorf unterschiedlich. Allgemein bekannt ist nur die Weltfrauenkonferenz in Nairobi.
Zu Recht beklagen m.E. die Frauen einen Mangel an Erfahrungsaustausch mit anderen Frauen und an externen Unterstützungen, vor allem zur Lösung ihrer ökonomischen Notsituation.
Immer wieder orientieren sich ihre Erwartungen bezogen auf andere Frauen an ihren ökonomischen Problemen, wobei *der Brennpunkt überhaupt* der Wassermangel ist. Eine Frau brachte es auf den Nenner: „Ihr könnt uns nicht den Regen bringen".

Anmerkungen

1) Unter den menschlichen Aktivitäten (anthropogener Prozeß der Desertifikation) wird allgemein folgendes verstanden: Überweidung und Vergrößerung des Herdenbestandes, Ausdehnung des Ackerbaus auf marginale Anbauflächen, Verkürzung der Brachezeiten, unsachgemäße Bewässerung und Brennholzeinschlag. Gerade der im Zusammenhang mit der Verwüstung immer wieder als Mit-

ursache angeführte Brennholzeinschlag scheint mir ein zynischer Verweis angesichts des von internationalen Unternehmen mit größtem Profit forcierten Raubbaus an tropischen Hölzern insbesondere auch in den Wäldern der afrikanischen Küstenländer.

2) *Inzwischen sind die fortschreitende Verwüstung und die anhaltende Dürre im sahelo-sudanischen Großraum zu Schlüsselbegriffen für eine Notsituation und Verelendung geworden, die in der Geschichte Afrikas keine Parallelen hat.*

3) *Bei der Bestimmung des Begriffs „Land bearbeiten" wird oft übersehen, daß auch nichtseßhafte Gesellschaften durchaus Land bearbeiten, indem sie z.B. mit ihren Viehherden den notwendigen Dünger hinterlassen.*

4) *Patriarch muß hier im Sinne des Ältesten in der Großfamilie verstanden werden, der auch soziale Verpflichtungen (nicht nur Vorrechte) gegenüber 30 – 50 Personen hat.*

5) *Was Kavemann (1978) für den Kontext eines andalusischen Dorfes feststellt, deckt sich mit meinen Erfahrungen über die Gespräche mit den Songhay-Frauen: „Die Frauen diskutierten oft mit viel Engagement über die Arbeitsteilung, freilich fehlten ihnen die Argumente. Auch in ihren Köpfen sitzen die alten Strukturen fest. Sie waren sich ihrer Empörung nicht sicher.* Ihre diffuse Unzufriedenheit kam nicht gegen das unerschütterliche patriarchalische Selbstbewußtsein von Vätern, Brüdern, Ehemännern an" *(Kavemann 1978, S. 158).*

6) *Zusätzlich wird die gesamte reproduktive Arbeit der Frauen einer Bewertung nach ökonomischen Maßstäben entzogen.*

7) *„Es ist bekannt, daß den Frauen, auch wenn sie aus dem Netzwerk der Familie heraustreten und an den Ereignissen des kollektiven Lebens teilnehmen, und zwar oft in eingreifender Weise, daraus nicht ein Anspruch auf die politischen Rechte und deren Wahrnehmung erwächst." (vgl. Rossana Rossanda 1978, S. 71)*

8) *Die UNFM ist die einzige anerkannte Frauenorganisation in Mali. Ihr „Ehrenmitglied" ist die Frau des Staatspräsidenten. Allein der Status der Mitgliedschaft qua Geburt weist m.E. darauf hin, daß es sich eher um eine Pro-forma-Mitgliedschaft handelt. Dennoch lassen sich über ihre politischen Aktivitäten und tatsächlichen Interessenvertretungen keine allgemeinen Aussagen machen.*

Literatur

BALL, Nicole: Understanding the causes of african famine, in: Journal of modern African Studies, 14, 13, 1976, S. 517–522

BENNHOLDT-THOMSEN, Veronika: Die stumme Auflehnung der Bauersfrauen, Bericht aus einem Dorf im Süden Mexikos, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 3, 1980, S. 49–57

BISILLIAT, Jeanne: The femine sphere in the institutions of the Songhay-Zermaa, in: Christine Oppong (Hrsg.), Female and Male in West Africa, o.O. 1973

COPANS, Jean (Hrsg.): Sécheresse et famines du Sahel, Paris 1975

CUTRUFELLI, Maria Rosa: Women of Africa, Roots of Oppression, London 1983

DIARRA, Abdramane: Politische Sozialisation und Rolle der Frau in Mali, Aachen 1986

DUCROZ, Jean-Marie/CHARLES, Marie-Claire: L'homme Songhay tel qu'il se dit chez les Kaado du Niger, Paris 1982

FRANKE, Richard W./CHASIN, Barbara H.: Seeds of famine, Ecological destruction and the development dilemma in the West African Sahel, New York 1980

KAVEMANN, Barbara: Das Leben der Frauen im Dorf, in: Berger/Heßler/Kavemann, „Brot für heute, Hunger für morgen", Landarbeiter in Südspanien, Frankfurt/M. 1978, S. 125–165

LACHENMANN, Gudrun: Ökologie und Sozialstruktur im Sahel, Wechselwirkungen zwischen ökologischen und ökonomischen Veränderungen sowie soziostrukturellem und kulturellem Wandel, in: Afrika Spectrum, 3, 1984, S. 209–228

dies. u.a.: Ökologie und Sozialstruktur in Mali, Fallstudie Zone Lacustre, DIE, Berlin 1985

LENZ, Ilse/ROTT, Renate (Hrsg.): Frauen im Entwicklungsprozeß, Saarbrücken 1984

MERNISSI, Fatima: Geschlecht, Ideologie, Islam, München 1987

dies.: Der Harem ist nicht die Welt, Elf Berichte aus dem Leben marokkanischer Frauen, Darmstadt 1987

NADIG, Maya: Die verborgene Kultur der Faru, Ethnopsychoanalytische Gespräche mit Bäuerinnen in Mexiko, Frankfurt/M. 1983

OLIVIER DE SARDAN, Jean Pierre: Les sociétés Songhay-Zerma, (Niger-Mali), Paris 1984

PROKOP, Ulrike: Weiblicher Lebenszusammenhang, Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt/M. 1976

ROSSANDA, Rossana: Einmischung, Gespräche mit Frauen über ihr Verhältnis zu Politik, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Demokratie, Faschismus, Widerstand, Staat, Partei, Revolution, Feminismus, Frankfurt/M. 1983

THIAM, Awa: Die Stimme der schwarzen Frau, Vom Leid der Afrikanerinnen, Hamburg 1983

TRICKSTER: Afrikanische Ernte, Heft 15, München 1987

WERLHOF, Claudia von: Wenn die Bauern wiederkommen, Frauen, Arbeit und Agrobusiness in Venezuela, Frankfurt/M. 1984

Claudia von Braunmühl

Strukturanpassung – mit Frauenaugen gesehen

Was die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank für die Frauen in Jamaika bedeutet

Ob der Senat von Berlin das so gemeint hat? Keine Solidaritätsgruppe, kein Kirchentagsaufruf, nicht die mitreißendste Theoretikerin hätte je diese Schulungswelle in Gang setzen können, die das Land überzieht, seit bekannt ist, daß die IWF- und Weltbank-Oberen zu ihrer diesjährigen Jahrestagung auf Einladung des Senats nach Berlin kommen werden. Live and direct.

Und so sitzen sie alle, Kirchen-, Soli-, Gewerkschafts-, Frauen-Gruppen, vororganisierte Universitäts-Kurse und selbstorganisierte Autonomen-Seminare, und studieren die kompliziertesten Zusammenhänge und Strukturen. Deswegen will ich mir hier detaillierte Zahlen über das Ausmaß der Verschuldung der sogenannten Entwicklungsländer, die sich in den 80er Jahren verdreifacht hat und darüber, wie es für die allermeisten Entwicklungsländer gänzlich aussichtslos ist, sich aus diesen Schulden herauszuproduzieren, ersparen. Sie sind nun überall nachzulesen.
Ende der 70er Jahre ließ sich die Unbezahlbarkeit der aufgehäuften Schulden nicht mehr übersehen; da war es dann auch Schluß mit den flotten Krediten. Die Geschäftsbanken zogen sich zunehmend aus dem Drittweltgeschäft zurück und wurden beim IWF vorstellig, daß dieser sich mehr um die Dritte Welt kümmern sollte, damit das Rückzahlen der Kredite möglich werde.

Die bisherige Strategie des schuldenfinanzierten Wachstums war, daran ließ sich wenig deuteln, gescheitert. Es gab offenbar kein oder zu wenig Wachstum, nicht einmal genug, um die Schulden zu finanzieren, geschweige denn ein Wachstum, das als sozialer Entwicklungsprozeß die Masse der Menschen erreicht hätte. Stattdessen gab es jede Menge Schulden.
Selbst die Weltbank suchte in den 70er Jahren die Ursache für das Scheitern zweier „Entwicklungsdekaden" in der ungleichen Verteilung von Einkommen und vernachlässigter Befriedigung von Grundbedürfnissen der breiten Masse der Bevölkerung. Sie gab ihrer damaligen Strategie den Namen „Umverteilung mit Wachstum" und meinte damit Umverteilung von der Ersten in die Dritte Welt und von oben nach unten. Seit 1980 wird die Sitaution mit neoliberaler Brille anders gesehen. Es ist nicht ein Zuwenig an Einkommen, worunter die Dritte Welt leidet (und warum sie ihre Schulden nicht ordentlich zahlt!); es ist ein Zuviel an Ausgaben. Die Leute leben über ihre Verhältnisse, sie müssen den Gürtel enger schnallen. Oder, um es mit den Worten der Weltbank selber auszudrücken, es geht um „die Kürzung des Konsums mit dem Ziel, zusätzlich Ressourcen für Investitionen freizusetzen" (Weltentwicklungsbericht 1987).

Diese Programmatik nennt sich *Strukturanpassung* und es ist zu fragen, wessen Konsum wird gekürzt und wer investiert? IWF und Weltbank haben dazu sehr dezidierte Vorstellungen und setzen diese in Form von Bedingungen bei nahezu jedem ihrer Kredite durch. Was also sind diese Vorstellungen? Wie sollen sie ins Werk gesetzt werden? Lösen sie ein, was sie versprechen?
IWF und Weltbank sind davon überzeugt, „daß außenorientierte Länder bessere Ergebnisse erzielen als binnenorientierte" und halten „das schlechte Abschneiden stärker binnenorientierter Volkswirtschaften" für erwiesen. Eben dies aber, zu stark binnenorientiert gewesen zu sein, und dadurch erhebliche Verzerrungen im Produk-

tions- und Kostengefüge verursacht zu haben, werfen sie den Entwicklungsländern vor. Nur wenn diese sich in das freie Spiel der Kräfte auf dem Weltmarkt einfügen und im Rahmen der durch ihn zugewiesenen internationalen Arbeitsteilung importieren, was auf dem Weltmarkt kostengünstig zu haben ist, und exportieren, was sie selber kostengünstig produzieren, nur dann würde es ihnen gelingen, „die Effizienz zu steigern, soziale Gerechtigkeit zu erzielen und den Bestand an Sach- und Humankapital auszuweiten." Denn das und nichts anderes, beteuert die Weltbank, sind „die fundamentalen Ziele der langfristigen Strukturanpassung in den Entwicklungsländern".
„Wie die meisten wirtschaftspolitischen Kurswechsel", so fährt die Weltbank fort, „bringt eine Wende zugunsten einer außenorientierten Wirtschaftspolitik zwangsläufig Umstellungskosten mit sich." Sie weiß auch durchaus, wer die trägt. „Je schneller und grundlegender der Wandel erfolgt, desto größer ist der unmittelbare Nutzen für die Volkswirtschaft. Umso höher ist aber auch die Wahrscheinlichkeit, daß ein größerer Teil der Bevölkerung mit Übergangskosten dadurch belastet wird, daß Arbeiter ihre alte Beschäftigung verlieren und Unternehmen ihre bisherigen Aktivitäten aufgeben." So ist es nun einmal, was „der Volkswirtschaft" nutzt, belastet „einen größeren Teil der Bevölkerung". Wer, bitte schön, ist dann das Volk in der Volkswirtschaft?

Sorgen sind da aber ganz unangebracht, denn „ohne Zweifel", das *weiß* die Weltbank einfach, „werden längerfristig gesehen die Armen durch Wirtschaftsreformen begünstigt. Kurzfristig werden sie dadurch aber manchmal geschädigt." Deswegen soll nun aber um Himmelswillen nicht in das Marktgeschehen eingegriffen werden. „Die Erfahrung zeigt, daß die Armut kurzfristig am wirkungsvollsten direkt durch genau gezielte Programme bekämpft wird, bei denen soziale Dienste angeboten werden oder direkt Bar- bzw. Sachleistungen an die Ärmsten erfolgen, an Stelle einer indirekten Bekämpfung der Armut durch Eingriffe auf den Faktor- oder Gütermärkten." Dann doch eher Katastrophenhilfe, Nahrungsmittellieferungen, Wohltätigkeit.
Wie soll sie nun im einzelnen aussehen die für so überaus nötig gehaltene Anpassung der Strukturen? Für unsere Zwecke möchte ich sie, wenngleich sie natürlich alle miteinander zusammenhängen, in sieben Schritte zerlegen.

1. Abwertung
Der Preis der in der Regel überbewerteten nationalen Währung soll sich auf dem freien Markt einpendeln; ergo, meist drastische Abwertung und weitere Flexibilität, meist nach unten. Auf diese Weise sollen Importe verteuert werden, wodurch einheimische ProduzentInnen einen marktkonformen Schutz erhielten, Exporte- bzw. Touristikangebote sollten billiger und damit international konkurrenzfähiger werden. Insgesamt diene das der optimalen Verteilung der Produktionsfaktoren im Kontext internationaler Arbeitsteilung.

2. Aufhebung nicht marktkonformer Eingriffe (Deregulation)
Das sind Subventionen, z.B. von Grundnahrungsmitteln, Schutzzölle, Einfuhrbeschränkung und ähnliches. Dadurch soll ineffizienten einheimischen ProduzentInnen der Schutz entzogen werden, die KundInnen sollen in den Genuß des tatsächlich auf dem Markt günstigsten Angebots kommen.

3. Abbau des staatlichen Haushaltsdefizits
durch weniger Ausgaben – dem dienen Kürzungen, v.a. im Gesundheits- und Erziehungswesen, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Einfrieren der Löhne, Einstellungsstop etc. – und durch mehr Einnahmen. Dazu werden neue Steuern und Abgaben eingeführt, bzw. die Bezahlung vormals unentgeltlicher Dienste (z.B. medizinische Grundversorgung).

4. Ein investitionsförderliches Klima
ist herzustellen, v.a. durch Abbau von Investitionshemmnissen, wie z.B. Begrenzung von Profittransfer ins Ausland, Mindestlohn- und Arbeitsschutzregelung und durch Einführung von Lohnhöchstgrenzen und diversen Vorleistungen für ausländische Direktinvestitionen. „Die Arbeitskräftenachfrage wird", so die Weltbank, dadurch „stimuliert, daß die Mindestlohnbestimmungen aufgehoben werden", denn es „kann eine Abwertung des Wechselkurses nur dann die Produktion anregen, wenn die Reallöhne nach unten beweglich sind."

5. Verknappung des umlaufenden Geldes
Hohe Zinsen, Verpflichtung der Banken, einen erheblichen Anteil ihrer Mittel in Reserven zu halten, Kreditobergrenzen u.ä. sollen die Inflation und die Nachfrage nach Devisen dämpfen.

6. Privatisierung staatlicher Unternehmen
Nicht etwa die unrentablen und ineffizienten sollen privatisiert werden, sondern überhaupt und im Prinzip, denn es geht „um eine offene Wirtschaft und die Anerkennung des privaten Sektors als Motor des Wachstums."

7. Wirtschaft auf den Export hin orientieren
Das kann gar nicht genug betont werden. „Der Vorteil einer außenorientierten Strategie gegenüber einer binnenorientierten besteht in Förderung des wirtschaftlichen Einsatzes der Ressourcen." Da sind dann auch direkte Eingriffe und Umstrukturierungshilfen erlaubt, ja geboten, und hierfür v.a. sind die Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank gedacht.

Aus offiziellem Munde selbst gibt es Warnungen und Einsichten, die an der Klugheit dieses Kurses zweifeln lassen. Es werde zu „starken Strukturveränderungen zu Lasten der Produktion von Nahrungsmitteln für den lokalen Markt" und zu strukturellen Fehlinvestitionen bei einem leicht übersättigten Weltmarkt (GTZ im AfZ) kommen. Die Weltbank selbst sieht das durchaus. „Wenn der Protektionismus in den Industrieländern noch weiter zunimmt, wird es für die Entwicklungsländer schwierig werden, ihre Ausfuhren zu erhöhen." Sie belegt detailliert, daß „die Durchschnittszölle auf die Exporte der Entwicklungsländer höher sind als diejenigen der Industrieländer" und daß auch nicht zollförmige Einfuhrbeschränkungen wie Höchstgrenzen, Reinheitsgebote, Verpackungsvorschriften etc. die Entwicklungsländer weit stärker ausgrenzen.
Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika CEPAL ihrerseits weist nach, daß und wie die Produktionsprozesse in den Industrieländern sich zunehmend von Importen aus der Dritten Welt abkoppeln und daher der weitere Preisverfall der Exporte der Entwicklungsländer unausweichlich ist. Gleichwohl, versichert die Weltbank: „Die beste Option für die Entwicklungsländer bleibt die Außenorientierung, auch wenn ihre Vorteile durch einen stärkeren Protektionismus der Industrieländer geschmälert würden." Sie erhebt diese Aussage sogar in den Rang einer ewiggültigen Wahrheit: „Wie protektionistisch sich die Industrieländer auch immer verhalten mögen, die beste Wahl für die Entwicklungsländer ist stets eine außenorientierte Strategie."

Wem diese Wahrheit wohl dient?

Jamaika – und das IWF-Weltbank-Tandem

Die 1962 in die Unabhängigkeit entlassene Karibik-Insel Jamaika verfolgte unter konservativer Führung eine Strategie der Industrialisierung unter Kontrolle ausländ-

dischen, zunehmend US-amerikanischen Kapitals. 10 Jahre später erst unter der Führung der links-sozialdemokratischen People's National Party gab es so etwas wie einen Aufbruch zu eigenen kulturellen Konturen, größerer sozialer Gerechtigkeit und an nationaler Entwicklung (self-reliance) orientierter Wirtschaft. Der Aufbruch geriet rasch unter Druck. „Energiekrise" und Ölpreisverteuerung kosteten das Land unvorhergesehene Summen. Die nationale Mittelschicht war nicht bereit, in die Reformpolitik zu investieren. Banken und internationale Geber entzogen die Finanzierung. 1977 war Jamaika reif für den IWF. Die Regierung versuchte, sich drastischer Abwertung und massiver Entlassungen zu erwehren, riskierte den Bruch mit dem IWF, setzte Wahlen an und verlor sie haushoch.

Der nun in die Regierung einrückenden marktwirtschaftlich orientierten Jamaica Labour Party mußten die vom IWF gestellten Bedingungen zunächst nicht aufgezwungen werden. Einem ersten relativ milden Abkommen, das gleichwohl wegen Nicht-Erreichens einiger Testgrößen abgebrochen wurde, folgte ein zweites ungleich strengeres, dann ein ebenso hartes drittes, das nicht einmal sechs Wochen hielt. Soziale Unruhen, politischer Protest und nicht zuletzt erheblicher Widerstand sämtlicher Kapitalfraktionen im Verein mit substanziellen Einsparungen durch die Ölpreisverbilligung von 1984/85 führten die Regierung schließlich zu einer härteren Haltung gegenüber dem IWF. Über längere Zeit verweigerte sie sich weiteren Zugeständnissen. Das vierte Abkommen im März 1987 fiel dann unorthodox milde aus.
Von der Form her sind die Auflagen des IWF eine Absichtserklärung – „letter of intent" – der jeweiligen Regierung. Sie müssen weder vom Parlament verabschiedet, noch der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Dafür, daß die „Absicht" auch in die Tat umgesetzt wird, sorgt die Festsetzung bestimmter ökonomischer Größen wie interne und externe Verschuldung der Regierung, Inflationsrate, Devisenreserven etc., deren Einhalten bzw. Erreichen vom IWF laufend überprüft wird. Im negativen Fall stellen sowohl IWF als auch Weltbank ihre Zahlungen ein.
Im einzelnen gibt es dazu fortwährend etwas, das „Politikdialog" gennant wird. Politikdialog – da braucht man gar nicht zwischen den Zeilen zu lesen, das wird ganz offen so benannt –, das ist die zwischen Geberorganisationen und -ländern abgesprochene, mit der Verweigerungsdrohung zugesagter Leistungen, einschließlich Nahrungsmittelhilfe (!) bekräftigte Durchsetzung einzelner Restrukturierungsauflagen. Das alles, versichert uns Barber Conable, Präsident der Weltbank, dient dem einen Zweck: „Die betroffenen Länder müssen ihre Politik so ändern, daß ihre Volkswirtschaften effizienter werden und so kräftig wachsen, daß sie die Schuldenlast allmählich abtragen können." Wie sieht es in Jamaika nach acht Jahren Strukturanpassung mit dem Erfolg, dem Wachstum der Volkswirtschaft und dem Abtragen der Schuldenlast aus?

Das Wirtschaftswachstum war Jahr für Jahr negativ. Noch 1985 lag es bei –4,5 %. Erst seit die jamaikanische Regierung sich weiterer Abwertung verweigerte, bewegte es sich mit 2 % zaghaft ins Positive. Das Bruttosozialprodukt pro Kopf ist derzeit auf den Stand von 1972 geruscht. Die Importe, die verteuert und dadurch verknappt werden sollten und dem Exportauftrieb dienen sollten, gehen zum großen Teil in den von hohen Preisen unbeeindruckten Konsum der Oberschicht und gerade nicht in die Produktion. Der Export ist zwischen 1980 und 1986 um 16 % gefallen. Die vielbeschworene und mit Unsummen geförderte Exportproduktion der Landwirtschaft ist um nur 5 % gestiegen, die landwirtschaftliche Produktion für den einheimischen Markt dagegen um 12 % gefallen. Das produzierende Gewerbe mit seinem Importkoeffizient von zwischen 50 % und 70 % hat noch 7 % weniger als das schon vor 1980 niedrige Wachstum zu verzeichnen. Die Kapazitätsauslastung liegt bei 50 %, die Investitionsquote bei 66 %. Wachstum weist allein die US-kontrollierte Textilproduktion in den freien Produktionszonen auf. Und dem Tourismusgewerbe ist eine leichte Steigerung gelungen. Insgesamt war die Produktion 1985 um

22 % unter die von 1972 gefallen. Auch hier geht es erst seit der Verweigerungsstrategie ein wenig aufwärts.
Und die Verschuldung, um die es bei der ganzen Angelegenheit angeblich geht? Die ist von 1,2 Milliarden US-Dollar im Jahre 1980 auf 4 Milliarden US-Dollar Ende 1987 gestiegen. Damit liegt sie jetzt bei 150 % des Bruttosozialprodukts und nicht mehr, wie am Anfang der Übung, bei um die 50 %. Pro Kopf ist das 2 × soviel wie die Verschuldung Brasiliens! Der Schuldendienst frißt über 50 % vom Exporteinkommen und Regierungsbudget.

Die das Land auf Jahrzehnte an seine Geber fesselnde Verschuldung wurde zum größten Teil durch die Strukturanpassung überhaupt erst hergestellt. Die nationale Wirtschaft wächst nicht. Aber: innerhalb der acht Jahre hat die jamaikanische Regierung amerikanischen Investoren in freien Produktionszonen Fabrikanlagen gebaut – diese kreditfinanzierte Investition war ihr erlaubt! –, hielt Jamaika, ein Land mit starker Gewerkschaftstradition, dort die Gewerkschaften raus; ist die Insel dem US-amerikanischen Computer-Markt erschlossen (seit 1981 sind US-amerikanische Gelder nur unter der Begleiterscheinung eines Computers zu haben); verläßt mehr privates Kapital als je die Insel. Das Land hat seine Adern wieder geöffnet.
Und es wird sich, die Verschuldungsfessel sorgt dafür, auf Jahrzehnte keine eigenen Vorstellungen für die wirtschaftspolitische und soziale Entwicklung seiner Gesellschaft leisten können. „Tatsache ist, daß der Zwang, entweder ein in Kraft befindliches Abkommen einzuhalten, oder die Vorbedingung für ein demnächst anstehendes zu erfüllen, die Politikdirektiven des IWF zu dem wichtigsten Einzelfaktor gemacht hat, der im letzten Jahrzehnt die wirtschaftliche Orientierung Jamaikas diktierte."

Und das Volk in der Volkswirtschaft?

Das Volk, das sind hier von den 2,3 Mill. Menschen weniger die 20 % an der Spitze, die 60 % des Einkommens auf sich ziehen, sondern eher die 40 %, denen 8 % bleiben. Und die dazwischen. Es soll nun, Schritt für Schritt nachgeschaut werden, wie es *dem Volk, von dem ca. 51 % Frauen sind*, unter der Strukturanpassung ergangen ist.
Dieses Verfahren ist insofern problematisch, als es faktisch natürlich Maßnahmenbündel und ihre verkettenden Wirkungen sind, welche die Lebensverhältnisse der Menschen bestimmen. Trotzdem lassen sich bestimmte, vorrangig einem spezifischen Schritt geschuldete Auswirkungen beschreiben.
Vorab, denn sie werden uns als besonders Betroffene auffallen, ein paar Daten zur Situation *der Frauen in Jamaika*.
Jamaika hat eines der höchsten Partizipationsraten der Welt, d.h., zwei Drittel aller Frauen gehen einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nach oder suchen eine solche. Rund ein Drittel ist selbständig beschäftigt, davon knapp die Hälfte im Handel, knapp 40 % in der Landwirtschaft. Allerdings sind nur 10 % des bebauten Landes im Besitz von Frauen. Ihr Anteil an den Lohn- und GehaltsempfängerInnen liegt bei 56 %. 80 % von ihnen arbeiten in angelernten Tätigkeiten. 60 % verdienen unter 35,– DM pro Woche (bei eher unter der DM liegender Kaufkraft). 1985 lag der männliche Durchschnittsverdienst knapp 50 % über dem der Frauen.
Ca. 70 % aller erwerbsfähigen Frauen unter 25 Jahren verfügen über kein regelmäßiges Arbeitseinkommen. Wiederum 80 % von ihnen hatten überhaupt nie die Chance zu regelmäßiger einkommensichernder Arbeit, und verfügen über keinerlei verwertbare Ausbildung. Da auf sie drei Viertel aller Geburten entfallen, bedeutet dies, daß nur ein Viertel aller Kinder in annähernd gesicherten Einkommensverhältnissen aufwachsen. In 40 % aller Haushalte, vorrangig in Kingston, leben Mütter

mit ihren oft vielzähligen Kindern als Haushaltsvorstand ohne feste Partnerbeziehung.

1. Abwertung

Nach anfänglichen Zögern wird Ende 1983 die Währung um über 300 % abgewertet. Die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten steigen um 40 %, die der Grundnahrungsmittel um über 60 %. Liebgewordene, vormals alltägliche Nationalgerichte werden unerschwinglich: Akee und Salzfisch. Salzfisch 185 % teurer. Gemüsesuppe mit Mehlklößen. Mehl 214 % teurer; die Klöße werden jetzt zugeteilt und gehälftelt. Gezuckerte, verdünnte Büchsenmilch, die einzige Milchform der Armen, 83 % teurer. Hühnerhälse und Rücken, wichtigste Proteinquelle der Armen, 74 % teurer. Schon 1979 mußten 92 % eines Mindestlohnes für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ausgegeben werden. 1985 sind es 250 %.

Das bedeutet für die Frauen:

– Nicht mehr wissen, wo sie das tägliche Geld für die Nahrung hernehmen sollen;

– weniger gehaltvolles Essen kochen;

– lange nach erschwinglichen Lebensmitteln suchen;

– sich die großen, preisgünstigeren Packungen von Mehl, Mais, Zucker nicht leisten können;

– oft und teurer die allerkleinsten kaufen müssen;

– die kleinen liebevollen Familientraditionen, seinen Lieblingskuchen, ihr Lieblingsessen, nicht mehr aufrechterhalten können.

Der Preis langlebiger Konsumgüter springt hoch, neue sind kaum mehr erschwinglich. Reparaturen, die Ersatzteile erfordern, müssen zunehmend unterbleiben. Die Stromkosten steigen um 130 %. Nur wenige Tage nach dem fälligen Rechnungsdatum wird die Zufuhr abgeknipst, der Wiederanschluß ist bürokratisch aufwendig und kostet extra Gebühren. Die Wasserkosten steigen um 220 %. Häufig versickert Wasser in defekten Leitungen, wird am Zähler aber als geliefert gemeldet. Der Preis von Kochgas schnellt ebenfalls in die Höhe. Kleine Flaschen werden als zu aufwendig aus der Zirkulation gezogen. Der Preis der großen ist 3 × so hoch, außerdem muß eine Kaution hinterlegt werden.

Das bedeutet:

– den defekten Kühlschrank ausrangieren und noch häufiger und noch kleinere Mengen und noch mehr Konserven kaufen;

– in großer Enge im Zentralbüro der Elektrizitätswerke stehen – oft lag die Rechnung nicht zur rechten Zeit vor, weil das Geld für die Busfahrt zum nächsten Postamt fehlte – und um Ratenzahlung beim Wiederanschluß der Leitung streiten;

– den alten Gaskocher als Abstellplatte nutzen, und in Autofelgen mit Kohle kochen.

Erst drastisch, dann weiter schleichend steigen die Mieten um über 150 %, öfter noch mehr. 60 % aller der in Kingston lebenden Frauen wohnen im Ghetto. 90 % der Mietverträge sind dort von Frauen unterzeichnet. Die Vermieter schätzen ihre Beständigkeit. Sie haben Kinder zu versorgen, sie werden sich nicht wie die Männer, unbezahlte Rechnungen zurücklassend, davonmachen. Die Mietkontrollbehörde, einst zum Schutz der Armen eingerichtet, setzt gnadenlos Mieterhöhung und Wohnvertreibung durch.

Das bedeutet:

– nach 10 bis 20jährigem Sparen sich den Auszug aus dem Elternhaus doch nicht leisten können;

– in der Enge auch noch Eltern, Verwandte, Freunde von Freunden aufnehmen;

– den Kindern täglich neu eine Ecke zum Schulaufgabenmachen freikämpfen;

– den zu unmöglichen Zeiten kontrollierenden Vermieter irgendwie, sonst droht ein Mietaufschlag, die tatsächliche Anzahl der BewohnerInnen verbergen.

Der Besuch der weiterführenden staatlichen Schulen ist im Prinzip kostenlos. Um die ca. 9.000 Plätze bemühen sich jährlich ungefähr 50.000 Kinder. Schuluniformen, Söckchen und geschlossene Schuhe sind Pflicht. Schulbücher, Schulsportkleidung u.ä.m. müssen selber bezahlt werden. Das alles hat sich um über 300 % verteuert. Für eine RealschülerIn beliefen sich die Kosten 1983/84 pro Jahr auf knapp 600,– DM.

Das bedeutet:

– die Kinder nach der Schule, das ist wegen der langen Wege oft spät, gleich aus der Kleidung rausholen und diese waschen;

– morgens vor Sonnenaufgang aufstehen und bügeln;

– woher das Geld für Ersatzuniformen nehmen?;

– wovon für die Bücher bezahlen? Es muß ja alles am 1. Schultag dasein.

2. Deregulierung

In rascher Folge werden ein Großteil der insbesondere über Luxusgüter verhängten Importbeschränkungen aufgehoben, kommen vielfältige Konsumgüter, auch wieder Hautbleicher und Haarstrecker ins Land. Subventionen auf Grundnahrungsmittel werden gestrichen, kontrollierte Preise aufgehoben, letzteres mit Einverständnis der lokalen Produzenten von z.B. Mais, Gries, Seife, Kochöl. Die staatliche Aufkaufs- und Verteilungsgesellschaft, die v.a. mit Grundnahrungsmitteln, Medikamenten und mit Holz für die zahlreichen Hinterhofschreinereien zu tun hatte, wird aufgelöst. Möbel werden zur Luxusware, Medikamente verteuern sich um ein Vielfaches. Unter dem Ansturm der Importe geht die lokale Textilproduktion um 20 % zurück, die Schuhproduktion kommt fast gänzlich zum Erliegen. Die „ineffizienten" Kleinbetriebe halten das nicht durch: die jede Planung verunmöglichende Unsicherheit über den Wechselkurs, die teuren Zubehör-Importe, die ungewohnte Konkurrenz, die die Fernseh-geformten Konsumwünsche auf ihrer Seite hat. Sie krebsen unausgelastet vor sich hin oder machen dicht. Das sollen sie auch. Das ist Restrukturierung. 20.000 Arbeitsplätze, vorrangig von Frauen in kleinen Betrieben gehen verloren.

Das bedeutet:

– Stolz über die endlich wieder prall und vielfältig gefüllten Supermärkte und bald darauf die Ernüchterung: wer kann das schon kaufen?;

– Angst um den Arbeitsplatz, die Gewißheit, der Betrieb wird schließen, der Kampf um angemessene und pünktliche Abfindungen, die Bewerbung weit draußen im Freihafen, wo amerikanische Firmen Büstenhalter und Strumpfhosen um ein paar Stiche anreichern lassen und geschickte und belastungsfähige Arbeiterinnen einstellen, die der ungewohnten Akkordarbeit gewachsen sind;

– Ratlosigkeit, mit dem Rezept in der Hand, das verschriebene, viel zu teure Medikament doch nicht kaufen zu können;

– Sorge um das Angebaute. Wird das Geld reichen für neues Saatgut, Dünger und Pestizide, werden diese wirklich und zur rechten Zeit und in kleinen Mengen verfügbar sein, wird es die Natur gut meinen und wird auch keiner krank werden, und wird letztendlich nicht gerade eine Schiffsladung Tomaten, Gurken, Paprika angekommen sein und den Preis ruinieren?

3. „Sanierung" des Regierungshaushaltes

Insgesamt ein Drittel der Stellen im öffentlichen Dienst werden gestrichen, nicht alle auf einmal, nach und nach, hier eine Abteilung und dort eine. Der gesamte Apparat der Gemeindeverwaltung, in den unteren Rängen vorwiegend von Frauen be-

setzt, wird aufgelöst. Das soll den Staatsapparat effizienter machen und billiger macht es ihn tatsächlich.

Das bedeutet:

– Frauen wissen nur gar nicht mehr, wie sie den Kindern (Sandalen sind nicht erlaubt) die festen Schulschuhe kaufen sollen. Sie werden zu den von Wohltätigkeitsorganisationen ausgegebenen gebrauchten greifen müssen;

– fahren ein ums andere Mal erneut in die Hauptstadt, bis endlich (ein Stempel fehlt, ein Formular, ein Mitarbeiter ist gerade nicht da) die für alle amtlichen Vorgänge unerläßliche Geburtsurkunde für das jüngste Baby ausgestellt ist;

– füttern irgendwie die älteren Familienangehörigen und Nachbarn durch, die jahrelang auf ihre kleine Pension oder Rente warten, weil es leider noch nicht möglich war, den Fall zu bearbeiten.

Soziale Einrichtungen, die nicht kostendeckend vergütet werden können, wie Alten-, Kinderheime werden geschlossen bzw. funktionieren nur noch eingeschränkt. Die Zuwendung der öffentlichen Hand an ähnlich privat getragene Institutionen werden gestrichen. Sie sind angehalten, ihre Einnahmen über verstärkte Spendenwerbung zu sichern. Darin gibt USAID, die Organisation der offiziellen amerikanischen Entwicklungshilfe, Anleitung.

Frauen

– versorgen die senile, kränkelnde Nachbarin, damit sie bloß nicht ins Heim muß;

– schämen sich beim Austragen der zunehmend kargeren Suppe;

– schreiben Spendenbittbriefe an Kirchen und Gesellschaftsvereine wie Rotarier, Lion's-Club, an Botschaften und Wirtschaftsverbände;

– kochen, backen, nähen, häkeln für den Wohltätigkeitsbasar.

Das Erziehungssystem ist mit am stärksten von den Kürzungen betroffen. Das staatliche Vorschulprogramm wird gänzlich eingestellt. Die Ausgaben für Grundschulen fallen um ein Drittel für die Lehrerausbildung um zwei Drittel, für die weiterführenden Schulen um die Hälfte. Um die IWF-Auflagen einhalten zu können, zahlt die Regierung einen großen Teil der nach den Kürzungen verbliebenen Zuwendung derzeit nicht aus. Sie steht bei fast allen Schulen in der Kreide. Die Schulen verkommen. Immer mehr Schulen werden von den Armen der Umgebung geplündert. Tische, Bänke, Waschbecken, Klos, Lampen und Leitungen fehlen. Die Wiederherstellung müssen die Schulen, d.h. Eltern und LehrerInnen selber aufbringen. Ein Drittel der Grundschulen besteht aus wenig mehr als aus dem Gebäude selbst. Manche finden einen Mäzen oder werden vom Eltern-Lehrer-Verband mehr schlecht als recht am Leben gehalten.

Knapp 50 % der LehrerInnen verlassen die Schulen und verwerten ihre Kenntnisse im Handel oder im Ausland. Zwei Lehrerausbildungsstätten werden geschlossen, die Studienzeit in den verbleibenden drei von drei auf zwei Jahre gekürzt. Die Klassengröße ist auf durchschnittlich 55 Kinder angeschwollen. Schulbusse sind abgeschafft. Ein Drittel der Kinder geht gar nicht mehr zur Schule oder nur sehr unregelmäßig. Die funktionale Alphabetisierung ist von 85 % auf 50 % gefallen. Wer irgend kann, schickt die Kinder auf die teuren Privatschulen.

Frauen

– unterrichten unentgeltlich in der Schule, organisieren Arbeits- und Spielmaterialien, bringen Gemüse oder/und Lebensmittel von zu Hause mit, bemühen sich, den Kindern wenigstens eine warme Mahlzeit am Tage zu sichern;

– können immer öfter das Busgeld nicht mehr auftreiben, und bringen es nicht übers Herz, die Kinder früh noch bei Dunkelheit auf den langen Weg zu schicken;

– verzagen manchmal an der Hoffnung, daß sie ihren Kindern wenigstens eine ordentliche Schulausbildung mitgeben können, damit sie es einmal besser haben.

Jamaika verfügte über ein hervorragend ausgebautes medizinisches Versorgungssystem kurativer sowie präventiver Art. Das durchschnittliche Lebensalter liegt bei 70 Jahren (BRD 72). Nun wird auch das Gesundheitswesen von der Restrukturierung erfaßt: Ca. 2.000 Arbeitskräfte werden entlassen. Viele andere gehen gar nicht mehr in das System. 1986 wollten nur 5 der 40 studierenden MedizinerInnen auf der Insel bleiben. Die jamaikanische Regierung ist an die amerikanische Botschaft herangetreten mit der Bitte, ausreisebegierigen, in den USA ob ihrer guten Ausbildung geschätzten jamaikanischen Krankenschwestern das Einreisevisum zu verweigern. Viele ländliche Krankenhäuser werden geschlossen. Das zweitgrößte Hospital und Überweisungskrankenhaus für den Nordosten hält nur noch die Hälfte seiner Abteilungen geöffnet und die sind nur zu 50 % mit Pflegepersonal und ÄrztInnen besetzt. Dem größten zentralen Überweisungskrankenhaus in Kingston wird aufgetragen, in den nächsten 5 Jahren 100 Mill. US-Dollar (!) seines laufenden Haushalts über Spenden aufzubringen. Immer häufiger liegen die Kranken auf der bloßen Matratze. Das Essen ist ärmlich und unausgewogen. Einige Räume werden neu renoviert oder neu angebaut. Dort gibt es nun, um die SpezialistInnen zu halten, gut ausgestattete Privatstationen.

Vormals vom staatlichen Gesundheitsdienst unentgeltlich bereitgestellte Leistungen wie Mutter-Kind-Vor- und Nachsorge, Entbindungen, in der ambulanten Versorgung verabreichte oder verschriebene Medikamente müssen nun bezahlt werden. Oft bringt das Personal es nicht über's Herz, das Geld einzutreiben oder die Leistung zu verweigern. Um dem IWF sparsame Haushaltsführung vorweisen zu können, läßt die Regierung einen nicht unerheblichen Teil der bewilligten Zuwendungen anschreiben.
Eine Krankenschwesterausbildungsstätte ist ganz geschlossen worden, die andere nahm über Jahre keine Neuzugänge auf. Die Ausbildung von Hebammen wurde für längere Zeit sistiert. Das comunity health aid-Programm – zu Recht vielgepriesenes Verbindungsglied zwischen kurativer und präventiver Medizin – wurde gänzlich aufgegeben, Impfprogramme, Moskitokontrolle und schulärztliche Vorsorgeuntersuchungen wurden eingestellt. Auch sie wurden an Rotarier, Lion's Club etc. bzw. US-amerikanische Evangelisations-Sekten „überwiesen". Bei jeder größeren oder kleineren „Wohltat" lassen sie in großen Schlagzeilen in der Zeitung ihre Umsicht und Nächstenliebe feiern.

Das bedeutet:

– Schlangen müder, gereizter Frauen, mit anfälligen, kranken Kindern warten auf den Arzt/die Ärztin, der/die jetzt nur noch alle 14 Tage das Gesundheitszentrum besucht;

– Schlangen bemüht properer Frauen warten auf die Öffnung des Büros, das die Anmeldung zum amerikanischen Krankenschwesterexamen entgegennimmt;

– Eine gutgekleidete Frau eilt nach kurzer Nennung ihres Namens in das Behandlungszimmer des Spezialisten.

Hinzu kommt der Abbau des staatliches Defizits auch durch höhere Regierungseinnahmen. Das heißt neue Steuern, v.a. Verbrauchssteuern, z.B. auf Bier, Kochöl, Alkohol, Zigaretten. Eine Stempelsteuer auf Importe wird eingeführt, was nicht ganz marktkonform ist, aber gestattet wird.

Das bedeutet:

– Frauen greifen zurück auf die Heimproduktion von Kochöl aus Kokosnüssen statt des gewohnten importierten Sojaöls, eine ungemein zeitaufwendige Arbeit. Betriebe ziehen nach. Tatsächlich entsteht langsam wieder eine kleine lokale Kokosnußölproduktion;

– Frauen sitzen abends nicht mehr miteinander und mit den Männern auf der Straße, schlendern, plaudern, lachen, tanzen zum Tansistorradio. Schlagartig ist diese ganze

Kultur der leicht zugänglichen Geselligkeit und der kleinen Gastfreundschaft zusammengebrochen. Ein Bier, eine Zigarette in der Hand, sie teilen, sie kreisen lassen, das ist nun zu teuer. Kingstons Straßen waren noch nie so leer.

4. Investitionshemmnisse bzw. -anreize

Die Lohnobergrenzen werden zunächst auf 15 %, dann auf 10 % Steigerung festgelegt. Die Regierung soll, wenn möglich, darunter bleiben. 12 drei Viertel % Steigerung setzt in mehrwöchigen Streiks die LehrerInnengewerkschaft durch.

Auf der anderen Seite werden immer neue auf große Kapitale zugeschnittene Begünstigungen in Besteuerungen und im Devisenzugang eingeführt und neue Apparate mit klingenden Namen aufgebaut, die dem Sondieren und Vorbereiten von Investitionen dienen. In Tokio, Toronto, New York, Miami werben Wirtschaftsmissionen um Direktinvestitionen und joint ventures. V.a. baut die Regierung die Freie Zone im Hafen von Kingston aus, die rasch zu *der Wachstumszone* der 80er Jahre wächst. US-amerikanische Firmen bestücken die fertigen Fabrikgelände mit meist älteren Maschinen; bislang stellten sie 15.000 Frauen ein, die in Akkordarbeit unter in der Regel amerikanischem Management arbeiten. Die in der Freien Zone gemachten Profite können sich sehen lassen und so besteht große Nachfrage nach weiteren Fabrikanlagen.

Wiesen die ersten Anlagen noch ein relativ ausgewogenes Verhältnis von Produktionsraum zu sanitären Anlagen, Dusche, Kantine etc. auf, werden zunehmend nur mehr weitere Maschinenhallen gebaut. Schließlich besetzen Arbeiterinnen eine Fabrik. Regierung und US-Unternehmen schieben den schwarzen Peter hin und her. Es sei Aufgabe der Unternehmen, für ordentliche Waschräume und Kantine zu sorgen. Der Konzern habe sich da auf die Regierung verlassen, der Raum reiche gerade für die Maschinen, sonst rechne sich das Ganze nicht.

Fast alle der in der Freien Zone arbeitenden Frauen sind neu angelernt. Für die meisten ist es die erste regelmäßige Arbeit.

Akkordarbeit. Es kann bis knapp 300,– DM verdient werden. 70 % der Frauen verdienen jedoch unter 90,– DM pro Woche. Drei Viertel von ihnen sind Mütter.

Trotzdem ist es nicht die Lohnfrage, an der sich der Ruf nach gewerkschaftlicher Vertretung entzündet, sondern daran einen Raum zum Essen, Beine Ausstrecken und Reden zu haben und am Ende der Arbeit eine anständige Dusche, um sich erfrischt und mit einem Gefühl von Ansehnlichkeit auf den Nachhauseweg machen zu können. „Wir sind nicht anti-gewerkschaftlich", sagt einer der amerikanischen Manager. „Aber wir halten es für sehr schwierig, eine gewerkschaftliche Vertretung unserer ArbeiterInnen in unsere Strukturen einzubauen."

In den Anfangsjahren der Restrukturierung hatte Premierminister Seaga Jamaika in Aussicht gestellt, das „Südkorea der Karibik" zu werden, und dafür um Begeisterung geworben. Jetzt ist da also ein Stück Südkorea und es wird im Höchstmaß zwiespältig erlebt: einerseits überhaupt Arbeit, überhaupt ein festes Einkommen, überhaupt die Möglichkeit, es im Laufe der Zeit vielleicht ein wenig weiterzubringen, zur Vorarbeiterin z.B. oder bis zur Qualitätskontrolle; Arbeit in luftgekühlten geräumigen Fabrikhallen, anstatt in schwitzigen Hinterhofklitschen. Andererseits der geringe Lohn, von dem nach Abzug von Bus- und Essensgeld sehr wenig bleibt, und v.a. die ungewohnte Reduktion auf Arbeitskraft und nichts als das und die weißen Manager, zu denen es keine Vermittlungsinstanzen gibt. Das Thema Freie Zone wird in Zeitung und Radio eingehend diskutiert und immer ist da ein starker Zug von Scham. Ein Viertel Jahrhundert nach der Unabhängigkeit die dringend benötigten Arbeitsplätze nur in dieser an die Kolonialzeit erinnernden Form zu bekommen und sich dem beugen zu müssen, das schmerzt.

5. Verknappung des Geldes

Der Preis des Kreditgeldes geht auf fast 40 % hoch, pendelt sich dann auf 30 % ein.

Die Banken sind angehalten, eine Liquiditätsreserve von über 40 % zu halten. Blei-

ben wir bei de Textilbranche. Noch 1982 gibt es hundert lokale Firmen mit 5000 ArbeiterInnen, 1985 sind es noch 85 mit 3.500 ArbeiterInnen. Die Betriebe arbeiten weit unter Kapazität und verlieren laufend, auch das ist Restrukturierung, Arbeitskräfte an die Freie Zone.

6. Privatisierung

IWF und Weltbank gaben der Regierung eine lange Liste zu privatisierender Bereiche und Einzelunternehmen. „It's up for divestment" wird zum Inbegriff von lähmendem Schwebezustand und Unsicherheit. Um Arbeitsplätze und potentielle Devisenbringer zu retten, hatte die Regierung in den 70er Jahren unrentable Hotels übernommen. Bei weitem nicht alle finden nun private Käufer. Die Regierung taktiert, um nicht massiv unter Wert verkaufen zu müssen.

Die Nationalbank wird privatisiert. Sie soll in zwei Phasen in kleinen Stückelungen weitgestreut verkauft werden. Die Nachfrage ist groß. Einmal sind, scheint es, alle zufrieden. Dann jedoch sorgen sich große nationale, international verwobene Kapitalgruppen um ihren Einfluß und der zweite Teil wird nicht auf dem freien Markt verkauft, sondern einzelnen Unternehmens- und Bankverbänden „angeboten". Es gibt einen öffentlichen Aufschrei.

Sehr früh wird der öffentliche Transport privatisiert. Die Umstellung ist extrem unpopulär. Routen werden festgelegt und nach einem Lizensierungssystem an private Busbesitzer vergeben. Die Preise steigen drastisch; Umsteige- und Dauerfahrscheine gibt es mangels eines Verrechnungssystems nicht mehr. Kinder in Schuluniformen sollen weniger zahlen. Später werden auch andere Leistungen privatisiert, die Müllabfuhr, die Straßenreinigung, der Putzdienst in den öffentlichen Krankenhäusern. Derzeit ist eine Privatisierung des Essens in Heimen und Krankenhäusern im Gespräch.

7. Exportorientierung

„Ziel der Programme", so beschreibt die Weltbank ihre Strukturanpassungsdarlehen, „war es, den Anti-Export-bias der vorhergehenden Politik zu revidieren und die Produktion daran auszurichten, in Länder außerhalb der CARICOM Region zu exportieren." Keine Bildung regionaler Märkte also, sondern zurück zu den Metropolen „mit harter Währung". Tatsächlich ist der Handel Jamaikas mit der karibischen Region um mehr als ein Drittel gefallen.

Eine Fülle von Sonderfonds und Sonderinstitutionen werden mit Mitteln von der Weltbank und der Interamerican Development Bank eingerichtet, die Restrukturierungshilfen und Exportanreize geben sollen. Faktisch werden sie zum Selbstbedienungsladen von Regierung und herrschenden Cliquen. Die Regierung jongliert zwischen Schuldendienst, Einhalten der vom IWF gesetzten Haushaltsdefizitobergrenzen und der Finanzierung ihrer laufenden Tätigkeit und greift dabei großzügig in die Fonds. Die herrschenden Kreise tun sich relativ leicht mit der „Umwidmung" von Vorzugsfonds, die ursprünglich mit dem Zauberwort Export beantragt wurden. So trägt die industrielle Produktion nichts zur Exportsteigerung bei. Die einzige Wachstumsindustrie, die in der Freien Zone, ist zum großen Teil in amerikanischem Besitz.

Die eigentliche Berufung Jamaikas sehen Weltbank und USAID, die großen Strukturanpassungs-Geber, auch gar nicht in der industriellen Produktion, sondern in der Landwirtschaft und da insbesondere bei exotischen Tropenfrüchten und Wintergemüse, und zwar in technologisch effizienten Betriebsgrößen. So sieht das gesamte Förderinstrumentarium Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht vor. Sie sollen sich als Zulieferanten für Groß- und Mittelbauern einrichten (Satelitenfarmer).

Das Landwirtschaftsministerium, das von den vorangegangenen Jahren der Landreform her stark auf kleinbürgerliche Belange zugeschnitten ist, wird fast gänzlich demontiert, der landwirtschaftliche Beratungsdienst faktisch aufgelöst, das preisgünstige Bereitstellen von Leistungen, wie Traktoreinsatz und Spraydienst, so gut wie

eingestellt. Die in der Nähe von Kingston gelegene Fachhochschule für Landwirtschaft wird kurzerhand geschlossen, die Schüler ohne Examen entlassen, die laufenden Verträge des Lehrkörpers aufgekündigt. Das ist gesetzeswidrig und wird später einzeln in Gerichten angefochten und mit Abfindungen abgegolten. Aber die letzte Bastion von Kleinbauernpolitik ist beseitigt. In die freigewordenen Räume zieht die neue Polizeiakademie. Knapp ein Jahr später wird unter Mithilfe deutscher Agrarexperten am anderen Ende der Insel eine neue Agrarschule aufgebaut. Restrukturierung.
Die landwirtschaftliche Exportförderung wird, weil von nationaler Bedeutung, direkt dem Amt des Premierministers unterstellt. Dort ressortiert nun ein Fonds und eine umfangreiche mit Projekt-, d.h. übertariflichen Gehältern ausgestattete Administration, die wenig nachgefragte Agro-Investitionsprojekte entwirft. Prunkstück ist ein großes mit von Israelis gemanagter Agrartechnologie bewirtschaftetes Gut, das zwei Jahre lang als Inbegriff des Durchbruchs in die landwirtschaftliche Moderne gefeiert wird – und dann mit über 100 Millionen US-$ Minus, die der Staat übernimmt, pleite macht.

Frauen sind in der Landwirtschaft merkwürdig unsichtbar. Zwar weist die Statistik 12% Bäuerinnen aus, und daß 37% der Lohnarbeiterinnen in der Landwirtschaft arbeiten. In den Organen der Zuckerarbeiter z.B. oder im jamaikanischen Bauernverband sind sie jedoch kaum vertreten; so als spielten sie bei der Produktion keine Rolle. Wahrgenommen werden sie beim Vermarkten ihrer Produkte, dann aber als organisationsfähige und nicht unterzukriegende Händlerinnen, nicht als zum Markte gehende Produzentinnen.
Tatsächlich lag der Anteil der den Markt nicht erreichenden Subsistenzproduktion im unabhängigen Jamaika immer unter 10%. Der Anteil der sich einzig von Landwirtschaft ernährenden Bauern wird kaum höher vermutet. Dazwischen also liegt ein weites Mittelfeld gemischter Einkommensquellen. Die damit verbundene Tradition des ständigen Balancierens und Gewichteverlagerns erschwert zusätzlich klare Zuordnungen. Sicher dürfte lediglich sein, daß Frauen als Produzentinnen an der potenten Ökonomie des Marihuanas nicht teilhaben, und daß im Rahmen der Ökonomie ihres Haushaltes die Produkte des eigenen Stückchen Landes und des nachbarlichen Austausches größere Bedeutung gewinnen.

Literatur

ALTVATER, Elmar/HÜBNER, Kurt/LORENTZEN, Jochen/ROJAS, Paul (Hrsg.): Die Armut der Nationen, Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin 1987

WELTBANK: Weltentwicklungsbericht 1987, Washington 1987

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG von Sachverständigen zum Thema „Einfluß der von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geforderten Anpassungsprogramme auf die entwicklungspolitische Zusammenarbeit", Stenographisches Protokoll der 78. Sitzung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 5.11.1986.

OMAR, Davies: An Analysis of the effects of structurel adjustment policies in Jamaica 1980 – 1987, Juli 1987, unveröffentlichtes Manuskript

ders.: The impact of the recession and adjustment politics on pour urban women in Jamaica, Oktober 1986, unveröffentlichtes Manuskript

Gabriele Zdunnek

Strukturanpassung – ein Ausweg aus der Krise?

Auswirkungen der Strukturanpassungspolitik auf die Situation von Frauen in nigerianischen Städten

Mit dem 1988 bevorstehenden Kongreß des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) in Berlin häufen sich die Diskussionen über die Verschuldung der Länder der Dritten Welt und die Kritik an Strukturanpassungsprogrammen, die vom IWF in den meisten Ländern zur Bedingung für die Gewährung von Umschuldungskrediten gemacht werden. In Afrika gibt es derzeit siebzehn Staaten, die solche Programme durchführen. Untersuchungen über die Auswirkungen zeigen, daß sie zur Verschlechterung der Lebenssituation eines großen Teils der Bevölkerung beitragen und die Hauptlast auf den sozial Schwachen liegt (vgl. Lachenmann 1987).

Nigeria – das bevölkerungsreichste und am weitesten entwickelte Land Schwarzafrikas – hat sich im Juni 1986 zu einem „hausgemachten" Strukturanpassungsprogramm entschlossen, das weitgehend den Empfehlungen des IWF entspricht: realistische Wechselkurse, meist gleichbedeutend mit Abwertung, Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs mit dem Ausland, Einschränkung des inländischen Kreditangebots, Begrenzung öffentlicher Haushaltsdefizite, Begrenzung der öffentlichen Beschäftigung, Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Begrenzung von Lohn- und Gehaltserhöhungen, Streichung von Subventionen, Förderung privater Investitionen, Aufhebung von Preiskontrollen und Verbesserung des internationalen Schuldendienstes (Lachenmann 1987, S. 8–9).

In diesem Artikel werden am Beispiel Nigerias direkte und indirekte Folgen der Strukturanpassung auf die ökonomische und soziale Situation von Frauen dargestellt. Die Ausführungen über den informellen Sektor[1)] basieren auf einer empirischen Untersuchung zur Frauenerwerbstätigkeit im Südwesten Nigerias, die 1986/87 im Rahmen eines von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes durchgeführt wurde (vgl. Braig, Zdunnek 1988). Wegen starker sozio-kultureller Unterschiede in einzelnen Regionen Nigerias, die sich auch in dem Muster der Frauenerwerbstätigkeit – besonders im informellen Sektor – ausdrücken, lassen sich die Aussagen nur beschränkt verallgemeinern. Die Hauptbevölkerungsgruppe des Südwestens sind die Yorubas (ca. 25 Millionen), die neben Igbos, Hausa und Fulani, eine der größten ethnischen Gruppen Nigerias darstellen. In der Yorubagesellschaft gibt es keine Familienkonzeption, nach der ein männlicher „Ernährer" für Frauen und Kinder sorgt. Die Erwerbsquote für Frauen ist hoch und übersteigt in einigen Bundesstaaten die der Männer. Frauen tragen mit ihrem Einkommen einen gleichwertigen Anteil zu den Haushaltskosten und zur Versorgung der Kinder bei.

Um die Auswirkungen der Strukturanpassung besser abschätzen zu können, werden die wirtschaftliche Entwicklung Nigerias und die bedeutendsten Maßnahmen im Rahmen der Strukturanpassung dargestellt. Auf diesem Hintergrund wird auf die Erwerbssituation der Frauen im formellen und informellen Sektor und die Folgen der Strukturanpassung auf verschiedene Erwerbsbereiche eingegangen. Am Beispiel Nigerias zeigt sich, daß der ökonomischen Rolle von Frauen weder in der „allgemeinen" – vermeintlich geschlechtsneutralen – wissenschaftlichen Forschung und Diskussion, noch in den – teilweise darauf aufbauenden – politischen Programmen Beachtung geschenkt wird.

Die wirtschaftliche Entwicklung Nigerias

In den ersten zehn Jahren nach der Unabhängigkeit war kleinbäuerliche landwirtschaftliche Produktion die Basis der nigerianischen Ökonomie. Bis Mitte der 70er Jahre gehörte Nigeria auf dem Weltmarkt zu den Hauptexporteuren von Kakao, Erdnüssen, Palmöl, Palmkernen, Kautschuk und Hölzern. Seit Anfang der sechziger Jahre stiegen die Erdölexporte beständig an, 1980 bildeten Einnahmen aus der Erdölforschung 81 % der Regierungseinnahmen und mehr als 96 % der Exporterlöse, Agrarexporte beliefen sich nur noch auf 2,4 % der Gesamtexporte.
Mit dem Anwachsen des Ölsektors fand eine Umstrukturierung der Wirtschaft statt. Migration vom Land in die Städte wurde seit Anfang der siebziger Jahre zu einem bestimmenden Moment der Entwicklung. Die Bedeutung der Landwirtschaft sank nicht nur relativ, die Produktion pro Einwohner wurde geringer und der Agrarsektor war nicht mehr fähig, den Inlandsbedarf an Grundnahrungsmitteln zu decken. Der Wert der Nahrungsmittelimporte wuchs stärker als alle anderen Importkosten.
Während der Kolonialzeit entwickelte sich eine exportorientierte industrielle Rohstoffverarbeitung (hauptsächlich Baumwollentkernungsanlagen) und eine importsubstituierende Konsumgüterindustrie (z.B. Waschmittel, Seife und Tabak). Nach der Unabängigkeit verloren die exportorientierten Industriezweige an Bedeutung, an dem Binnenmarkt orientierte Industrien wurden zunehmend wichtiger. Die importsubstituierende Industrie beschränkte sich vorwiegend auf die Endfertigung importierter Rohstoffe und Halbfertigprodukte. Auch Industriebranchen, die vormals einheimische Agrarprodukte verarbeiteten, verwendeten importierte Rohstoffe (vgl. Rauch 1981). Der Ölboom führte zu einer Ausweitung des öffentlichen Dienstes vor allem im Erziehungs- und Gesundheitsbereich. Die Schaffung von 12, dann 19, heute 21 aus ehemals vier Bundesstaaten bedingte die Vergrößerung des Verwaltungsapparates. Der Öffentliche Dienst und parastaatliche Einrichtungen stellten Anfang der achtziger Jahre zwei Drittel der Arbeitsplätze im formellen Sektor. Obwohl auch der Industriesektor in den siebziger Jahren hohe Zuwachsraten verzeichnete, ist die Zahl der Beschäftigten aufgrund der hohen Kapitalintensität der Betriebe relativ gering gestiegen. Insgesamt sind lediglich 6–8 % der Erwerbsbevölkerung im formellen Sektor beschäftigt.
Der städtische informelle Sektor ist zusammen mit der kleinbäuerlichen Agrarproduktion und dem Binnenhandel grundlegend für die alltägliche Versorgung. Mit zunehmender Urbanisierung hat sich der informelle Sektor erweitert und stellt jetzt in den Städten den Hauptteil der Arbeitsplätze. Ca. 80 % der erwerbstätigen Frauen arbeiten im informellen Sektor. Die Entwicklung der Industrie führte zu Verschiebungen innerhalb des informellen Sektors zugunsten neuer Tätigkeitsfelder, die stark an den formellen Sektor geknüpft sind (z.B. Automechaniker). Traditionelle Handwerksberufe verloren an Bedeutung, handgewebte Stoffe wurden durch industriell hergestellte Textilien ersetzt, traditionelle Töpfer- und Ledererzeugnisse wichen Plastikprodukten, Bier und „Softdrinks" (Mineralwasser) verdrängten traditionelle Getränke wie Palmwein. Bislang drängte die industrielle Produktion jedoch nur wenige Erzeugnisse des informellen Sektors vollständig vom Markt. Da die neuen Produkte über traditionelle Distributionsnetze des informellen Sektors vertrieben werden, wird der durch Industrialisierung initierte Verlust an Arbeitsplätzen zum Teil durch eine Ausdehnung des Handels aufgefangen.

„Produced by Nigerians for Nigerians": Das nigerianische Strukturanpassungsprogramm

Durch die einseitige Abhängigkeit von Öl sanken die staatlichen Einnahmen dra-
 stisch, als Anfang der achtziger Jahre die Ölpreise fielen. Das Handelsdefizit wurde

chronisch und die Verschuldung nahm rasch zu. Der Anteil der Schuldenrückzahlungen bei den Exporterlösen stieg von 1980 bis 1984 von 1,9 % auf 35 % an. Bereits 1982 führte die Regierung Shagari[2] ein Programm der ökonomischen Stabilisierung durch (Economic Stabilization Act), das die einheimische Produktion schützen und die Importe vermindern sollte. Die Hauptkomponenten bestanden in der Ausdehnung des Importlizenzsystems und der Erhöhung der Importsteuern. Devisen wurden von der Regierung nur an Agenten mit einer Importlizenz vergeben. Außerdem gab es einen Einstellungsstop im öffentlichen Dienst. Die jetzige Militärregierung entwarf 1985 ein „National Emergency Decree", das auf die Senkung staatlicher Ausgaben hinzielte: Löhne und Gehälter wurden gesenkt, Subventionen für Erdölprodukte wurden verringert, Importe (hauptsächlich Nahrungsmittelimporte) wurden eingeschränkt. Alle diese Maßnahmen trugen jedoch wenig zur Stabilisierung der Ökonomie bei.

Wegen zunehmender Zahlungsschwierigkeiten begann die Militärregierung mit dem IWF Verhandlungen über eine Umschuldung und über neue Kredite. Der IWF machte umfangreiche Maßnahmen der makroökonomischen strukturellen Anpassung zur Bedingung, denen die nigerianische Regierung in einigen Punkten zustimmte, wegen der Währungsabwertung kam es aber vor allem zu Unstimmigkeiten. Im Unterschied zu anderen afrikanischen Ländern gab es in Nigeria eine landesweite Debatte über die IWF-Auflagen, in der eine breite Opposition gegen die Annahme eines IWF-Kredits deutlich wurde.[3] Ende 1986 lehnte es die nigerianische Regierung ab, den Kredit zu nehmen (vgl. Babangida 1987, S. 246). Trotzdem wurden Maßnahmen getroffen, die den Forderungen des IWF entsprachen. Im Juni 1986 begann das zunächst für zwei Jahre konzipierte „Structural Adjustment Programe", das z.T. sogar härtere Wirtschaftsmaßnahmen, als die vom IWF geforderten, vorsieht (vgl. Phillips 1987, S. 6). Der Haushalt von 1987 folgt den Zielen des Strukturanpassungsprogramms, die folgendermaßen benannt werden: Verbreiterung der ökonomischen Basis, Verminderung der Abhängigkeit vom Erdöl und von Importen, Haushalts- und Zahlungsbilanzausgleich, mittel- und langfristiges nichtinflationäres Wachstum (Babangida 1987, S. 245). Die Regierung betont, das Strukturanpassungsprogramm sei „von Nigerianern für Nigerianer gemacht" (Babangida, Jan. 1987, S. 261). Die wirtschaftlichen Maßnahmen liegen auf mehreren Ebenen:

– Der Naira sollte über einen „Second-Tier Foreign Exchange Market" (SFEM) dem realen Wert angepaßt werden, um den Zugang zu Devisen zu erleichtern und den Schwarzmarkt abzuschaffen. Auf wöchentlichen Auktionen verkaufte die Zentralbank unter Aufsicht der Regierung Devisen, die zum Teil aus Krediten der Weltbank stammten. SFEM führte zu einer beträchtlichen Abwertung des Naira (von N 1.50:$ 1.00 im Sept. 1986 auf N 4.00:$ 1.00 im Nov. 1986). Über SFEM wurden die meisten Devisengeschäfte abgewickelt, ausgenommen waren Schuldenrückzahlungen, Beiträge an internationale Organisationen und Zahlungen an die nigerianischen Botschaften im Ausland, für die weiterhin der frühere Umrechnungskurs galt (vgl. Phillips 1987, S. 4 ff.). Inzwischen wurde dieser „First-Tier Foreign Exchange Market" aufgehoben und beide Devisenmärkte durch einen einheitlichen „Foreign Exchange Market" (FEM) ersetzt.

– Der gesamte öffentliche Sektor wird rationalisiert. Die Lohnkosten im öffentlichen Sektor sollen durch Entlassungen, sowie durch Einfrieren der Löhne, Gehälter verringert werden. Der Minimallohn (125 Naira) wurde abgeschafft. Alle Subventionen sollten aufgehoben werden.[4]

– Ein Schwerpunkt der Strukturanpassung ist die Privatisierung des staatlich dominierten Industriesektors und anderer parastaatlicher Einrichtungen. Der Staat soll sich in Zukunft auf die Bereitstellung und Verbesserung der Infrastruktur beschränken. Der Industriesektor soll vergrößert, exportorientierte Industrien geschaffen und die räumliche Diversifizierung verbreitert werden. Der Staatshaushalt von 1987

sieht Steuererleichterungen für Unternehmer vor, Direktinvestitionen aus dem Ausland sollen gefördert werden.
– Das Wirtschaftsprogramm beinhaltet umfangreiche Steuerreformen und eine Deregulierung des Marktes durch die Abschaffung des Importlizenzsystems, die Auflösung der Marketing Boards (staatliche monopolistische Aufkaufinstitutionen), die Aufhebung von Preisbindungen für in Nigeria produzierte Industriewaren. Schutzzölle sollen graduell aufgehoben werden. Die Verbotsliste für Importwaren wurde von 73 auf 16 Produkte reduziert.

Die Maßnahmen der nigerianischen Strukturanpassung fanden die Zustimmung des IWF und die Umschuldungsverhandlungen waren erfolgreich (Nigeria zahlt nicht mehr als 30 % der Deviseneinkommen als Schuldendienst). Die Regierung Nigerias lehnte zwar weiterhin den IWF-Kredit ab und entsprach damit der innernigerianischen Opposition, nahm aber neue Kredite von privaten Banken auf, die im Zinssatz ungünstiger sind als der IWF-Krdit (Phillips 1987, S. 6).
Kurzfristig verschärft sich durch die Strukturanpassung die Krise des Industriesektors, der wegen seiner Importabhängigkeit von der Währungsabwertung besonders betroffen ist. Die Industrie arbeitete 1987 und Anfang 1988 mit weniger als 30 % ihrer Kapazität, Hauptgründe waren der Mangel an importierten Rohmaterialien und Ersatzteilen. Die Preise für viele Industrieprodukte sind nach der Währungsabwertung drastisch gestiegen, und sind z.B. bei Autos bis zu fünfmal höher als davor. Bei der allgemein nachlassenden Kaufkraft in Nigeria hat der Industriesektor trotz der geringen Kapazitätsauslastung Absatzschwierigkeiten. Bisher gewährleisteten Importbeschränkungen für in Nigeria produzierte Waren hohe Marktanteile. Nach der Aufhebung der Importlizenzen und der Reduzierung der Importsteuern werden einzelne Sektoren wegen höherer Produktionskosten gegenüber importierten Gütern nicht konkurrenzfähig bleiben, wenn sie sich nicht auf die Verarbeitung einheimischer Rohstoffe umstellen, was in einzelnen Branchen unterschiedlich möglich ist. Während in der Autoproduktion z.B. derzeit nur in sehr geringem Ausmaß lokale Substitute herangezogen werden können, verwenden Brauereien anstatt importierter Gerste zum Teil einheimischen Mais oder Hirse.
Durch Strukturanpassungsmaßnahmen (Verkauf von Anteilen an Staatsunternehmen, Kürzung der Löhne, Aufhebung von Subventionen) wurde zwar der Staatshaushalt ausgeglichen, eine mittel- oder längerfristige Stabilisierung der Wirtschaft ist jedoch nicht abzusehen. Deutlich zeichnet sich ab, daß bisherige soziale und ökonomische Probleme kurzfristig größer werden, die städtische Unterschicht und immer mehr Angehörige der Mittelschicht verarmen zunehmend, soziale Differenzierungen werden verschärft. Maßnahmen der Strukturanpassung verschärfen die Diskriminierung von Fraußen im formellen Sektor, im informellen Sektor sind Frauen je nach Berufsbereich in unterschiedlichem Ausmaß negativ betroffen.

Frauenerwerbstätigkeit auf dem städtischen Arbeitsmarkt

Frauenarbeit im formellen Sektor

Ein „moderner" Arbeitsmarkt entwickelte sich in Nigeria erst in der Kolonialzeit. Männer erlangten eher als Frauen eine formelle Ausbildung und Qualifikationen, um diesen Bereich zu besetzen. Außerdem gab es frauendiskriminierende Einstellungspraktiken von Seiten der Kolonialregierung.[5)] Die in der Kolonialzeit angelegten Beschäftigungsstrukturen und Muster der Diskriminierung setzen sich bis heute fort.
Auf allen Ebenen des öffentlichen Dienstes und in parastaatlichen Einrichtungen ist der Anteil der weiblichen Beschäftigten gering. 1981 betrug er in den Dienststellen der Bundesverwaltung 13 %, in den Institutionen der einzelnen Länder und der Lo-

kalverwaltungen war der Anteil mit 17 % und 16 % etwas höher, weil hier niedrigste Gehaltsstufen (z.B. Boten, Reinigungspersonal), die überproportinal mit Frauen besetzt werden, zahlreicher vertreten sind. Bei den „Government Corporations" (staatlich oder halbstaatlich kontrollierte Unternehmen) arbeiten 15 % Frauen.
Im gesamten öffentlichen Dienst arbeiten Frauen am häufigsten in typischen Frauenbereichen. Den höchsten Frauenanteil gibt es in der Verwaltung (20 %) und im medizinischen Bereich: Ärztinnen (22 %), Apothekerinnen (22 %), Krankenschwestern (80 %). Im Erziehungsbereich stellen Frauen etwa 25 % der Beschäftigten. Der Frauenanteil unter der Industriearbeiterschaft beträgt ca. 10 %. Die meisten in der Industrie beschäftigten Fauen arbeiten in kleineren Unternehmen, in der Konsumgüterproduktion oder Nahrungsmittel- und Tabakverarbeitung. Frauen werden eher in regierungseigenen als in privaten Unternehmen angestellt.
Im gesamten formellen Sektor arbeiten in technischen Berufen fast nur Männer, in Führungspositionen sind Frauen in allen Bereichen sehr selten. Mehr als 90 % der im öffentlichen Dienst beschäftigten Frauen verdienen nur wenig mehr als den gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Auch in der Industrie arbeiten Frauen überwiegend in den untersten Lohngruppen. (Federal Civil Service Manpower Statistics 1981, S. 34). Frauen arbeiten überproportional mit Zeitverträgen, ohne Anspruch auf soziale Leistungen. Als Argumente gegen die Einstellung von Frauen führen Unternehmer und Personalchefs Mutterschutzregelungen und das Verbot von Nachtarbeit für Frauen an. Außerdem wird argumentiert, daß Frauen unzuverlässiger seien und öfter fehlen. Zwar wird gegen die Einstellung von Frauen angeführt, daß sie „teurere" Arbeitskräfte seien, tatsächlich ist ihr Reallohn jedoch im Vergleich zu Männern der gleichen Gehaltsstufe häufig geringer. Während bei männlichen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Ehepartner und erwachsene Abhängige freie medizinische Versorgung erhalten, sind diejehnigen weiblicher Angestellten dazu nicht berechtigt. Verheiratete Männer mit Kindern bekommen Steuererleichterungen, verheiratete Frauen mit Kindern dagegen nicht (vgl. Braig, Zdunnek 1988).

Frauenarbeit im informellen Sektor

Die meisten Frauen in der Stadt arbeiten selbständig beschäftigt im informellen Sektor. Die wichtigsten Bereiche sind: der Handel mit Nahrungsmitteln und deren Weiterverarbeitung, die Zubereitung und der Verkauf von Mahlzeiten in Kantinen, die Arbeit in Friseur- und Schneidereibetrieben.Schätzungsweise 60 % der im informellen Sektor erwerbstätigen Frauen sind im Handel beschäftigt. Der überwiegende Teil des Handels mit Gütern des täglichen Bedarfs geht über diese Märkte. Landfrauen, die agrarische Produkte verarbeiten und verkaufen, bilden das unterste Glied einer Handelskette, innerhalb derer die Produkte durch die Hände mehrerer Händlerinnen relativ schnell zu den städtischen Konsumenten gelangen. Durch die gleichen oder ähnlich strukturierte Handelsketten kommen industriegefertigte und importierte Güter selbst in die abgelegensten Dörfer (vgl. Zdunnek 1987). Ein anderer wichtiger Arbeitsbereich für Frauen ist die Verarbeitung von Lebensmitteln. Mühlenbesitzerinnen stellen z.B. aus getrocknetem Maniok und Yam Mehl her, andere Frauen kochen diverse Gerichte und bieten sie an der Straßenecke oder in kleinen Kantinen an. In einer Vielzahl von kleinen Bars und Restaurants werden auch Bier und „Softdrinks" an den „Mann" gebracht. Im Schneiderhandwerk teilt sich die Kundschaft geschlechtsspezifisch auf; männliche Schneider nähen vorwiegend Männerkleidung, Schneiderinnen stellen hauptsächlich Frauenkleidung her. Ebenso ist es bei den Friseuren und Friseusen; Männer rasieren und frisieren Männer, Frauen frisieren Frauen. Der informelle Sektor ist heterogen und nicht in allen Bereichen ein „armer" Wirtschaftsbereich. Es gibt einen gar nicht so geringen Anteil von Frauen, die mehrere Angestellte und Lehrlinge haben und mit ihrem Kleinunternehmen Spitzeneinkommen, vergleichbar mit dem eines Universitätsprofessors erreichen. Daneben gibt es bettelarme Frauen, deren gesamtes Investitionskapital

in drei Päckchen Waschpulver steckt, die sie portionsweise in kleine Plastiktüten abfüllen und an andere Arme verkaufen, deren Mittel nicht für eine „Vorratshaltung" ausreichen. Die Mehrzahl der Frauen bewegt sich zwischen den Extremen. Zu einem großen Teil schaffen sie es mit ihrer Arbeit, ein dem Mindestlohn entsprechendes Einkommen zu erwirtschaften.

Perspektiven der Frauenerwerbstätigkeit unter den Bedingungen der Strukturanpassung

Eine Folge der Strukturanpassung ist eine sprunghaft anwachsende Erwerbslosigkeit. 1984 betrug die Erwerbslosenquote in der Stadt im Durchschnitt 8 %, bei gleicher Qualifikation waren mehr Frauen als Männer erwerbslos (Federal Office of Statistics, S. 17). Seitdem hat sich die Zahl der registrierten Erwerbslosen mindestens verdoppelt. Es ist zu erwarten, daß Einstellungsstop und Entlassungen eine entscheidende Verringerung des Anteils der weiblichen Beschäftigten im formellen Sektor bewirken. Bei den derzeitigen Massenentlassungen im öffentlichen Sektor gehören Frauen zu den Hauptbetroffenen, da sie überproportional Zeitverträge haben und in den mittleren und unteren Beschäftigungsbereichen arbeiten, in denen es die meisten Entlassungen gegeben hat. Als Folge der Strukturanpassung muß ein großer Teil der Industriebetriebe aufgeben. Bereits jetzt wurden in vielen Unternehmen Teile der Belegschaft entlassen. Bei steigender Konkurrenz um Arbeitsplätze haben Frauen noch schlechtere Chancen als bisher, eine Anstellung zu finden. Die Privatisierung von parastaatlichen Betrieben hat voraussichtlich eine weitere Verringerung des Frauenanteils unter der Industriearbeiterschaft zur Folge.
Das neue Besteuerungssystem bringt Erleichterungen für Unternehmer und Spitzenverdiener, kleine Einkommen und besonders Frauen sind dagegen benachteiligt. Der jährliche Steuerfreibetrag wurde von 1.200 Naira auf 1.000 Naira herabgesetzt. Vorher wurde nur das Mehreinkommen über 6.000 Naira mit 12,5 % besteuert, jetzt wird derselbe Prozentsatz vom gesamten Einkommen erhoben. Bei verheirateten Männern mit Kindern macht sich das kaum bemerkbar, weil die Freibeträge für Ehepartner und Kinder gestiegen sind, die den Frauen aber nicht zustehen. Frauen können dadurch bei gleichem Bruttogehalt mit ihrem Nettolohn 10 % unter dem der Männer liegen.

Im informellen Sektor wirkt sich die wirtschaftliche Krise besonders negativ auf das Baugewerbe aus und auf alle damit verknüpften Handwerksberufe (Schreiner etc.), in denen fast ausschließlich Männer beschäftigt sind. Einige „männliche" Berufsgruppen des informellen Sektors profitieren allerdings zumindest kurzfristig von der Krise, z.B. Auto- und Elektromechaniker. Da importierte und in Nigeria industriell gefertigte Produkte auch für die Mittelklasse zunehmend unerschwinglich werden, werden für die alten Geräte und Fahrzeuge mehr Reparaturen fällig, zum Teil wird z.B. aus mehreren Schrottautos ein funktionierendes Fahrzeug zusammengebaut. Auch in einigen Frauenarbeitsbereichen ergeben sich zusätzliche Einkommensmöglichkeiten, z.B. ist die traditionelle Produktion von Seife wiederbelebt worden, als die industriell gefertigte Seife zu teuer wurde.
Alle Berufsgruppen, die mit importierten Maschinen und Materialien arbeiten, sind von überproportionalen Preissteigerungen betroffen. Da auch Preise für in Nigeria industriell hergestellte Produkte stark steigen, wird es für einen immer größeren Teil der Gewerbetreibenden existenzbedrohend, wenn Neuanschaffungen und Reparaturen für Maschinen anstehen. Bei den typischen Frauenberufen sind Schneiderinnen, Friseusen und Betreiberinnen von Mühlen besonders betroffen. Zusätzliche Beeinträchtigungen der Verdienstmöglichkeiten verursacht bei Schneiderinnen der zunehmende Import von Fertigkleidung – vor allem billiger „Second Hand"-Ware,

die besonders von jungen Leuten gekauft wird. In allen Berufen im Handwerks- und Dienstleistungsbereich sind vor allem die Lehrlinge von der Krise betroffen. Durch die höheren Kapitalkosten und zunehmende Konkurrenz ist es für sie viel schwieriger, sich in ihrem Beruf selbständig zu machen. In den „Modeberufen" für Mädchen mit Schulabschluß – im Schneider- und Friseurbereich – werden derzeit tausende von Lehrlingen ausgebildet, die wenig Chancen haben, ein eigenes Geschäft aufzubauen. Das minimal notwendige Investitionskapital ist so angestiegen, daß es nicht wie bisher mit Hilfe der Eltern oder des Ehemannes aufzubringen ist.
Nahrungsmittelhändlerinnen und -verarbeiterinnen haben bislang die geringsten Probleme, weil die Nachfrage für ihre Produkte weniger flexibel ist. Die Verteuerung der Importe fördert die lokale Produktion, die Nahrungsmittelverarbeitung und den lokalen Nahrungsmittelhandel, z.B. wird zunehmend einheimischer Maniok an stelle von importiertem Reis konsumiert.
Die Hauptprobleme für die Händlerinnen bestehen in den steigenden Transportkosten. Mit der geplanten Aufhebung der Subventionen für Benzin und der Verteuerung von Autos und Autoersatzteilen ist zu erwarten, daß die Transportkosten weiter in die Höhe schnellen. Bei Polizeikontrollen, die auf Überlandstrecken mehrmals anfallen, sind Abgaben zu entrichten, die – häufig an der Grenze der Legalität oder illegal – erzwungen werden und die gesamten Transportkosten erhöhen. Zusätzliche Sorgen für die Großhändlerinnen sind das wachsende Risiko durch Verkehrsunfälle und durch bewaffnete Überfälle auf Langstreckentransporten.

Die Frauen sind noch nicht „sichtbar" geworden

Die zunehmende Problematisierung der „Frauenfrage" auch in Nigeria hat bewirkt, daß Frauen nicht mehr gänzlich unberücksichtigt bleiben können, z.B. wurden im Haushalt von 1987 unter der Rubrik „Erziehung" Sondermittel bereitgestellt für die Förderung von Frauen, Nomaden und Hochbegabten. Die reale ökonomische und soziale Situation der Frauen wird jedoch weiterhin nicht wahrgenommen, z.B. wurden Frauen bei den Maßnahmen gegen die zunehmende Erwerbslosigkeit nicht berücksichtigt. Die Aufwertung des informellen Sektors, die sich in den letzten Jahren sowohl in der Forschung als auch in der entwicklungspolitischen Debatte zeigt, bezieht sich ausschließlich auf Arbeitsbereiche von Männern. Gegenüber Frauenarbeitsbereichen – vor allem dem Handel – zeigt sich eine Kontinuität der Diskriminierung.

Frauen in Studien zum informellen Sektor

Studien zum informellen Sektor in südnigerianischen Städten behandeln Beschäftigungsbereiche, in denen Frauen überwiegend arbeiten, gar nicht oder nur in untergeordneten Abschnitten. Die Studien beziehen sich größtenteils auf Handwerksbereiche, in denen überwiegend Männer tätig sind: z.B. Autoreparatur, Metallverarbeitung, Reparatur von Elektrogeräten, Schuster, Schreiner. Bei Berufen, in denen etwa gleichviel Männer und Frauen arbeiten (Schneiderei) oder mehr Frauen als Männer tätig sind (Handel mit Nahrungsmitteln), sind meistens nur fünf bis zehn Prozent der Befragten Frauen (Koll 1969; Aluko 1973; Callaway 1973; Fapohunda 1981). Eine breit angelegte Untersuchung des „Nigerian Institute of Social and Economic Research", die einen Überblick über den derzeitigen Entwicklungsstand von „Small Scale Industries" in Nigeria geben sollte (Osoba 1987), nahm z.B. nur 89 Frauen gegenüber 1.742 Männern in die Stichprobe auf. Da Frauen in nigerianischen Städten offensichtlich mindestens die Hälfte der im informellen Sektor selbständig oder abhängig Beschäftigten ausmachen, war die Erklärung für den geringen Anteil von Frauen in den bisherigen Untersuchungen, daß Frauen in den besser organisierten Teilen des informellen Sektors ebenso schlechte Arbeitsmöglichkeiten

hätten wie im formellen Sektor und überwiegend in den untersten Bereichen zu finden seien, die bei Stichproben weniger erfaßt würden (Osoba 1985). Frauenstudien zeigen jedoch, daß Frauen keineswegs überwiegend als „petty traders" oder „hawkers" (Straßen- und Kleinsthändlerinnen) arbeiten, sondern daß sie sich in Beschäftigungsbereichen konzentrieren, die in bisherigen Untersuchungen weitgehend durch Fragestellung und Erhebungsmethode ausgeklammert wurden, obwohl sie einen ökonomisch wichtigen Teil des informellen Sektors darstellen. Kleinst- und Straßenhandel am unteren Ende der Einkommensskala wird hauptsächlich von jungen Mädchen und neuhinzugekommenen Migrantinnen betrieben und ist für sie meistens nur vorübergehend von Bedeutung, bis ein fester Stand oder eine andere bessere Beschäftigungsmöglichkeit gefunden ist. (Braig, Zdunnek 1988).

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Nachteile der Strukturanpassungspolitik – besonders die anwachsende Erwerbslosigkeit und steigenden Lebenshaltungskosten – werden von der nigerianischen Regierung durchaus als Problem wahrgenommen. 1987 wurde ein „Directorate of Employment" gegründet, das Maßnahmen gegen die Massenarbeitslosigkeit ausarbeiten soll. Einzelne Maßnahmen sind im Haushalt von 1987 formuliert. Ihre allgemeine Wirksamkeit ist schwer abzuschätzen, sie tendieren jedoch deutlich dazu, das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen zu verschärfen.
Zu den indirekten Maßnahmen gegen die Erwerbslosigkeit gehört die Begleichung der öffentlichen Schulden an private Kontraktoren, Lieferanten und Berater. Es wird erwartet, daß dadurch noch nicht vollendete öffentliche Arbeiten reaktiviert, sowie neue begonnen werden und die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Eine neue „culture of maintenance and repairs" ist ausgerufen. Die föderale und die Lokalregierungen sollen Arbeitskräfte anstellen, um öffentliche Gebäude, Autobahnen, Industrieanlagen, Maschinen und Ausrüstung instandzuhalten (Babangida 1987, S. 265). Da es im formellen Sektor weniger Arbeitsmöglichkeiten für qualifizierte Arbeitskräfte gibt, sollen Universitäts-, College- und Schulabgänger Zugang zu Beratung und Krediten erhalten, um im informellen Sektor einer selbständigen Beschäftigung nachgehen zu können. Ein nigerianischer Entwicklungsdienst (Technical Aid Corps Scheme) soll Universitäts- und Polytechnikumabgänger Berufserfahrungen im Ausland ermöglichen. Angesprochen werden: Mediziner, Ingenieure, Landvermesser, Juristen, Erzieher, Landwirte und Veterinärmediziner. Auf Anfrage anderer afrikanischer Länder sollen sie dort für zwei Jahre mit nigerianischer Finanzierung arbeiten. Mit der überwiegenden Mehrheit dieser Beschäftigungsmöglichkeiten, die zumindest einen kurzfristigen Ausweg aus der Erwerbslosigkeit bieten, werden Männer angesprochen, auch wenn es nicht ausdrücklich formuliert wird, denn alle aufgeführten Berufsbereiche werden nahezu ausschließlich von Männern ausgeübt.

In den Ausführungen Babangidas zum Haushalt von 1987 wird empfohlen, daß sich alle Berufsgruppen des informellen Sektors – bestehend aus Mechanikern, Schweißern, Handwerkern und kleinen Industrieunternehmern – in Kooperativen zusammenschließen sollen, um über die Regierung Zugang zu Infrastruktur, Kredit und Beratung zu bekommen. Nur wenige der im informellen Sektor Beschäftigten bringen die Voraussetzungen für eine staatliche Unterstützung mit (z.B. Sicherheiten für Kredite). Mit dem Förderungsprogramm werden Betriebe im intermediären Bereich angesprochen, die sich – eventuell auf Kosten kleinerer Unternehmen – Marktvorteile verschaffen können. In den Branchen, die als förderungswürdig benannt werden, sind fast ausschließlich Männer tätig. Für einen der größten Beschäftigungsbereiche des informellen Sektors – der weitgehend von Frauen kontrollierten Handel – sind keine Förderungen vorgesehen. Die für ihn geplanten Maßnahmen laufen eher darauf hinaus, parallele Strukturen aufzubauen und den Händlerinnen

Konkurrenz zu machen: „Social mobilisation and patriotism . . . must also extend to consumer protection and the establishment of effective market counterailing force through a network of co-operative marketing" (Babangida 1987, S. 252).
Weiter wird empfohlen, daß Arbeiter Konsumenten-Kooperativen gründen, um Waren direkt vom Hersteller günstig beziehen zu können. Produzenten sollen an strategischen Punkten direkt an Konsumenten verkaufen und durch Produzenten-Kooperativen die Produkte selber vermarkten und exportieren (Babangida 1987, S. 280).

Diese Empfehlungen ignorieren die differenzierten Systeme der Agrarvermarktung. In Relation zu den teilweise schwierigen Transportbedingungen und schlechten Lagerungsmöglichkeiten ist die Vermarktung in Nigeria effektiv und kostengünstig. Im Vergleich zur Agrarvermarktung in den USA und in EG-Ländern sind die Produzentenpreise hoch und die Endverbraucherpreise niedrig. Bisherige Versuche, parallele Vermarktungsorganisationen zu schaffen, waren erfolglos, z.B. geriet die staatliche „National Supply Company", die hauptsächlich importierte Nahrungsmittel vertrieb, durch Ineffizienz und Korruptionsfälle in die Schlagzeilen. Bei dem von Politikern beeinflußten Lizenz- und Kontrakthandel wurden Beträge in Millionenhöhe veruntreut. Politik gegen „Profiteering" setzte jedoch – vor allem unter dem Buhari Regime – nicht dort an, wo große Profite gemacht wurden, an denen auch Politiker und Militärs beteiligt waren, sondern es wurden die Endverbraucherpreise auf den Märkten kontrolliert. Das sah in der Praxis so aus, daß Militäreinheiten sporadisch auf verschiedenen Märkten einfielen und Händlerinnen zwangen, ihre Waren zu willkürlich festgelegten Niedrigpreisen zu verkaufen. Teilweise waren bei Manufakturwaren, bei denen es von der Regierung festgelegte Preise gab, die Einkaufspreise der Händlerinnen höher als die „Kontrollpreise", da bereits die größeren Kontrakthändler weit über dem Kontrollpreis verkauft hatten. Derartige „Preiskontrollen" führten zu zusätzlichen Versorgungsengpässen, weil die Händlerinnen in einigen Städten aus Angst vor Militäraktionen nicht mehr zu den Märkten gingen (vgl. Zdunnek 1987).

Auswirkungen der Strukturanpassung auf die soziale Situation von Frauen

Selbst wenn die Strukturanpassung ein wirtschaftliches Wachstum einleiten könnte, würde das bei Beibehaltung der jetzigen gesellschaftlichen Strukturen – vor allem für Frauen – noch keine allgemeine soziale Besserstellung bedeuten. Ölboom und Industrialisierung führten zu Wachstum ohne Umverteilung. Seit Anfang der siebziger Jahre verstärkten sich soziale Ungleichheiten. 1975 lebte ein Drittel der Bevölkerung von Lagos in absoluter Armut (The Nigerian Economic Society, 1975). Die Reallöhne und -einkünfte der unteren Einkommensgruppen in den Städten lagen 1984/85 unter dem Niveau der sechziger Jahre. Nach Schätzungen der ILO befanden sich 1978 vier Millionen ländliche Haushalte unterhalb der Armutsgrenze, was gegenüber 1973 ein Anwachsen von 25 % bedeutete (Green, Singer 1984).
Bereits vor der Strukturanpassung waren die meisten Haushalte auf das Einkommen beider Ehepartner angewiesen. Viele Angestellte des formellen Sektors haben informelle Nebenbeschäftigungen, die immer mehr zum Überleben notwendig werden. Aber auch im informellen Sektor macht sich die nachlassende Kaufkraft der Mittel- und Unterschicht bemerkbar und es wird auch hier für viele immer schwieriger, ein Einkommen zu erwirtschaften, mit dem die alltäglichen Kosten zu decken sind. Während Einkommenseinbußen für die Ober- und Mittelschicht bedeuten, auf Luxus- und Prestigegüter zu verzichten, bewirken sie für die Unterschicht häufig eine entscheidende Verschlechterung in der Ernährung. Frauen haben im Durchschnitt ein geringeres Einkommen als Männer und verwenden einen größeren Teil

ihres Einkommens für den Haushalt und die Versorgung der Kinder. Mit den steigenden Lebenshaltungskosten vermindert sich für sie der ohnehin geringere finanzielle Spielraum für persönliche Ausgaben, Investitionen in einen Betrieb des informellen Sektors, etc. Im Haushalt von 1987 wurden die staatlichen Leistungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich noch weiter beschnitten.[6] In einigen Bundesstaaten werden wieder Schulgebühren erhoben, die medizinische Versorgung wird teurer. Durch die Kürzungen im Bildungsbereich verschlechtern sich langfristig die Ausbildungschancen für Mädchen, denn bei geringeren Einkommen können nicht mehr alle Kinder zur Schule geschickt werden, vor allem bei der Ausbildung in weiterführenden Schulen werden Jungen bevorzugt. Die Verschlechterung in den Gesundheitsdiensten trifft Frauen besonders, da sie durch häufige Schwangerschaften und Geburten einen größeren Bedarf an medizinischer Versorgung haben. Mangel- und Fehlernährung wirken sich besonders auf den Gesundheitszustand von Kleinkindern und schwangeren bzw. stillenden Frauen aus. Die in Nigeria vergleichsweise hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit dürfte noch anwachsen, dabei ist die Lebenserwartung von Frauen bereits heute niedriger als die der Männer.
Die Strukturanpassung beschleunigt den sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten, verminderte Einkommensmöglichkeiten stehen steigenden Lebenshaltungskosten und einem Abbau staatlicher Leistungen gegenüber. In dem Prozeß der Verarmung verstärken sich geschlechtsspezifische Differenzierungen, als sozial Schwächere erleben Frauen vergleichsweise größere Härten, während sich kompensatorische Maßnahmen jedoch fast ausschließlich an Männer richten.

Anmerkungen

1) Als Urheber des Begriffs informeller Sektor gilt Hart (1973), damit erfaßte er ökonomische Aktivitäten außerhalb der modernen industriellen und administrativen Ökonomie, die nicht in die Berechnung des Bruttosozialprodukts eingingen. Die ILO (International Labour Organisation) brachte den Begriff in die internationale Diskussion und erstellte eine Liste mit Merkmalen für die Definition des informellen Sektors: leichter Zugang, Verwendung lokaler Ressourcen, kleine Betriebsgrößen, arbeitsintensive Produktion, Familienunternehmen als wichtigste Betriebsform, unregulierte Märkte, Verwendung von Fähigkeiten und Kenntnissen, die außerhalb des formellen Bildungssystems erworben wurden, geringe Ausdifferenzierung von Arbeits- und Lebenswelt, keine Besteuerung. Es gibt mittlerweile eine breite Diskussion über die Anwendbarkeit der ILO-Kriterien, die wirtschaftliche Bedeutung des informellen Sektors und seiner entwicklungspolitischen Förderungswürdigkeit und -fähigkeit (vgl. Braig, Zdunnek 1988).

2) Die Zivilregierung unter Präsident Shagari (1979 bis 1983) wurde durch einen unblutigen Militärcoup abgesetzt. Die danach herrschende Militärregierung unter Buhari wurde nach einem Jahr durch einen erneuten Coup durch die jetzige Militärregierung unter Babangida abgelöst.

3) Die Gegenvorschläge der Opposition bestanden hauptsächlich darin, die Schuldenrückzahlung – auch ohne Zustimmung des IWF – entscheidend zu beschränken, Möglichkeiten einer alternativen Wirtschaftsentwicklung zur Verminderung der Abhängigkeit von den Industrieländern blieben weitgehend undiskutiert.

4) Wegen einer breiten Opposition wurde die Maßnahme Mitte 1987 rückgängig gemacht und in Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten muß weiterhin der Mindestlohn gezahlt werden.

5) Bis zum Zweiten Weltkrieg gab es nur wenig nigerianische Frauen in der kolonialen Verwaltung, danach eröffneten sich dort graduell Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, hauptsächlich auf den Druck nigerianischer Frauenorganisationen hin. Frauen hatten jedoch wenig Aufstiegschancen; es gab Bestimmungen, nach denen Frauen keine Positionen besetzen konnten, in denen sie im Rang über Männern standen (vgl. Denzer 1987).

6) Gegenüber 1986 sanken die staatlichen Ausgaben für Gesundheitsdienste und Krankenhäuser um 32,2 %, auch bei Erziehung und Bildung wurde gekürzt. Die Universitäten erhielten 1987 28,8 % weniger Mittel als 1986 (Mbanefoh 1987, S. 103).

Literatur

ALUKO, S.A./OGUNTOYE, O.A./AFONJA, Y.A.O: Small Scale Industries: Mid-Western State, Kwara State and Lagos State of Nigeria. Ile Ife (Nigeria): Industrial Research Unit University of Ife 1973

BABANGIDA, Ibrahim: Rede am 26.6.1986 und 1.1.1987, in: Phillips, Adedotun O./Ndekwu, Eddy C.: Structural Adjustment Programe in a Developing Economy. The Cast of Nigeria, Ibadan, 1987, S. 245-278

BRAIG, Marianne/ZDUNNEK, Gabriele: Städtische Erwerbsarbeit und Erwerbsperspektiven von Frauen in Ländern der Dritten Welt (Mexiko/Nigeria), Forschungsbericht, Lateinamerika-Institut, Berlin 1988

CALLAWAY, A.: Nigerian Enterprise and the Employment of Youth. Study of 225 Business in Ibadan, 1973

DENZER, LaRay: Female Employment in the Goverment Service of Nigeria, 1885-1945, unveröffentlichtes Papier, Symposium on Women's Studies in Nigeria: The State of the Art Now, Women's Centre for Research and Documentation, Institute of African Studies, University of Ibadan, 4.-6.11.1987

FAPOHUNDA, O.J.: Human Resources and the Lagos Informal Sector, in: Sethuraman, S.V.: The Urban Informal Sector of Developing Countries, Genf 1981, S. 70-82

FEDERAL CIVIL SERVICE MANPOWER STATISTICS, Lagos 1981

FEDERAL OFFICE OF STATISTICS: Annual Abstracts of Statistics, Lagos 1984

dass.: Labour Force Sample Survey, December 1984, in: National Integrated Survey of Households, Lagos 1985

dass.: The Nigerian Household 1983-1984, in: National Integrated Survey of Households, Lagos 1985

GREEN, R.H./SINGER, H.: Sub-Saharan Africa in Depression: The Impact of the Welfare of Children, in: Cornia, A./Jolly, R. (Hrsg.): The Impact of World Recession on Children, UNICEF, Oxford 1984

HART, Keith: Informal Income Opportunities and Urban Unemployment in Ghana, in: Journal of Modern African Studies (London), 1973, S. 61-89

KOLL, M.: Crafts and Cooperation in Western Nigeria. A Sociological Contribution to Indegenous Economics, Düsseldorf 1969

LACHENMANN, Gudrun: Anmerkungen zu den gesellschaftlichen Aspekten der Strukturkrise in Afrika, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Berlin 1987

MBANEFOH, Gini F.: The Public Sector and the Structural Adjustment Programme, in: Phillips/Ndekwu 1987, S. 95-108

OSOBA, A.N. (Hrsg.): Towards the Development of Small Scale Industries in Nigeria, Ibadan 1987

dies.: Women's Participation in die Nigerian Labour Force: Constraints and Prospects. (Unveröffentlichtes Papier) „Seminar on Nigerian Women and National Development, Institute of African Studies University of Ibadan, 20./21.6. 1985

PHILLIPS, Adedotun O.: A General Overview of SAP, in: Phillips, Adedotun O./Ndekwu, Eddy C. 1987, S. 1-12

ders.: NDEKWU, Eddy C.: Structural Adjustment Programme in a Developing Economy, The Case of Nigeria, Ibadan 1987

RAUCH, Theodor: Das nigerianische Industrialisierungsmuster und seine Implikationen für die Entwicklung peripherer Räume, Hamburg 1981

THE NIGERIAN ECONOMIC SOCIETY: Poverty in Nigeria, Proceedings of the 1975 Annual Conference of the Nigerian Economic Society, Ibadan 1975

ZDUNNEK, Gabriele: Marktfrauen, Ökonomie und Politik im Leben der Yoruba-Händlerinnen, Hamburg 1987

Ein ungewöhnlicher Broterwerb

Die Idee zu diesem Beruf ist sicherlich sehr genauen Niederschlagsmessungen entsprungen: In der Gemeinde Abobo (Elfenbeinküste), auf ebenem Gelände, ist der Wasserabfluß problematisch, die Infrastruktur den Gegebenheiten jedoch nicht angepaßt. Jedenfalls steht dort immer der Schlamm in den Straßen. Aber die Frauen wollen nun einmal mit sauberen Füßen vom Markt nach Hause zurückkehren und deshalb bleiben sie erst einmal bei den „Fußwäscherinnen" stehen.
Hochsaison für das Geschäft der jungen Mädchen ist die Regenzeit, während der Schulferien, denn diese Tätigkeit im „informellen Sektor" wird in erster Linie von Schülerinnen ausgeübt. Mit Eimer, Seife und Schwamm warten sie auf ihre Kundschaft. Bereits nach einer kurzen Anlaufzeit gelang ihnen die finanzielle Autonomie.
Awa, 17 Jahre alt, erklärt: „Meine Freundinnen und ich haben während des Tages schon eine beachtliche Kundschaft. Unsere Preise variieren zwischen 25 F CFA (ca. 15 Pfennig) und 20 F CFA. 25 F CFA müssen die Männer bezahlen, 20 F CFA kostet es für die Frauen."
Wir fragten nach, wie dieser Preisunterschied zustande kommt und Awa antwortet: „Die Männer haben eben schmutzigere Füße und können den ganzen Tag mit Schlamm an den Füßen rumlaufen, während sich die Frauen gleich die Füße waschen, wenn sie schmutzig sind." . . .

(Bericht nach Cisse Lassane, in: AMINA, le magazine de la femme, Afrikanische Frauenzeitschrift, März 1988, S. 20–21, übersetzt vom Französischen ins Deutsche von Gabriele Broetz).

Marianne Braig

Sozialreformen und Modernisierung: Die Auswirkungen auf Frauen in Mexiko

Die Revolution in Mexiko begann 1910 mit dem Aufstand gegen das Porfiriato[1], auf den ein langer und blutiger Bürgerkrieg und interne Auseinandersetzungen innerhalb der verschiedenen revolutionären Gruppen und Führer (Caudillos) folgten. Eine für lateinamerikanische Verhältnisse weitgehende Agrarreform und ein für deutsche Verhältnisse progressives Arbeits- und Sozialrecht (Schulenberg 1973), welche in den 30er Jahren unter der Regierung des populistischen Präsidenten Cardenas (1934–1940) durchgesetzt wurden, bilden den Abschluß der Revolution und den Übergang zum mexikanischen Wirtschaftswunder der folgenden Jahrzehnte. Nach Erdölboom und Verschuldungskrise fand dieses Wunder zu Beginn der 80er Jahre sein endgültiges Ende.[2]

Über den Charakter des Umwälzungsprozesses, der durch die Revolution initiiert worden war, und über die unterschiedlichen sozialen Gruppen, die einbezogen und ausgegrenzt worden sind, ist viel geschrieben und gestritten worden. Die Auswirkungen der Ergebnisse der Revolution auf die eine Hälfte der Bevölkerung, die weibliche, werden in den meisten klassischen Texten kaum reflektiert.
Dabei waren in den Wirren des Bürgerkrieges die geschlechtsspezifischen Grundstrukturen, die Männer- und Frauenwelt in allen sozialen Schichten getrennt hatten, aufgerissen worden. Vor allem auf den Dörfern mußten die Frauen entweder während der Abwesenheit der Männer mit anderen weiblichen Verwandten und Kindern das Land bestellen oder aber mit ihren Männern (Vätern, Brüdern, Ehepartnern) die Dörfer verlassen, um sie während der kriegerischen Auseinandersetzungen zu betreuen. Einige von ihnen wurden auch selbst als „Soldaderas" im Bürgerkrieg aktiv (Romo 1979; Rascon 1979, S. 105 f.).
Ein Teil der politisch aktiveren Frauen, insbesondere Lehrerinnen und Krankenschwestern, die sich mit der Bewegung und dem neuen reformerischen Staat identifizierten, schlossen sich zusammen und hielten noch während der Revolution 1916 in Yucatan den ersten mexikanischen Frauenkongreß ab (Foppa 1979; Urrutia 1983). Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmerinnen waren Lehrerinnen, sie prägten mit ihren Vorstellungen von einer „Frau für die Zukunft" die Forderungen des Kongresses. Das Schwergewicht der Forderungen lag folglich darauf, bessere Bildungschancen für Mädchen zu schaffen, sie darüber auf einen ordentlichen Beruf vorzubereiten und sie so zu ehrenwerten Frauen werden zu lassen. Die Polemik wandte sich gegen die Kirche und ihre Hegemonie im Erziehungsbereich. Durch diese Stoßrichtung paßte der Kongreß in den antiklerikalen offiziellen Diskurs, weiterreichende Einflüsse auf die Bildung des neuen Staates hatte er nicht.
Es gelang keiner Frau, an der Verfassungsgebenden Versammlung beteiligt zu werden. In der neuen Verfassung wurde zwar die Gleichheit der Frau bei den Individualrechten niedergeschrieben, und auch die Formel „gleicher Lohn für gleiche Arbeit", die zwar eher auf eine gleiche Entlohnung zwischen ausländischen und mexikanischen Arbeitern zielte (Foppa 1979, S. 55), wurde verankert; eine faktische Bedeutung konnten sie aber nicht gewinnen. Die ebenfalls verankerten Frauen- und Mutterschutzgesetze aus dem arbeitsrechtlichen Teil der Verfassung erwiesen sich eher als „Gewehr mit zwei Läufen", denn sie wurden oft als Argument gegen eine Beschäftigung von Frauen benutzt oder zumindest zur Untermauerung einer geringeren Entlohnung herangezogen.
Unmittelbar frauenrelevante Gesetzesveränderungen wurden in der „modernen" Verfassung von 1917 nicht beschlossen. Nicht einmal am „eigentlichen Erfolg der

Revolution", der Etablierung eines durch Wahlen legitimierten Regierungssystems (Womack 1985, S. 9) wurden sie beteiligt. Das aktive und passive allgemeine Wahlrecht wurde den Frauen, völlig unabhängig von der Revolution und ihren Konsequenzen, erst 1953 zugestanden, also in einer Zeit, in der es auf Empfehlung der UNO in vielen Ländern der Dritten Welt eingeführt wurde.
Unbestreitbar hatte die Revolution durch die Etablierung eines neuen Staates jedoch weitreichende Konsequenzen, die sich in der Agrarreform, in den Arbeits- und Sozialrechten, dem Familienrecht und schließlich der Bildungsreform ausdrückten. Die Gesetzesänderungen, Bausteine der neuen Gesellschaft und der Hegemonie des nachrevolutionären Staates, verraten, welche Rolle der Staat den Frauen in einer modernen, d.h. säkularisierten und zunehmend urbanen Gesellschaft zuwies.

Beispiel 1
Die Agrarreform: Modell des Kleinbauern und seiner mithelfenden Familienangehörigen

Die Agrarreform, für welche große Teile der Landbevölkerung von Beginn der Revolution an gekämpft und Hunderttausende ihr Leben gelassen hatten, konnte endlich in den 30er Jahren realisiert werden: über 180.000 Ejidos (Kollektiveigentumsform mit privaten Nutzungsrechten) wurden gegründet, Land an private Kleinbauern verteilt, Kredite vergeben und Bewässerungsprojekte in Angriff genommen.
Das alte, die Eigentümerposition schützende Agrargesetz (Codigo Agrario) ebenso wie das neue, revolutionäre Agrarreformgesetz (Ley de la Reforma Agraria) folgten in der gesetzlichen Grundstruktur dem Code Napoleon, der den Mann als Haushaltsvorstand (jefe de la familia) und als Verwalter der Güter (auch der der Ehefrau) ausweist und der dem älteren Sohn in der Erbschaft Priorität einräumt, soweit dieser eine eigene Familie gründet.
Die revolutionären Rechtsreformen übernahmen im Prinzip die Strukturen des bürgerlichen Rechts, welches alle Eigentums- und Erbschaftsfragen regelt, und installierten über die Rechte, die sich aus dem Status des Titular im Ejido (welches Nutzungsrechte zuweist) ergeben, für diese die gleichen Rechte und familiären Verpflichtungen wie für Eigentümer. Im Gegensatz zu den Forderungen des Frauenkongresses von 1916 begründet auch das Agrarreformgesetz den Vorrang der Männer bei der Vergabe von Land, während Tausende von Frauen ohne Landtitel blieben, obwohl sie das Land bearbeiteten (Rascon 1979, S. 107, 108). Ebenso wie der (Klein-) Eigentümer, der aufgrund seines Eigentums alle seine Rechte ableitet, kann auch der Titular aufgrund seines Status als Ejidatario mit seinen „Leuten", in der Regel seiner Familie, verfahren, wie er will. Sie sind seine „mithelfenden", kostenlosen Arbeitskräfte. Für kleinbäuerliche Familien sowohl auf Basis von Eigentum als auch auf Basis des Ejidotitels wird die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, in welcher Ehefrau, Kinder und Dienstpersonal vom männlichen Eigentümer/Ejidatario abhängen, nicht allein juristisch sanktioniert, sondern auch durch die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen weiter vorangetrieben.
Die Agrarreform konnte jedoch die Armut der ländlichen Unterschichten, insbesondere der Landlosen, nicht beseitigen, so daß auch in Mexiko die Abwanderung in die Städte die letzten Jahrzehnte prägte. Frauen sind ähnlich wie die Männer im Zuge der weiteren Modernisierung und wachsenden Migration aus den ländlichen Produktions- und Hauswirtschaftsfunktionen verdrängt[3] worden.
Der gleiche Modernisierungsprozeß, der zumindest einem Teil der männlichen, bäuerlichen Bevölkerung durch den Zugang zu Land vermehrt monetäre Einkommen verschaffte, unterhöhlte die wirtschaftliche Stellung der Frauen, da ihre handwerklich erstellten Produkte wie Seife, Kerzen, Textilien u.a.m. immer stärker durch industriell gefertigte, z.T. hoch subventionierte Konsumgüter ersetzt wurden, gegen

die sie nicht mehr konkurrieren konnten. Die Monetarisierung der lokalen ländlichen Wirtschaften und die Verbreitung von industriell gefertigten Waren führte zu einer Zerstörung der nichtagrarischen häuslichen Handwerksproduktion, welche in hohem Maße eine Domäne der Frauen gewesen war. Unterstützt und abgesichert wurde dieser Monetarisierungsprozeß durch die infrastrukturelle Erschließung auch abgelegener ländlicher Regionen und nicht zuletzt auch durch die Vermittlung neuer, moderner Werte durch das expandierende Bildungswesen, das über den Aufbau von Landschulen auch entlegene Dörfer erreichen konnte (Young 1982; Vaughan 1982).
In der Konsequenz wurden bereits in den 30er Jahren immer mehr vor allem junge, unverheiratete Frauen zu überschüssigen und überflüssigen Arbeitskräften degradiert, die in den Dörfern keine Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten mehr fanden. Zugleich stieg die Notwendigkeit, Geldeinkommen zu erwirtschaften, nicht allein, weil ein immer größerer Teil der Konsumgüter über den Markt bezogen wurde, sondern auch, weil der moderne Staat auf Steuern angewiesen ist, die auch von der Landbevölkerung aufgebracht werden müssen. Darüber hinaus sind die kleinbäuerlichen Markteinkommen starken Schwankungen unterworfen, so daß sie gleichzeitig auf vielfältige weitere Einkommen und die Sicherung durch Subsistenz angewiesen sind.
Als ein Ausweg sowohl für die jungen Mädchen als auch für die väterlichen kleinbäuerlichen Betriebe eröffnete sich die Abwanderung in die Städte, in denen diese Frauen vorwiegend als Hausangestellte, „muchacha", (Grau 1982) in den privaten Haushalten der wachsenden Mittelschichten eine erste städtische Erwerbstätigkeit fanden. Die Migration von weiblichen, jungen Arbeitssuchenden stieg schon in den 40er Jahren signifikant an und blieb bis in die heutige Zeit höher als die der Männer[4] (Young 1982; Arizpe 1975).

Beispiel 2
Arbeits- und Sozialrecht – eine Hausfrau für den mexikanischen Arbeiter

Die mexikanische Arbeiterbewegung hat sich in das Modell der importsubsituierenden Entwicklung der nachrevolutionären Industrialisierung einbinden lassen, indem ihr Arbeits- und Sozialrechte anerkannt und Einflußmöglichkeiten auf Einstellung und Entlassung in einem großen Teil des formellen Sektors zugestanden worden waren.
Ein zentrales Element der Konsensfindung zwischen nachrevolutionärem Staat und Arbeiterbewegung war 1934 die gesetzliche Verankerung eines Minimallohnes. Dieser ist gemäß seiner Definition ein *Familienlohn*, „der ausreichen soll, die normalen Bedürfnisse eines Familienvaters materiell, sozial und kulturell zu befriedigen und die Kinder mit der obligatorischen Schulbildung zu versehen".[5] Eine derartige Lohnbestimmung zielte darauf ab, dem eigentumslosen Arbeiter das moderne städtische Leben mit seinem entsprechenden Familienmodell zu öffnen. Für den Mann beinhaltet dieses die Rolle des Haushaltsvorstandes (gleich männlicher „Alleinernährer"), der den Lebensunterhalt für seine Ehefrau (gleich Hausfrau) und im Idealfall für drei Kinder verdienen soll.
Später, in den 40er und 60er Jahren, wurde die soziale Sicherheit in ähnlicher Weise definiert: Der versicherte Arbeiter hat nicht allein das Recht, seine ihm angetraute Ehefrau und seine Kinder mitzuversichern (Krankenversicherung), sondern auch seine Geliebte, wenn keine Ehefrau versichert ist. Im Unterschied hierzu wird der sozialversicherten Arbeiterin im Regelfall nicht die Möglichkeit eingeräumt, einen von ihr abhängigen Ehemann[6] in ihren Versicherungsschutz einzubeziehen, da von ihm erwartet wird, daß er für sich selbst sorgen kann.

Die moderne Kleinfamilie, die durch arbeits- und sozialrechtliche Reformen auch auf Basis von Lohnarbeit für städtische Schichten lebbar werden soll[7], stellt den ersten Schritt der Verbreiterung moderner Lebensverhältnisse dar, ohne patriarchalische Beziehungsstrukturen beseitigen zu müssen. Im Gegenteil: durch gesetzliche Maßnahmen werden sie manifestiert. Daher paßt dieses Familienmodell auch noch durchaus in die katholische Wertewelt und wird zugleich zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Arbeiterbewegung und Staat. Denn dieses städtische Leben realisiert sich für den Teil der Bevölkerung, der Zugang zu stabilen Einkommen und sozialen Leistungen erreichen kann. Gesichert wird dieser Zugang durch die *staatstragenden Gewerkschaften*. Neben den Staatsfunktionären, die quasi per Staatsamt (Funktion im Staatsapparat) integriert sind, wird, vermittelt durch die offiziellen Gewerkschaften, ein Teil der Lohnabhängigen in den sozialen und nationalen Konsens eingebunden und mit den notwendigen „Privilegien" ausgestattet, die es erlauben, über diese Lebensform am sozialen Ein- und Aufstieg, am Modernisierungsprozeß teilhaben zu können.
Allein schon daran, daß heute erst ein geringer Teil der Bevölkerung[8] mit einem einigermaßen geregelten Einkommen rechnen kann, muß dieses Modell als gescheitert betrachtet werden. Für die Masse der städtischen und ländlichen Unterschichten existiert keine gesicherte materielle Basis für die Gestaltung einer Kernfamilie, weil der Minimallohn trotz seiner gesetzlichen Festlegung als Familienlohn nie für den Unterhalt einer Familie ausgereicht hätte, selbst wenn er gezahlt würde. Diese Personen sind auf Mobilisierung aller familiären Arbeitskräfte angewiesen, deren rationeller Einsatz im Familienzyklus Teil der Überlebensstrategie ist (García u.a. 1984).

Ein wachsender Teil von Frauen aus der mexikanischen städtischen Unterschicht lebt weit entfernt von „kleinfamiliärer Intimität", ohne einen für die finanzielle Basis der Familie „verantwortlichen" Ehemann. Die steigende Zahl der von Frauen geführten Haushalte in den urbanen Zentren ist für das reale Versagen des Modells ein deutlicher Beleg. Haushalte, die durch weitläufige und offenere, sich rasch verändernde Strukturen und Nachbarschaftsbeziehungen charakterisiert sind (Lomnitz 1975), in denen Menschen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder aus verschiedenen Generationen und meist außerhalb fester, eheähnlicher Zweierbeziehungen zusammenleben, bestimmen die Realität armer Frauen.
Nichtsdestoweniger festigen Ehe- und Familienrecht die gesellschaftlichen Normen von einer guten Ehe und Familie für alle sozialen Schichten, gemäß derer der Ehemann für alle außerhäuslichen Verpflichtungen, vor allem die Sicherung des finanziellen Lebensunterhaltes, aufzukommen hat und der Ehefrau alle innerhäuslichen Verpflichtungen aufgebürdet werden (Pacheco 1985).

Marginalisierung weiblicher Lohnarbeit

Arme Frauen waren auch schon vor der Revolution in hohem Maße erwerbstätig. Besonders während der industriellen Entwicklungsphase des Porfiriato wurden sie gerne als billige Arbeitskräfte in den gerade entstandenen Textil- und Bekleidungsfabriken, Tabakbetrieben u.a. beschäftigt. Ähnlich wie in der Schuh- und Streichholzherstellung oder in der Verpackungsproduktion (Keremetsis 1984; Arrom 1976) wurden mehrheitlich Frauen eingestellt. Die Löhne in diesen Manufaktur- oder Verlagsbetrieben waren derart gering, daß die Frauen aber auch die Männer, trotz ihrer etwas höheren Löhne, davon nicht leben, geschweige denn eine Familie ernähren konnten. Nur eine Vielzahl von Einkommensmöglichkeiten erlaubte es den meisten städtischen Haushalten zu überleben. Dies sollte sich, so zumindest war die politische Absicht des Staates und seiner gewerkschaftlich organisierten städtischen Verbündeten, durch die Formalisierung der Erwerbsarbeit im Zuge der importsubstituierenden Entwicklung und durch die Kontrolle der Gewerkschaften über den geschützten Arbeitsmarkt ändern.

Der Modernisierungsprozeß im Verarbeitenden Gewerbe, der seit den 40er Jahren die Basis für das zunächst erfolgreiche Entwicklungsmodell Mexiko war, verlief eindeutig zu Lasten der weiblichen Erwerbsbeteiligung in den geschützten Industriebereichen. Noch zu Beginn des Jahrhunderts waren fast 80 % aller (registrierten) erwerbstätigen Frauen hier beschäftigt, die meisten in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Dagegen waren nur 11 % der erwerbstätigen Männer in der Industrie tätig (INEGI 1985). Nach der Krise der Verarbeitenden Industrie und dem Rückgang der Beschäftigung überhaupt in den Jahren der Revolution und danach hat sich die Erwerbsbeteiligung der Frauen radikal verändert. Laut Zensus von 1940 arbeiten nur noch 17 % der erwerbstätigen Frauen in diesem Wirtschaftssektor, und auch in den Jahrzehnten danach erreichte die Industrie nicht mehr die Bedeutung für die weibliche Erwerbsarbeit wie vor der Revolution. Von der dann in den 40er Jahren einsetzenden Dynamik dieses Sektors profitierten in erster Linie männliche, gewerkschaftlich organisierte Erwerbstätige.

Den staatstreuen Gewerkschaften kommt über die Tarifverhandlungen nicht allein die Funktion der Erkämpfung ausreichender Einkommen und sozialer Vergünstigungen für ihre Mitglieder zu, sondern über ihre Arbeitsmarktkontrolle[9] haben sie auch die Aufgabe, den integrierten Teil der Erwerbsbevölkerung gegen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt abzuschotten und männliche gegenüber weiblichen Lohnabhängigen zu bevorzugen (Keremetsis 1984).[10]

Wenn auch das zentrale Resultat der Umstrukturierung des Verarbeitenden Gewerbes eine Vermännlichung der Belegschaften ist, so haben sich traditionelle Frauenbranchen gehalten: Textil- und Bekleidungsindustrie, Lebensmittelverarbeitung, Elektrotechnische Industrie, Schuhproduktion.[11] Hierbei ragt vor allem die Textil- und Bekleidungsindustrie heraus, in welcher 1987 90% Frauen beschäftigt sind (Wiener 1988).

Sowohl die absolute Anzahl als auch der Anteil der Frauen in der Textil- und Bekleidungsindustrie dürfte allerdings höher sein als in den Statistiken ausgewiesen. Ein großer Teil der dort Beschäftigten arbeitet in oft nicht mehr statistisch erfaßten bzw. erfaßbaren Betriebsformen, sei es in familiären, oft auch „untergründigen", „illegalen" („piratas") Handwerksbetrieben (Alonso 1981, 1984) oder in der Verlagsproduktion.

Im Prozeß der Vermännlichung der Industriearbeit, wie er von den 40er bis noch in die 70er Jahre hinein zu beobachten war, werden Frauen in den für sie zentralen Industriebranchen an den Rand der industriellen Produktion gedrängt (illegale Betriebe), bzw. verbleiben sie dort, wie z.B. im Heimarbeits- und Verlagswesen (Hernandez Aquila, Sánchez de Tagle 1984). Historische Untersuchungen können belegen, daß Arbeiterinnen, die nach der Durchsetzung und Kontrolle von Arbeits- und Sozialrechten nicht mehr billiger waren als ihre männlichen Kollegen, unterstützt durch die von Männern dominierten Gewerkschaften in den 30er und 40er Jahren aus den Fabriken (Keremitsis 1984) verdrängt wurden.

Die staatstragenden Gewerkschaften kommen selbst in den Betrieben, in denen sie die zumeist weiblichen Belegschaften oft ohne deren Wissen organisiert haben, ihren Schutzfunktionen gegenüber den Frauen nicht nach, zu denen sie im formellen Sektor laut Gesetz verpflichtet sind.

In Mexiko-Stadt, dem Zentrum der nationalen Bekleidungsindustrie, waren vor dem Erdbeben 1985 und der damit verbundenen Gründung einer neuen Gewerkschaft, am 19. September (Wiener 1988), zwar 75% der Beschäftigten der Bekleidungsindustrie Mitglieder der CTM (Confederación de Trabajadores de México), der wichtigsten Staatsgewerkschaft, allerdings existierten lediglich in 40% dieser Betriebe Tarifverträge, in den übrigen 60% waren trotz gewerkschaftlicher Organisation die Beschäftigten zu Arbeitsbedingungen eingestellt, die völlig außerhalb der arbeits- und sozialrechtlichen Grundsicherung waren und in welchen Löhne unterhalb des gesetzlich fixierten Minimallohnes gezahlt wurden. Weite Bereiche der Frauenbranche Bekleidungsindustrie sind also lediglich auf dem Papier Teil des ge-

werkschaftlich geschützten Erwerbsbereichs, der Übergang zu illegalen Produktionsformen (Alonso 1981, 1984) gestaltet sich fließend.
Zusammenfassend läßt sich sagen: Der Ausbau sozial- und arbeitsrechtlich abgesicherter Erwerbsbereiche trifft Frauenerwerbsarbeit in unterschiedlicher Weise. Tendenziell wird sie aus diesen Bereichen verdrängt und auf familiäre Verlagsproduktion abgeschoben, oder es werden mit gewerkschaftlicher Billigung allgemeingültige Rechtsvorschriften unterlaufen. Das führt nicht allein zu einer Spaltung in formelle und informelle Beschäftigungsformen, von welcher auch Männer betroffen sind, sondern zur *geschlechtsspezifischen Segmentierung* des städtischen Arbeitsmarktes durch Umwandlung weiblicher Hausarbeit in Erwerbsarbeit.

Beispiel 3
Ehe- und Familienrechte

Über die Gestaltung von Ehe- und Familienrechten greift der Staat in die private Sphäre der Individuen ein. Aber im Vergleich zur katholischen Kirche, die in der Beichte eine direkte Kontrollmöglichkeit über das familiäre Leben hat, wirken staatliche Gesetze nur indirekt. Staatliche Gesetze können in der Privatsphäre außerhalb eines gesellschaftlichen Konsenses, und sei er durch Kooptation eines relevanten Teils der Bevölkerung erreicht, nicht umgesetzt werden. Dieser Grundkonsens wurde auch durch die Revolution nicht aus der Wertewelt und den Moralvorstellungen der katholischen Kirche herausgerissen. Diese hatte die spanische Ehe- und Familienmoral in einem langen Prozeß der Anpassung und Unterdrückung eingeführt und trotz Säkularisierungsversuchen und -tendenzen bestimmt diese Moral die Gesetzgebung noch heute.
So war die Ehe schon lange vor der Revolution, seit der Gesetzgebungsreform unter Benito Juárez 1856, säkularisiert worden. Seither gilt die Ehe als Vertrag, der allerdings damals noch unauflöslich war. Aus diesem Vertrag begründete sich für beide Partner die eheliche Treue, die Vormundschaft des Ehemannes über die Ehefrau, die alleinige Erziehungsgewalt des Vaters über seine Kinder, die Trennung zwischen ehelichen und nichtehelichen Kindern etc., also Normen, die sich eng an die katholische Sichtweise (Arrom 1981) hielten.
Der zumindest formelle Einfluß der Kirche zeigt sich auch real darin, daß immer noch die Mehrzahl der Eheschließungen kirchlich vollzogen wird, nicht zuletzt deshalb, weil sich viele Frauen dadurch eine stärkere Verbindlichkeit erhoffen. Noch bis in die 20er Jahre übertraf sogar die Zahl der kirchlichen Trauungen die der staatlichen. Erst 1930, über ein Jahrzehnt nach der Konstituierung des nachrevolutionären, modernen Staates, wurde der zivile, staatliche Akt zum allein rechtsverbindlichen erklärt. Obwohl die standesamtliche Trauung seither vor der kirchlichen stattfinden muß, wurde sie bis in die 60er Jahre hinein immer wieder ideologisch durch offizielle Auftritte des Präsidenten auf Standesämter unterstützt. Der eigentlich höhere Wert einer kirchlichen Vereinigung konnte jedoch damit für die Mehrzahl nicht untergraben werden. Dies zeigt auch die Tatsache, daß nach wie vor die Zahl der Trennungen die der Scheidungen übersteigt.

Scheidung auf mexikanisch

Verglichen mit der Rechtsprechung anderer lateinamerikanischer Länder scheint es schon ein revolutionärer Akt an sich, daß in die mexikanische Verfassung von 1917 das Recht auf Scheidung und damit das Recht auf Wiederverheiratung aufgenommen wurde. Noch während der Revolution verkündete einer ihrer wichtigen Führer (Carranza) das Recht auf Scheidung.
Konservative regierungskritische Kommentatoren, meist aus dem katholischen Lager (Sanchez Medal 1979), begründen das Gesetz aus der Notwendigkeit der Wie-

derherstellung der moralischen Ordnung, denn „nur das Scheidungsrecht und damit die Erleichterung der Wiederverheiratung konnte die Ausbreitung von unehelichem Zusammenleben verhindern. Man mußte den getrennt lebenden Ehepartnern eine neue rechtmäßige Ehe eröffnen, damit sie keinen Ehebruch begehen mußten und die Kinder aus diesen Beziehungen in einem rechtmäßigen Haushalt aufwachsen konnten. Das bedeutete nichts anderes, als wenn Männer etwas Unmoralisches tun, muß man es nur als moralisch erklären, und schon gibt es keine Unordnung mehr" (Sanchez Medal 1979, S. 29). Gerade diese moralische Unordnung hatte nach Meinung der Kommentatoren in den Revolutionsjahren massiv zugenommen.[12)]

Die Einräumung des Rechts auf Scheidung in dieser Zeit war in erster Linie ein Interesse der Männer, denn eine Frau war außerhalb der Ehe kaum angesehen und nicht versorgt; nur unter äußerst schlechten Bedingungen konnte sie ihr Überleben sichern.

Diese geschlechtsspezifisch unterschiedliche Wirkungsweise macht sich auch bei der ehelichen Treuepflicht geltend. Gesellschaftlich wird die Verpflichtung der Frau weit höher bewertet als die des Mannes, juristisch formal sind beide Ehepartner gleichermaßen darauf verpflichtet. Ehebruch stellt ein Strafdelikt dar, welches nach dem Strafgesetzbuch mit Freiheitsentzug bestraft werden muß, wenn er zur Anzeige kommt. Eine Reform dieser Bestimmungen, die vor allem auf die Streichung aus dem Strafgesetzbuch zielte, wurde 1974 in der letzten Ehe- und Familienrechtsnovellierung von der männlichen Mehrheit des Parlaments abgelehnt. Dies erscheint paradox, da es doch zum guten Ton eines richtigen mexikanischen Macho gehört, gegen dieses Gesetz dauernd zu verstoßen, ja sich eine ständige Geliebte in einem „kleinen Haus"[13)] zu „halten". Die Paradoxie ist nur eine scheinbare, denn Ehebruch kann nur dann als Straftat gelten, wenn er „im ehelichen Bett" und „verbunden mit einem Skandal" begangen wird.[14)]

Beispiel 4
Erziehungsreform und Frauenbild

Im Unterschied zur Ehe- und Familienrechtsreform stellte der Angriff des Staates auf die kirchliche Hegemonie im Erziehungswesen eine wirkliche Kampfansage dar. Die Erziehungsreform (Artikel 30 der Verfassung) war ein grundlegendes Anliegen der Reformer der 20er und 30er Jahre, wobei es ihnen in erster Linie darum ging, die Treue gegenüber dem neuen Staat zu sichern. Mit der Bildung des Erziehungsministeriums (SEP) sollte die nationale und zentralstaatliche Organisation des Bildungswesens geschaffen und abgesichert werden. Vor allem die Landschulbewegung zielte darauf ab, aus der Neuen Schule ein „casa del pueblo" zu machen und sie an die Stelle der Kirche als neues Gemeindezentrum zu setzen.

Trotz der z.T. recht gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat um das Erziehungsmonopol führte weder die Revolution selbst noch die danach Jahrzehnte lang andauernde Auseinandersetzung mit der Kirche um die staatliche Monopolstellung zu einer Neuorientierung der Erziehungsinhalte, insbesondere der Schulbuchtexte. Obwohl der offizielle Regierungsdiskurs mit Nationalismen, Proindianertum und sozialer Gerechtigkeit gespickt war, blieben die Texte die gleichen wie im Profiriato, nämlich rassistisch, autoritär und der sozialen Hierarchie verpflichtet.

Die Rolle der Frau entsprach der christlichen Moralvorstellung. Es ging um die Verschönerung des Hauses, der Kleidung oder um die Ausbreitung der schönen Künste durch das weibliche Geschlecht, um den Respekt vor dem Sakrament der Ehe und der Heiligkeit der Familie, die eine rigide Sexualmoral einschloß. Es ging um die „Zivilisation", die eindeutig als städtische, mestizische, basierend auf der spanisch-katholischen Moral, definiert wurde.

Allerdings forderten sowohl die sozialen als auch die politischen Ziele, die mit der Erziehungsreform verbunden waren, einen stärkeren Eingriff des Staates auch in die inhaltliche und ideologische Bildungsgestaltung.
Während der Präsidentschaft von Cárdenas (1934–40) wurde die „Comision Editorial Popular" gegründet, die abhängig vom Erziehungsministerium kostenlos Bücher vor allem in Landschulen verteilte. Eigentliches Ziel war es jedoch, die inhaltliche Gestaltung der Schulbuchtexte ebenfalls zu übernehmen. Hierzu kam es allerdings erst Ende der 50er Jahre, während der Präsidentschaft von López Mateos. Als die SEP schließlich 1960 die neuen Bücher kostenlos und obligatorisch für die Primarschule herausgab und sie an staatliche und private Schulen verteilt wurden, brach ein Sturm der Empörung los, der sich Ende der 70er Jahre, als neue Schulbuchtexte herauskamen, wiederholte.
In der hektischen Debatte, die sich zwischen staatstreuen Befürwortern und konservativ-katholischen Gegnern entwickelte, stritt man sich jedoch nicht um die Inhalte, sondern lediglich um den erneut erhobenen Anspruch des Staates, die Hegemonie über das Erziehungswesen durchzusetzen. Die kostenlos verteilten obligatorischen Schulbücher wurden zum handfesten Symbol dieser Hegemonie. Um die Inhalte konnte sich schlecht gestritten werden, denn sie waren die altbekannten: der mexikanische Mensch, die mexikanische Nation (Madre partia) und die mexikanische Familie.

Frau und Nation

Ähnlich wie sich die katholische Kirche gerne als Mutter aller sieht, stellt sich auch der mexikanische Staat gerne als Mutter dar. „La patria" ist die Mutter par excellence. Ihre Eigenschaften sind durch und durch weiblich: großzügig und liebevoll, beschützend, gastlich, weich und geduldig. „Patria zu sagen, das ist wie die Liebe, das ist wie den Kuß unserer Mutter zu spüren, die Zärtlichkeit unserer Kinder und das Licht in der Seele der Frau, die sagt: ‚Ich liebe Dich'".[15] Das Vaterland der Mexikaner hat mütterliche Eigenschaften, es beschützt, nimmt auf und ist wie die Mutter immer hold, süß und geduldig.

Frau und Familie

Zugleich kommt der Frau eine andere zentrale Rolle zu, nämlich die der Mutter in der Familie. Und die Familie ist – wie könnte es anders sein – über Klassen, Rassen und andere Schranken hinweg eine Kleinfamilie, in der der Vater aktiv, außerhalb des Hauses einer entlohnten, wertvollen Arbeit nachgeht und die Mutter im Hause waltet, Geborgenheit, Liebe und Geduld vermittelt.
Der Familie verbleibt ihre unangezweifelte Schlüsselstellung als Fundament der Gesellschaft, in welcher alle wichtigen gesellschaftlichen Normen und Werte vermittelt werden. Hierbei sind die geschlechtsspezifischen Charaktereigenschaften eindeutig bestimmt: „Es ist die Verpflichtung des Vaters, die wirtschaftlichen Ressourcen zu beschaffen (Ernährer), um die Familienausgaben zu decken, der Mutter obliegt es, die Kinder zu hüten, das Interesse aller im Auge zu haben, das Geld entsprechend auszugeben."

„Eine Frau für die Zukunft"

Eine solche wollten die Lehrerinnen des Frauenkongresses 1916 erzielen; dabei hofften sie sehr auf Ausbildung und Beruf. Die Sieger der Revolution, so antiklerikal ihr Diskurs, so radikal ihr Gestus und sozialreformerisch ihre Ideen, brachen nicht mit dem traditionellen Bild der mexikanischen Frau, nämlich dem der aufopferungsvollen Mutter. Mutterschaft gilt als geheiligt, selbstbestimmt ist sie nicht. Dem nach wie vor bestehenden Abtreibungsverbot, dem ungezählte Frauen aufgrund tödlich ausgehender illegaler Eingriffe zum Opfer fallen, steht seit Ende der 70er Jahre die Be-

völkerungspolitik des Staates gegenüber. Dieser propagiert für Modernisierung und Fortschritt des Vaterlandes, unter dem Slogan: „Wir sind vier, wir sind glücklich", die Kleinfamilie. Die Position des Staates zwischen der katholischen Kirche, die strikt gegen jede Familienplanung ist und den Feministinnen, die sich seit den 70er Jahren (Garcia, Lau 1985) für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper einsetzen, geht wie in den frühen Jahren seiner Konstituierung an den Frauen vorbei. Dieser Staat will zwar eine Frau für die Zukunft, aber er will über ihre Zukunft bestimmen. So wie die Sozialreformer immer wieder den Frauen das Wahlrecht vorenthielten, wollen die Bevölkerungstechnokraten ihnen eine freie Entscheidung über die Mutterschaft nicht zugestehen.[16]
Zu den vielen Strömungen, Gruppierungen und Bewegungen, die, an der Revolution beteiligt, sie jedoch verloren haben, sind auch die Frauen des Yucataner Kongresses zu rechnen.

Anmerkungen

1) Als solche bezeichnet man die mit einer kurzen Unterbrechung 30 Jahre währende Diktatur von Porfirio Diaz.

2) Im Zentrum des Artikels steht die Zeit der Konstituierung des neuen Staates, die nach der Reformphase des Präsidenten Lazaro Càrdenas, Ende der 30er Jahre, abschließt.

3) In den üblichen Bevölkerungsdaten wird diese Verdrängung der Frauen aus der dörflichen Welt nicht in dem Maße deutlich, wie sie in Fallstudien (vgl. Young 1982) gezeigt werden kann.

4) In den früheren Jahren warteten Männer mit der Migration meist, bis sie älter waren, da sie noch auf ein – wenn auch oft kleines – Erbe hoffen konnten. Erst als dieses nicht mehr zur Existenzsicherung ausreichte, verließen auch sie die ländlichen Regionen.

5) Artikel 90 aus: Nueva Ley federal del trabajo reformada, Mexiko 1977, 32. Auflage.

6) Sie kann allerdings, wie der Arbeiter auch, die von ihr abhängigen Eltern oder Kinder mitversichern (Bertrand, Ulibarri 1984).

7) Verschiedene Untersuchungen von Haushalts- und Familienstrukturen (Barbieri 1982; García u.a. 1984) konnten zeigen, daß die Nichterwerbstätigkeit der Ehefrau in Arbeiterhaushalten ein erstrebenswertes Ziel ist.

8) Als Indikator wurde die Zahl der sozialversicherten Personen genommen. 1987 waren 45 % der mexikanischen Bevölkerung Mitglied einer Sozialversicherung, hatten also ein regelmäßiges Einkommen.

9) In den größeren und mittleren Industriebetrieben und in weiten Bereichen des Staatssektors werden nur Gewerkschaftsmitglieder eingestellt.

10) Die gewerkschaftlich Organisierten in Mexiko wurden bis in die 80er Jahre hinein in der Statistik nicht geschlechtsspezifisch ausgewiesen (vgl. Alonso 1984).

11) In diesen Branchen arbeiteten laut Zensus des Jahres 1970 61 % der im Verarbeitenden Gewerbe erwerbstätigen Frauen (Riz 1980).

12) Dabei war vor allem der dringende Wunsch von Regierungsmitgliedern ausschlaggebend.

13) Casa chica nennt man die neben einer Ehe bestehende feste Zweierbeziehung.

14) Die spektakulären Strafverfahren wegen Ehebruch waren immer gegen Frauen gerichtet. „Das ist doch klar, eine Frau, wenn sie schon fremd geht, hat doch wenig Gelegenheit außerhalb des Hauses, und um den Skandal braucht sie sich dann nicht mehr zu sorgen, den bekommt sie gratis vom Ehemann" (Oberstaatsanwalt des Bundesstaates Jalsico, 1986).

15) Zitiert aus den kostenlosen obligatorischen Schulbüchern der Primarstufe, nach Villalever (1979, S. 298).

16) In den armen indianischen Gebieten in Südmexiko werden in den letzten Jahren verstärkt Sterilisationen, z.T. auch ohne das Wissen der Frauen vorgenommen. In Yucatan ist seit 1987 die medizinische Indikation zugelassen.

Literatur

ALONSO, José Antonio: Sexo, trabajo y marginalidad urbana, México 1981

ders.: Mujer y trabajo en México, in: El obrero mexicano, No. 2, Condiciones de trabajo, Instituto de Investigaciones Sociales, UNAM, México 1984, S. 214–274

ARIZPE, Lourdes: Migración campesina, etnicismo y cambio económico: Un estudio sobre el migrante en la ciudad de México, México 1975

ARRÓM, Silvia M.: Cambios en la condición jurídica de la mujer mexicana en el siglo XIX, in: Memoria, Congreso de historia del Derecho Mexicano, México 1981, S. 493–518

dies.: Women and the family in Mexico City, 1800–1850, Stanford University, Stanford 1978

BARBIERI, Teresita de: Mujeres y vida cotidiana, Estudio exploratorio en sectores medios y obreros de la ciudad de México, México 1985

CASTAÑEDA, Carmen (Hrsg.): Encuentro 5. Estudios sobre la mujer, Revista trimestral, Vol. 2, No. 5, Oct.–Dic., Guadalajara 1984

FOPPA, Alaíde: El congreso feminista de Yucatán, 1919, in: Fem, Vol. 3, No. 11, México 1979, S. 55–59

GARCIA C., María Inés/LAU J., Ana: La lucha de la mujer en México, Un fenómeno descubridor (1970–1983), in: Secuenia, Año 1, No. 1, México 1985, S. 149–161

GRAU, Ilda Helena: Trabajo y vida contidiana de empleadas domésticas en la Ciudad de México, Un estudio de caso, in: León de Leal, Magdalena (Hrsg.): Debate sobre la mujer en América Latina y el Caribe, Vol. III Sociedad, subordinación y feminismo, Bogotá 1982, S. 167–181

HERNÁNDEZ Aquila, Elena/SÁNCHEZ de Tagle Reynoso, María: Las adornadoras de la industria del calzado, in: Estudios Sociales, Año 1, No. 1, Guadalajara 1984, S. 43–79

INSTITUTO NACIONAL de Estadísticas Geografía e Informática: Estadísticas históricas de México, Tomo I, México 1985

KEREMETSIS, Dawn: La industria de empaques y sus trabajadoras 1910–1940, in: Encuentros 5, Vol. 2, No. 1., Guadalajara 1984, S. 57–73

LEÓN, Magdalena (Hrsg.): Debate sobre la mujer en América Latina y el Caribe, II las trabajadoras del agro, Bogotá 1982

LOMNITZ, Larissa: Cómo sobreviven los marginados, México 1975

LUGO, Carmen: El matrimonio y el derecho en México, in: Fem, Vol. 5, No. 28, México 1983, S. 4–8

MACÍAS, Ana: The Mexican Revolution was no revolution for women, in: Hanke, Lewis (Hrsg.): History of Latin America Civilization, Vol. 2, Boston 1974, S. 591–601

dies.: Against all Odds, The feminist movement in Mexico to 1940, Westport, Conn., London 1982

PACHECO, Alberto: La familia en el derecho civil mexicano, México 1985

RASCÓN, María Antonieta: La mujer y la lucha social en la historia de México, in: Cuadernos Agrarios: La mujer campesina, 4, No. 9, México 1979, S. 105–118

ROMO, Marta: Y las soldaderas? Tomasa García toma la palabra, in: Fem, Vol. 3, No. 11, México 1979, S. 12–14

SPP/INEGI: EstadÍsticas históricas de México, (Tomo I, II) México 1985

SANCHEZ MEDAL, Ramón: Los grandes cambios en el derecho de la familia de México, México 1979

SCHULENBERG, Peter: Das kollektive Arbeitsrecht in Mexiko, Stuttgart 1973

URRUTIA, Elena: El primer congreso feminista de Yucatán, in: Fem, Vol. 8. No. 30, México 1983, S. 5–7

VAUGHAN, Mary Kay: Estado, clases sociales y educación en México, Tomo I, II, México 1982

VILLALEVER DE ALBA, Lorenza: Etat, societé, école, Les Livres de textes gratuits'et leur representacions, Ecole de Haute Etudes en Sciences Sociales, Centre D'Ethnologie Social et de Psychologie, (Tesis de doctorado), Paris 1981

WIENER, Antje: Gewerkschaftliche Organisation im Bereich der mexikanischen Bekleidungsindustrie, Publikation geplant, in: Peripherie, Nr. 30, Münster 1988

WOMACK, John: La revolución mexicana sólo resolvió un problema político electoral, Interview, in: Proceso, No. 472, México Nov. 18. 1985, S. 6–15

YOUNG, Kate: The creation of a relative surplus population: a case study from Mexico, in: Benería, Lourdes (Hrsg.): Women and development – the sexual division of labor in rural societies, New York 1982, S. 149–177

dies.: Formas de apropiación y división sexual del trabajo: Un estudio de caso de Oaxaca, México, in: Secretaría del Trabajo y Previsión Social (Hrsg.): La mujer en el trabajo en México (antología), Cuadernos Laborales 31, México 1986, S. 11–137

Govind Kelkar

. . . zwei Schritte zurück

Neue Landwirtschaftspolitik in China und die Frauenfrage*

In den letzten Jahren wuchs das Interesse von Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen der Frauenbewegung, besonders der Dritten Welt, an dem chinesischen Haushaltsvertragssystem der Eigenverantwortung und seinen Auswirkungen auf die Frauen. Viele BeobachterInnen betrachten das System mit einigem Argwohn und hinterfragen den Prozeß der Dekollektivierung der Landwirtschaft. Sie argumentieren, daß es sowohl maoistische Errungenschaften aufgebe und die Sozialisierung von Haushalts- bzw. Familienaktivitäten begrenze, als auch eine effektive Änderung in den Geschlechterbeziehungen und Ungleichheiten herbeiführe, ähnlich denen, die im Kapitalismus existieren (Nolan, et al. 1982).
Mein Beitrag konzentriert sich auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Haushaltsvertragssystem der Eigenverantwortung im ländlichen China. Er wird unter speziellen Bedingungen a) die allgemeinen Auswirkungen des Vertragssystems untersuchen, welches Ungleichheiten auf dem Lande fördert; b) den aushöhlenden Effekt der Wirtschaftsreformen und der Modernisierung betrachten, besonders in bezug auf die Frauen auf dem Lande; c) die ideologische Basis der Frauenfrage in China analysieren; und d) die Frage diskutieren, warum die chinesische kommunistische Politik der Frauenmobilisierung und der Modernisierung heftige Reaktionen des chinesischen Frauenverbandes hervorriefen.
Der Bericht basiert vor allem auf meiner Feldarbeit in zwei Kommunen in Wuxi, in der Provinz Jiangsu im Jahre 1983. Während meiner Feldarbeit stellte ich fest, daß Frauenarbeit nicht auch Kontrolle über die Ressourcen bedeutet. Die größere Beteiligung von Frauen an dem Haushaltsvertragssystem in der Landwirtschaft oder bei der Eigenproduktion (die seit 1979 die Hauptmerkmale von Frauenarbeit in der chinesischen Wirtschaftspolitik sind) reicht weder aus, um ihnen Kontrolle über die Produkte ihrer Arbeit zu sichern, noch für eine höhere soziale Bewertung ihrer Arbeit, da das vom Management der ländlichen Wirtschaft abhängt, das in Männerhänden liegt.

Allgemeine Auswirkungen des Haushaltsvertragssystems der Eigenverantwortung

Das Haushaltsvertragssystem der Eigenverantwortung wurde im Dezember 1978 in China eingeführt. Es ist zur wichtigsten Wirtschaftsmethode auf dem Lande geworden. Das System soll gegen Ende des Jahres 1984 von 98,3 % der Produktionsgemeinschaften übernommen worden sein. Als Resultat davon soll Chinas Landwirtschaftseinkommen einen jährlichen Zuwachs von durchschnittlich 7,9 % in den Jahren von 1979 bis 1983 erreicht haben. Im Gegensatz zu den durchschnittlichen 3,2 % in den Jahren zwischen 1953 und 1978 (Beijing Review 1984). Außerdem soll es zu einer allgemeinen Verbesserung des Lebensstandards der Bauern in den letzten 5 Jahren gekommen sein, mit einem Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens von 67 % zwischen 1978 und 1982 (Xinhua 1983). Zur gleichen Zeit gibt es aber auch mehr Berichte über Gewalt gegen Mädchen und Frauen auf dem Land, was sowohl der Regierung als auch dem Frauenverband Anlaß zu größter Sorge ist.[1)]

* *Der Artikel wurde vom Englischen ins Deutsche übersetzt von Mascha Rohner und Fee Rohrmoser.*

Das Eigenverantwortungssystem in der landwirtschaftlichen Produktion basiert auf einem Drei-Parteien-Vertrag, unterschrieben vom Staat, der Kommune und dem Bauernhaushalt, einer Gruppe von Haushalten oder einer Einzelperson. Basierend auf einem Staatsplan (für die Produktion von bestimmten Feldfrüchten und Produkten in einem bestimmten Gebiet) verteilt die Produktionsgemeinschaft Land an die Bauernhaushalte, die sich dann verpflichten, bestimmte Mengen von bestimmten Feldfrüchten anzubauen. Normalerweise ist der Vertrieb von Erzeugnissen dann folgendermaßen organisiert: Der Vertragshaushalt bezahlt Landwirtschaftssteuern und verkauft dafür die benötigte Menge an Erzeugnissen zu einem Festpreis an den Staat; die Produktionsgemeinschaft behält einen Teil des Verdienstes aus den Verkäufen zum eigenen Gebrauch und für Sozialleistungen; der verbleibende Teil geht an den Bauernhaushalt zum persönlichen Gebrauch. Im Jahre 1984 wurden diese Verträge um bis zu 15 Jahre verlängert und übertragbar gemacht. Einigen Berichten zufolge sind zusätzliche Arbeitskräfte zur Haupterntezeit angeheuert worden. Der Staat hat einen verbindlichen Plan für die Produktion sowohl von Nährpflanzen (wie Reis, Getreide) als auch von Nutzpflanzen (wie Baumwolle, Tabak). Zum Beispiel sollen 70 bis 75 % des Farmlandes für Getreide und der Rest für Baumwolle, Tabak etc. verwendet werden. Von den Vertragsbauern werden 10 % ihrer vertraglich vereinbarten Produktion zu einem festgesetzten Preis an den Staat veräußert. Eine bestimmte Menge des Überschusses kann zu einem höheren Preis an den Staat verkauft werden und der Rest auf dem „freien Markt", wo mit den Käufern höhere Preise ausgehandelt werden können. Nach Maßgabe des Staatsplans richten die Bauern nun ihre Produktion nach Angebot und Nachfrage. Die Struktur der Landwirtschaft hat sich entsprechend geändert. Im Jahre 1985 wurde die Anbaufläche für Getreide verringert, was einen Rückgang der Getreideproduktion zur Folge hatte, während die Baumwollproduktion einen Anstieg verzeichnen konnte. Wie in der Vergangenheit gehören dem Kollektiv sowohl Land als auch Wasserversorgungssysteme. In den meisten Fällen stellt es den Bauern landwirtschaftliche Maschinen, verbessertes Saatgut, chemischen Kunstdünger und andere Leistungen, wie z.B. Informationen über die neuesten wisenschaftlichen Techniken und Fortbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Sie organisiert jedoch nicht mehr die Produktion und den Vertrieb.

Andere Arten des Haushalts-Eigenverantwortungssystems sind Verträge, bei denen eine Einzelperson oder ein Haushalt nach der produzierten Menge bezahlt wird oder Verträge für spezielle Arbeiten, die ein ziemlich hohes Niveau an technischen Fertigkeiten oder besondere Kenntnisse erfordern. Interessant an dem Eigenverantwortungssystem ist, daß es die Bandbreite der Produktion auf dem Land sehr vergrößert hat. Die Bauern arbeiten einen Teil ihrer Zeit auf den Vertragsfeldern und in der anderen Zeit ziehen sie Schafe, Schweine, Bienen, Hühner, Enten, Schlangen usw., pflanzen Blumen, Pilze, Gemüse und Bäume, verarbeiten Getreide oder beginnen mit Tischler-, Schneider- und Transportarbeiten.
Diese Haushalte werden „spezialisierte" oder „Schlüsselhaushalte" genannt. Gegen Ende des Jahres 1983 gab es in China 24,8 Millionen spezialisierte Haushalte, das sind 13,6 % aller ländlichen Haushalte (Lu 1984). Die Arbeitsproduktivität und der vermarktbare Überschuß der spezialisierten Haushalte ist größer als der einfacher Haushalte. Bei einer Untersuchung von 2.277 spezialisierten Haushalten im ganzen Land zeigte sich z.B., daß sie 1.772 Traktoren und 119 Autos bzw. Kleinlastwagen besaßen (Lu 1984). Einige von ihnen kauften sogar kleine Flugzeuge.
Eine andere Untersuchung von 20.988 wohlhabenden Haushalten in Yingxian, in der Provinz Shanxi, bewies, daß fast 43 % der durch das ländliche Eigenverantwortungssystem reich gewordenen Personen Kommunemitglieder waren, die früher zum Kader gehörten, entlassene Soldaten oder studierte Jugendliche, die aufs Land zurückgekehrt waren (Lu 1984). Die Ziele des Haushaltsvertragssystems der Eigenverantwortung auf dem Land waren, die wirtschaftliche Produktion zu fördern und

die von den „Linken" vor und während der Kulturrevolution begangenen Fehler zu korrigieren. Dies sollte durch die Reduzierung der Arbeitsgruppe von einer Produktionsgemeinschaft auf nur einen Haushalt, eine Gruppe von Haushalten oder eine Einzelperson und durch die Erhöhung der Einkommen der Bauern erreicht werden, indem die Bauern nach Arbeitsleistung bezahlt wurden. Zudem wurde den Bauern Autonomie bei den Produktionsentscheidungen und der Nutzung der Ertragsüberschüsse eingeräumt. Es wurde außerdem für nötig gehalten, den Egalitarismus bei der Verteilung der Erträge abzuschaffen und Strukturreformen der ländlichen Verwaltungsmethoden einzuführen, die bislang die Motivation der Bauern für eine Produktionssteigerung gehemmt hatten.

Während die Partei und Regierungsplaner die Existenz einer individuellen Wirtschaft und anderer nicht-sozialistischer Wirtschaftsformen anerkennen, heben sie immer wieder hervor, daß gemeinschaftlicher Reichtum für die ganze arbeitende Bevölkerung das vorrangige Ziel des ländlichen Eigenverantwortungssystems ist (Renmin Ribao 1983). Ungeachtet der Tatsache, daß die Kluft zwischen einer wohlhabenden Minderheit und der Masse von Arbeitern und Bauern, die nie den Status eines Kadermitgliedes und nie Kenntnisse und Fertigkeiten über neue technologische Ressourcen erworben haben, immer größer wird, wird das ländliche Eigenverantwortungssystem nicht als eine Abweichung von dem Pfad sozialistischer Entwicklung betrachtet. Die Produktionsmittel – Land und Wasserversorgungssysteme – gehören den Kollektiven und dürfen nicht verpachtet oder verkauft werden, dadurch hat das Kollektiv die Kontrolle über die Produktionsmittel. Unterschiede im Einkommen resultieren hauptsächlich aus den Unterschieden von Arbeitskraft, technischem Wissen, Fleiß und Verwaltungsfähigkeiten. Diese Unterschiede im Einkommen sind in China erlaubt und wachsen immer weiter. Einige „hartarbeitende" Menschen und „Facharbeiter" dürfen reich werden und erhalten für ihre Anstrengungen eine Belohnung. Zur Zeit wird in China nicht der Versuch gemacht, einen Zusammenhang zwischen ansteigender Produktion und Veränderung in den sozialen Beziehungen herzustellen. Der Widerspruch wird nicht zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und dem privaten Besitz der Produktionsmittel gesehen, sondern in den wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Menschen und der Rückständigkeit der gesellschaftlichen Produktivkräfte. Der Schwerpunkt liegt heute auf dem Konzept haushaltsorientierter Organisation, um die Landwirtschaft auf dem Stand moderner Wissenschaft und Technologie zu bringen und die ländliche Wirtschaft durch das Betreiben kleiner Industriezweige, Heimarbeit, Transport, Kooperativen und umfangreicher Tierhaltung vielfältiger zu gestalten.
Jedoch haben Untersuchungen über Unterentwicklung und Wirtschaft in der Dritten Welt während den letzten zehn Jahren gezeigt, daß es normalerweise nicht möglich ist, die Produktionsverhältnisse von den Produktivkräften zu trennen. Die Entwicklung der Produktivkräfte richtet sich meistens nach den Interessen einer Minderheit – nämlich der der herrschenden Elite, die die Produktionsmittel besitzt (oder nach und nach in ihren Besitz nimmt) und damit also Macht ausübt. Die neuen Wirtschaftsreformen in China tendieren dazu, ein sozio-ökonomisches System zu schaffen, das das Leben und die Bedürfnisse der Masse denen der herrschenden Klasse und des herrschenden Geschlechts unterordnet.

Das Haushaltsvertragssystem

Ein besseres Verständnis für die Auswirkungen des Haushaltsvertragssystems gewann ich während meiner Besuche im März 1983 in zwei Kommunen in Wuxi, in der Provinz Jiangsu. Ich wollte sehen, was das System für die Frauen Gutes zu bieten hat. Jiangsu, wo der Yangtze in das Gelbe Meer fließt, ist die ökonomisch am besten entwickelte Region. Wuxi ist allgemein bekannt als „Fisch- und Reisland". In der

ganzen Provinz sind Betriebe zur Weiterverarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse entstanden. Um die wirtschaftliche Produktion weiter zu fördern, hat die Regierung sowohl die Politik der „aktiven Förderung einer vielfältigen Wirtschaft" als auch das ländliche Eigenverantwortungssystem erfolgreich eingeführt. Das Pro-Kopf-Einkommen in der Bauernindustrie in den ländlichen Regionen in Wuxi erreichte 323 Yuan, das höchste in ganz China.

Die zwei Kommunen, die ich in Wuxi besuchte, waren Meich'un und Chi'ianzhou. Meich'un liegt etwa 22 km entfernt von Wuxi-Stadt. Der Frauenanteil der Kommunenverwaltung beträgt 20 Prozent. Von den 23 Produktionsbrigaden in Meich'un waren 22 mit dem Anbau von Reis und Getreide beschäftigt, während eine sich auf Fischfang spezialisiert hatte. Diese Kommune hatte das Produktionsvertragssystem der Eigenverantwortung übernommen und folgte der Arbeitspunktemethode bei der Verteilung. Meich'un wurde eine „Entwicklungs"-Kommune genannt, da ihre Industrieentwicklung auf einem mittleren Niveau stand. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen für 1982 betrug 262 Yuan, was das Einkommen sowohl der Vertriebskollektive als auch der Nebenerwerbsproduktion einschloß. Es gab auf Kommunenebene neun Mitglieder im Frauenkomitee. Die Direktorin Chen Aiwu ist eine wache Frau von Anfang Vierzig, die in den letzten 8 Jahren die Frauenineressen in Meich'un vertreten hat. Sie wurde bei der letzten Wahl zur Kommuneverwaltung im Jahre 1979 in diese Position gewählt. Als getreue Befürworterin der neuen wirtschaftlichen Veränderungen in den ländlichen Regionen und besonders des Haushaltsvertragssystems, spielte sie die führende Rolle in ihrer Familie und glaubte an die existierende Geschlechterteilung bei der Arbeit im Haushalt.

Ch'ianzhou, eine industrialisierte Kommune, befindet sich etwa 40 km von Wuxi-Stadt entfernt. Die Gemeinderegierung (die frühere Kommune) von Ch'ianzhou hat 21 Produktionsbrigaden und 300 Produktionsteams. Häuser mit Strohdächern sah man nur selten in diesem Gebiet und viele der neuen Häuser hatten sogar zwei Stockwerke. 95 % des Einkommens von Ch'ianzhou kamen aus der Industrie, die restlichen 5 % aus der Landwirtschaft, mit Reis und Getreide als wichtigsten Erzeugnissen. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen betrug 380 Yuan. Unter den neuen Strukturreformen entstand im Januar 1983 die Gemeinderegierung von Ch'ianzhou. Von den 27 Mitgliedern waren zwei Frauen: die Vorsitzende der Regierung, Frau Tang, und eine andere, die für die Familienplanung zuständig war. Die strukturellen Reformen und die neue Wirtschaftsverwaltung in Ch'ianzhou führte zu einer nur symbolischen Beteiligung von Frauen: eine Typistin in der 13-köpfigen Wirtschaftskommission; eine Agrartechnikerin in der 15 Mitglieder starken Kommission für landwirtschaftliche Leistungen; zwei Kulturexpertinnen in der 14-köpfigen Kommission für ökonomische Veränderungen und zwei als Kontoristinnen in der 13-köpfigen Industriekommission. Die bereits unzulängliche Mitbestimmung von Frauen bei Entscheidungsfragen soll seit Beginn des Haushaltsvertragssystems, als die Frauenbeteiligung im ländlichen Jiangsu noch bei 25 % gelegen hatte, noch weiter abgenommen haben.

Während meines Besuches des 12. Produktionsteams der Produktionsbrigade von Zhuxiang, die sich auf die Milchwirtschaft spezialisiert hatte, stellte ich fest, daß keiner über die politischen Veranstaltungen und die Kollektivleistungen der Vergangenheit sprechen wollte. Dem 60jährigen Brigadeführer zufolge förderte die Politik der „Linken" die „Gleichheit des Vertriebs und erlaubte es keinem reich zu werden. Jetzt ist unser Ziel Reichtum für alle." Als ich darauf aufmerksam machte, daß das neue Vertragssystem zu sozialer Ungleichheit führen könne, gab er offen zu, daß in der Zeit, als das Durchschnittseinkommen gestiegen war, die Kluft zwischen arm und reich größer geworden sei. Ungefähr 5 % der Haushalte fallen in die Kategorie arm, da sie ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 100 Yuan im Jahr haben. Das

ist jedoch auf ihre unterschiedlichen Arbeitsfähigkeiten zurückzuführen, fügte er hinzu. Der Brigadeführer, seine drei Söhne und deren Frauen waren alle in der Milchwirtschaft beschäftigt. Die Frauen kümmerten sich um die Kühe und die Männer waren für den Verkauf der Milch und andere Geldgeschäfte zuständig. Nach und nach haben sie sich von der Feldarbeit zurückgezogen. Die Stadtverwaltung von Ch'ianzhou hat ein Programm entwickelt, um die Kluft zwischen arm und reich zu verringern.

Die negativen Auswirkungen des Haushaltsvertragssystem auf Frauen

Bei der Sorge um die Produktion und das wirtschaftliche Wachstum wurde die Frauenfrage hintenangestellt. Das zeigt sich in vielen Beispielen erneuter männlicher Dominanz und an den Versuchen, Frauen wieder in ihre traditionelle Rolle zurückzudrängen. Als Resultat des Haushaltsvertragssystems der Eigenverantwortung hat die Produktivität der bäuerlichen Haushalte zweifellos zugenommen und ländliche Frauen haben dem Staat, den Kollektiven und den Familien zu mehr Reichtum verholfen. Die Anzahl von Arbeiterinnen in den Unternehmen von Staat und Kollektiven nahm von 31.28 Mio. im Jahre 1978 auf 40.93 Mio. im Jahre 1982 zu. Das waren immerhin 36 % der arbeitenden Bevölkerung, gegenüber 33 % im Jahre 1978 (Beijing Review 1983). Der Fünfte Nationale Frauenkongreß in Peking im September 1983, an dem mehr als 2.000 Repräsentantinnen teilnahmen, ehrte 10.000 „Five-good Familien"[2] sowie 420.000 „March 8th Red Banner Pace-setters"[3]. Trotz dieser Errungenschaften gibt es jedoch weder eine Verbesserung der sozialen Stellung der Frau in China noch mehr Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Alles weist darauf hin, daß durch das Haushaltsvertragssystem die Arbeitsbelastung der Frauen sogar noch größer geworden ist und ihre Bindung ans Haus und die geschlechtliche Arbeitsteilung noch zugenommen haben. In der Gemeindeverwaltung von Ch'ianzhou erzählte mir ein Protokollbeamter von Wuxi, daß nur alleinstehende und Karrierefrauen mit Männern konkurrieren können. „Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die meisten der Karrierefrauen sich dafür entschieden, unverheiratet oder kinderlos zu leben – aber wenn alle Frauen außerhalb des Hauses arbeiteten, würde das Familienleben leiden." Außerdem zitierte er die derzeitige Führung Chinas falsch, als er sagte, daß „die Frauen sich mehr dem Haushalt widmen sollten und sich besonders um die Kindererziehung kümmern und ihre Männer bei der politischen und sozialen Arbeit unterstützen sollten. Das sind die Pflichten von Frauen". Eine ähnliche Aussage über die Rolle der Frau machte der Leiter des Verwaltungskomitees der Yuanyi Brigade: „Frauen genießen in jeder Beziehung Gleichheit . . . Sie haben weder etwas gegen ungleiche Löhne noch gegen Diskriminierungen bei der Heimarbeit . . . Es sind die Männer, die in der Familie zu entscheiden haben, besonders bei den Fragen des Hausbaus oder jeder anderen wichtigen Arbeit . . . Wenn den Frauen mehr Macht gegeben würde, wären sie nicht entscheidungsfähig in solchen Dingen. Wenn eine Frau Führerin einer Brigade werden könnte, würde ich ihr den Posten sofort überlassen" (eigene Aufzeichnungen 1983). Im China von 1978 wären solche Aussagen sowohl politisch als auch von der gesellschaftlichen Akzeptanz her noch unmöglich gewesen. Die Bewertung von Männern als bessere Arbeiter und Hersteller führt sicherlich zu einer Diskriminierung von Frauen in einer Zeit ideologischer Lockerung.

Die Produktionsgemeinschaft von Xllich'ou der Sinnan-Produktionsbrigade war ein bekanntes „spezialisiertes Dorf" der Meich'un Kommune. Alle 26 Haushalte von Xllich'ou waren an der spezialisierten Produktion von Sojabohnenkäse, Sojabohnensprossen, süßen Kartoffelkuchen, sowie an einer Tischlerei und einer Schneiderei beteiligt. Ich besuchte fünf Haushalte, darunter den der Leiterin der Produktionsgemeinschaft, die von der Bezirksregierung eine Urkunde dafür bekommen

hatte, daß sie dank harter Arbeit ihrer Familie durch Nebenbeschäftigung 10.000 Yuan verdient hatte. In alle diesen Häusern standen die Frauen schon früh morgens auf, fingen um 4 Uhr oder früher an zu arbeiten und arbeiteten 10 bis 12 Stunden für den Nebenerwerb. Männer arbeiteten auch, aber die Situation der Frauen war allgemein härter. Erstens waren die Frauen neben ihrer 10- bis 12-stündigen Arbeit im Nebengewerbe noch zuständig für Kochen, Waschen, Kindererziehung und dafür, die hölzernen Nachttöpfe auf dem Feld auszuleeren und zu säubern. Erstaunlicherweise hatten die Männer mit solchen Aufgaben nichts zu tun. „Das ist Frauenarbeit", wurde mir gesagt, und wenn ein Mann doch solche Arbeit verrichtete, dann würden andere sagen: „Deine Frau ist wohl zu faul dazu. Das passiert in den Städten nämlich auch. Darum tun Männer diese Art Arbeit nicht." Zweitens wurde der Verkauf der Produkte und der daraus entstandene Gewinn von den Männern verwaltet. Der Ehemann oder der ältere Sohn brachten die Erzeugnisse nach Wuxi oder zum „freien Markt" nach Meich'un und deponierten dort das verdiente Geld bei der von der Kommune geführten Bank. In vier der fünf Haushalte fragte ich die Frauen, ob sie je eine Bank von innen gesehen oder je mit den Männern ein gemeinschaftliches Konto gehabt hätten. Zuerst verstanden sie meine Frage nicht; nachdem ich ihnen meine Frage erklärte, stellte sich heraus, daß in drei Fällen der Mann und in einem Fall der älteste Sohn für die Bankgeschäfte zuständig waren. So ging die Arbeit der Frau in die Haushaltsarbeit ein und ihr Einkommen in das Familienbudget, aber zusätzliche Kontrolle oder Entscheidungsmacht in der Familie oder im Produktionsprozeß erhielt sie nicht.

Es wurde behauptet, daß seit der Einführung des Haushaltsvertragssystems die Frauen ihre Zeit so einteilen könnten, daß sie sowohl den Haushalt als auch die Vertragsarbeit in der Landwirtschaft und im Nebengewerbe schaffen könnten (Women in China 1983). „Durch den Einfluß der ‚Linken' legten wir in der Vergangenheit das Augenmerk auf den Einsatz der Arbeitskräfte, d.h. die ganze Familie arbeitete außerhalb des Hauses. Sogar Frauen, die nicht stark genug waren, um Feldarbeit zu leisten, wurden dazu angehalten. Jetzt können sie zuhause in einem Nebengewerbe arbeiten" (eigene Aufzeichnungen, April 1983). Komischerweise wurde in der jüngsten Vergangenheit nie der Versuch gemacht, Ehemänner oder andere Männer zu ermutigen, bei der Kindererziehung oder anderen anstrengenden Arbeiten im Haushalt zu helfen. Andererseits haben Chinas Sozialwissenschaftler einen Plan, Frauen und ihre Arbeit zu marginalisieren: „Es ist notwendig, den Mutterschaftsurlaub zu verlängern. Die Erziehung von Kindern zu anständigen Menschen ist auch ein Beitrag für die Gesellschaft. Zweitens müssen wir, angesichts der Beschäftigungslage in China, den Frauen mehr Zeit für den Haushalt zubilligen. Zum Beispiel könnten wir das Rentenalter für Frauen bei bestimmten Arbeiten herabsetzen, damit jüngere Arbeitskräfte sich an der Produktion beteiligen können. Wir sollten Teilzeitarbeit (halbe Tage oder Drei-Tage-Woche) anbieten usw. Bei einigen Arbeiten, z.B. auf dem Markt, könnten die Frauen stundenweise morgens oder abends beschäftigt werden, wenn es erforderlich ist. Auf diese Weise beteiligen sich die Frauen nicht nur an der gesellschaftlichen Arbeit, sondern sie verdienen etwas zum Familieneinkommen dazu und Spannungen, die bei der Hausarbeit und der Kindererziehung entstehen, werden abgebaut. Dieses System würde es den Frauen ermöglichen, ihre Arbeitsmit ihrer Mutterfunktion zu verbinden, so daß sie ihre Kinder besser erziehen können" (Social Sciences in China, Nr. 2, 1982).

Außerdem verstärken die finanziellen Aspekte des Haushaltsvertragssystems die traditionelle Überlegenheit der Männer. Eine gesunde und kräftige Frau ist nur 80 % soviel wert wie ein gesunder und kräftiger Mann. Das beeinflußt die soziale Bewertung von Frauen und ist einer der Faktoren, der wieder zu weiblichen Kindestötungen auf dem Land führt. In Ch'ianzhou z.B. wurde das Haushaltsvertragssystem im Jahre 1979 eingeführt. In den Anfangsjahren änderte sich bei der Arbeit der

Bauern nichts. Im letzten Jahr jedoch perfektionierten sie die Eigenverantwortungsform des Vertragssystems, gemäß dem Prinzip „je mehr produziert wird, umso mehr kann davon selbst behalten werden". Nichtsdestotrotz wird den Frauen weiter weniger Lohn gezahlt. Vor Einführung des Vertragssystems in Ch'ianzhou erhielt ein gesunder und kräftiger Mann 10 Arbeitspunkte (nach der alten Arbeitspunkte-Methode), eine Frau dagegen nur 8 für die gleiche Arbeit. Traditionsgemäß stehen einer Frau vertraglich nur 1,60 m^2 an Land zu, einem Mann jedoch 2 m^2. Die offizielle Erklärung für diese Art von Diskriminierung war, daß „eine Frau körperlich schwächer ist als ein Mann".

Während meines Aufenthalts in einer Bauernfamilie der Xitang Produktionsbrigade und meines inoffiziellen Gesprächs mit dem Leiter der Gemeinderegierung erfuhr ich von dem 56 Tage langen Mutterschaftsurlaub, den es in den ländlichen Gebieten Ch'ianzhous beim ersten Kind gibt. Für das zweite und dritte Kind aber gab es keinen Urlaub und die Eltern mußten eine Strafe von 2.100 Yuan bzw. 5.600 Yuan für das zweite und dritte überlebende Kind zahlen. Während diese Strafe in manchen Brigaden im Laufe von sieben Jahren gezahlt werden muß, muß sie in Xitang auf einmal entrichtet werden. Als ich nach Fällen weiblicher Kindestötung in der Region fragte, wurde mir zu meiner Überraschung gesagt, es gäbe welche. „Aber wir konnten sie nicht wirksam verfolgen. Es gab keine Möglichkeit zu beweisen, daß sie das Mädchen getötet hatten", sagte Frau Tang. In den letzten 1 1/2 Jahren gab es sechs Zweit- und Drittgeborene in Xitang. Nur das männliche Kind überlebte. Die anderen fünf weiblichen Kinder starben in den ersten fünf bis sechs Tagen nach der Geburt. Zur Zeit meines Aufenthaltes gab es vier Frauen, die zum zweiten Mal schwanger waren. Frau Tang fügte hinzu: „Bei einem Sohn wird man vielleicht eine Strafe bis 5.600 Yuan bezahlen, aber ein Mädchen wird man vielleicht versuchen loszuwerden" (eigene Aufzeichnungen 1983). Traditionell sollen Söhne die Familienlinie fortführen und ihre Eltern im Alter versorgen. Töchter setzen die Familie nicht fort, sie haben auch nicht die gleichen Verdienstmöglichkeiten wie die Söhne. Mädchen gehen, wenn sie heiraten, für die Familie verloren und sind nicht in der Lage, ihre Eltern zu ernähren.
Offensichtlich waren die anhaltende Bevorzugung von Söhnen und das erneute Auftauchen weiblicher Kindestötung nicht nur Überreste einer feudalen Ideologie, die die Männer den Frauen für überlegen hält, wie die chinesische Führung manchmal sagt (Beijing Review, 1983). Es gab wirtschaftlich gute Gründe für die Vorurteile gegenüber Töchtern und für die Bevorzugung der Söhne. Das Haushaltsvertragssystem der Eigenverantwortung hat nicht nur die frühen chinesischen Versuche unterlaufen, die Wirtschaft geschlechtsneutral zu organisieren, sondern auch patriarchale Strukturen gestärkt, indem Vorteile für Männer geschaffen wurden.

Vor der Einführung des Haushaltvertragssystems waren politische und ideologische Versammlungen auf Dorfebene eingerichtet worden. Diese Treffen dienten besonders dazu, das Bewußtsein der Landfrauen auszubilden und ihnen zu helfen, ihre Unterdrückung zu überwinden (Kelkar 1979). Mit den neuen Strategien der Entwicklungspolitik in ländlichen Gebieten wurden diese Treffen unwichtiger oder gar nicht mehr fortgesetzt, wahrscheinlich als Teil der Ablehnung „linker" Politik. Eine Untersuchung über die Auswirkungen des Haushaltvertragssystems auf die Arbeit ländlicher Frauen stellte fest, daß die Frauen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang in verschiedenen Projekten arbeiteten, aber weder trafen sie sich noch diskutierten sie untereinander. „Für politische und ideologische Arbeit blieb keine Zeit". Obwohl die untersuchten Haushalte ein steigendes Einkommen hatten, ist „das Los der Frauen heute schlimmer als früher" (Kelkar 1983). Beim Fünften Nationalen Frauenkongreß 1983 bedauerte der gesamtchinesische Frauenverband, daß die politische und ideologische Arbeit mit der Einführung des Haushaltvertragssystems (und der Anwendung der Kind-Regelung) vernachlässigt worden sei. Dadurch ist

die Ideologie männlicher Überlegenheit wiederbelebt worden und „Verbrechen wie die weibliche Kindestötung, der Mißbrauch von Frauen und die Mißhandlung von Müttern, die Mädchen zur Welt bringen" haben zugenommen.

Vor 1949 gab es in ganz China weibliche Kindestötungen, besonders in den Zeiten natürlicher oder von Menschen verursachter Ernährungskrisen. Nach Berichten aus dem frühen 20. Jahrhundert wurden allein in Peking in einer Nacht 24 Mädchen ausgesetzt. In Fuijan wurden 20 % der weiblichen Babies ausgsetzt. Missionare aus Guangdong berichteten, daß in manchen Gegenden nur eins von drei weiblilchen Babies am Leben gelassen wurde. Die chinesischen Kommunisten behaupteten, sie hätten es geschafft, diese Praxis während der Landreformbewegung im Anschluß an die Gründung der Volksrepublik 1959 zu beenden. Während der ersten drei Jahre der Befreiung des Landes wurden vier Millionen Landbesitzern und reichen Bauern über 4 Mrd. Are landwirtschaftlicher Nutzfläche weggenommen und 50 Mio. früheren Pächtern gegeben (Wilson 1966). Dabei ist es von großer Bedeutung, daß die Frauen das Recht bekamen, in ihrem Namen Land zu besitzen, was ihnen ein nie gekanntes Selbstwertgefühl gab, anders als beim traditionellen System des Familienbesitzes. Diese Landreformen schrieben außerdem fest, daß eine Frau ihren Teil des Familienlandes im Fall einer Scheidung für sich beanspruchen konnte. Das gab den Frauen wirtschaftlichen Einfluß und stärkte ihre Position beträchtlich.

Ideologische Grundlagen der Frauenfrage

Die chinesischen Kommunisten hielten es für wichtig, Frauen und Männern den gleichen ökonomischen Status, gleiche Rechte und die gleiche Zuteilung von Land zuzusichern. Sie verstärkten die politische Bildungsarbeit unter den Arbeiterinnen und wollten eine neue Einstellung zu Arbeit und Produktion erzeugen, damit die Frauen „Wohlstand für die Familie und die Gesellschaft zu schaffen". Während der Mao-Zeit, besonders während des „Großen-Sprungs-Vorwärts", der Kulturrevolution und der Lin Biao- und Konfuzius-Kritik-Kampagne legte die Partei und die Regierung sehr großen Wert auf die Verbindung von wirtschaftlichem Wachstum und der Bildung einer Kultur und Ideologie nicht hierarchischer sozialer Beziehungen. Vor diesem Hintergrund sind zwei gesetzliche Neuregelungen der 50er Jahre besonders erwähnenswert. Sie erschütterten den strukturellen und kulturellen Boden der Ideologie männlicher Überlegenheit. Das Ehegesetz verringerte die Macht männlicher Familienmitglieder durch die Möglichkeiten der freien Partnerwahl, der Monogamie, der gleichen Verantwortung für die Erziehung der Kinder, der Änderung der Erbfolge und des Sorgerechts zugunsten der Frauen. Im chinesischen Ehegesetz gab es keinen Haushaltsvorstand; Männer und Frauen hatten denselben Status. Das Agrarreformgesetz gab den Frauen das Recht, Land und Eigentum in ihrem Namen zu besitzen. Darüberhinaus folgten der Verabschiedung dieser Gesetze Massenkampagnen, um sie im ganzen Land bekannt zu machen.

Die verstärkte Beteiligung der Frauen an der gesellschaftlichen Produktion und das politische Bewußtsein über die Wege zum Ziel einer sozialistischen Gesellschaft waren grundlegend für die Frauenfrage in China. Mao glaubte, der Schlüssel zum Sturz des feudal-hierarchischen Systems und der konfuzianischen Ideologie sei das Abschaffen von Grundbesitz, dem Rückgrat aller Macht auf dem Land. Wenn die Bauern/Bäuerinnen erst einmal den Grundbesitzern die Macht genommen hätten, zerfielen die übrigen autoritären Feudalsysteme von allein. Gleichzeitig glaubte Mao, daß die Frauen aufgrund ihrer Leiden in der traditionellen patriarchalen Familie ein revolutionäres Potential seien.

Mao schreibt in „Frauen im Kampf um Land" in „Untersuchung in Xunwu" (Mai 1930), daß Frauen die gleichen Arbeiten verrichteten wie Männer z.B. Grassammeln, Umpflanzen, Hacken, Sammeln von Feuerholz, beim Furchenziehen, Ernten und dem Einebnen der Felder nach der Ernte. Frauen würde von Männern beim Gemüseanpflanzen und der gesamten Hausarbeit wie Kochen, Wasserholen, Füttern und Versorgen der Schweine und anderer Haustiere, beim Schustern, der Wäsche, dem Bodenwischen und Geschirrspülen geholfen. Aber sie wären allein für die Erziehung der Kinder verantwortlich: ihre Belastung sei sehr viel größer als die der Männer. Frauen arbeiten immer. Bevor sie eine Arbeit beendet haben, beginnt schon die nächste. Sie sind nur Anhängsel eines männerzentrierten Wirtschaftssystems („Feudalwirtschaft und die frühkapitalistische Wirtschaft", Zhong 1983). Aufgrund ihrer besonderen Unterdrückung waren die Frauen wichtige Verbündete beim Aufbau des sozialistischen Chinas und beim Kampf gegen die feudale Ideologie. Die Führung betonte, daß Frauen „nicht nur dringend eine Revolution brauchen, sondern auch ein entscheidender Faktor ihres Erfolges sind" (Zhong 1983). Deshalb war es das erklärte Ziel der Partei, eine neue Familienpolitik einzuführen und den Frauen zu helfen, ihre soziale Funktion zu entdecken. Die nationale Befreiung sollte folglich auch eine Befreiung von patriarchalen Strukturen sein.
Xiang Jingyu war eine Pionierin der Frauenorganisationen und die erste, die 1922 ein Frauenministerium der kommunistischen Partei leitete. Auf ihren Vorschlag hin organisierte die Partei Frauengruppen in den befreiten Gebieten, die von Arbeiterinnen und Bäuerinnen getragen wurden. Sie rief die intellektuellen Frauen auf, „unter die Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu gehen, für sie zu arbeiten und von ihnen zu lernen". Sie sagte, die Frauenbewegung könne mit der Arbeiterbewegung zusammen kämpfen. „Frauenrechte sind nicht etwas, um das wir betteln sollten, sie werden uns auch nicht mildtätig von den herrschenden Klassen gegeben. Sie sind der Lohn des Kampfes, den wir von den herrschenden Klassen zurückfordern müssen" (Kelkar 1979). 1928 wurde Xiang verhaftet und von Guomindang zum Tode verurteilt.

Der Parteiplan zur Politik der Frauenfrage aus dem März 1931 forderte die Abschaffung der Rechtsnormen der alten Gesellschaft. Politische Prinzipien sollten den ausbeuterischen Beziehungen der feudalen Familie entgegenwirken, die Gleichheit zwischen Mann und Frau garantieren und den Frauen zu Bürgerrechten verhelfen (Kristeva). Die Verfassung der Sowjet-Regierung von Jiangxi von 1931 ging mit der Vorstellung einer familienlosen Gesellschaft noch einen Schritt weiter. Der freie Entschluß für oder gegen die Ehe wurde respektiert und es wurde gesagt, daß „Schutzmaßnahmen den Frauen die notwendigen Möglichkeiten geben, die Familienbande Schritt für Schritt zu lösen und ganz am kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen zu können" (Kristeva).
Die Befreiung von der feudalen oder bourgoisen Zwangsehe wurde beim Nationalkongreß der Sowjets im März 1934 als „einer der größten Siege in der Geschichte der Menschheit" bewertet. Doch nach dem anfänglichen Versuch das Jiangxi-Ehegesetz in dem befreiten Nordwesten einzuführen, ließ das Interesse der Partei an der Ehe- und Familienreform nach. Während der Yanan-Phase förderte die Partei zum ersten Mal den Erhalt der Familie und zeigte Interesse an guten Beziehungen zwischen Ehemann und Ehefrau. Der stellvertretende Kommandeur der „Achten Straßenarmee" und das KP-Büro Nordchina betonten 1942 die Bedeutung einer harmonischen Familie und mahnten bei der Förderung der Frauenrechte und der Geschlechtergleichheit zur Vorsicht (Peng et al. 1942).
Anscheinend befürchteten sie, der Einbezug der Frauenfrage in den Prozeß des sozio-ökonomischen Wandels könne die breite Basis des antijapanischen Kampfes erschüttern und die männliche Bauernschaft verunsichern. Deshalb wurden die Kader angehalten, die Frauen schrittweise in die Landreform und die Produktion miteinzubeziehen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt des Bürgerkrieges, in den Jahren

1947–48, entschloß sich die Parteiführung, den männlichen Widerstand zu überwinden, und forderte die Kader auf, die Frauen für die Landreform zu mobilisieren. Da das Land pro Kopf, einschließlich Frauen und Kinder, verteilt wurde, hielt man die Teilnahme der Frauen an Landreformversammlungen zum Schutz ihrer Landrechte und der Unterstützung des Klassenkampfs für wichtig.

Die marxistische Vorstellung, die für die Frauenfrage in China von großer Bedeutung war, ist, daß Frauen hauptsächlich wegen ihres Ausschlusses aus der gesellschaftlichen Produktion unterdrückt seien. Mit anderen Worten, die Frauen können sich nur durch die Beteiligung an der produktiven Arbeit befreien. Trotzdem beruhte die Politik des ersten Fünfjahresplans (1952–57), wie in der Sowjetunion, auf einem Ausgleich. Die Rolle der Hausfrau wurde glorifiziert und Frauen wurden gedrängt „produktive Arbeit zu leisten und den Haushalt wirtschaftlich zu führen". Delia Davin versucht dieses Phänomen zu erklären: „Wahrscheinlich war die wirtschaftliche Situation ein Grund für die Veränderung. In den letzten Jahren des Fünfjahresplans trat auch der letzte selbständige Landwirt den Kooperativen bei. Es folgte eine Landflucht der Bauern, um sich wirtschaftlich zu verbessern. Die Industrie konnte so viele Menschen nicht aufnehmen, es gab einen gefährlichen Anstieg an städtischen Arbeitslosen. In den Städten war es deshalb unrealistisch, die Frauen aufzufordern, Arbeit zu suchen, die es nicht gab. Sie sollten ihre Erfüllung lieber in ihrer traditionellen Rolle suchen" (Davin 1976).

In den folgenden Jahren des Großen-Sprung-Vorwärts, 1958–59, war die Verbindung der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Bildung einer Kultur und Ideologie nicht hierarchischer sozialer Beziehungen für die chinesischen Revolutionäre von großer Bedeutung. Der andere Strang der Mobilisierung und der Masseninitiative der chinesischen Wirtschaftspolitik dieser Jahre betraf die Frage der Frauenbefreiung (Zaretzky 1980). Die Kollektivierung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und die Vergesellschaftung der Hausarbeit wurden als entscheidende Faktoren für den Zugang der Frauen zur produktiven Arbeit betrachtet. Millionen von Hausfrauen entschlossen sich, auf dem Land und in der Industrie zu arbeiten (Chinesische Frauen in Großen-Sprung-Vorwärts 1960).
Während der Jahre der Neuen Wirtschaftspolitik (1961–1965) wurden dann wirtschaftliches Wachstum und höhere Produktivität die vorherrschenden Themen von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Beteiligung der Frauen nahm rapide ab. In der Politik wurde erneut die Rolle der Frau als Hausfrau und ihre Funktion in der reproduktiven Arbeit betont, doch während der Kulturrevolution wurden die Hausfrauenkampagnen wieder kritisiert. Die Parteiführung argumentierte, die Frauen „tragen die Hälfte des Himmels" und sollten dafür mobilisiert werden, an der sozio-ökonomischen und politischen Entwicklung des Landes teilzunehmen. Weibliche Kader mobilisierten die Frauen, die Ungleichheiten zu beseitigen und alle Hindernisse zu überwinden. „Nach der Abschaffung des Imperialismus, Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus in China mußten wir Frauen die verbleibende feudale Herrschaft der Ehemänner überwinden" (Tsui et al. 1974).

Seit der Kulturrevolution wurde die Frauenbewegung in China wieder als selbständige soziale Bewegung und als ein Hauptfaktor der proletarischen Revolution betrachtet. Im Gegensatz zu dem schwierigen Bündnis zwischen Feminismus und Sozialismus und der daraus resultierenden Ambivalenz gegenüber Frauen in den Phasen des ersten Fünfjahresplans und der Neuen Wirtschaftspolitik, gibt es seit den späten 60er Jahren eine klare Position zur Frauenfrage: Die Unterdrückung der Frau ist eine Klassenunterdrückung (Beijing Review 1973). Frauen in der chinesischen Führung betonten, der „Sozialismus ist keine ausreichende Vorbedingung, um die Rolle und den Status der Frau automatisch neu zu definieren" (Croll, et al. 1978). Die Frauen werden ihre Stellung nur verbessern, wenn sie selbst „mit einem

immer höheren sozialistischen Bewußtsein" dafür kämpfen (China Reconstructs 1974). Sie betonten weiter, daß die Teilnahme an der produktiven Arbeit eine grundlegende, aber keine hinreichende Bedingung für die Integration der Frau in die sozialistische Entwicklung ist. Es müssen bewußtseinsfördernde Schritte unternommen werden, um den Druck, der von feudalen kulturellen Werten und einer wachstumsorientierten Entwicklung ausgeht, aufzulösen. Auch in den letzten Jahren protestierten wieder der Frauenverband gegen die patriarchale Abwertung der Hausarbeit: „Traditionell werden Frauen als zur Hausfrau geboren angesehen, doch der Wert der Hausarbeit ist nie anerkannt worden. Dadurch wird die Stellung der Frau beim gesamten Arbeitsaufkommen diskreditiert. In Wirklichkeit enthält der vom Mann geschaffene Wohlstand den Wert der weiblichen Hausarbeit. Untersuchungen zeigen, daß eine Frau normalerweise 5–6 Stunden an Hausarbeit, Kochen und Kinderbetreuung leistet, so daß ihr Mann sich auf die Arbeit auf den Feldern und/oder andere Tätigkeiten konzentrieren kann. Dise Tatsache sollten wir niemals übersehen, wenn es um die Einschätzung der weiblichen Arbeit geht" (Frauenverband Shandong 1986).

Ein Teil der Modellfrauen, die in den staatlichen Medien gezeigt wurden, waren Frauen, die sowohl in der Produktion und der politischen Arbeit als auch bei der Hausarbeit und dem Versorgen von Ehemann und Kindern brillieren. Das führt zu dem Schluß, daß Frauen, die ein revolutionäres Bewußtsein haben, ihren Ehrgeiz und ihre Fähigkeit sowohl bei der organisatorischen Arbeit als auch bei der Hausarbeit ganz entfalten und gemäß den richtigen politischen Grundsätzen effektiv arbeiten können. Damit war unterstellt, daß die traditionelle Frauenarbeit beibehalten werden sollte.
Die Frage muß also lauten: Welcher Teil des politischen Kodes der Frauenfrage sollte wegen seines revolutionären Charakters erhalten und weiterentwickelt werden und welcher aufgrund seiner Rückschrittlichkeit aufgegeben werden? Der Hauptwiderspruch wird deshalb zwischen der Frauenideologie und ihrer Praxis gesehen und nicht zwischen den Anforderungen, die von einem politischen System an sie gestellt werden und ihrer Fähigkeit diesen Anforderungen zu entsprechen. „Eine revolutionäre Frauenpolitik hätte den Sinn der Doppelbelastung hinterfragt, den sozialen Wert der Sozialisation, die Frauen weitergeben, diskutiert und die Kollektivierung der Hausarbeit auf die Tagesordnung gesetzt" (Hemmel, et al. 1984). Das geschah jedoch nicht.

Die Reaktion des Frauenverbandes und sein sich wandelnder Charakter

Der Frauenverband hat eine Widerstandsbewegung gegen die Ideologie männlicher Überlegenheit und patriarchale Normen, die die Frauen in der Familie und Gemeinschaft unterdrücken und diskriminieren, ins Leben gerufen. Beim Fünften Nationalen Kongreß wünschten die Teilnehmerinnen eine Umorientierung ihrer Organisation hin auf frauenspezifische Probleme. Der Frauenverband soll sich der männlichen Bevormundung entziehen, das politische Bewußtsein, die Professionalität und Forschungskapazitäten in den eigenen Reihen erhöhen, um seiner Rolle als „Verteidiger und Schützer von Frauenrechten und -interessen" gerecht zu werden. Um den jüngsten Anstieg an Arbeitslosen in den Städten aufzufangen, machten einige Sozialwissenschaftler den Vorschlag, daß die Frauen mehr Zeit auf Hausarbeit und auf die Erziehung der Kinder „zu guten Menschen" verwenden sollten. Wie oben erwähnt, empfahlen sie Teilzeitarbeit in frauenspezifischen Berufen und eine siebenjährige Erziehungspause für Arbeiterinnen, Journalistinnen, Schriftstellerinnen, Studentinnen. Kader mobilisierten Arbeiterinnen und Bäuerinnen und starteten ge-

gen diese Empfehlungen eine Kampagne. Beim fünften Nationalen Kongreß 1983 wurden diese Empfehlungen schließlich verworfen. Die Vertreterinnen betonten, sie würden niemandem erlauben, die chinesischen Frauen zu Haushaltsschufterei und Kinderbetreuung zu verdammen. Die Verbandspräsidentin Kang Keqing sagte: „Die Ansicht, daß ‚heute zuviele Menschen in China arbeiten gehen und die Frauen, da sie eine schwere Belastung in der Familie tragen, ins Haus zurückkehren und ihren Haushaltspflichten nachkommen sollen', ist falsch, da sie mit dem Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau unvereinbar ist und deshalb unweigerlich den sozialistischen Fortschritt schwächen muß" (Beijing Review 1983). Weiter wurde gesagt: „Wenn wir diese Meinung ‚Frauen geht nach Hause' vertreten, heißt das dann nicht auch, daß wir diese Voraussetzung für die Frauenbefreiung negieren? Wenn die Arbeiterinnen ins Haus zurückgehen, werden sie nicht mehr länger finanziell unabhängig sein. Sie werden ihre Ehemänner um Geld bitten müssen. Wie kann unter solchen Umständen von Gleichheit gesprochen werden? Wie können sie ohne ökonomische Unabhängigkeit über wirkliche Unabhängigkeit reden?" (Beijing Review 1983). Der Frauenverband hielt es aber für wünschenswert, daß die Frauen weniger als sechs Tage pro Woche arbeiteten, um mehr Zeit für Kinder und Hausarbeit zu haben.

Der Fünfte Nationale Frauenkongreß sprach die wachsende Diskriminierung der Frauen im Ausbildungs- und Beschäftigungsbereich an. In den fünf Jahren von 1978 bis 1982 stieg die Zahl von Wissenschaftlerinnen, Technikerinnen und Lehrerinnen von 1,67 Mio. auf 1,93 Mio. Sie stellten damit 31,6 % aller Wissenschaftler und Lehrer in China. Doch nur 2 % der Führungspositionen waren mit Frauen besetzt und von den 335,6 Mio. Analphabeten waren 70 % Frauen (Beijing Review 1983). Offensichtlich ist auch die Partei nicht frei von der Ideologie männlicher Überlegenheit. In den 80er Jahren gibt es nur 5 Mio., d.h. 13 % weibliche Parteimitglieder (Luo 1983). In den letzten fünf Jahren hat der Frauenverband wiederholt die politische Unterrepräsentation von Frauen und auch ihre abnehmende Zahl in entscheidungstragenden Gremien beklagt. Der Verband sagte, „die derzeitige Situation weiblicher Kader ähnelt der Silhouette einer Pagode: je höher die Stellung, desto weniger Frauen, und ihre Zahl nimmt heute sogar ab" (Renmin Ribao 1983). Um diesen Rückgang zu analysieren, hat der Frauenverband eigene Untersuchungen der diskriminierenden Praktiken bei der Rekrutierung, der Schulung und der Beförderung von Frauen durchgeführt. Er fand heraus, daß bei einer vom Personalbüro durchgeführten Prüfung von 1.500 Kadern aus ländlichen Gebieten Frauen die Teilnahme an der Prüfung nicht gestattet war. Die Angelegenheit wurde dem Parteikomitee vorgetragen, der dem Frauenverband zusicherte, 20 % als Kader zu rekrutieren (Women of China 1983).

Hauptziel des Vierten Nationalen Frauenkongresses 1978 war es gewesen, die Masse der Frauen an der neuen Modernisierungspolitik zu beteiligen: „Die neue Parteilinie soll die Grundlage der Frauenbewegung sein" (Beijing Review 1978). Im Gegensatz dazu wurde sich der Frauenverband Anfang der 80er Jahre immer bewußter über die geschlechtsspezifischen Probleme, die hauptsächlich durch die neuen Wirtschaftsreformen und die Modernisierungspolitik entstanden. Der Fünfte Nationale Kongreß beschloß, konsequente Schritte gegen die Diskriminierung von Frauen zu unternehmen und alles Denken und alle Praktiken zu bekämpfen, die Frauen benachteiligten, schwächten oder die das Bild der devoten Ehefrau und Mutter förderten. Als Reaktion auf die Angst, die durch den Anstieg an Scheidungen verursacht wurde, sagte Lei Jieqiong, eine bekannte Soziologin und führendes Mitglied des Pekinger Frauenverbandes: „Warum glauben die Leute, die gegenwärtig zunehmenden Scheidungen zeigten einen Trend zum bourgeoisen Lebensstil? . . . Warum wird so oft geschrieben, Frauen sollten als Hausfrauen zufrieden sein, ihre eigenen Karrieren vernachlässigen, um die ihrer Männer zu unterstützen? . . . Die ansteigende

Scheidungsrate ist ein Beweis dafür, daß die Frauen sich von feudalen Fesseln emanzipieren" (China Daily 1983). Lei Jieqiong schloß mit der Forderung nach mehr Forschung zu frauenspezifischen Problemen.

Die Jahre 1983–84 waren gekennzeichnet durch die „Rechtsinformations-Tage" in Peking und dem Entstehen von Rechtsberatungsbüros, um die Verfassungsrechte der Frauen im ganzen Land bekanntzumachen und zu verteidigen. Im Februar 1984 wurden in der Pekinger Innenstadt 74 Buden eröffnet; mehr als 2000 RechtsanwältInnen, JuristInnen, HochschullehrerInnen und StudentInnen arbeiteten dort. Sie ließen Tonbänder mit Reden von Staatsbeamten, Rechtsministerien und der Parteiführung laufen, um die Frauenrechte bekanntzumachen. Sie beantworteten Fragen zu familiären Streitigkeiten und zum Status der Frau in der Familie, dem Erbrecht und dem Schutz vor Gewalt gegen Frauen. Kang Keqing betonte die geschlechtsspezifischen Forderungen des Frauenverbands und empfahl „eine systematische und sorgfältige Untersuchung, um herauszufinden, was den Bürgerrechten und Interessen von Frauen entgegenwirkt . . .Auf der Grundlage dieser Untersuchung sollte der Frauenverband mit anderen Ministerien zusammenarbeiten, um notwendige Lösungsschritte zu finden, zu formulieren und durchzuführen. Nur so kann der Frauenverband hoffen, die Verbrechen grausamer Verletzungen und Morde an Frauen und Mädchen drastisch zu verringern, das Ertränken und Aussetzen von weiblichen Säuglingen zu beenden und diese abstoßenden Praktiken auszumerzen, die es in einem sozialistischen China nie geben sollte" (Renmin Ribao 1984).
Der Frauenverband mahnte damit indirekt die sozialistische Verwaltung an, die zuläßt, daß ein Verbrechen wie die weibliche Kindestötung unverfolgt bleibt. Um die wachsende Zahl von Verbrechen an weiblichen Säuglingen und Frauen aufzudekken, führte der Frauenverband in einer Reihe von Provinzen und Gemeinden Untersuchungen durch und stellte ein alarmierendes Ungleichgewicht zwischen Jungen und Mädchen fest. Dadurch wurden die zunehmenden Verbrechen weiblicher Kindestötung bekannt (Renmin Ribao 1984). Der Bericht aus der Provinz Anhui zeigte den zunehmend ungleichen Anteil an männlichen und weiblichen Kleinkindern in den Gemeinden Suixi und Hauyuan von 1979 bis 1981 und stellte fest, daß „die Hauptursache die weibliche Kindestötung unter dem Einfluß männlicher Chauvinismus" ist, der aus der feudalen Ideologie herrührt. In dem Bericht stand weiter, daß in einer Produktionsbrigade im Haiyuan-Bezirk von 1980 bis 1981 mehr als 40 weibliche Kleinkinder ertränkt worden seien.

Um den neuen Dimensionen der Frauenfrage in China angemessen begegnen zu können, plant der Frauenverband zusätzlich zu den schon bestehenden Kaderschulen die Gründung einer Frauenuniversität, an der Frauen in sozialistischer Theorie und geschlechtsspezifischen Programmen unterrichtet werden sollen. Auch Partei und Regierung haben wiederholt die noch herrschenden Ideen patriarchaler Hierarchie in den sozialen Beziehungen kritisiert (Beijing Review 1983).
Kürzlich hat das Zentralkomitee der KP China eine Weisung an alle Parteieinheiten verschickt, die besagt, daß der Schutz der Rechte von Frauen und Kindern „für die Beachtung der Verfassung und Staatsgesetze wichtig ist. Es ist nicht die Aufgabe einer einzelnen Organisation wie dem Frauenverband, sondern die gemeinsame Aufgabe der Partei und des Volkes" (Renmin Ribao 1983). Ungeachtet dieser Bemühungen ist in China, ähnlich wie in vielen anderen Dritte-Welt-Ländern, ein Widerspruch feststellbar zwischen einem politischen System, das bewußt die rechtliche Situation für Frauen verbessert und einer Entwicklungsstrategie, die dem wirtschaftlichen Wachstum und der technologischen Modernisierung den Vorrang gibt. Sie schadet den Fraueninteressen und arbeitet deshalb letztendlich gegen die Befreiung der Gesellschaft.

Anmerkungen

1) *In seinem Bericht zum Fünften Nationalen Volkskongreß sagte der Premierminister Zhao Ziyang: „Überzeugungsarbeit muß mit allen Menschen des Landes geleistet werden, besonders mit den Bauern, um ihre feudalen Ansichten, Söhne wären etwas Besseres als Töchter und Söhne seien ein Zeichen von Glück, radikal zu ändern. Wir müssen vor allem kleine Mädchen und ihre Mütter schützen . . . Die ganze Gesellschaft sollte kriminelle Aktivitäten wie weibliche Kindestötung und die Mißhandlung von Müttern resolut verurteilen und Gerichte sollten die Täter nach dem Gesetz bestrafen" (Siehe „Sex Ratio of China's Newborns and Infants, in: Women of China, August 1983, S. 11).*

2) *„Five-good Familie" war eine landesweite Kampagne, die der Frauenverband 1979 ins Leben gerufen hatte. Sie beinhaltete: a) Die Familie soll das Vaterland und den Sozialismus lieben; b) jedes Familienmitglied soll hart arbeiten oder studieren; c) Familienplanung soll praktiziert werden; die Familie soll fleißig und sparsam den Haushalt verwalten; d) sie soll richtige Gesundheitspflege und Hygiene betreiben; e) sie soll eine demokratische und harmonische Familie und den Nachbarn behilflich sein.*

3) *„March 8th Red Banner Pace-setter" sind die Frauen, die a) ihre Liebe für das Land, die Kollektive und den Sozialismus beweisen; b) besondere Arbeitsleistung erbringen; c) Kenntnisse über Wissenschaft und Technologie sammeln; d) sich an die Familienplanungsnormen des Staates halten; und e) ein harmonisches Familienleben führen, z.B. indem sie Respekt vor den alten Menschen und Liebe für die jungen Leute zeigen und den Kindern eine gute Erziehung bieten. Bemerkenswert ist, daß bei diesen Kriterien das Thema Scheidung ausgeklammert ist (eigene Aufzeichnungen, April 1983).*

Literatur

BEIJING Review 1983

CHINA DAILY: February 27, May 12, 1983

CHINA Reconstructs: March 1974

CHINAS Socialist Modernization: YU Guangyuan (Hrsg.), Beijing Foreign Language Press., 1984

CHINESE Women in the Great Leap Forward: Peking, Foreign Language Press., 1960

CROLL, Elisabeth: Feminism and Socialism in China, London 1978

DAVIN, Delia: Woman-Work, Women and the Party in Revolutionary China, Oxford 1976

HUANG I-shu: China's Renewed Battle Against Male Chauvinism, China Report, July/August 1985

HEMMEL, Vibeke/SINDBJERG, Pia: Women in Rural China. Policy Towards Women Before and after the Cultural Revolution, Curzon Press, Scandinavian Institute of Asian Studies, 1984

JOHNSON, Kay Ann: Women, the Family and Peasent Revolution in China, Chicago 1983

KELKAR, Govind: China After Mao. A Report on Socialist Developement, New Delhi 1979

KRISTEVA, Julia: About Chinese Women, London o.J.

LU Yun: Specialized Households Emerge, Beijing Review, December 3, 1984

LUO Qiong: Party Rectification and Women's Rights, Renmin Ribao, December 1983

NOLAN, Peter: Decollectivisation of Agriculture in China, 1979–82, A longterm Perspective, Economic and Political Weekly, August 6, 1983

PENG Teh-Huai: Report Concerning in the North China Base Areas in Kung-fei Hui kuo shih- lia lei -pien, Collection of Historical Materials on the Communist Bandits, Yanan 1942

RENMIN RIBAO (People's Daily) 1983

SOCIAL SCIENCES in China, Nr. 2

TSUI Yu-Lan: How We Women Won Equality, China Reconstructs, March 1974

WILSON, Dick: A Quarter of Mankind: An Anatomy of China Today, London 1966

WOMEN of China, 1983, 1984

WOMEN Show Their Strength in the Development of Rural Economy (Paper Presented by Shandong Women's Federation at a Seminar on Women in Agriculture and Rural Development), Aunguxian 1986

WOMEN Hold Up Half the Sky (Reprints from Peking Review and China Reconstructs), Berkeley 1980

Jutta Berninghausen, Birgit Kerstan

Emanzipation ja – Feminismus nein?

Gespräche mit Aktivistinnen aus indonesischen Frauenprojekten

Für die meisten Indonesierinnen, mit denen wir sprachen, ist „Feminismus" ein Reizwort, das in seiner bedrohlichen Radikalität hauptsächlich mit einer Gruppe „männermordender" westlicher Frauen assoziiert wird.
Dennoch hat die Frauenbewegung in Indonesien eine lange Tradition und Gleichberechtigung, ist gerade in den letzten Jahren wieder ein vieldiskutiertes Thema geworden. Allerdings unterscheiden sich die Forderungen indonesischer Frauen in wesentlichen Punkten von Emanzipationsvorstellungen bei uns und werden auch ausdrücklich in Abgrenzung zu feministischen Zielen einer westlichen Frauenbewegung formuliert. Da Emanzipationskonzepte und ihre Umsetzung in Frauenprojekten in Indonesien wie bei uns zunächst meist von einigen engagierten Mittel- und Oberschichtsfrauen mit Zugang zu Bildung diskutiert und initiiert werden, setzt sich dieser Artikel in erster Linie mit den Konzepten und der Arbeit indonesischer Aktivistinnen auseinander, die wir während unseres eineinhalbjährigen Forschungsaufenthaltes in Java kennengelernt haben.
Es geht um eine Auseinandersetzung mit Programmen zur Verbesserung des ökonomischen und sozialen Status der Frau, die in Indonesien von vielen NGO's (nichtstaatlichen Organisationen) praktiziert werden. Unter diesen Projekten waren für uns insbesonders die Ansätze der reinen Frauen-NGO's interessant, die sich in ihrer emanzipatorischen Orientierung von den männerdominierten Organisationen abheben.

Eine feministische Bewegung, wie sie in anderen Ländern wie z.B. in Indien zu finden ist, existiert heute in Indonesien nicht mehr, obwohl frauenspezifische Probleme bereits seit 100 Jahren in Indonesien diskutiert werden. Im Zuge der Unabhängigkeitsbewegung waren Anfang des Jahrhunderts auch Frauenorganisationen verschiedenster politischer und religiöser Richtungen sehr stark und einflußreich geworden. Allein der kommunistisch orientierte Frauenverband „Gerwani" besaß noch 1964 über eine Million Mitglieder. Viele der damals aktiven Frauenverbände waren einer politischen oder religiösen Organisation angeschlossen, es gab aber auch Gruppierungen, die z.B. für die Gründung einer eigenen Frauenpartei eintraten. Ein übergreifender Dachverband schloß die unterschiedlichen Organisationen zusammen und war wesentlich an der Erarbeitung des neuen Ehe- und Scheidungsrechts beteiligt. Die wichtigsten Forderungen der Frauenverbände betrafen bessere Bildungschancen für Mädchen, das Wahlrecht für Frauen und die Erneuerung der Ehegesetzgebung mit der Abschaffung der Polygamie, die sie allerdings nicht durchsetzen konnten (Berninghausen, Kerstan 1984, S. 135 ff.). Nachdem mit dem politischen Umsturz 1965 alle linken und kritischen Frauenorganisationen zerschlagen wurden, ist nie wieder eine autonome Frauenbewegung in Indonesien entstanden.

Die Frauenbewegung, die heute mit Ehefrauenpflichtvereinigungen und „Familienwohlfahrtsverbänden" von der Regierung verordnet wird und auch für sich in Anspruch nimmt, die Situation der Frau im Sinne von Gleichberechtigung und Chancengleichheit zu verbessern, stellt die Frauen eher in den Dienst nationaler Regierungsprogramme, als daß es ihr wirklich um eine Statusanhebung der Frau geht.
Dagegen wächst in den letzten Jahren die Zahl aktiver intellektueller Frauen, die in eigenen nicht-staatlichen Organisationen konkrete Programme zur Verbesserung der Situation der Frau an der Basis initiieren. Da allerdings staatliche Kontrolle und

der Druck zur Loyalität mit der Regierung in Indonesien sehr groß sind, ist es nicht immer leicht, klare Unterschiede und Grenzen zwischen beiden Ansätzen zu bestimmen.

Angst vor dem Feminismus

„Ich habe richtig Angst, daß ich eine Feministin werden könnte. Denn dann bin ich hier völlig untendurch, besonders unter meinen Kollegen an der Uni. Aber als ich neulich in einem amerikanischen Artikel die Hauptforderungen der Feministinnen gelesen habe, mußte ich mit Schrecken feststellen, daß ich die alle richtig fand" (Sari, Universitätsassistentin in Yogyakarta).
Mit ihrer Angst vor dem Stigma des Feminismus steht Sari nicht allein. Das vorherrschende Bild vom radikalen Feminismus als Negierung aller sozialen Normen und rücksichtsloser Verwirklichung individueller Bedürfnisse löst bei den meisten Indonesierinnen Angst und Abwehr aus.
Was den westlichen Feminismus für Indonesierinnen so bedrohlich macht, ist in erster Linie die dort vermutete Abkehr von den Männern und die damit einhergehende Auflösung des traditionellen Familienverbandes. Die javanische Lebensart ist so stark an Harmonie und sozialer Integration orientiert, basierend auf der Lebensphilosophie, daß jeder Mensch nur glücklich wird, wenn er den für ihn bestimmten Platz in der Gesellschaft einzunehmen vermag (Magnis-Suseno 1981), daß für eine(n) Javaner(in) Individualität und Einzelkämpfertum genausowenig attraktiv sind wie Leistungsprinzip und Konkurrenzkampf.
So beschrieb uns vor einigen Jahren eine in Jakarta lebende Intellektuelle ihre Einstellung zur Emanzipation der Frau: „Ich habe viele Wünsche und Forderungen nach einem gleichberechtigten und freien Leben für indonesische Frauen. Es gibt viele Dinge, die ich am augenblicklichen Zustand kritisiere und verbessern möchte. Gleichzeitig habe ich jedoch Mann und Kinder, und ich würde meine Ideen nie auf Kosten meiner Familie durchsetzen. In dieser Beziehung fühle ich mich der asiatischen Tradition und ihrer Verpflichtung zu einem harmonischen Gemeinschaftsleben stärker verwurzelt als feministischen Emanzipationsgedanken nach westlichem Muster. Ich glaube, für asiatische Frauen hat das Wort Gemeinschaft noch einen ganz anderen Stellenwert als in Europa. Die Form einer individuellen und oft auch egoistischen Selbstverwirklichung, wie viele Europäerinnen sie ausleben, lehnen Asiatinnen meist ab. Für uns ist die Selbstverwirklichung zwar auch wichtig, aber sie steht nicht immer bedingungslos an erster Stelle. Geborgenheit und Schutz der Gemeinschaft und Familie, das ist etwas, was ich nicht missen möchte, auch nicht, wenn ich dafür manchmal Abstriche von meinen persönlichen Wünschen machen muß" (Berninghausen, Kerstan 1984, S. 143).

Die Gemeinschaftsorientierung und die starke Bindung an die Familie bietet auf der einen Seite einen realen Schutz und eine Unterstützung, die umso wichtiger ist, als es in Indonesien keinerlei staatliche Sozialversicherung oder Altersversorgung gibt, die Mann/Frau im Notfall in Anspruch nehmen könnte (vgl. auch Berninghausen, Kerstan 1988). Auf der anderen Seite verhindert die grundsätzliche Ablehnung individualistischer Alleingänge und kämpferischer Konfrontationen auch eine klare Abgrenzung von männerdominierten Normen, die aber für die Durchsetzung feministischer Rechte unerläßlich sind.
Das soll nicht heißen, daß javanische Frauen sich nicht gegen ihre Männer durchzusetzen wüßten. Gerade auf dem Lande haben Frauen in der Familie traditionsgemäß einen sehr großen Entscheidungsfreiraum, solange sie sich innerhalb der gesellschaftlich vorgegebenen Gesetze und Regeln bewegen. Sich jedoch gegen diese offiziell anerkannten Normen und Moralvorstellungen auch privat und konkret als Individuum zur Wehr zu setzen, ist nach unserer Erfahrung für javanische Frauen aus al-

len Gesellschaftsschichten sehr schwierig und selten. Ihr damit letztendlich relativ unbedrohliches Verhalten hat zwar auf der einen Seite den Vorteil, daß das frauenpolitische Engagement indonesischer Aktivistinnen, anders als bei uns, allgemeine gesellschaftliche Anerkennung und auch meist von seiten ihrer eigenen Männer vollste Unterstützung erfährt. Andererseits wird es jedoch nie eine wirkliche grenzüberschreitende Veränderung bestehender Verhältnisse geben, solange nicht auch patriarchalische Vormachtansprüche radikal und konsequent in Frage gestellt werden.

Das zweite Vorurteil über emanzipierte westliche Frauen ist der moralische Sittenverfall. So interessant auf der einen Seite genaueste Informationen über die westliche Form des unehelichen „Samenlevens" (aus dem Holländischen „Zusammenleben") zu sein scheinen, so bedrohlich erscheint indonesischen Frauen diese rechtlich ungesicherte Form der Beziehung auf der anderen Seite. Das holländische Wort für freie Liebe hat seine indonesische Entsprechung in der unter Studenten häufiger vorkommenden „kumpul kebo", was so viel heißt wie „sich paaren wie die Büffel", ein Begriff, der noch viel deutlicher die Verachtung für die dort praktizierte „tierische" Triebhaftigkeit ausdrückt. Neben der moralischen Entrüstung über diese Praktiken waren sowohl Intellektuelle wie auch Frauen im Dorf der Überzeugung, daß Frauen bei der „freien Liebe" immer den Kürzeren ziehen, da sie dann kein Recht haben, Ansprüche auf eheliche Treue oder Unterhalt und Versorgung zu stellen. *Kasihan wanita* – die armen Frauen – war ein Ausruf, den wir fast immer in diesem Zusammenhang zu hören bekamen. Für eine Gesellschaft wie in Indonesien, in der ein unverheiratetes Mädchen schon mit der Jungfräulichkeit ihren Ruf verliert und ein uneheliches Kind den Ruin einer anerkannten Existenz bedeutet, ist diese Einschätzung sicher noch richtiger, als sie unter Umständen auch bei uns sein kann.
Von daher ist die Stärkung der islamischen Bewegung, gerade unter den indonesischen Aktivistinnen, zum Teil auch als Widerstand gegen die von indonesischen Frauen als zweifelhaft abgelehnten westlichen Normen zu verstehen. „Die minimale Bekleidung, die westliche Frauen wählen, finden wir unpassend. Hier halten wir Normen des Islam und gerade auch die Kleidungsvorschriften für wichtig. Wenn es keine Regeln gibt, kommt es leicht zu solchen sexistischen Auswüchsen wie im Westen" (Nurjannah, Vorsitzende der islamischen Frauenorganisation „Aisyiah" und Vorstand der Frauen-NGO YASANTI).
Frauen werden im Westen sichtbarer als Sexualobjekte ausgebeutet und vermarktet als in Indonesien, wo aufgrund staatlicher Zensur keine Pornographie in den Medien erscheint.

Im Gegensatz zu unseren Interviewpartnerinnen sehen wir die Ausbeutung der weiblichen Sexualität in Prostitution und Pornographie nicht als Resultat der größeren sexuellen Freizügigkeit, die sich Frauen im Westen im Lauf der letzten Jahrzehnte erkämpft haben (die Kämpfe um die Kontrolle über den eigenen Körper, um das Recht auf selbstbestimmte Verhütung und Abtreibung sind hier nur Beispiele). Sexuelle Ausbeutung von Frauen gab es lange vor der „sexuellen Befreiung", nur nahm sie andere, verstecktere Formen an. Entwürdigung und Vergewaltigung des weiblichen Körpers haben zwar auch etwas mit dem Verlust von Moral zu tun in dem Sinne, daß hier die Würde des Menschen verletzt wird, doch dieser Moralbegriff unterscheidet sich vom islamischen Wertesystem, das die Möglichkeit eines freizügigen Umgangs mit Körperlichkeit grundsätzlich negiert. In erster Linie ist sexistische Unterdrückung jedoch eine Frage der gesellschaftlichen Macht: Wer bestimmt die sozialen und ökonomischen Bedingungen, die die Aneignung und Ausbeutung der weiblichen Sexualität ermöglichen?

Eine Sexualmoral, wie sie in den islamischen Ländern anzutreffen ist, die einseitig den Frauen die Beschneidung ihrer persönlichen Freiheit und ihres Bewegungsspielraums zumutet, während eine Doppelmoral Männern das Durchbrechen des offi-

ziellen, strengen Moralkodex erlaubt, ist für uns unakzeptierbar. Wenn sittliches Verhalten so hochgehalten wird, warum werden nicht die Männer entsprechend erzogen? Sie, und nicht die Frauen, sind schließlich diejenigen, von denen sexuelle Belästigungen und Gewaltanwendungen ausgehen, und sie sind es, die Prostitution und Pornographie sowohl als Kunden als auch als Produzenten und Vertreiber anregen und fördern.

Diese Arguemnte fanden bei unseren islamischen Gesprächspartnerinnen wenig Widerhall. Ja, Männer müßten auch zum sittengemäßen Umgang mit Frauen erzogen werden, und in punkto Kleidung gäbe es auch für Männer nach dem Islam festgelegte Regeln. Doch die sexuelle Aura der Frau, so predigte es der Prophet Mohammed, und so werden die heiligen Schriften seitdem einhellig ausgelegt, ist eben größer als die des Mannes. Außer Gesicht und Händen seien alle Körperteile tabuisierte Zonen und dürften in der Öffentlichkeit nicht gezeigt werden. Daß Männer beim Anblick einer Frau leicht aus der normativ vorgeschriebenen Fassung gerieten, sei wegen des stärkeren männlichen Sexualtriebes versteh- und entschuldbar. Hier sei es Aufgabe der Frau, sexuellen Übergriffen durch entsprechende Schutzmechanismen bei der Kleidung sowie durch restriktive Kommunikations- und Ausgehregeln vorzubeugen.
In diesem Punkt sind die Forderungen westlicher Feministinnen und auch ihr Widerstand gegen sexistische Ausbeutung von Grund auf anders als in Indonesien. Während wir versuchen, uns gegen Pornographie, Vergewaltigung und andere gewalttätige Übergriffe von Männern auf unsere Körper zur Wehr zu setzen, ohne dabei unsere erkämpften individuellen und sexuellen Freiheiten aufgeben zu wollen, ziehen sich indonesische Frauen zunehmend in den Schutz der für sie ein Minimum an Sicherheit garantierenden traditionellen Normen und Regeln des Islam zurück. Hier teilen wir die Ansicht von Ilse Lenz, die diese Art von Widerstand zwar nicht als konservativ, aber als konservierend bezeichnet. Frauen halten mit der Bewahrung und dem Wiederauflebenlassen traditioneller Rollenvorschriften Verhältnisse aufrecht, die sie zwar partiell schützen, gleichzeitig aber auch unterdrücken. Diese Art von Widerstand kann die Grenzen sexistischer Gewaltverhältnisse nicht sprengen und wird deshalb keine progressive Veränderung in der Definition des weiblichen Handlungsspielraums bewirken (vgl. Lenz 1988).

Emanzipation wohin?

Projekte zur Verbesserung der ökonomischen Situation der Frau

„Wenn ich die Händlerin aus unserem Dorf sehe, die mit ihren acht Tontöpfen in einer Kiepe auf dem Rücken zwei Stunden zu Fuß auf den Markt läuft, dort den halben Tag sitzt und, wenn sie Glück hat, vier Töpfe für je 250 Rupiah verkauft, wovon sie nach Abzug der Unkosten die Hälfte (ca. 50 Pf.) als Tagesgewinn verbuchen kann, dann weiß ich, wo ein Frauenprogramm zuerst anzusetzen hat" (Mba Sumiati, Anleiterin eines „Programms für die produktive Frau" in Zentral-Java).
Die vielen Programme zur Verbesserung der Situation der Frau, die in Indonesien anzutreffen sind, unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht von den Zielen der westlichen Frauenbewegung. Sie setzen an dem Problem an, das Frauen aus der unteren Einkommensschicht immer noch als primäres Defizit benennen: die Befriedigung des Grundbedürfnisse. Zwar leben nach neuesten Schätzungen indonesischer Ökonomen nur noch 20 % aller Einwohner des an Naturschätzen so reichen Inselstaates unter der Armutsgrenze, doch das sind bei 175 Mio. Einwohnern immerhin 35 Mio. Menschen. Und den vielen, die knapp über der Armutsgrenze wirtschaften, geht es auch nicht sehr viel besser.
Unter ihnen ist die Zahl der Frauen besonders hoch. Wie überall verrichten Frauen überwiegend die unqualifizierten und schlechter bezahlten Tätigkeiten. Die Zahl

der unterbeschäftigten Frauen auf dem Lande ist fast doppelt so hoch wie die der Männer, und ihre Löhne im formalen Sektor sind im Schnitt 30 % niedriger. Wenn man in Betracht zieht, daß ca. ein Fünftel aller Haushaltsvorstände in Indonesien Frauen sind, wird auch das Argument zur Farce, Frauen brauchten ja lediglich einen Zusatzverdienst zum Einkommen des Familienernährers zu erwirtschaften (Morgan 1985, S. 316 f.).

In den letzten 20 Jahren hat sich im Zuge der Industrialisierung und einer Intensivierung der Landwirtschaft auch in Indonesien die relativ starke und unabhängige Position der Frauen zunehmend verschlechtert. Durch die Anwendung neuer Anbau- und Erntemethoden und moderner Technologien dringen Männer in traditionelle Frauenarbeitsbereiche ein und Frauen müssen auf weniger ertragreiche und schlechter entlohnte Erwerbsmöglichkeiten im informellen Sektor, im Dienstleistungsbereich oder in der Industrie ausweichen. Die Schwächung ihrer ökonomischen Position bleibt auch auf ihren üblicherweise relativ starken Einfluß in der Familie nicht ohne Auswirkung. Zwar galt der Mann in Java immer schon als das offizielle Familienoberhaupt mit dem höchsten Status, in praktischen Entscheidungen und in der Verwaltung des Haushaltsbudgets hatten und haben die Frauen zum Teil immer noch, besonders unter der Landbevölkerung, ein gewichtiges Mitspracherecht, nicht zuletzt auch aufgrund ihrer auch vom Ehemann anerkannten ökonomisch relativ unabhängigen Position.

Es ist also nicht erstaunlich, daß die meisten Dorfentwicklungsprojekte von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die in den letzten 10 Jahren besonders auf der dichtbevölkerten Insel Java wie Pilze aus dem Boden geschossen sind, in ihren Frauenprogrammen die Verbesserung der ökonomischen Situation der Frauen als erstes Ziel formulieren. Sie gehen davon aus, daß damit automatisch auch der soziale Status steigt, so z.B. daß die Fauen von ihren Männern mehr geachtet werden, wenn sie einen größeren Anteil zum Familieneinkommen beisteuern.
Doch oft bedeuten neue einkommensschaffende Aktivitäten eine zusätzliche Arbeitslast für die Frauen, und von den Früchten ihrer Zusatzarbeit profitieren Mann und Kinder in aller Regel mehr als die Frauen selbst. Gezielte Maßnahmen zum Abbau frauendiskriminierender Strukturen in Familie und Gemeinwesen sind in kaum einem Programm enthalten, und so bedeutet das Wort „*Frauen*programm" eher, daß die Arbeitskraft der Frau produktiver genutzt werden soll, als daß es wirklich um eine Verbesserung des Status' der Frau in Familie und Gesellschaft gehen soll. Für Projektdesigner in NGOs, die in der Regel von Männern geführt werden, steht die „Verbesserung der ökonomischen Situation der Frau" also für angestrebte Statussteigerung nicht als Stärkung der Position der Frau innerhalb der Familie, sondern als sozialen Aufstieg der Familie aus der untersten Einkommensklasse in die Mittelschicht. Doch auch dies bleibt wegen der relativ begrenzten ökonomischen Effekte der Projekte meist unerfülltes Ideal.

In den Projektplanungen werden soziale Fragen wie z.B. Probleme zwischen Eheleuten, Entscheidungsstrukturen und Arbeitsteilung in der Familie als Diskussionsgegenstand in den Frauengruppen ausgeblendet. Das wird häufig damit begründet, daß das öffentliche Ansprechen persönlicher Probleme, besonders wenn es um Familienkonflikte geht, nicht mit dem javanischen Ideal der sozialen Harmonie vereinbar sei. Dieses Ideal besagt, daß Konflikte nicht offen ausgetragen werden dürfen. Doch es verhindert natürlich nicht, daß Konflikte entstehen. In dem zentraljavanischen Dorf, wo wir während unserer Forschung über ein Jahr gelebt haben, drehten sich viele Gespräche unter Frauen um Streitfälle innerhalb und zwischen Familien, Verletzungen der ehelichen Treue und Konflikte mit der jungen Generation (vgl. Berninghausen, Kerstan 1988). In der Frauengruppe, die von der NGO LP3ES in ihren Spar- und Kreditaktivitäten sowie bei gemeinsamen landwirtschaftlichen Unter-

nehmungen beraten wurde, waren diese Konflikte zwar häufig Gegenstand von Randgesprächen, wurden in der offiziellen Gruppendiskussion aber nicht aufgegriffen.

Unserer Erfahrung in westlichen Frauengruppen nach wäre es naheliegend gewesen, die Betroffenheit der Frauen von familiären Konflikten anhand konkreter Vorfälle in der Gruppe zu thematisieren. Aus Dorftratsch und informellen Gesprächen wären leicht grundsätzliche Probleme zu identifizieren gewesen, die sich für eine exemplarische Bearbeitung geeignet hätten. Doch wurden unsere Vorschläge, diese Themen zum Ausgangspunkt von Bewußtseinsbildung und einer Analyse gesellschaftlicher Strukturen zu machen, einhellig zurückgewiesen. Uns wurde vermittelt, daß es als Bloßstellung und Ehrverletzung der Betroffenen gelte, solche Phänomene vor einer Gruppenöffentlichkeit anzusprechen.
In dieser Frage war ein Dialog im Sinne der methodischen Postulate feministischer Forschung („Um ein Ding zu erkennen, muß man es verändern", Mies 1984) äußerst schwierig. Uns wurde zu verstehen gegeben, daß unser westliches Ideal, Konflikte offenzulegen und mit den Betroffenen zu bearbeiten, im krassen Widerspruch zum javanischen Denken stehe. Zwar sind sich beide Wertsysteme unserer Einschätzung nach in der Alltagsrealität näher, als es die normative Ebene Glauben macht. Denn genausowenig, wie bei uns das Ideal offener Konfliktbearbeitung eingelöst wird, so oft wird das Ideal sozialer Harmonie im javanischen Zusammenleben durchbrochen. Doch in der Auseinandersetzung *über* diese Wertsysteme konnten wir uns mit unseren Vorstellungen bei Planern und Anleiterinnen des LP3ES-Frauenprogramms nicht verständlich machen. Kulturelle Faktoren wurden als Rechtfertigung für die Nicht-Praktikabilität unseres Vorschlags herangezogen. Mit der Randbemerkung, daß wir Westlerinnen diese Dimension vielleicht nicht ausreichend erfassen könnten, war das Interesse an diesem Thema meist schnell erloschen. Doch wir hatten den Eindruck, daß die Differenzen auch auf der Zielebene lagen: Uns ging es um die Verbesserung der Position der Frau, der indonesischen NGO um die Förderung der Familie.

Einige der reinen Frauen-NGOs, die ihre Ziele stärker vom Frauenstandpunkt her definieren, gehen mit dieser Problematik anders um. Obwohl auch sie es für schwierig halten, private familiäre Probleme in den Gruppentreffen anzusprechen, legen sie neben der Verbesserung der ökonomischen Situation doch stärkeres Gewicht auf die Anhebung des sozialen Status der Frau. So kommt es der Frauen-NGO YASANTI, die in Yogyakarta, Zentral-Java arbeitet, auch darauf an, in ihren Frauengruppen repressive Strukturen und Ungleichheiten in der Familie, zwischen Eheleuten, zwischen männlichen Vorgesetzten und Arbeiterinnen in der Fabrik zu hinterfragen und Veränderungsmöglichkeiten aufzuzeigen.
Die Leiterinnen von YASANTI betonen, daß Bewußtseinsbildung ein äußerst langwieriger Prozeß ist und daß dabei mit viel Sensibilität am Bewußtseinsstand der Frauen angesetzt werden muß. Sie versuchen in ihren verschiedenen Gruppen für Bäuerinnen, Verkäuferinnen und Fabrikarbeiterinnen, die beteiligten Frauen mit Kommunikations- und Rollenspielen anzuregen, sich gemeinsam über ihre Situation klarzuwerden und erste Schritte zur Veränderung ihrer Lage zu formulieren. Wichtig dabei ist, daß bei den Treffen hauptsächlich Javanisch, die im Alltag übliche Regionalsprache, und nicht die offizielle Landessprache „Bahasa Indonesia" gesprochen wird, die besonders die Landfrauen mit geringer Schulbildung kaum verstehen.
In der Phase der Problemidentifikation setzt YASANTI u.a. von UNICEF entwikkelte Schaubilder ein, die die Frauen zum Erkennen und Aussprechen ihrer Probleme anregen sollen. Die in den Bäuerinnengruppen verwandten Zeichnungen zeigen z.B., wie die Frau erst dem Mann und dann den Kindern Reis und Gemüse auffüllt und dann selbst ißt, was übrigbleibt. Oder die Männer sind abends im *warung*

(eine für Indonesien typische Imbißbude) beim Glücksspiel abgebildet, während die Frauen zuhause Kleidung ausbessern oder Speisen für den Verkauf am nächsten Tag vorbereiten. In den Gruppen von Fabrikarbeiterinnen und Verkäuferinnen, die auch von YASANTI angeleitet werden, werden außerdem die Beziehungen zwischen männlichen Vorgesetzten und den weiblichen Angestellten besprochen, bei denen die Frauen der Willkür und nicht selten auch sexuellen Übergriffen ihrer Chefs ausgesetzt sind. Die Thematisierung dieser Problematik soll helfen, die vom Arbeitgeber geförderte Isolierung der Frauen voneinander zu überwinden und eine Solidarisierung zu unterstützen, die einen gemeinsamen Protest gegen Lohndiskriminierung und repressive Arbeitsbedingungen möglich macht. Doch bisher ist YASANTI, auch aufgrund der repressiven politischen Strukturen, die alle Ansätze von Widerstandsaktionen in Indonesien im Keim ersticken, weniger auf gemeinsame Protestaktionen orientiert als auf einen individuellen Ausstieg der Frauen aus den diskriminierenden Arbeitsbedingungen. In diesem Zusammenhang ist auch YASANTI's Angebot von Weiterbildungskursen zu sehen, die den Frauen den Zugang zu selbstbestimmteren Tätigkeitsbereichen eröffnen soll. Bäuerinnen können durch Nähkurse eine Grundlage für zusätzliche einkommensschaffende Aktivitäten erhalten. Verkäuferinnen und Fabrikarbeiterinnen wird mit Schreibmaschinen- und Schneiderkursen eine Alternative für die Zeit nach der Eheschließung eröffnet, wenn sie als Angestellte in Fabriken und Kaufhäusern nicht mehr geduldet werden.

Konzepte zur Verbesserung des sozialen Status der Frau

„Der Mann ist in erster Linie für die Sicherung des Lebensunterhalts seiner Familie zuständig. Die Frau ist die Koordinatorin aller Haushaltsangelegenheiten. Das heißt nicht, daß sie nicht daneben auch noch Geld verdienen kann, wenn die Familie es nötig hat. Aber das ist nicht ihre Pflicht. Frau und Mann sind grundsätzlich gleichwertig und sich in der Erfüllung ihrer unterschiedlichen Aufgaben gegenseitig verantwortlich" (Kus, Direktorin der Frauen-NGO YASANTI in Yogyakarta, Zentral-Java).
Das Emanzipationskonzept der YASANTI-Frauen ist eng mit dem islamischen Normensystem verknüpft. So verstehen sie „Bewußtseinsbildung" als Orientierung auf die komplementäre Rollenanforderung der Geschlechter, wie sie der Islam vorschreibt. Danach ist die öffentliche gesellschaftliche Sphäre das Betätigungsfeld des Mannes, der darin ökonomisch (einkommensschaffend) und politisch aktiv wird. Domäne der Frau sind in erster Linie Haushalt und Familie, Kindererziehung eingeschlossen. Darüber hinaus ist auch ein soziales und ökonomisches Engagement der Frau in der Gesellschaft erwünscht, denn nach dem Islam ist es die Pflicht aller Gläubigen, sich für Gerechtigkeit und Ordnung im Zusammenleben der Menschen einzusetzen. Die geforderte „Bekämpfung der Armut" ist nach dem islamischen Konzept aber ein moralisch-ethischer Auftrag, der nichts mit materialistischer Analyse zu tun hat.

Die im Islam enthaltene Verpflichtung zum gesellschaftspolitischen Engagement hat in der indonesischen Geschichte ganz unterschiedliche Formen angenommen. Die verschiedenen islamischen Gruppierungen waren in den 20er bis 40er Jahren im Streben um nationale Souveränität aktive Kämpfer gegen die holländische Kolonialmacht. 20 Jahre später, nach der Machtübernahme durch General Suharto 1965, haben sich viele moslemische Landbesitzer und Händler an der Liquidierung der atheistischen Mitglieder und Sympathisanten der kommunistischen Partei beteiligt, zu denen vorwiegend landlose Tagelöhner und Arbeiter gehörten. Hier wurde die Pflicht, sich für die Armen und Unterdrückten einzusetzen, offenbar dem „Feldzug gegen die Ungläubigkeit" untergeordnet.
Nach den heiligen Schriften des Islam ist es Aufgabe der Moslems, mit ihrer Lebensführung den anderen Mitgliedern der Gesellschaft ein Vorbild zu sein. In diesem

Sinne verstehen auch die islamischen Studentinnen ihre Rolle, die auf dem Kampus an Schleier und langem Gewand zu erkennen sind und sich neben ihrem Studium zunehmend in der Bildungsarbeit mit Frauen und Jugendlichen engagieren. Leitbild für das Engagement der islamischen Aktivistinnen ist das Leben der Frauen Mohammeds, die dem Propheten im Kampf um die Verbreitung seiner Botschaft zur Seite standen.

Uns erscheint die behauptete Gleichwertigkeit im islamischen Modell komplementärer Geschlechtsrollen eher als verbale Anpassung an international in Mode gekommene Slogans von der „Gleichberechtigung der Frau", als daß sie etwas mit der Realität der Statusdefinition in Indonesien zu tun hätte. Die von uns interviewten Frauen aus verschiedenen Islamströmungen selbst waren sich darin einig, daß der Mann die „Nummer 1" sei. Die Frau sei seine Helferin. In dieser Rolle sei sie wichtig und gleichermaßen geachtet, doch ihr Betätigungsfeld läge im Hintergrund der öffentlichen Bühne, auf der die Männer agierten.
Es ist unbestritten, daß auch in Indonesien gesellschaftliche Anerkennung denen zufällt, die aus der Sphäre des Privaten heraustreten, sich im Licht der Öffentlichkeit engagieren und aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken. Die unsichtbaren Helfer/innen im Hintergrund, die mit den immer wiederkehrenden, unspektakulären Problemen des Alltags kämpfen, werden von den gesellschaftlichen Machern zwar immer wieder für ihre aufopferungsvolle, „unbezahlbare" (und auch meist unbezahlte) Tätigkeit gelobt, doch gesellschaftliche Hochachtung und Bewunderung gilt ihnen nicht. Diese Realität der Statusdefinition enthüllt die behauptete Gleichwertigkeit der im Schatten arbeitenden weiblichen „Nummer 2" als blanke Ideologie; und diese Verschleierung ist keine Sonderidee der Moslems, sondern ist auch im christlichen Westen als Mittel zur Stabilisierung patriarchaler Ungleichheitsverhältnisse wohlbekannt.

„Unser wichtigstes Ziel ist es, für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zu kämpfen, so wie sie das Grundgesetz vorsieht. Aber das heißt nicht, daß die Frau dabei als Individuum hervortreten soll. Wir sehen uns in erster Linie im Familienzusammenhang, und das finden wir auch erhaltenswert" (Ibu Tarigan, Vorsitzende von PUSKOWANJATI, Dachverband von Frauengenossenschaften in Ost-Java).
Die Einbindung der indonesischen Frau in das Normen- und Funktionssystem der Familie bringt auf der einen Seite eine Begrenzung des persönlichen Entscheidungsspielraums mit sich. Zum anderen jedoch werden den Frauen dadurch, daß sie nicht nur auf die Unterstützung ihres Mannes in der Kleinfamilie angewiesen sind, sondern auf die Hilfe der Solidargemeinschaft Großfamilie zurückgreifen können, Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die sich Mütter in westlichen Ländern nur mit großem organisatorischem Aufwand erkaufen können. Berufstätigkeit und gesellschaftliches Engagement sind für indonesische Frauen nicht unmöglich, auch wenn sie kleine Kinder haben. Familienangehörige (d.h. in der Regel Frauen: die Mutter, Großmutter, Tante oder Schwester) übernehmen Betreuungsaufgaben im sicheren Wissen, daß sie diese Hilfeleistung in anderer Form oder zu einem anderen Zeitpunkt zurückerhalten werden. Während für Frauen der unteren Einkommensschichten die Hilfe anderer Familienmitglieder oft eine lebenswichtige Notwendigkeit darstellt, bietet der Rückhalt der Familie (und des Dienstpersonals) Mittel- und Oberschichtfrauen die Chance, Kinder und Karriere miteinander zu vereinbaren.

In einem Interview befragten wir vier Vorstandsfrauen des Genossenschaftsdachverbands, der von einer Aktivistin der alten Frauenbewegung aus den Jahren des Unabhängigkeitskampfes ins Leben gerufen wurde, zu ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Emanzipationsideen. Dabei führten sie auf die Frage, was sie an der Situation der Frau in Indonesien am veränderungsbedürftigsten hielten, die folgen-

den Punkte an: erstens die alleinige Belastung der Frauen mit der Hausarbeit; zweitens die Diskriminierung der Frauen bei der Inanspruchnahme der Ehe- und Scheidungsgesetze. Die Gesetze gäben Frauen zwar das Recht auf Einreichen der Scheidung für den Fall, daß der Mann seine ehelichen Pflichten verletze. Doch nach der herrschenden Norm gälten geschiedene Frauen als potentielle Unruhestifterinnen für heile Ehen. Dieser zweifelhafte Ruf schrecke viele Frauen ab, den Schritt in die Scheidung zu tun. Drittens die viel zu geringen Strafen für Vergewaltiger und die diskriminierende Tatsache, daß die Vergewaltigungsopfer meist noch öffentlich beschuldigt werden, den Mann absichtlich zu seiner Tat gereizt zu haben. Als vierten veränderungsbedürftigen Punkt im javanischen Wertesystem wurde, bezeichnenderweise von der einzigen unverheirateten, älteren Frau in der Gesprächsrunde, die fehlende Akzeptanz gegenüber Frauen genannt, die nicht den üblichen Weg in Ehe und Mutterschaft einschlagen.
Obwohl die Leiterinnen der Genossenschaft zu diesen Punkten klare Veränderungsvorschläge formulierten, hielten sie eine Thematisierung entsprechender Fragen, mit denen die in der Kooperative zusammengeschlossenen Frauen in ihrem Alltagsleben konfrontiert sind, in den Gruppen für unangebracht. Ziel der Kooperativen sei es zwar, Selbstbewußtsein, Mut und Selbstvertrauen der Frauen zu stärken, doch dies sei eher durch das System der Selbstverwaltung und die dabei angewandten Prinzipien gleichberechtigter Kommunikation und Entscheidungsfindung zu leisten. Die Bearbeitung familiärer Probleme hätte mit den Zielen der Kooperative nicht unmittelbar etwas zu tun.
Selbstbewußtsein zu stärken heißt also auch hier in erster Linie, die Frauen zu unternehmerischen Aktivitäten und sozialem Engagement in der Öffentlichkeit anzuregen. Die Hinterfragung patriarchaler Familien- und Gesellschaftsstrukturen ist im Zielekatalog bewußtseinsbildender Maßnahmen nicht enthalten.

Das offizielle Rollenleitbild der modernen indonesischen Frau

Die Orientierung auf gesellschaftliches Engagement steht bei vielen Frauenprogrammen im Mittelpunkt. So formulierte auch Mba Sumiati, die Anleiterin des Frauenprogramms von LP3ES in Klaten, Zentral-Java: „Daß Mädchen heute in der Regel die gleiche Schulbildung zugestanden wird wie Jungen, ist schon ein großer Fortschritt. Und auch daß Mädchen nicht mehr mit 15 oder 16 Jahren heiraten wie noch vor wenigen Jahren, eröffnet ihnen mehr Raum für persönliche Entwicklung. Für die Zukunft finde ich es wichtig, daß die gestaltende Rolle der Frauen in der Gesellschaft stärker wiederbelebt wird."
Diese Ausrichtung deckt sich mit den von der Regierung propagierten Rollenanforderungen an eine moderne Frau. Zum indonesischen Muttertag am 22.12.1987 wurden in verschiedenen Tageszeitungen Artikel veröffentlicht, die sich mit dem traditionellen Rollenbild der indonesischen Frau auseinandersetzten und eine größere Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau forderten. Schlechtere Bildungschancen, ungleiche Bezahlung und eine überproportional hohe Arbeitslosenquote im formalen Sektor wurden in allen Artikeln thematisiert und als Problem ernst genommen. Eine Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ist offiziell erklärtes Regierungsziel, dem heutzutage nirgendwo in Indonesien mehr widersprochen wird. Diverse Frauenförderungsprogramme sowie ein eigenes Frauenministerium wurden für die Durchsetzung dieses Ziels eingerichtet.

Trotz dieses neuen emanzipatorischen Leitbildes hat sich an der primären Rollenzuweisung der Frau als Mutter, Ehefrau und Hausfrau nichts geändert. Es gibt unter den oben erwähnten Artikeln keinen einzigen, der nicht ausdrücklich darauf hinweist, daß trotz gewünschter aktiver Betätigung im öffentlichen Leben die erste und

wichtigste Aufgabe und Pflicht einer Frau immer die der als Mutter und Stütze der Familie bleiben müssen. Die damit verbundene Doppel- und Dreifachbelastung der Frau wird zwar richtig erkannt, aber anstatt sie in Frage zu stellen, wird sie als edle und natürliche Bestimmung der Frau überhöht. Eine Beteiligung der Männer an den häuslichen Aufgaben, die den Frauen ihre Dreifach-Bürde erleichtern könnte, wird grundsätzlich nicht in Erwägung gezogen. Aber alle Artikel loben, daß die indonesischen Frauen ihre Mehrfachbelastung klaglos akzeptierten und nicht, so wie westliche Feministinnen, sich von den Männern abspalten oder mit ihnen konkurrieren wollten.

Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, in denen die offiziell propagierte Frauenrolle die Frau auf Heim und Familie beschränken will, gilt die Berufstätigkeit der Frau in Indonesien als gesellschaftlich akzeptiertes und sogar gewünschtes Betätigungsfeld. Doch die familiären Pflichten haben erste Priorität. Für den relativ jungen indonesischen Staat mit hohem Nationalbewußtsein heißt das außerdem auch, daß von einer Frau erwartet wird, als „Mutter der Nation" den nationalen Aufbau (Pembangunan) des indonesischen Volkes zu unterstützen und mitzutragen. Dies wird in vielen öffentlichen Verlautbarungen immer wieder hervorgehoben.
In seiner Ansprache zum Muttertag 1984 erläuterte Präsident Suharto, was damit gemeint ist: Frauen seien die Bewahrerinnen der kulturellen Moral und nationalen Werte, die von Generation zu Generation weitergegeben werden müßten. Sie hätten insbesondere die Aufgabe, Einflüsse von anderen Kulturen, die in letzter Zeit in Indonesien eindrängen, zu filtern, positive Elemente wie Selbstdisziplin, Fleiß etc. zu fördern und die destruktiven Elemente wie Egoismus und Selbstgefälligkeit zurückzudrängen (Jakarta Post vom 24.12.1984).

Alte traditionelle Leitbilder werden also nicht durch neu entstandene Anforderungen und entsprechend veränderte Werte ersetzt, sondern die Forderungen nach Emanzipation und Chancengleichheit werden in das alte Rollenklischee der dienenden Ehefrau und Mutter integriert. Die Vielfachbelastung der Frau als Hausfrau, Ehefrau und Mutter, als Geldverdienerin und als Aktivistin für die indonesische Entwicklung ist somit ausdrücklich das erwünschte und anerkannte Bild einer modernen indonesischen Frau.
Diese Rollendefinition unterscheidet sich bewußt von der feministischen Forderung nach einer ausgeglichenen Arbeitsteilung im Sinne eines gleichgewichtigen Engagements von Frauen und Männern in der häuslichen *und* außerhäuslichen Sphäre. Auch in Indonesien ist es Sache der Männer, die Familie nach außen zu vertreten, während die Frauen für die Befriedigung der Grundbedürfnisse zuständig sind. Im Rahmen des staatlichen „Programms zur Förderung des Familienwohls" (PKK) sollen die Frauen zur Verbesserung von Ernährung, Hygiene, Gesundheit, Bildung usw. angeleitet werden. Doch die Durchführung liegt in den Händen von Beamtenfrauen, die in Ehefrauenpflichtvereinigungen entsprechend der Stellung ihres Mannes Koordinierungsaufgaben für dieses Programm übernehmen müssen. Und so gehen in der Praxis unter dem PKK-Etikett eher Mittelschichtfrauen ihren Freizeitinteressen nach, als daß es zur Umsetzung der im Regierungsprogramm geforderten Maßnahmen zur Grundbedürfnissicherung kommt.

Was wir von den Indonesierinnen lernen können

Beeindruckt haben uns in Indonesien die Selbstverständlichkeit gemeinschaftlicher Aktionen und das Ausmaß sozialen Engagements von Frauen in ihrer Wohnumwelt sowie am Arbeitsplatz, die sich von der privatistischen Scheuklappenmentalität im Westen stark unterscheiden. Ihre Orientierung am Prinzip der Gemeinschaft und

die Verwirklichung von Kooperation und gegenseitiger Hilfe im Alltag können uns, denen soziale Anonymität und Vereinzelung vertrauter sind als gute nachbarschaftliche Beziehungen, auch Anregungen für die Wiederbelebung zerbrochener Gemeinschaftsstrukturen und sozialer Kultur in unserer Gesellschaft geben.
Und einen weiteren Aspekt der Aktivitäten indonesischer Frauen halten wir auch im Westen für beachtenswert: die ökonomischen Potentiale von Frauen im Sinne gemeinschaftlicher Produktivität. Wie gemeinschaftliche Unternehmungen von Frauen gestaltet sein müßten, damit sie in unserer hochtechnisierten kapitalistischen Ökonomie eine Entfaltungschance haben, ist eine komplexe Frage, die wir an dieser Stelle nicht beantworten können. Doch die Tatsache, daß viele Frauen heute aus den herrschenden Arbeitsmarktstrukturen herausfallen und nach alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten suchen, sollte Grund genug sein, die Perspektiven kooperativer ökonomischer Aktivitäten auch in den industrialisierten Ländern gründlicher zu untersuchen. Gerade die vielen rein sozial orientierten Frauenprojekte, Frauenhäuser, Beratungsstellen, Nachbarschaftsläden etc. im Westen könnten von den indonesischen Frauenprojekten wichtige Impulse und Anregungen dazu aufnehmen, wie gemeinsames ökonomisches Engagement Unabhängigkeit und Selbstbewußtsein von Frauen fördern kann.
Wir sollten die Möglichkeit *zulassen*, daß wir von den „zwischen allen Stühlen" sitzenden Frauen der sogenannten Dritten Welt auch lernen können. Der gängige mitleidige Blick auf die „armen, unterdrückten Frauen der Dritten Welt", deren Probleme von Frauen in der Ersten Welt analysiert und für die Handlungsstrategien entworfn werden, ohne daß frau sich die Mühe eines Dialoges macht, ist in seiner Eindimensionalität eine rassistische Fortsetzung des kolonialen Denkens.

Über die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen Frauen in „Erster" und „Dritter" Welt befragt, klagten die Aktivistinnen der Frauenprogramme in erster Linie über fehlende Informationen. Sie wüßten so gut wie nichts über die Ziele und aktuellen Aktionen der Frauenbewegung in westlichen Ländern. Doch alle betonten, daß sie für internationale Kontakte prinzipiell offen sind. Und einige führten als Beispiel für eine notwendige internationale Zusammenarbeit von Frauen Kampagnen gegen die Einführung von Medikamenten und Kontrazeptiva an, die in Industrieländern bereits verboten sind.[1)] Die indonesischen Aktivistinnen wiesen gleichzeitig aber auch auf Unterschiede zwischen ihrer Situation und der westlicher Frauen hin und definierten in Abgrenzung dazu ihre eigenen Ziele: „Ich war einmal auf einem internationalen Kongreß der ‚Frauen für Frieden und Freiheit' in Holland. Dort ging es hauptsächlich um die nukleare Bedrohung. Diese Entwicklung macht uns zwar auch Sorgen, aber wir sind von diesem Problem noch nicht direkt betroffen. Bei uns geht es in erster Linie immer noch um die Füllung der leeren Mägen" (Sri Kusyuniati, Direktorin der Frauen-NGO YASANTI in Yogyakarta, Zentral-Java).

In der Frage, wie eine Zusammenarbeit zwischen Frauen in der Ersten und Dritten Welt aussehen könnte, hat unser Aufenthalt in Indonesien eine Orientierung bekräftigt, die sich auch in der deutschen Frauenbewegung immer mehr durchsetzt: Daß der mehr oder weniger karitative Ansatz, einzelne Projekte mit Spendengeldern zu unterstützen, ein kompensatorischer Tropfen auf den heißen Stein ist und die Situation der Frauen in den abhängig gehaltenen Ländern der Dritten Welt nicht qualitativ verändern wird. Angesichts der bei vielen internationalen Geber-Organisationen längst eingerichteten „Selbsthilfe-Töpfe" können sich die Frauenprojekte dort außerdem bessere finanzielle Hilfe verschaffen, als wir sie mit unseren Solidaritätsbeiträgen zu leisten imstande sind. Eine Aufgabe für uns könnte darin liegen, bei Bedarf Kontakte zu Fördereinrichtungen zu vermitteln.
Uns hat die Auseinandersetzung mit den indonesischen Aktivistinnen in der Auffassung bestätigt, daß es unsere vorrangige Aufgabe ist, den zerstörerischen Einfluß kapitalistischer Ökonomie und patriarchalischer Ideologie da zu stoppen, wo wir ihm

selbst begegnen: in unseren eigenen Lebensverhältnissen. Gleichzeitig kommt es darauf an, einen Informationsfluß in beide Richtungen in Gang zu bringen und Diskussionszusammenhänge zu schaffen, die eine Zusammenarbeit in aktuellen Kampagnen, gegenseitige Unterstützung und Voneinander-Lernen der Frauen in Erster und Dritter Welt erst ermöglichen.

Anmerkung

1) Von der indonesischen Familienplanungsbehörde BKKBN wird z.Zt. die Dreimonatsspritze „Depo-Provera" in großangelegten Kampagnen als ideales Verhütungsmittel propagiert.

Literatur

BERNINGHAUSEN, Jutta/KERSTAN, Birgit: Die Töchter Kartinis. Berichte und Reportagen aus dem Leben indonesischer Frauen, Berlin 1984

dies.: Wer die Wahl hat, hat die Qual. Eine Geschichte über die Veränderung von Lebensbedingungen und soziale Normen in Mitteljava, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 21/22, 1988, S. 183–189

LENZ, Ilse: Liebe, Brot und Freiheit: Zur neueren Diskussion um Subsistenzproduktion, Technik und Emanzipation in der Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 21/22, 1988, S. 167–181

MAGNIS-SUSEND, Franz von: Javanische Weisheit und Ethik, Studien zu einer östlichen Moral, München/Wien 1981

MIES, Maria: Methodische Postulate zur Frauenforschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 11, 1984, S. 7–25

dies.: Frauenforschung oder feministische Foschung, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 11, 1984, S. 40–61

MORGAN, Robin (Hrsg.): Sisterhood is global, The international women's movement anthology, Harmondsworth 1985

Eva-Maria Bruchhaus

Klamotten für die Welt – Altkleidersammlung und Unterentwicklung

Die Beobachtungen, die in dem folgenden Artikel wiedergegeben werden, entstammen meiner zehnjährigen Arbeit als Gutachterin für Entwicklungsprojekte insbesondere nichtstaatlicher Organisationen im Bereich integrierte ländliche Entwicklung mit Schwerpunkt Frauenförderung, überwiegend in Afrika.

Nicht die Armut in den Ländern der Dritten Welt ist daran schuld, daß der Abstand zwischen den Lebensbedingungen dort und hier immer größer wird, sondern der Überfluß in den Industrieländern. Das mag paradox klingen, ist aber eine Tatsache, die oft nur durch die Vernetzung und Verschleierung der Weltwirtschaftsbeziehungen so schlecht zu beweisen ist. Amilcar Cabral, der Führer der PAIGC[1] im Kampf gegen die portugiesische Kolonialherrschaft hat sich einmal beklagt, wieviel schwerer es doch sei, einem afrikanischen Bauern zu erklären, wie er durch den Weltmarkt ausgebeutet wird, als einem Industriearbeiter vor Augen zu führen, daß er zu wenig Lohn bekommt. Aber an einem Beispiel aus dem Textilbereich ist es möglich, diese These einfach und anschaulich zu belegen und die vielschichtigen Zusammenhänge darzustellen. Darüberhinaus hat das Beispiel den Vorteil, daß es uns alle betrifft und wir sogar Konsequenzen daraus ziehen können.

Es geht darum zu belegen, wie die Altkleidersammlungen, die zu unserem Straßenbild gehören, Textilhandwerk und -industrie in der Dritten Welt zerstören. Aber was hat das speziell mit Frauen – mit Frauen hier und mit Frauen in der Dritten Welt – zu tun? Es sind fast ausschließlich Frauen, die die Plastiksäcke füllen, die uns vom Roten Kreuz, der Arbeiterwohlfahrt, dem Malteserhilfswerk etc. (und auch von kommerziellen Sammlern) in den Briefkasten gesteckt werden, mit der freundlichen Bitte, den Sack nicht zu mißbrauchen (etwa für Müll!), sondern sich an der Sammlung zu beteiligen und somit dazu beizutragen, die vielfältigen sozialen und humanitären Aufgaben des Hilfswerks zu erfüllen. Und es sind wiederum Frauen, die in den sogenannten freien Produktionszonen in der Dritten Welt zu Hungerlöhnen Billigtextilien herstellen, deren Preise oft so niedrig sind, daß kaum eine(r) ein schlechtes Gewissen hat, wenn sie/er das Kleidungsstück nach kurzem Tragen in die Altkleidersammlung gibt. Unter den Textilhandwerkern und Fabrikarbeitern in Ländern der Dritten Welt, die für den einheimischen Markt produzieren, sind die Mehrzahl Frauen, die aufgrund der massiven und konkurrenzlos billigen Altkleiderimporte ihre Arbeit und ihr Einkommen verlieren.

Wohin mit den Klamotten?

Mindestens zweimal im Jahr stellt sich diese Frage, meist im Frühjahr und im Herbst, wenn es wieder einmal darum geht, die Kindersachen, welche zu klein geworden sind, und die Kleidungsstücke der Erwachsenen, die zwar noch gut erhalten aber nicht mehr modern sind, aus dem Kleiderschrank zu räumen und Platz für die neuen modischen Sachen zu schaffen. Aber zum Wegwerfen sind die Sachen meist noch zu gut, und jemandem anbieten möchte man sie auch nicht – er oder sie könnte ja denken, man hielte sie oder ihn für arm! Darum sind die Kleidersammlungen eine echte Hilfe, denn abgesehen davon, daß sie die Altkleider problemlos „entsorgen", indem sie direkt vor der Haustür stattfinden, verschaffen sie uns gleichzeitig ein gutes Gefühl: nämlich etwas Konkretes zur Linderung der Armut in der Welt getan zu

haben. Deshalb werden die Sachen vorher meist noch gewaschen, gebügelt und säuberlich gefaltet, ehe sie in die Plastiksäcke der Hilfswerke gesteckt werden. Sicher soll es vorkommen, daß mit diesen Sammlungen auch Geschäfte gemacht werden, deshalb achtet frau ja auch darauf, daß die Hilfswerke die abgelegten Kleider bekommen und nicht die kommerziellen Sammler.
Aber die Übergänge sind hier fließend, auch die karitativen Organisationen verkaufen einen großen Teil ihrer Altkleider, nur ein geringer Teil wird in den (meist überquellenden) Lagern für Notfälle aufbewahrt. Das meiste wird verkauft an eben diese Händler, die zum Teil von den karitativen Organisationen beauftragt werden, für sie zu sammeln – in den Säcken, die ihren Namen tragen. Dafür erhalten die Hilfswerke einen Teil des Verkaufserlöses, von dem sie dann die diversen karitativen Aktivitäten – je nach Spezialisierung – finanzieren: die Betreuung Behinderter, die Versorgung alter Leute, die Bergung Schiffbrüchiger oder abgestürzter Bergsteiger . . . Da Staat und Gemeinden immer weniger Mittel für diese Aufgaben bereitstellen, sind die Organisationen immer mehr auf den Erlös aus dem Altkleiderverkauf angewiesen.

Offensichtlich wurde – und wird – bei den Hilfswerken auch nicht gründlich darüber nachgedacht, welche Folgen aus diesem Klamottentransfer entstehen. In einem Gespräch mit dem Öffentlichkeitsreferenten des Malteserhilfswerks in Köln zeigte sich dieser erstaunt und betroffen, als er erfuhr, daß dadurch Existenzen in der Dritten Welt vernichtet werden. Ob das allerdings zu einer Einschränkung der Sammeltätigkeit führt, darf bezweifelt werden, denn woher soll das Geld für die karitativen Aktivitäten bei verstärkter Drosselung der öffentlichen Ausgaben sonst kommen?
In der Schweiz hatten sich sechs karitative Hilfswerke bereits 1973 zu einer gemeinsamen Sammelaktion mit dem Namen „Tex-Out“[2] zusammengeschlossen, um durch gemeinsames Vorgehen Kosten zu sparen und Konkurrenz zu vermeiden. Das Sammelergebnis wurde ebenfalls an private Altstoffhändler verkauft. Als deren undurchsichtige Geschäftspraktiken als unvereinbar mit den Prinzipien der Hilfswerke erschienen, wurden die Sammlungen nicht eingestellt, sondern die Hilfswerke übernahmen einfach zusätzlich die Verwertung der Altkleider selbst. In der Schweiz belief sich das Sammelergebnis 1985 auf ca. 12.500 Tonnen. In der Bundesrepublik umfaßte der Altkleiderberg 1983 bereits 40 Millionen Tonnen, und jedes Jahr werden es mehr, in manchen Städten wird inzwischen zweimal im Monat gesammelt.
In der Bundesrepublik wird der Altkleiderberg wie folgt aufgeteilt:

– 10 % unverwendbar
– 10 % kommen in die Kleiderkammern, um an einheimische Bedürftige oder Katastrophenopfer verteilt zu werden
– 1/4 wird als Putzlumpen verkauft
– 1/4 wird an wiederaufbereitende Textilbetriebe vor allem in Italien (Prato in der Toskana) verkauft,
– 1/4 wird nach Übersee verkauft, zumeist über holländische und belgische Exporteure.

Uns interessieren hier nur die letzten 25 %, obwohl auch ein Teil der als Katastrophenhilfe (die die Empfänger oft nicht einmal haben wollen!) verschickten Kleiderspender in kommerzielle Kanäle gerät und ebenfalls verkauft wird. Dieses letzte Viertel finden wir z.B. in einem „Secondhand Shop“ in Alt-Delhi, direkt neben der größten Moschee der Stadt wieder.[3] Oder es liegt auf einem Wühltisch, der an unseren Schlußverkauf erinnert, in irgendeinem Dorf in Afrika. Da kann man Hemden für 2 bis 5 DM kaufen, eine Jacke für 10 DM, ein ganzer Anzug kostet nur 40 DM, und für eine DM bekommt man ein Kinderhemd. Für eine Jeans muß man allerdings schon 30 DM hinblättern, das ist ein Zehntel eines Monatsgehalts eines ganz ordentlich verdienenden Angestellten in Burkina Faso. Aber für die Jugendlichen in Afrika ist die Jeans eben auch *das* Kleidungsstück an sich, das läßt man sich schon etwas

kosten. Und welcher kleine indische Angestellte hätte nicht gern ein richtiges Oberhemd, und noch dazu bügelfrei, auch wenn es am Kragen schon etwas abgewetzt ist . . . Der senegalesische Bauer, der frühmorgens seinen alten Anorak überzieht – wenn es nicht ein gesteppter Damenmorgenrock ist – hat allerdings beim Kauf für ca. 20 DM nur an die morgendliche Kälte auf dem Feld gedacht.
Auf dem Weg der Klamotten ins letzte afrikanische Dorf haben ein paar Leute ganz schön verdient: die Sammler bekommen je nach Qualität 0,30 bis 0,70 DM pro Kilo, die Importeure in Afrika zahlen das drei- bis fünffache und machen trotzdem beim Weiterverkauf einen stattlichen Gewinn, aus dem sich leicht die Importzölle zahlen lassen. In vielen Ländern hat sich ein ganzer Wirtschaftszweig um den Altkleiderhandel entwickelt: von einigen wenigen Importeuren (die oft Beziehungen zu den zuständigen Behörden haben, um Importlizenzen bekommen zu können bzw. keinen Zoll zahlen zu müssen) bis hin zur Marktfrau im Dorf, oder zum jugendlichen Arbeitslosen, der mit einer Stange voll alter Büstenhalter durch die Vorstadtstraßen wandert.

Verarmung durch Integration in den Welthandel

Der Altkleiderexport in Länder der Dritten Welt führt zu einer dreifachen Verarmung: materielle Verarmung durch Verdienstausfall, kulturelle Verarmung durch Übernahme fremder Kleidernormen, geistige Verarmung durch das Verkümmern der künstlerischen und handwerklichen Kreativität.
Kritikern des Altkleiderhandels wird oft entgegengehalten – sowohl von den Sammlern hier als von den Aufkäufern und Kunden dort –, daß es, angesichts sich stetig verschlechternder Wirtschaftslage, zum Beispiel in den Ländern Afrikas immer noch besser sei, wenn sich die Armen zu billigen Preisen einkleiden könnten, als wenn sie frieren und mehr oder weniger nackt herumlaufen müßten. Und warum soll ihnen nicht auch gefallen, was wir schön finden?

Dabei wird absichtlich oder unabsichtlich übersehen, daß hier wie in vielen anderen Fällen Geld für Importe ausgegeben wird, die einheimische Produkte verdrängen. Der Familienvater, der auf einem Dorfmarkt in Mali ein altes Freizeithemd im Hawailook für sich und ein Mickey-Maus-T-Shirt für seinen Sohn kauft, ist vielleicht ein durch den Klamottenimport arbeitslos gewordener Schneider. Die madegassische Händlerin, die mit einem Korb voll gebrauchter Kinderkleider durch die Dörfer zieht, hat vor Jahren (sicher in einem kirchlichen Entwicklungsprojekt) Sticken und Nähen gelernt. Für die wunderhübschen gestickten Kinderkleidchen haben ihre Landsleute kein Geld mehr, die werden höchstens noch von den ausländischen Fachleuten, die für ein paar Jahre ins Land gekommen sind, um in Niederlassungen ausländischer Firmen oder in Entwicklungsprojekten zu arbeiten, gekauft. „Und auch die sind nicht mehr das, was sie einmal waren", klagt eine Verkäuferin in der „Paysanne", einem kleinen mit Entwicklungshilfegeldern gemieteten Laden in Bamako, der Hauptstadt Malis.
Hier werden handgemalte, -bedruckte und gebatikte Stoffe und Kleidungsstücke verkauft, die von in Selbsthilfegruppen organisierten Bäuerinnen produziert werden. Aufgrund der sinkenden Kaufkraft können sich die meisten Malier keine neuen Kleidungsstücke mehr leisten, und die wenigen reichen Bamakesinnen halten sich ihre eigenen Färberinnen. So bleibt den Kleinhandwerkerinnen nichts anderes übrig, als sich im Kampf um die wenigen potentiellen Kunden gegenseitig zu unterbieten – zum Nutzen der Experten und anderer Ausländer, die gern die lokalen Handwerksprodukte kaufen, aber nur wenn sie billig sind: ein handbedrucktes Baumwollkleid für 30 DM ist ihnen noch zu teuer.
Auch die Textilarbeiterin in der „freien" Produktionszone im fernen Mauritius hätte keine Arbeit, wenn sie nicht für den ausländischen Markt produzieren könnte:

„sechsmal so billig wie in Taiwan!" schwärmt der Prospekt, mit dem man ausländisches Kapital anlocken will. Den hochmodischen Pulli, der nach Italien exportiert wird, könnte sie sich sowieso erst leisten, wenn er auf dem Altkleiderstand verramscht wird – die knapp 100 DM Monatslohn reichen gerade zum Überleben. Und sie kann noch von Glück sagen, daß es ihr nicht so geht wie ihrer Kollegin in Thiès, einer Kleinstadt im Senegal, wo die kleine Textilfabrik, die für den lokalen Markt produziert, gerade die Hälfte der Belegschaft wegen Absatzschwund entlassen hat.

So illustriert der Altkleiderhandel anschaulich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, die von einem immer größeren Auseinanderklaffen des Lebensstandards geprägt sind. Auf der Nordseite steht:

– steigender Lebensstandard durch steigende Einkommen bei stabilen Preisen, nicht zuletzt aufgrund sinkender bzw. stagnierender Rohstoffpreise und Löhne in der Dritten Welt,

– die sich immer schneller ändernde Mode und die niedrigen Textilpreise führen dazu, daß die Kleidungsstücke immer kürzer getragen werden und immer schneller im Plastiksack landen.

Auf der Südseite hingegen finden wir:

– sinkenden Lebensstandard, aufgrund sich verschlechternder Austauschrelationen (terms of trade), zunehmender Arbeitslosigkeit, Inflation (unter anderem aufgrund steigender Preise für Industriegüter) und in vielen Ländern auch als Folge der anhaltenden Dürre,

– aufgrund sinkender Realeinkommen steht immer weniger Geld für den Kauf von Kleidung zur Verfügung.

Rückkehr zu Spinnrad und Webstuhl?

Bisher hat sich noch kaum eine Regierung zum Verbot des Altkleiderimports durchringen können, auf der einen Seite erlaubt er den Armen, sich billig zu kleiden, auf der anderen wird daran ganz gut verdient – auch vom Staat. Im Rahmen der Bemühungen, Selbsthilfeansätze und die Nutzung einheimischer Rohstoffe und Fähigkeiten zu nutzen, versuchen vor allem nichtstaatliche Entwicklungshilfeorganisationen, das Verteilen von importierten Altkleidern durch die handwerkliche Fertigung von heimischen Textilien zu ersetzen. So hat ein Flüchtlingshilfeprojekt im Ostsudan auf die kostenlose Lieferung von gebrauchten Kinderkleidern aus Schweden verzichtet, um statt dessen die handwerklichen Fähigkeiten der Flüchtlinge aus Äthiopien und die lokal angebaute Baumwolle zu nutzen und Decken und Kleidungsstücke herzustellen, die an bedürftige Flüchtlinge verteilt werden. Das ist gar nicht so einfach: Die großzügigen Spender im Norden Europas schicken zwar gern einen Sack voll abgelegter Kleider, aber sehr viel weniger gern das notwendige Geld zum Einkauf der lokal hergestellten Handwerksprodukte. Und die Flüchtlinge sind auch nicht durchweg begeistert, sie trauern den Zeiten nach, als Kinderkleider, Kekse, amerikanisches Öl und europäisches Weizenmehl verteilt wurden . . . Immerhin hat es das Projekt letztes Jahr geschafft, für 200.000 sudanesische Pfund – das sind immerhin 20.000 Dollar – von Flüchtlingen handgewebte Decken und andere Textilien an Hilfsorganisationen vor Ort zu verkaufen.

Auf höherer Ebene angesiedelt ist (war?) ein Versuch der Regierung von Burkina Faso. Wie Mahatma Ghandi, der vor ungefähr fünfzig Jahren seinen Landsleuten empfahl, auf ihre eigenen Kräfte und Ressourcen zu bauen und mit handgesponnenen und -gewebten Stoffen gegen die politische und wirtschaftliche Unterdrückung durch die britische Kolonialmacht zu kämpfen, hat Thomas Sankara seine Landsleute dazu angehalten, sich in einheimische Textilien zu kleiden. Wie die benachbar-

ten Sahelländer produziert Burkina Faso Baumwolle überwiegend für den Export. Die bescheidene nationale Textilindustrie und das lokale Handwerk leiden zunehmend unter Absatzproblemen.
Entsprechend der überall in Westafrika gültigen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ist Weben in Burkina Faso eigentlich Männersache, während Spinnen in den Aufgabenbereich der Frauen fällt. Vor ca. 30 Jahren begannen französische Nonnen, wahrscheinlich in Unkenntnis dieser Tradition, den Mädchen Weben beizubringen. Gleichzeitig führten sie verbesserte Webstühle ein. So versuchten immer mehr Frauen, als Weberinnen Geld zu verdienen, leider ohne großen Erfolg. Die Kaufkraft ist gering, und die Konkurrenz ist groß, so daß sie am Ende eines Arbeitstages manchmal kaum mehr als eine Mark verdient hatten. Nachdem Präsident Sankara verfügt hatte, daß bei offiziellen Anlässen – von Hochzeiten bis hin zum Neujahrsempfang der Regierung – nur noch Kleidungsstücke aus handgewebten Stoffen getragen werden dürften, steigerten sich die Absatzchancen merklich und nahmen noch einmal zu, als die Weisung erging, daß alle höheren Beamten in dieser Kleidung im Dienst zu erscheinen hätten.
Dabei handelt es sich keineswegs um den aus China oder Zaire bekannten Einheitslook – der modischen Gestaltung sind keine Grenzen gesetzt. Das Fernsehen ging mit gutem Beispiel voran und lieferte Anregungen, tagtäglich durch die Kleidung der Ansagerinnen und Ansager, von Zeit zu Zeit durch spezielle Modeschauen.
Zwar rümpften manche die Nase über das Handgewebte, und viele fanden die neue Mode zu teuer – auch wenn sie nicht mehr kostet als die second-hand Jeans. Aber die Weberinnen und Weber waren begeistert: Zum ersten Mal stiegen die Aufträge schneller als die Produktion, was sich auch positiv auf die Kreativität auswirkte: 70 verschiedene Streifenmuster sind derzeit im Angebot einer Frauengruppe, deren 200 Mitglieder im Sommer 1987 beschlossen, sich zu einer Kooperative zusammenzuschließen, um leichter Kredite zu bekommen und besser vermarkten zu können. In den ersten drei Monaten des Jahres 1987 hatten sie mehr verdient als sonst in einem Jahr.

Die Altkleiderverkäufe gingen jedoch weiter, die Regierung hat sich sicher nicht zuletzt mit Rücksicht auf die erschreckend niedrige Kaufkraft der Masse der Bevölkerung zu keinem Verbot durchringen können und die Konkurrenz zwischen handgewebten lokalen Produkten und importierten Klamotten zugelassen. Inzwischen sieht es allerdings so aus, als ob die Importe gesiegt hätten: Die Weberinnen waren im Dezember schon längst nicht mehr so optimistisch; seit der Ermordung des Präsidenten Thomas Sankara am 15.10.87 war der Absatz langsam aber sicher zurückgegangen und hat sicher einen weiteren Knick erfahren, seit die neue Regierung unter Blaise Compaoré die Pflicht für Beamte, im Dienst Kleidung aus handgewebten Stoffen zu tragen, aufgehoben hat. Das bedeutet einen Schritt zurück auf dem schwierigen Marsch der eigenständigen Entwicklung – und einen vorwärts auf dem Weg in die Müllhaldengesellschaft, die von unseren Abfällen lebt.

Was tun, fragt sich frau nun vielleicht, wohin mit den Klamotten? Zuerst einmal empfiehlt es sich, vom Modediktat unabhängiger zu werden, bewußter einzukaufen und die Kleidungsstücke länger zu tragen. Manche Sachen kann man übrigens auch an hiesige „second-hand-shops" verkaufen, und Kindersachen lassen sich im Bekanntenkreis verschenken, obwohl das Modebewußtsein der lieben Kleinen inzwischen mindestens so ausgeprägt ist, wie das der Erwachsenen. Falls man die Klamotten nicht anders losbringt, kann man ja Putzlumpen daraus machen, und eigentlich ist ja nichts dagegen einzuwenden, wenn sie als sogenannte Reißwolle in die Textilfabriken gehen und als neue Stoffe wieder herauskommen. Ich könnte mir auch vorstellen, daß ein paar engagierte, modisch interessierte und unternehmungslustige Frauen sich zusammenschließen und eine alternative Boutique aufmachen, in der neben schicker Dritte-Welt-Mode – z.B. Blazer aus Indigo-Batik, Bermudashorts

aus Faso-Dan-Fani – auch Informationen über die Lebensbedingungen der Frauen in der Dritten Welt vermittelt werden, die vielleicht einen kleinen Beitrag zum notwendigen Umdenken darstellen.

Anmerkungen

1) PAIGC: Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea Bissau und Cabo Verde

2) hierüber berichtet „Kleider und Mode – bei uns und in der Dritten Welt", herausgegeben von: erklärung von Bern, Zürich, Okt. 1986

3) diesen Hinweis fand ich ebenfalls in „Kleider und Mode" . . . a.a.O.

A. M. Simond

Quelle: Elisabeth Paquot (Hrsg.), terre des femmes, Editions la Decouverte, Paris und Editions du Boréal Express, Montréal 1982

Esther Dischereit

Der Kampf der Arbeiterinnen von Flair Fashion in Südkorea

Als Chang Kiang I mit aufgeschnittenen Pulsadern ins Krankenhaus eingeliefert wurde, demonstrierte die Firma Adler in Südkorea noch immer Härte und Verhandlungsunfähigkeit. Die Büglerin, die zu den wenigen Frauen mit längerer Betriebszugehörigkeit gehörte, hatte ein Zeichen gesetzt für die Leiden aller Arbeitnehmerinnen von Flair Fashion und die Erbitterung, mit der sie seit März des Jahres 1987 ihren Arbeitskampf mit der Firmenleitung austrugen.

Flair Fashion

Im Jahre 1976 begann die deutsche Firma Adler ein eigenes Produktionswerk in Iri, Südkorea, aufzubauen, derzeit rund 1600 Beschäftigte. Hier wurde die Hälfte der Eigenproduktion hergestellt, etwa ein Viertel billiger als zu Hause. Die Ansiedlung in der sogenannten Freihandelszone garantierte fünf Jahre Steuerfreiheit, ungehinderten Gewinntransfer und andere Vergünstigungen. Die südkoreanische Diktatur, zuletzt unter Chun Doo Hwan, entband die Unternehmen von den Verpflichtungen westlicher „Wohlfahrtsstaaten" und Rechtsansprüchen der ArbeiterInnen auf Selbstvertretung und -organisierung. So konnte denn auch in Iri erst im Jahre 1984 eine Betriebsgewerkschaft gegen die Geschäftsleitung durchgesetzt werden.
Zwei Jahre nach Betriebsgründung äußerte sich Wolfgang Adler begeistert: „Die Koreanerin ist mit Abstand die disziplinierteste, geschickteste, fleißigste Arbeiterin, die es gibt." Im koreanischen Landesvergleich konnte sich die Firma auf Platz zwei im Feld der unternehmerischen Erfolgsspitzen plazieren. Sechs Jahre später folgte eine weitere Produktionsstätte in Sri Lanka. Und – in der Bundesrepublik wuchs der kleine Textil-Markt „auf der grünen Wiese" zur drittgrößten Gruppe hinter C&A und Peek und Cloppenburg heran.
Dazwischen lag die erfolgreiche Fusionierung mit ASKO und seinem Dr. Wagner, eigentlich ein Lebensmitteldiscounter und vormaliger Genossenschaftsvertreter – Eigenbezeichnung: Robin Hood, der „von den reichen niedergelassenen Geschäften nimmt und den armen Verbrauchern gibt". „Der Adler gab dem ASKO Flügel", resümierte Dr. Wagner. Das Erfolgsgeheimnis liegt in einer Mischung aus Großmärkten und Wanderlagern, Wiederverkauf und Eigenproduktion. Mit diesem Verfahren wurden insbesondere die ländlichen Gebiete erschlossen. Die „one-man-show" ASKO (Financial Times) gehört zu den zehn Handelsriesen der Bundesrepublik.

Fürchtegott Adler hatte dank der Förderung durch die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG) und „weil er nie nachgibt" (Wolfgang Adler über Bruder Fürchtegott) in Iri eine Fertigung mit modernsten Produktionsmethoden aufgezogen. Computerkontrollen über Qualität und Akkordzeiten konnten im Land des unbeschränkten Arbeitstages mit zehn- bis zwölfstündigen Schichten verbunden werden unter Einbeziehung des Samstags.
Obwohl Flair Fashion als zweitgrößter Arbeitgeber am Ort über dem Branchendurchschnitt liegende Löhne zahlte, beispielsweise im Vergleich zum „Friedensmarkt" in Seoul, einem Areal, in dem rund 30 000 Menschen, überwiegend Frauen in Kleinstbetrieben beschäftigt sind, betrug die jährliche Fluktuation trotzdem nahezu fünfzig Prozent. Die Lohnspanne reichte von ca. 60 000 Won Eingangsgrundlohn pro Monat bis ca. 150 000 Won bei längerer Betriebszugehörigkeit (umgerechnet ca. 120,– DM bis 310,– DM). Die Hälfte der Belegschaft verdiente jedoch nur

zwischen 200,– und 240,– DM pro Monat. Im Vergleich zu dem von der regierungsoffiziellen Gewerkschaft – Dachverband FKTU – herausgegebenen Warenkorb lagen damit die Arbeiterinnen noch immer bis zu 50 Prozent unter dem Existenzminimum. In der Fluktuationsrate spiegelt sich das unerträgliche Zusammentreffen modernster kapitalistischer Produktionsmethoden und der damit einhergehenden Intensivierung der Arbeit mit frühkapitalistischen Ausbeutungsformen, insbesondere der schrankenlosen Ausdehnung des Arbeitstages. Das Durchschnittsalter der überwiegend weiblichen Beschäftigten liegt zwischen 18 und 25 Jahren. An einem Ausbildungsprogramm für Bekleidungsnäherinnen und -fertigerinnen war die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) beteiligt. Verheiratete Frauen werden benachteiligt, gelten in der Regel mit der Hochzeit als entlassen. Wesentliche Lohnbestandteile sind aber an die Dauer der Betriebszugehörigkeit gebunden, für diese Frauen unerreichbar. Im Fall Adler bestimmte das Betriebsklima darüber hinaus die Konstellation: deutsche Herren / koreanische weibliche abhängig Beschäftigte. Der Tonfall auf seiten des deutschen Managements wird auch von ansässigen Deutschen als spätkolonial und außerordentlich arrogant beschrieben. In einem firmenoffiziellen Preisausschreiben von Flair Fashion werden der Stammannschaft in der Bundesrepublik bzw. Europa die hübschen „schwarzhaarigen, mandeläugigen Koreanerinnen" nahegebracht: „Diese Mädchen produzieren nicht nur fleißig, sondern sie sind auch besonders aktiv bei allen Firmenveranstaltungen dabei. Bei den monatlichen Geburtstagsparties . . ." „Ginsengtee" zur „Stärkung der Manneskraft" oder gleich ein Aufenthalt in Südkorea winken als Preise. (aus: 25 Jahren Adler) Tatsächlich waren die Besucher aus Deutschland zahlreich und in der Regel kamen die Herren ohne Begleitung.
Ungefähr 300 Arbeiterinnen wohnen im werkseigenen Wohnheim. Schon vor Beginn der Auseinandersetzung zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung im Frühjahr 1987 hatte die Koreanische Frauengruppe in der BRD und Westberlin ein Brief des KOREA DEMOCRACY MOVEMENTS erreicht. Hierin hieß es u.a.:

– Am Arbeitsplatz wird kontinuierliche Zeitmessung praktiziert . . . bis zur völligen physischen und psychischen Erschöpfung . . .,

– Vorarbeiterin oder Schichtleiterin kann man nur über besondere sexuelle Beziehungen zu den deutschen Abteilungsleitern werden,

– die deutschen Leiter reden in herablassender und verletzender Weise mit ihren Untergebenen,

– gesetzlich zustehende freie Tage werden unter Vorwänden immer wieder vorenthalten,

– deutsche Leiter halten sich koreanische Nebenfrauen auf Zeit. Wenn einem eine Arbeiterin besonders gefällt, muß sie seine Wünsche erfüllen oder mit einer Versetzung auf einen schlechten Arbeitsplatz oder gar Entlassung rechnen.

Der Arbeitskonflikt 1987

Turnusgemäß hatten Tarifverhandlungen angestanden: über Löhne, Akkordbedingungen, Forderungen, die sich auf das Essen in der Kantine, Transportmittel und andere Arbeitsbedingungen bezogen. Es war den Arbeiterinnen gelungen, in die Verhandlungskommission der Betriebsgewerkschaft – nach unseren Maßstäben eine im Prinzip unternehmer- und regierungstreue „gelbe" Interessenvertretung – mehrere ihrer Vertreter zu schicken. Während der laufenden Auseinandersetzung schloß dann die Firmenleitung überraschend mit dem nicht von der Kommission autorisierten Gewerkschaftsvorsitzenden Hwang einen Lohnvertrag über 12,5 % ab. Die Forderung hatte 16,5 % betragen. Damit erklärte die Geschäftsleitung die Auseinandersetzung für beendet. Auf die Proteste der Arbeiterinnen reagierte das Manage-

ment mit Kündigungsandrohungen. Mit den 700 Frauen der Nachtschicht begann daraufhin der Streik, illegal in Südkorea. Mit Polizei und gedungenen Schlägerbanden ging die Geschäftsleitung gegen die Streikenden vor, schließlich Aussperrungen, Herunterfahren der Klimaanlage zu eisigen Temperaturen usw. Zwölf Beschäftigte, in der Mehrzahl Frauen, wurden von einem „Bestrafungskomitee" entlassen. Dieses setzte sich aus drei Vertretern der Firmenleitung und zwei Vertretern der Gewerkschaft zusammen.
Die Streikenden hatten bei Pfarrer Hyeon Rhee Unterstützung gefunden. Er hatte die mehrfach vom Werksgelände vertriebenen Frauen aufgenommen, Decken organisiert und sich schließlich auch in einem offenen Brief an die Bundesregierung gewandt. Seit längerer Zeit bestand in Iri eine Arbeiterinnen-Gruppe, die sich der Christlichen Arbeiterjugend zurechnet. Auch über die Urban Industrial Missions konnte die christliche Kirche in Korea seit den siebziger Jahren für Arbeiternehmerinteressen aktiv sein – wegen des Verbots branchen- oder distriktübergreifender unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen ein wichtiges Sprachrohr, selbst der polizeilichen Verfolgung ausgesetzt.
Der weitere Verlauf der Kämpfe wurde neben der Forderung nach Lohnerhöhung nun auch bestimmt von dem Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung – und das bedeutete unabhängige Wahlen und Wiedereinstellung der Entlassenen.

Ein unerwartetes Echo in der Bundesrepublik

Deutsche Mitarbeiter der Presbyterian Church of the Republic of Korea und die Koreanischen Frauengruppen in der BRD waren zunächst die Multiplikatoren der Ereignisse bei der Fa. Adler in Iri, dann insbesondere terre des femmes. Obgleich die Firma sehr bald schon gegen die Presse aktiv wurde, rechtliche Konsequenzen und Anzeigenentzug androhte, setzte sich die Berichterstattung in zahlreichen Tages-Medien durch, sogar in den Verbandszeitungen der Holzarbeitergewerkschaft bis in kirchliche Publikationen wie Missio und anderen. Weitere Gruppen, CAJ, autonome Frauen, Bayerischer Mütterdienst, verschiedene Institutionen der evangelischen Kirche, vereinzelt gewerkschaftliche Ansprechpartner und andere engagierten sich. Die Unterstützung für die Flair Fashion-Belegschaft ließ die Momente einer üblichen „Kampagne" vermissen. Zu keinem Zeitpunkt existierte eine zentrale Strategie noch Organisierung. Die Grundlage des Engagements war so verschieden wie der politische oder kirchliche Hintergrund der Gruppen, die an manchen Orten nur zu dieser Frage entstanden waren. Ohne die in der Bundesrepublik gewachsene Sensibilität gegen Frauenunterdrückung und Sexismus hätte dieser südkoreanische „Fall" nicht diese Beachtung gefunden.
Über die Ansprache der Menschen als Verbraucher konnte eine Aufmerksamkeit erreicht werden, die traditionell nur als Solidaraktionen von Belegschaften für Belegschaften für möglich gehalten wird. Die organisatorische, politische und kirchliche Offenheit hat sehr zum Erfolg der Unterstützung für die koreanischen Arbeiterinnen beigetragen. Inwieweit die eher dezenten Hinweise auf einen möglichen Konsumboykott Wirkung hatten, läßt sich nur schwer recherchieren (siehe auch Interviews im Anhang). Denn die im Anschluß an die Flugblattaktionen, Blockaden, Unterschriftensammlungen der losen Aktionsgruppen durchgeführten Bombenanschläge durch die Gruppe Rote Zora auf die Adler-Filialen im Bundesgebiet lösten nicht eine bewußte Käufer-Nein-Entscheidung aus, sondern eher persönliche Angst um Leib und Leben, die dann wieder zu den großen Räumungsverkäufen zum halben Preis im September deutlich nachgelassen hatte.
Die Aktionsgruppen waren zum Teil vorübergehend gelähmt, zumindest verunsichert. Terre des femmes sah sich zur Distanzierung gezwungen, ebenfalls die entlassenen Arbeiterinnen. Die Firma Adler reagierte mit einer bundesweiten Anzeigen-

aktion, in der die Schließung des Werks in Südkorea nicht mehr ausgeschlossen wird. Bei Flair Fashion wurden unterdessen die Aktionen wieder neu aufgenommen. Die Entlassenen verhandelten weiter um Wiedereinstellung und kamen täglich vor die Tore. Die Abfindungsangebote an sie stiegen. Schließlich konnte der Tag der ersten unabhängigen Gewerkschaftswahl durchgesetzt werden. Nach einem weiteren Brandanschlag in West-Berlin erklärte das Management, es beuge sich dem Terror und gebe auf.

Die erste unabhängige Gewerkschaftswahl

Im Zusammenhang der allgemeinen Arbeiterkämpfe in Südkorea, die im Juni/Juli 1987 die erbittersten seit Bestehen der Republik gewesen waren, setzte auch die Adler-Belegschaft schließlich eine rund 23,5 %ige Lohnsteigerung und die Wiedereinstellung von zwei der Entlassenen durch. Die Gewerkschaftswahlen endeten mit dem Sieg jener Frau, die der „katholischen Splittergewerkschaft" – so die Firmenleitung – nahesteht. Danach stiegen die Abfindungssummen auf ca. 34.000,– DM pro Person, was unter koreanischen Bedingungen ungefähr fünf Jahresgehälter bedeutet. Diese Gelder flossen teilweise dem „Haus der Arbeit" zu, einer Einrichtung, die zur Kommunikation und Organisierung der ArbeiterInnen des Distrikts Iri dienen soll.
Das deutsche Management wurde koreanisiert, Fürchtegott Adler seiner Kompetenzen enthoben. Damit war dieser Arbeitskonflikt zunächst zu Ende.
Flair Fashion/Adler ließ sein Engagement in China als Umschau nach neuen Produktionsstätten veröffentlichen: Abschluß eines Joint-Venture-Abkommens (Kapitalinvestition aus dem Ausland unter der Bedingung einer Mischbeteiligung von Inlandkapital zu einem festgelegten Prozentsatz). Auch über mögliche Produktionsstandorte in osteuropäischen Ländern wurde spekuliert. „Langfristig sei Südkorea ohnehin nicht mehr interessant", sagte Wolfgang Karches vom Adler-Verwaltungsrat. Sicherlich stellen andere ausländische Investoren ähnliche Überlegungen an. Denn mit dem Aufstand im Sommer 1987 hatten die südkoreanischen ArbeiterInnen nicht nur für Demokratie gekämpft, sondern auch im sozialen Bereich einen ungeheuren Nachholbedarf geltend gemacht, z.T. mit Lohnsteigerungen bis zu dreißig, vierzig Prozent. Für die ausländischen Investoren zerbrach damit der Mythos einer großen Zahl „von leistungsbereiten, lernwilligen, disziplinierten und einsatzfreudigen, dabei jedoch anspruchslosen Arbeitskräfte" (Harald Koch, Berater für Korea). Trotzdem – auch hier hatte das Unternehmen wie verschiedentlich im Verlauf der Auseinandersetzungen Schwierigkeiten mit der Wahrheit. So waren die China-Verhandlungen schon zwei Jahre zuvor in Gang gesetzt worden.

Die Kirche als Selbstbedienungsladen für Unternehmerpolitik

Auf dem Hintergrund der kirchlichen Unterstützung für die Arbeiterinnen suchte das Unternehmen Flair Fashion nun seinerseits die Kirche zur Entlastung. Der katholischen Kommission Justitia et pax hatte es Lohnzettel, Protokoll- und Aktennotizen zur Einsicht überlassen. Das Ergebnis war für die Firma nicht eindeutig. Die Gutachter konstatierten deutliche Unregelmäßigkeiten bei der Verhandlungsführung mit der Gewerkschaftskommission, überlange Arbeitszeiten auf verschiedenen Lohnzetteln und kamen sogar hinsichtlich des Vorwurfs sexueller Belästigung, obgleich sie sich diesem insgesamt nicht anschließen mochten, zu der Bemerkung: „. . . obgleich es scheint, als könnten einige Abteilungsleiter ihre Hände nicht bei sich behalten." Eindeutige Rehabilitation gab es dann tatsächlich nur vom später

eingeladenen Mainzer Generalvikar Luley, der in einer Hochglanzbroschüre mittlerweile für die bedrängte Firma aktiv geworden ist.
Dieser Versuch, Vorwürfe durch Kirche als letzte richterliche Instanz klären lassen zu wollen, hat verschiedene Gründe. Zum einen ist Kirche in Südkorea in anderer Weise als in der Bundesrepublik Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, zweitens fällt es der Fa. Adler nach wie vor schwer, die ArbeiterInnen als Tarifpartei und deshalb autonom anzuerkennen – neuerliche Schwierigkeiten bei den Lohnverhandlungen 1988 signalisieren hier eine fortdauernde Gesprächsunfähigkeit, und nicht zuletzt mag eine Rolle spielen, daß die bundesdeutschen Käuferinnen zum Teil aus der Provinz stammen, und damit Gebieten, die oftmals noch deutlich von der Moral und Wertung der religiösen Institutionen bestimmt sind. Deshalb fühlte sich die Firma vom Vorwurf des Sexismus wohl in besonderer Weise angeschlagen.

Die Fa. Adler hatte nach eigenen Angaben „den Forderungen der Brandstifter und ihrer Sympathisanten" nachgegeben, was den Schluß nahelegt, jede(r) in diesem Fall Engagierte sei ein solcher Sympathisant. Während die Aufregungen und Rechtfertigungen kirchlicher Kreise auf unabhängige Gruppierungen einen eher grotesken Eindruck machen, darf jedoch nicht unterschätzt werden, inwieweit der Fall Adler für die Unternehmerverbände prinzipiell bedrohlich ist, obwohl die Sympathisanten in ihrem Lager für den Superaufsteiger und rücksichtslosen Ellenbogenkämpfer nur gering sein dürften. (So z.B. die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels zur Unverhältnismäßigkeit der Billigstangebote nach den Brandanschlägen: „Man muß sich die Frage stellen, ob dieses Unternehmen die Irreführung der Verbraucher zum Geschäftsprinzip erhoben hat.")
Diesen Versuch, Engagierte zu „Sympathisanten" zu stempeln, macht die Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände e.V. viel unverblümter, wenn sie an die Adresse der Evangelischen Kirche äußert: was der Firma Adler geschehen sei, könne morgen jeder anderen deutschen Firma überall in der Welt ebenfalls geschehen. Man wehre sich dagegen, Freiwild zu sein für verantwortungslose Aktivitäten seitens der Kirche. Und nicht zuletzt aus den Vorfällen der Startbahn-West habe man gelernt, wer dem Terrorismus einen zustimmenden gesellschaftlichen Hintergrund geboten habe. Hier wird – sicherlich in Überschätzung der Rolle der Kirche in diesem Konflikt – erstaunliche Unternehmersolidarität demonstriert, um zukünftiges Engagement der Kirche gegen Ungerechtigkeit im Keim zu ersticken.
Welche Problematik aber in einer Stellungnahme liegt, die deutlich macht, daß ein Unternehmen Aktivitäten, die sich im Rahmen demokratischer Regularien bewegen, nicht wahrnimmt – Partizipation an der Diktatur selbstverständlich ist, und nur durch die Verletzung dieser „Spielregeln" – durch Bomben – in der Lage ist, ArbeiterInnen-Interessen zuzulassen – dieses Thema steht selbstverständlich außerhalb des unternehmerischen Disputs.
Trotz des insgesamt überraschend starken Echos in der Bundesrepublik scheint sich jedoch merkwürdigerweise eine Konstellation zu ergeben, daß eher junge Frauen aus der autonomen Szene oder kirchlich engagierte Gruppen (abgesehen von den genannten Organisationen) für im weitesten Sinne Dritte-Welt-Fragen ansprechbar sind, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen. In diesem Sinne kann nicht davon gesprochen werden, daß die Frauenbewegung Träger des Konflikts geworden wäre, wenngleich sie mit den in der BRD aufgeworfenen Fragestellungen – Sexismus – sicherlich den moralischen Hintergrund für das starke Engagement anderer Gruppierungen gebildet hat.

Firma Adler in der Bundesrepublik – mit 38 Fachmärkten der größte Bekleidungsdiscounter in Europa

Aus einem Gespräch mit M., Verkäuferin bei der Fa. Adler:

„Insgeheim hab ich gedacht: das täte denen mal gut, wenn wir in die Luft gingen. Das haben, glaub ich, alle oder zumindest viele gedacht. Aber laut hab ich natürlich nichts gesagt. Außerdem so ungewöhnlich war das auch wieder nicht. In den letzten zehn Jahren hat's bestimmt dreimal solche Bomben-Anrufe gegeben. Da hieß es: Guckt mal in die Regale, ob Euch da was auffällt. Ob da was steht. Da sind wir dann auch rausgegangen. Aber später hat es dann geheißen: nein, es geht niemand raus. Da war nämlich verkaufsoffener Sonntag und das hätte die Kunden nervös gemacht. Über Korea haben wir uns eigentlich keine Gedanken gemacht. Wirklich nicht. Wir waren auch vor den Bomben gar nicht informiert. Vielleicht auch weil Adler hier überall großer Anzeigenkunde ist. Ich weiß nicht. Natürlich hatten wir dann auch Angst, daß uns was passiert. Einige Wochen danach war das Geschäft wie ausgeputzt. Das hat man schon gemerkt. Aber es kommen überhaupt immer weniger Privatleute.
Dann hat sich rausgestellt, daß den Anschlag in Groß-Ostheim eine Frau selber gemacht hatte, die da gearbeitet hat. Bei uns war doch schon öfter was. Vielleicht die Konkurrenz. Auf der anderen Seite, an der Kasse der Job ist so mies . . . Ich könnte das verstehen. Aber man weiß halt nichts genaues. . . .
Ach ja und dann gab es immer wieder Wasserschäden und Wasserschäden. Wir haben uns eins gegrinst. Da ist dann halt alles so fortgekommen – so das, was sich im Lager gestaut hatte."

Aus einem Gespärch mit K, Betriebsrätin in einem Metallbetrieb, viele Frauen im Akkord, stark gewerkschaftlich organisiert zum Sexismus im Betrieb:

„Ja, ich hab das gelesen. Ich hab den Bericht gehört. Bei uns war auch mal so 'ne Sache. Aber dann sollte die Frau gehen und der Meister bleibt, hieß es dann. Mich hat das alles wahnsinnig aufgeregt, das Sexistische kam da dazu. Wir haben dann in den Abteilungen diskutiert, und damals ist da keiner mehr hin einkaufen gefahren. Die Leute hatten ja die Anzeigenblätter oft dabei. Und da hab ich gesagt, nee, da kannst' de doch jetzt nicht einkaufen. Das mit den Bomben fand ich aber schlimm, sehr schlimm. So geht's halt nicht."

Zum Beispiel Adler-Filiale in Haibach: zwei Drittel der Belegschaft arbeitet als Aushilfe. Samstags anrufen, dann erfährt man die Einteilung. Es gilt ein Haustarifvertrag mit der DAG (Deutsche Angestellten Gewerkschaft).

„Ich zum Beispiel war auch acht Jahre lang Aushilfe. Ja, ja es kommt dann schon mal vor, daß man mal eine Woche überhaupt nicht eingeteilt wird. Aber dann habe ich mich in ein Teilzeitverhältnis übernehmen lassen und bin jetzt 14 Jahre da. Die meisten sind Hausfrauen, Vollzeit machen nur ganz wenige. Die Kolleginnen haben zu 90 Prozent keine Ausbildung. Die sind zwischen 45 und 55 Jahre alt. Die haben doch alle nichts auf dem Papier. Ich meine, wir sind alles Angelernte . . . 1984 kam es zu Entlassungen, und zwar direkt vor Weihnachten. Da haben wir uns alle sehr geärgert. Sehr. Wir sind dann nicht mehr auf die Weihnachtsfeier gegangen. Erst jetzt wieder. Ich bekomme jetzt 10,– DM Stundenlohn, das ist einfach sehr wenig . . . An Gehaltserhöhungen kann ich mich nicht erinnern. Die paar Pfennige, die wurden doch immer angerechnet. Und da kommt dann halt noch die Prämie dazu. Die gibt es seit ungefähr zehn Jahren. Die berechnet sich nach verkauften Stückzahlen: von 0,25 Pfennig bis 0,50 Pfennig, pro 1000 Stück 2,– DM, bei Mänteln gibt es mehr. Ich

mache im Moant zwischen 150,– und 300,– DM, das schwankt halt. Man klebt seine persönliche Nummer an das Kleidungsstück, mit dem geht der Kunde an die Kasse und wird im Computer erfaßt. Da sieht man dann abends immer, wer viel und wer weniger gearbeitet hat. Irgendwie ist man dadurch immer unruhig. Oder jemand belegt mir vor der Nase weg alle Kabinen. Die Prämie hat das Betriebsklima vergiftet. Das ist ja sowieso schon ein richtiges Stoßgeschäft hier. Je nachdem wieviel Busse eingesetzt sind, kommen entweder Montag oder Mittwoch zum Beispiel 400 Kunden zusätzlich. Als dann die Sache mit ASKO kam, hieß es, wer nicht in die Gewerkschaft geht, kriegt manche Leistungen nicht mehr. Da sind wir natürlich alle reingegangen. Viermal im Jahr haben wir zusätzlichen Samstagsverkauf und die langen Samstage sowieso. An der Kasse ist es schlimmer. Da heißt es, der Bus fährt ab und alles stürzt an die Kasse. Da wechseln die Leute auch öfter, das kann ja keiner aushalten. Die Verpacker auch nicht. Das Zentrallager hat da auch seinen Ruf weg. Da heißt es: wer dahingeht, der kann ja nicht normal sein. Die 150 Leute hier, wir sind inzwischen schon so ausgesiebt . . . Die meisten sind Langzeitbeschäftigte und auswechselbar. Wir sind ältere Leute wie unsere Kunden. Deshalb beschwert sich auch niemand."

Mit einem Umsatz von 10.500 DM pro qm erzielt die Fa. Adler heute den Spitzenumsatz im deutschen Textileinzelhandel.

Frauenwiderstand und patriarchaler Kotau

Bei Arbeitskämpfen in Südkorea passiert es häufig, daß Unternehmer die patriarchalische Familienstruktur auszunutzen versuchen. Die im Widerstand organisierten Arbeiterinnen werden dabei als „schmutzige Keimzelle" und „Kommunistinnen" denunziert. Solche Bezeichnungen bedeuten in den Augen der Eltern ein Todesurteil für ihr Kind und sie machen sich Sorgen.

So wandte sich auch der Chef der Textilfirma Adler/Flair Fashion während des Arbeitskampfes in Iri an die Familienoberhäupter der Streikenden, d.h. an die Väter der Arbeiterinnen. Daraufhin wurde eine der von Adler entlassenen Arbeiterinnen von ihrem Vater gedrängt, das erste Abfindungsangebot der Firma von 250 000 Won anzunehmen und das Geld zu Hause abzuliefern. Als sie sich weigerte und zusammen mit den anderen Streikenden weiter Wiedereinstellung oder eine höhere Abfindung verlangte, kam der Vater zur Fabrik, machte vor dem Fabriktor Kotau (eine tiefe Verbeugung) und forderte: „Ich stehe nicht auf, bevor du mit mir nach Hause kommst!" Die Tochter mußte ihrem Vater folgen.

Da sie aber von der Richtigkeit des Kampfes überzeugt war, nahm sie auch an den weiteren Protesten teil. Im September wurde die Abfindungssumme von Adler auf 15 Millionen Won erhöht. Daraufhin kam der Vater wieder zur Firma, diesmal ins Großraumbüro, wo alle Schreibkräfte von Adler beschäftigt sind, und forderte lauthals mehr Geld für seine Tochter. Damit hatte er sich zum zweiten Mal vor dem Kapital auf den Boden geworfen, allerdings ohne Erfolg. Die Arbeiterinnen bei Flair Fashion bezeichnen diesen Vorfall als „patriarchale Blöße".

Jai Sin Pak

„Hallo, Fabrikmädchen" von Kim Chung-Ho, Korea

Quelle: „Mit anderen Augen sehen", Frauenmagazin zur Rogate-Aktion 1987, Ev. Missionswerk (Hrsg.), Hamburg, März 1987, S. 6

Susanne Lipka, Elvira Niesner

Über die Arbeit der agisra gegen Sextourismus und Frauenhandel

Agisra e.V. (Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung) ist ein bundesweiter Verein gegen Sextourismus und Frauenhandel. Er wurde 1983 gegründet, bereits damals bestanden gute Kontakte zu Frauengruppen in Südostasien.
Im April 1986 wurde in Frankfurt ein bundesweites Vernetzungstreffen gegen Frauenhandel und Sextourismus organisiert, und bereits Ende 1986 konnte in Frankfurt das agisra-Büro eingerichtet werden als Informationsstelle, als Beratungsstelle für betroffene ausländische Frauen und als Koordinationsstelle für die Arbeit zahlreicher Gruppen und Einzelpersonen.

Zu den Hintergründen des Sextourismus

Jährlich reisen in großen Massen Männer aus Industrieländern – darunter vorrangig bundesdeutsche – als Sextouristen in Länder der „Dritten Welt". Hauptbetroffen vom Sextourismus ist Südostasien, insbesondere Thailand und die Philippinen, in geringerem Ausmaß aber auch afrikanische Länder, insbesondere Kenia, und verschiedene Länder Lateinamerikas. Thailand verzeichnete 1987 mehr als 3 Millionen Besucher, das entsprach einer Steigerungsrate von etwa 24 % gegenüber dem Vorjahr. 1987 reisten mehr als 148.000 Deutsche nach Thailand (1986 ca. 114.000, 1985 ca. 90.000). Internationaler Tourismus in Thailand ist zum größten Teil Sextourismus.

Die Massenprostitution begann in Südostasien mit dem Vietnamkrieg, als die amerikanischen Soldaten regelmäßig aus den Kampfgebieten ausgeflogen wurden, um sich in den Nachbarländern, vor allem in Thailand vom Krieg zu „erholen". Nach dem Abzug großer Teile des amerikanischen Militärs traten in den siebziger Jahren Touristen aus aller Welt die Nachfolge der amerikanischen Soldaten als Konsumenten von Sex bzw. Frauen an. In Medien in der Bundesrepublik wurde verstärkt das Klischee der Asiatin als „anschmiegsames, unterwürfiges, anspruchsloses Wesen" aufgebaut.
In Thailand wurden in den 50er Jahren etwas mehr als 20.000 Prostituierte geschätzt, heute sollen es 1 Million sein. Fast ähnlich war die Entwicklung auf den Philippinen. In Südostasien, aber auch in anderen Ländern der „Dritten Welt", ist das rapide Anwachsen der Prostitution auf eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zurückzuführen, die sich nicht an den Interessen der Gesamtbevölkerung orientiert. Große Teile der Landbevölkerung verarmten, wurden landlos. Auf der Suche nach Arbeit kommt es zur Massenmigration in die Städte, dabei überwiegt in Thailand und auf den Philippinen deutlich der Frauenanteil insbesondere in der Altersstufe der 14- bis 24jährigen.
In Thailand gelten die Frauen in der ländlichen Tradition als Ernährerinnen und Versorgerinnen der Familie. Wenn die Existenz der Familie nicht mehr gewährleistet ist, dann sind es vor allem die Töchter, die nach neuen Erwerbsmöglichkeiten suchen. In den Städten gibt es jedoch kaum Arbeit für junge Frauen vom Land. Finden sie Arbeit in der Fabrik oder als Hausmädchen in einer reichen Familie, reicht ihr Verdienst kaum für sie selbst, geschweige denn für ihre Familie.
Die Frauen werden an vielen Orten damit konfrontiert, daß sie durch Prostitution schnell mehr Geld verdienen können. Sexuelle Belästigungen und Vergewaltigun-

gen am Arbeitsplatz sind keine Seltenheit, und die Übergänge zur Prostitution sind manchmal fließend.
Der Einstieg in die Prostitution ist für die meisten Frauen eine sehr schwere Entscheidung. Da ist einerseits das Verantwortungsgefühl für die Familie, die auf finanzielle Unterstützung wartet, andererseits die strenge Sexualmoral auf den katholischen Philippinen und im buddhistischen Thailand. Prostitution wird im allgemeinen sehr schuldgefühlsbeladen erlebt. Die Prostitution nimmt unterschiedliche Formen an und wird von den Frauen auch unterschiedlich verkraftet, einige arrangieren sich damit, andere zerbrechen daran. Die psychischen Belastungen und das gesundheitliche Risiko sind groß.
Besonders schlecht ist die Situation der Kinderprostituierten, häufig werden sie den Eltern in ländlichen Gebieten abgekauft, anderswo zur Prostitution gezwungen und nicht selten gefangengehalten. Öfter werben vertrauenswürdig erscheinende ältere Fauen den Eltern die Kinder ab, mit dem Versprechen, ihnen eine gute Arbeit, z.B. in einer reichen Familie, zu verschaffen.

Beobachtet frau die Sextouristen in Südostasien, so ist festzustellen: *den typischen Sextouristen gibt es nicht.* Alle Altersstufen (16–75 Jahre), alle Berufsgruppen sind vertreten. Sextouristen sind dick oder dünn, häßlich oder attraktiv, Rucksacktouristen wie „Neckermänner", politisch links oder rechts, kurzum, alle Männertypen sind vertreten. Viele halten sich für die Ausnahme, weil sie die Frauen, wie sie sagen, „besser behandeln", „besser bezahlen" oder sich einbilden: „das hat doch nichts mit Prostitution zu tun, das ist ein netter Urlaubsflirt". An den Orten des Sextourismus ist das alles so „normal", scheinbar tut das jeder und deshalb braucht, so scheint es, keiner ein schlechtes Gewissen zu haben.

Unsere Arbeit gegen den Sextourismus beschränkt sich hier in der Bundesrepublik im Wesentlichen auf Informations- und Bildungsarbeit. Unser Hauptgewicht liegt auf der Arbeit mit den vom Frauenhandel betroffenen Frauen und der Arbeit gegen den Frauenhandel.

Zu den Hintergründen des Frauenhandels

Aus dem Sextourismus hat sich der Frauenhandel entwickelt. Deutsche Touristen kamen mit Ehefrauen aus Südostasien in die Bundesrepublik zurück, sie „vermittelten" Verwandte und Freundinnen ihrer Frauen und entdeckten, daß man sich dadurch bereichern kann. In der Bundesrepublik herrscht eine *hohe Nachfrage* nach Frauen aus der „Dritten Welt": für die *Ehe*, für's *Sexgeschäft* und teilweise auch für *illegale Arbeit*, als *Hausmädchen* und *Babysitter* für geringes Taschengeld.
Die „Vermittlung" von Frauen aus Südostasien, vor allem aus Thailand und den Philippinen – in geringem Ausmaß auch aus afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern – hat sich in den letzten 15 Jahren zu einem blühenden Geschäft entwickelt. 1986 heirateten knapp 1.200 Filipinas und knapp 600 Thailänderinnen in der Bundesrepublik deutsche Männer. Ein Großteil dieser Ehen kommt über sog. „Heiratsvermittler" zustande. Hinzu kommen Hunderte von Frauen aus denselben Ländern, die als Touristinnen einreisen und illegal hier bleiben. Die „Heiratsvermittlung" der Frauen per Katalog ist legal, illegal ist die Vermittlung ins Sexgeschäft und in die illegale Arbeit.
Immer mehr Frauen in der „Dritten Welt" streben eine Migration in eines der „reichen Länder" an auf dem Hintergrund einer perspektivlosen Zukunft, verbunden mit Arbeitslosigkeit und Armut. Häufig kommen falsche Vorstellungen vom Leben in den Industrieländern mit hinzu, geprägt durch Meiden (Sendungen wie Dallas, Denver Clan) und den Kontakt mit den „so reichen" Touristen aus den Industrieländern.

Die Anwerbemethoden der Menschenhändler nehmen immer aggressivere Formen an. Es werden gezielt junge Frauen aus armen Familien auf dem Land angesprochen. Man verspricht ihnen Arbeit, z.B. als Hausmädchen, Kellnerin, Volkstänzerin, Sekretärin, Krankenschwester etc. oder man verspricht ihnen, daß sie sich einen Ehemann aussuchen können, und auch Prostituierte werden angeworben, denen teilweise die Ausstiegsmöglichkeit aus der Prostitution versprochen wird. Häufig wird das Land der Familie und das Elternhaus verpfändet, um das Flugticket für die Tochter und die „Vermittlungsgebühr" zu finanzieren.
Die Frauen, die ausreisen, gelten als diejenigen, die „es geschafft" haben. Auf ihnen liegt die Hoffnung der ganzen Familie auf finanzielle Unterstützung. Entsprechend hart ist es für die Frauen, die mittellos oder gar, bevor die Schulden abbezahlt sind, zurückkommen müssen (wenn sie z.B. aus der Bundesrepublik ausgewiesen wurden oder wenn ihnen gleich die Einreise in die Bundesrepublik verweigert wurde). Es ist ein Gesichtsverlust, die Frauen werden als Versagerinnen betrachtet und fühlen sich häufig auch so.

Zur Situation der betroffenen ausländischen Frauen in der Bundesrepublik

Ehefrauen

Die meisten Frauen, die wir beraten haben, sind oder waren mit deutschen Männern verheiratet. Die meisten kamen über Heiratshändler in die BRD. Wie *Waren* werden die Frauen vermarktet, *per Katalog bestellt, bei Nichtgefallen umgetauscht.*
Die Frauen erfahren meist erst in der Bundesrepublik, daß sie sich nur max. 3 Monate als Touristinnen im Land aufhalten dürfen. Es entsteht ein Druck, schnell zu heiraten, und nicht selten werden die Frauen auch vom „Heiratsvermittler" in die Ehe gezwungen.
Es fällt schwer, diese zweifelhafte Praxis nachzuweisen. Vor Gericht würde die Aussage der Frau gegen die des „Heiratsvermittlers" stehen, außerdem sind die wenigsten Frauen zur Aussage bereit. Sie riskieren damit nur ihre Ausweisung und haben auch Angst vor den „Heiratsvermittlern". Hinzu kommt, daß bisher der Menschenhandelsparagraph (und seine Auslegung) die Praktiken dieser Frauenhändler in der Regel nicht faßt.
Die Frauen kommen in ein fremdes Land mit fremder Kultur und Sprache (den Thailänderinnen ist auch unsere Schrift fremd). Mit dem fremden deutschen Ehemann können sie sich zu Beginn der Ehe in vielen Fällen nicht sprachlich verständigen. Das bild der Männer, die sich eine Frau per Katalog bestellen, ist häufig geprägt durch das Medienklischee von der anspruchslosen, anschmiegsamen, unterwürfigen Asiatin.
Es gibt durchaus Ehen, die auf diesem Weg zustande kommen und „gut gehen", d.h. beide Eheleute berichten, daß sie zufrieden und glücklich miteinander sind.
Die Frauen sind jedoch abhängig vom Wohlwollen des Ehemannes, insbesondere aufgrund der ausländerrechtlichen Lage: *Ihre Aufenthaltserlaubnis ist an die Ehe gebunden*. Erst nach acht Jahren (in einigen Bundesländern nach fünf Jahren) kann die von der Ehe unabhängige Aufenthaltsberechtigung beantragt werden. Kommt es zur Scheidung, ja schon wenn die Eheleute getrennt leben, droht der Frau die Ausweisung.
Wird nach der Scheidung über das Sorgerecht für gemeinsame Kinder entschieden, so haben nach unseren Erfahrungen die deutschen Väter die größeren Chancen. Diese Tatsache wird häufig von den Männern als Druckmittel eingesetzt, um die Frauen in der Ehe zu halten. Und manche Frau entscheidet sich, auch nach schweren Mißhandlungen wieder zum Ehemann zurückzukehren, weil sie sich nicht von ihren Kindern trennen möchte.

Die Probleme der Frauen, mit denen wir in unserer praktischen Arbeit konfrontiert werden, sind wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs: Isolation im privaten Heim (häufig spricht eine Frau nach Jahren noch kein Deutsch), fehlendes Verständnis der Ehemänner (immer wieder gibt es z.B. Konflikte, wenn Frauen Geld an ihre Familien in der Heimat schicken möchten).
Zweifach kalt wird dieses Land von vielen Frauen erlebt, nicht nur vom *Klima* her, sondern auch bezüglich der *menschlichen Beziehungen*. Psychische und physische Gewalt seitens der Ehemänner sind keine Seltenheit. Wenn das Klischee der Asiatin nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, ist man nicht selten geneigt, die „abnorme Asiatin" vor die Tür zu setzen und sich eine „neue" zu besorgen.

Prostituierte
Von den Frauen, die sich an uns wenden, kommen bisher nur etwa 10 % aus dem Sexgeschäft. Es handelt sich meistens um Frauen, die aus Bars und Bordellen weggegangen sind und in ihre Heimat zurückwollen.
Die Frauen werden mit falschen Versprechen angeworben und schließlich in der Bundesrepublik in die Prostitution gezwungen. Es werden auch Frauen angeworben, die schon in ihrer Heimat in der Prostitution gearbeitet haben, doch was es heißt, als Ausländerin in den Sperrgebietszonen in der Bundesrepublik zu arbeiten, das erfahren sie erst hier.
Prostitution ist bei Ausländerinnen ein Ausweisungsgrund, obwohl es offensichtlich ist, daß im Sexgeschäft in der BRD eine hohe Nachfrage nach ausländischen Prostituierten besteht und in manchen Städten bis zu 30 % der Prostituierten Ausländerinnen sind.
Die rechtliche Lage macht die ausländischen Frauen erpreßbar. Sie müssen oft härter arbeiten, d.h. mehr Männer bedienen, häufiger auf perverse Bedürfnisse von Kunden eingehen.
Sie werden dazu gezwungen, ohne Kondome zu arbeiten. Beschweren können sie sich nirgendwo, wenn ihnen z .B. der versprochene Lohn von Zuhältern, Menschenhändlern, Bar- und Bordellbesitzern vorenthalten wird.
Wenn sie zur Polizei gehen, müssen sie mit ihrer Ausweisung rechnen. So sind sie aufgrund der rechtlichen Lage *in der Zange zwischen Polizei und Ausländerbehörde einerseits und Zuhältern, Bar- und Bordellbesitzern andererseits.*
Häufig werden sie von Ort zu Ort verschoben, um u.a. den Nachforschungen durch die Polizei zu entgehen. Manche Frauen sind bzw. werden verheiratet, um dadurch eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Manche führen auch ein Ehe- und Familienleben und prostituieren sich, um ihre Familien in der Heimat unterstützen zu können.

Illegale Hausmädchen und Babysitter
In den letzten Monaten wurden wir gerade im Großraum Frankfurt immer mehr mit den Problemen illegaler Hausmädchen und Babysitter vor allem aus den Philippinen konfrontiert. Besonders in amerikanischen (Armeeangehörige), aber auch in deutschen Familien sind bzw. waren allein in der weiteren Umgebung von Frankfurt Hunderte von Frauen illegal beschäftigt. Die amerikanischen Wohnviertel wurden lange Zeit von illegalen ausländischen Frauen als Schutzraum vor den deutschen Behörden betrachtet.
Die Frauen sind jedoch, da sie illegal sind, nicht geschützt vor Ausbeutung verschiedener Art. Sie müssen auch mit einem kleinen Taschengeld zufrieden sein. Nicht selten müssen sie *rund um die Uhr verfügbar* sein, häufig werden sie *sexuell von den Arbeitgebern belästigt*, auch sind sie *nicht sozialversichert*. Werden die Frauen krank, bezahlen einige Familien die medizinische Behandlung privat, doch viele Frauen werden im Krankheitsfall vor die Tür gesetzt. Viele Frauen, die sich an uns wenden, leben schon fünf Jahre und länger illegal als Dienstmädchen in der Bundesrepublik.

Aktionen der Polizei „gegen Menschenhandel" führen zu einer Verschärfung der Situation für die Frauen

Seit Ende letzten Jahres geht die Polizei in verschiedenen Gebieten in der Bundesrepublik und in Berlin „gegen den Menschenhandel" vor, d.h. es gab Durchsuchungen in Bars und Bordellen, ausländische Prostituierte wurden inhaftiert, verhört und abgeschoben.
Auch des Menschenhandels Verdächtige wurden teilweise festgenommen, doch wenn die Prozesse beginnen, sind die Frauen als wichtigste Zeuginnen weit weg. Sie sind in der Regel härter getroffen, auch wenn die Behörden sich in Ausnahmefällen dafür einsetzen, daß die Frauen durch die Unterstützung von privaten Hilfsorganisationen nicht ganz mittellos in ihre Heimat zurückmüssen.
Aus Angst vor der Polizei wagen sich viele ausländische Prostituierte jetzt noch weniger auf die Straße bzw. werden verstärkt gefangengehalten.

Auch in den amerikanischen Wohnvierteln um die Militärbasen hat die Polizei teilweise nach ausländischen Frauen gesucht. Einige amerikanische Familien, die die Hausmädchen als Familienmitglieder betrachten, kämpfen jetzt für die Legalisierung der Frauen, doch die Chancen sind gering. Viele Familien haben aus Angst vor Bestrafung ihre illegalen Hausmädchen vor die Tür gesetzt. Einige der Frauen sahen sich in die Prostitution gedrängt, andere fanden Unterkunft in einer neuen Familie. Doch der Druck wächst, und uns wurde von Frauen berichtet, die *in einer deutschen Familie leben, aber sich nicht getrauen, tagsüber, wenn die Familie zur Arbeit außer Haus ist, die Klospülung zu benutzen, aus Angst, die Nachbarn könnten die illegal Anwesenden bemerken.*

Insbesondere thailändische und philippinische Frauen werden bei der Einreise in die Bundesrepublik strengen Kontrollen durch den Bundesgrenzschutz unterzogen. Vielen Frauen wird die Einreise verweigert, wegen des Verdachts auf Menschenhandel und Prostitution. Die Beamten des Bundesgrenzschutz schöpfen z.B. Verdacht, wenn die thailändischen und philippinischen Frauen in Gruppen einreisen, wenn sie kein Geld oder viel Geld in gebündelter Form bei sich haben. Offensichtlich ist es, wenn die Frauen Informationspapiere der „Vermittler" bei sich tragen oder bei der Einreise bereitwillig darüber Auskunft geben, daß sie hier arbeiten wollen.
Die Kriterien des Bundesgrenzschutz sind teilweise recht fragwürdig. Die Menschenhändler finden immer Mittel und Wege, die Frauen ins Land zu bringen. Sie bereiten die Frauen auf das Passieren der Grenzkontrollen vor und geben z.B. teilweise den Frauen die Anweisung, getrennt voneinander zur Paßkontrolle zu gehen, die richtigen Antworten auf die Fragen der Beamten werden geübt. Ausländisch-deutsche Familien dagegen warten des öfteren vergeblich auf ihre weiblichen Verwandten, denen die Einreise verweigert wurde.

Gesetzesverschärfungen im Ausländerrecht werden erwogen. *Den Frauenhandel würden sie nicht aufhalten, lediglich zu einer größeren Abhängigkeit der Frauen von den Händlern würden sie führen.* Eine Entkriminalisierung der Frauen ist notwendig, damit sie sich selbst an die Polizei wenden können, ohne ihre Ausweisung befürchten zu müssen.

Beratung im agisra-Büro

Wer wendet sich an uns?
Seit der Einrichtung unseres Büros im November 1986 wurden 250 „Beratungsfälle" an uns herangetragen. Die Frauen, um die es dabei ging, kamen bis zu 95 % aus den

Philippinen und aus Thailand, vereinzelt auch aus anderen Ländern wie Korea, Ghana, Kenia, Kolumbien, Brasilien und Chile.
Nur selten wenden sich betroffene Frauen direkt an uns. Der Kontakt kommt in der Regel vermittelt über Dritte (meist Frauen) zustande. Dies sind 1. *Leute aus dem sozialen Umfeld* der Frauen, wie deutsche angeheiratete Verwandte (eine Frau berichtet, ihr Bruder habe sich „eine thailändische Ehefrau aus dem Urlaub mitgebracht, der Frau geht es schlecht". Sie will mit uns besprechen, wie sie ihr Schwägerin unterstützen kann), weiterhin sind es Nachbarn und Bekannte, oft Thai-deutsche und philippinisch-deutsche Ehepaare, die sich um eine Frau kümmern, und 2. *Leute aus sozialen Berufen* wie niedergelassene Ärzte, Ärzte aus Krankenhäusern, wenn z.B. ausländische Frauen nach Mißhandlungen eingeliefert werden, Krankenhausseelsorger, Gemeindepfarrer, die z.B. deutsch-philippinische Paare trauen sollen und sehen, daß sich die Verlobten nicht einmal sprachlich verständigen können. Weiterhin melden sich gelegentlich der *Flughafensozialdienst,* häufig *Frauenhäuser* und manchmal die *Polizei.*

Was können wir tun?
Bei Isolation im privaten Heim bitten wir eine thailändische oder philippinische Frau, Kontakt zu der Frau aufzunehmen. Wir bemühen uns, geeignete Sprachkurse zu finden. Manchmal kann ein ernstes Gespräch mit dem Ehemann helfen. Unter Umständen vermitteln wir einen Platz im Frauenhaus, manchmal auch privat. Wir können Anwältinnen vermitteln, die auf diesen vielseitigen juristischen Bereich spezialisiert sind. Häufig bitten wir thailändische oder philippinische Frauen, die mit uns zusammenarbeiten, die Frauen zu verschiedenen Ämtern, Anwälten usw. zu begleiten.
Wenn die Frauen in ihre Heimat zurückwollen oder müssen, können wir gegebenenfalls die Adressen von Gruppen in den Herkunftsländern vermitteln, an die sich die Frauen dort wenden können. Manchmal gibt es Probleme mit den Rückflugtickets, dann verhandeln wir mit den Fluggesellschaften.
Wenn die Frauen nicht unmittelbar von Abschiebung bedroht sind, können wir auch SozialarbeiterInnen der Ämter um die Unterstützung der Frauen bitten. Teilweise hat sich eine gute Zusammenarbeit ergeben.
Wenn Frauen von der Polizei inhaftiert worden sind, so setzen wir uns für die Frauen ein (z.B. Hafterleichterungen, Dolmetscher, Rechtsbeistand, Haftentlassung).

Grenzen unserer Arbeit
Aufgrund der ausländerrechtlichen Situation der Frauen sind unserer Arbeit deutliche Grenzen gesteckt. *Wir müssen es aushalten, für viele der ausländischen Frauen kaum etwas tun zu können.* Wir können sie häufig nur bestmöglich informieren. Die Frauen selbst müssen dann entscheiden, *welches Übel für sie das geringste ist.* Vielen bleibt nur die Wahl, 1. in ihre *Heimat zurückzukehren,* trotz Gesichtsverlust und perspektivloser Zukunft, 2. *illegal hierzubleiben* und illegal zu arbeiten, d.h. in den meisten Fällen *Prostitution* oder 3. möglichst schnell ein *Eheleben mit einem deutschen Mann* einzugehen, um doch noch legal hierbleiben zu können, eine Familie zu gründen und eventuell auch zu arbeiten, um mit oder ohne die Hilfe des Ehemannes die Familie in der Heimat unterstützen zu können.
Immer wieder wollen ausländische Frauen sich von einem Ehemann trennen, der physische und/oder psychische Gewalt gegen sie ausübt, und wollen hierbleiben und arbeiten. Das geht jedoch in den meisten Fällen nicht, da die Aufenthaltserlaubnis an die Ehe gebunden ist.
Viele Frauen streben (erneut) die Eheschließung mit einem Deutschen an, um hierbleiben zu können. Wenn sie einen Mann für die Ehe finden, haben wir nicht selten den Eindruck, daß das nicht gutgehen kann. Wir können den Frauen dann nur unsere Bedenken mitteilen. Als *deutsche Frau in einer ganz anderen Lebenssituation* fällt es nicht immer leicht, die Lösungsstrategien der Frauen gefühlsmäßig nachzu-

vollziehen, erst wenn wir uns in ihre Lage hineindenken, wird klar, daß sie *kaum eine Alternative* haben.
Immer wieder müssen wir *Widersprüchlichkeiten* und *Ohnmachtsgefühle* aushalten, weil es *oft keine akzeptablen Lösungen* gibt. Was uns hilft, sind viele „kleine Erfolge", wenn z .B. der Aufenthalt einer ausländischen Frau legalisiert werden kann, aber auch eine teilweise veränderte Haltung der Behörden den Frauen gegenüber.

Perspektiven unserer Beratungsarbeit
Wir wollen *aktiver auf die Frauen zugehen,* wir wollen mehrsprachige Informationsblätter verteilen an Orten, wo sich die ausländischen Frauen oft aufhalten, wie z.B. asiatische Lebensmittelläden, verschiedene Restaurants, Geschäfte in der Nähe der Rotlichtviertel usw.
Wir wollen *Sprachkurse* anbieten und *Selbsthilfegruppen* initiieren. *Fachtagungen* für SozialarbeiterInnen u.a., die mit den Problemen konfrontiert sind, sind geplant.
Allerdings können wir bisher aufgrund unserer *Arbeitsüberlastung* verbunden mit *zu geringen finanziellen Mitteln* nur begrenzt Projekte realisieren. Unsere Beratungsarbeit wird *fast ausschließlich ehrenamtlich* geleistet.

Weitere Ansätze und Perspektiven

Ausgehend von der *Unzufriedenheit über isolierte sozialarbeiterische Aktivitäten* (Einzelfallhilfe) und der *relativen gesellschaftlichen Bedeutungslosigkeit von wissenschaftlichen Erkenntnisprozessen* im Elfenbeinturm, haben wir uns zwei übergreifende Ziele gesetzt:
– agisra ist der Versuch, eine *Lobby für betroffene Frauen* in der Bundesrepublik aufzubauen.
Das Besondere dabei ist die Verbindung zwischen Ausländerarbeit in der Bundesrepublik mit Solidaritätsarbeit im internationalen Bereich, d.h. in unsere Arbeit hier fließen Informationen über die Herkunftsländer mit ein und umgekehrt.
– agisra versucht weiterhin *gesellschaftliche Bedingungen zu analysieren*, die der Problematik zugrundeliegen, öffentliche Diskussionen über internationale Machtverteilungen und Ausbeutungsstrukturen, über den Waren-Charakter der „Dritte-Welt-Frau", Sexismus, Rassismus etc. anzuregen und somit bewußtseinsbildend zu wirken. Zentrales Anliegen für uns als bundesdeutsche Organisation ist es, die Ursachen und Hintergründe in unserer Gesellschaft wie Konsumverhalten, Leistungsorientierung, Isolation etc. zu hinterfragen.

Eine Lobby aufbauen
Ziel unserer Arbeit ist es, die gesellschaftliche Position der „gehandelten Frau" sowohl in rechtlicher, wirtschaftlicher, politischer, als auch sozialer Hinsicht zu verbessern. Unsere Arbeit soll die Basis dafür schaffen, daß sich betroffene Frauen in Zukunft selbst vertreten können, daß sich andere Ausländerinnen und deutsche Frauen als politische Mitstreiterinnen verstehen.
Der Aufbau einer solchen Lobby ist mit einigen Schwierigkeiten verbunden. Da Männer in unserer patriarchalen Gesellschaft meist kein Interesse haben, sich des freien Warenmarktes „Frau aus der Dritten Welt" zu entledigen, wird die parteiische Arbeit für die Frauen – wie in anderen frauenspezifischen Bereichen auch – mit Argwohn betrachtet und weitmöglichst blockiert. Männersolidarität zeigt sich immer wieder, z.B. darin, daß Frauenhandel das letzte Delikt auf der Prioritätenliste ist, für das sich die Polizei in Gang setzen wird. Oder darin, daß Prozesse gegen Frauenhändler von Justizbehörden verschleppt werden und Verurteilungen dann nur wegen Steuerhinterziehung und Umgehung der Einreisebestimmungen stattfinden.

Weiterhin tun sich in der Arbeit Schranken der Ausländerfeindlichkeit auf, d.h. erschwerend kommt hinzu, daß es sich nicht „nur" um Frauen, sondern auch noch um Ausländerinnen handelt, deren Interessen lassen sich besonders schwer vertreten.

Nicht leicht ist es für Frauen aus den speziellen Herkunftsländern, ihr Anliegen in der Öffentlichkeit zu vertreten. Denn sie werden aufgrund (vermuteter) Einreise- und Lebensumstände – so wie mann/frau sich das bei einer „gehandelten Frau" vorstellt – diskriminiert: Philippinische Frauen werden in der Regel als Katalogfrauen verdächtigt, während mann sich unter Thailänderinnen meist nur Prostituierte vorstellen kann. Solcherlei *Stigmatisierungen*, wie sie gegenwärtig verstärkt stattfinden, *wirken einer Solidarisierung der Frauen untereinander entgegen*.
Eine Hürde für die Mitarbeit ausländischer betroffener Frauen kann z.T. aber auch der politische Ansatz von agisra sein, der nicht unbedingt mit den subjektiven Überlebensstrategien der Frauen übereinstimmen muß. Z.B. schützen Frauen manchmal ihre „Händler" und wollen, daß diese weiterarbeiten können, damit ihnen und anderen nicht diese Form der Migration versperrt wird, während wir versuchen, gegen die Händler vorzugehen.

In unserer praktischen Arbeit müssen wir zwischen sinnvollen politischen Ansätzen und subjektiven Überlebensstrategien der Frauen unterscheiden; immer wieder müssen wir in konkreten Fällen Konflikte austragen. Denn grundsätzlich arbeiten wir parteiisch für die Frauen, sind aber nicht dazu bereit, z.B. Frauen einen passenden Mann zu vermitteln, weil sie unbedingt legal in der BRD bleiben möchten, und andererseits Tausende von Männern, *„mit der besten Absicht, eine Frau zu heiraten"*, in unserem Büro anrufen.
Vielen betroffenen Frauen ist es aufgrund ihrer Lebensumstände nicht möglich, sich aktiv zu solidarisieren, denn sie sind in direkter wirtschaftlicher, rechtlicher und sozialer Abhängigkeit vom Ehemann und Zuhälter und/oder gewaltsam eingesperrt und isoliert. Bei ausländischen Prostituierten sind die Zwänge besonders gravierend: Solange sie unauffällig der gesellschaftlichen Reproduktionsarbeit – Prostitution – nachgehen, sind sie toleriert, sobald sie öffentlich auffallen (z.B. ihren Zuhälter verklagen), tritt die „Kann-Bestimmung" des Ausländergesetzes in Kraft, wonach Prostitution von Ausländern gegen die öffentlichen Interessen der Bundesrepublik verstößt und somit einen Ausweisungsgrund darstellt.
Aufgrund dieser Schwierigkeiten für ausländische Frauen, sich politisch zu engagieren, ist es umso wichtiger, daß wir als multikulturelle Organisation unsere Arbeit in Inhalt und Form immer wieder infrage stellen, nach ethnozentrischem Gehalt überprüfen.
Agisra wurde zum Großteil von deutschen Frauen mitgegründet, von denen bisher noch überproportional viele mitarbeiten. Der jeweils persönliche Zugang zur Problematik findet über verschiedene Aspekte statt:

– Es kann der altruistische Anspruch an die „Dritte-Welt-Frauen" sein, die sich für Ihre Familie aufopfern sollen und dieses auch tun: Wem von uns mit streng katholischer Erziehung ist nicht diese Forderung nach Selbstlosigkeit bekannt?

– Es kann das Aufoktroyieren von Klischees auf die „Dritte-Welt-Frauen" sein: Wer von uns kennt nicht jene Probleme, die entstehen, wenn die vorgegebenen und genormten Verhaltensweisen für Frauen in unserer Gesellschaft nicht mit den eigenen Bedürfnissen übereinstimmen?

– Es kann aber auch das Klischee sein, daß diese ausländischen Frauen attraktiver, freundlicher, schöner etc. eben besser seien als deutsche Frauen: Wer von uns war noch nie mit dieser Art Konkurrenz unter Frauen konfrontiert, konkurrentes Verhalten, das einzig dem Ziel dient, Frauen untereinander zu entsolidarisieren?

Im Kontext Frauenhandel und Sextourismus sind frauenfeindliche Zusammenhänge, wie sie überall auf der Welt in patriarchalen Gesellschaften existieren, beson-

ders offensichtlich. Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen kommen hier „nur" besonders extrem zum Tragen, generell sind wir ihnen aber alle ausgesetzt. Obwohl die deutschen Frauen in der agisra in der Regel lange im Ausländer- und „Dritte Welt"-Bereich aktiv sind und deswegen auch für subtile rassistische Verhaltensweisen relativ sensibilisiert sind, ist doch klar, daß auch rassistische und koloniale Werte internalisiert wurden, Werte, die sich nicht einfach durch Kopfarbeit wieder über Bord werfen lassen. Der Umgang mit solchen Problemen erfordert verstärkt die Offenheit der Mitarbeiterinnen füreinander und ein hohes Maß an Selbstreflexion, nur über kontinuierliche Prozesse der Kommunikation und Diskussion können sie bewältigt werden.
Bisher steigt die Anzahl der agisra-Mitarbeiterinnen aus den betroffenen Herkunftsländern stetig, eine Entwicklung, die den Ansatz unserer Organisation und unserer Arbeit bestätigt, eine Entwicklung, die aber auch nur über weitere tiefgehende Auseinandersetzungen beibehalten werden kann.

Informations- und Öffentlichkeitsarbeit
Um möglichst weitreichend differenzierte und kritische Informationen, Fragen und Thesen zu den Hintergründen von Frauenhandel und Sextourismus weitergeben zu können, bedienen wir uns der verschiedensten Möglichkeiten (Archiv, Broschüre, Zeitung, Faltblatt, Vorträge, Interviews, Literaturliste . . .).

Eine Flut von Anfragen erreichte bisher unser Büro, das Interesse der Öffentlichkeit wächst. Sehr positiv ist es, daß sich immer mehr aktive Gruppen gründen, die wir soweit als möglich – insbesondere ind er Anfangsphase der Arbeit – unterstützen. Das Thema weckt oft auch einmaliges spontanes Interesse, mann/frau will sich über einen besonders „frauendiskriminierenden Mißstand in unserer Gesellschaft" informieren. Gegenwärtig scheint Frauenhandel und Sextourismus aber auch zu einem Modethema geworden zu sein, die Motivationen der Interessierten ist dann eher von Sensationslust geprägt.
Unter Vorbehalt betrachten wir deshalb auch das Interesse der Medien, die – mit Ausnahmen – eine einseitige Berichterstattung liefern, selektiv Informationen aufnehmen und weitergeben bzw. auch verfälschen. Über solche Berichterstattungen werden die Probleme reproduziert, indem die Medien die gleichen Klischees öffentlich festschreiben, die in Broschüren und Anzeigen verbreitet werden, um spezielle Bedürfnisse bei Männern zu wecken, also Sextourismus und Frauenhandel fördern. Z.B. berichtete die „Quick" vom 12.4.84: *„Die Schönen aus Asien werden vor allem deswegen besonders geschätzt, weil sie als anpassungsfähig und anschmiegsam gelten und wenig Ansprüche stellen."*

Besonders auffällig ist aber auch, wie gerne der Blick auf das „Opfer" gerichtet wird, wie exzessiv Einzelfälle ausgeschlachtet werden, wie versessen Journalist/innen auf ein Interview mit „Betroffenen" sind.
Einerseits ist es sicherlich wichtig und legitim, die Situationen betroffener Frauen aus ihrer Sichtweise und in ihrer persönlichen Bedeutung darzustellen, um die Dimension der Geschäfte auch von dieser Seite zu beleuchten. Andererseits äußert sich mit dieser einseitig übersteigerten Berichterstattung ein *Voyeurismus*, der *im besten Falle Mitleid und moralische Entrüstung* weckt. Dies ist dann ein Gefühl, das mann/frau spätestens nach einer guten Tat – wie eine Geldanweisung nach Afrika – wieder loswerden kann.
Speziell Männer werden auf diese Art und Weise auch motiviert, mit uns telefonisch Kontakt aufzunehmen und ihre „Hilfe" bereitwillig anzubieten: *„Ich möchte einer Frau helfen, ich möchte für die Frau da sein, sie soll das Leid vergessen, das ihr angetan wurde, ich will ihr beiseite stehen. Wissen Sie, ich bin alleinstehend, habe viel Platz, und wenn wir uns dann verstehen und heiraten, dann muß sie nicht in den Slum zurück. Sie hat es hier doch viel besser."*

Die Frauen werden über die Medien auf die Opferrolle reduziert, daß sie Überlebensstrategien haben, die kaum mehr mit den Verhaltensnormen eines typischen „Opfers" übereinstimmen, sondern vielleicht aggressiv, selbstbewußt und zielgerichtet sind, wird ihnen im allgemeinen nicht zugestanden.
Für so manche „Helfer" tun sich folglich auch Überraschungen auf, wenn sie z.B. feststellen müssen, daß *ihr „Fall" trotz härtester Erlebnisse weiterhin jede Nacht aktiv auf der Suche nach einem Ehemann ist, anstatt verschüchtert die angebotene Betreuung entgegenzunehmen*. Auch haben wir es erlebt, daß angebotene finanzielle Unterstützung von einer Frau zurückgewiesen wurde (es sollte Geld gesammelt werden). Die Filipina zog es vor, ihre hohe Verschuldung über weitere illegale und äußerst schlecht bezahlte „housemaid-Jobs" zu bewältigen.
Nach dem Motto, „jede(r) BetrügerIn braucht klare Vorstellungen oder auch ein klares Vorurteil" werden die *Verkaufskatalogklischees wie treu, unterwürfig und dienend* zu *Opferfestschreibungen wie hilflos, passiv und naiv* transferiert. Frauen, die sich anders verhalten, als der ihnen zugesprochene Kodex vorschreibt, werden als abweichend empfunden, nur bei solchen, die vorschriftsmäßig ihre Rolle beherrschen, wird eine partiische Anteilnahme entwickelt.
Weiterhin drückt die Reduzierung auf die Opferrolle auch den eingeschränkten Zugang der Öffentlichkeit zur Problematik aus: Frauenhandel wird als Mißstand isoliert über den Opferbezug erlebt, er ist *nur eine exotische Randerscheinung* unserer Gesellschaft, denn wesentliche Zusammenhänge, wie Ausbeutung der „Dritten Welt" durch die „Erste Welt", patriarchale Gesellschaftsstrukturen, Doppelmoral etc. werden nicht diskutiert.

Solche Diskussionen sind aber Voraussetzung für ein solidarisches Handeln mit den betroffenen Frauen und werden von uns bewußt im Rahmen unserer eigenen Medien- und Öffentlichkeitsarbeit initiiert. Allerdings zeigen unsere Erfahrungen, daß es schwierig ist, selbstkritische und kreative Diskussionen, z.B. über unsere Verantwortung als Industrienation zu führen, schließlich profitieren wir alle von der internationalen Ungleichheit.

Strukturen der agisra-Vernetzung

Heute existieren *vier regionale agisra-gruppen* (Köln, Bielefeld, München, Frankfurt), die alle *ehrenamtlich* und mit eigenen *regionalen Arbeitsschwerpunkten* zu den Problemen arbeiten. Außerdem arbeiten viele andere Gruppen eng mit uns zusammen bzw. sind Mitglied. Ihr jeweiliger Bezug zur Thematik ist unterschiedlich: Z.T. kommen die Gruppen aus dem „Gewalt gegen Frauen"-Bereich (Frauenhäuser, Frauengesundheitszentren etc.), z.T. sind sie vornehmlich in der AusländerInnenarbeit in der Bundesrepublik aktiv (IAF-Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheiateten Frauen etc.), andere arbeiten speziell zur Situation ausländischer Frauen hier, als auch im internationalen Solidaritätsbereich (Terre de Femmes, Amnesty for Women etc.). Für andere Gruppen ist der Einstieg zum Thema eher das „Dritte Welt – Erste Welt"-Verhältnis („Dritte Welt"-Info-Zentren, Südostasien-Infostelle etc.); außerdem findet Zusammenarbeit mit kirchlichen Organisationen (Caritas, Ökumenische Asiengruppe etc.) statt.

Vielen Gruppen bereitet ihre finanzielle Notlage Probleme, denn offizielle Stellen und Privatorganisationen zeigen sich wenig verantwortlich. Die Bundesregierung hat zwar inzwischen die Haltung aufgegeben, Frauenhandel und Sextourismus als Einzelphänomene weitmöglichst zu ignorieren und die Tatsachen zu verharmlosen. So finanziert das Familienministerium zwei Studien (agisra hat den Zuschlag für die Studie zur Bestandsaufnahme erhalten) und eine Beratungsstelle als Modellprojekt mit wissenschaftlicher Begleitung.

Das konkrete Vorgehen ist aber für die meisten aktiven Gruppen wenig zufriedenstellend. Denn die materielle Unterstützung ist *jetzt* dringend erforderlich: Die anstehende Arbeit kann nicht warten, bis langjährige Studien abgeschlossen sind, oder bis die wissenschaftliche Auswertung eines einzigen Modellprojektes vorliegt.
Das Büro der agisra in Frankfurt erhält dieses Jahr erstmals öffentliche Mittel, und zwar vom Land Hessen, allerdings nur für den Frauenbildungsbereich in Hessen. Wir sind auf Spenden angewiesen.
Soweit uns bekannt ist, fördert als einziges weiteres Bundesland nur noch Baden-Württemberg eine Anlaufstelle (FIZ-Stuttgart). Die lokalen Kommunen sehen in der Regel keinen Handlungsbedarf. Insgesamt ist dies also eine recht magere, finanzielle Bilanz im Verhältnis zur schon geleisteten und noch zu leistenden Arbeit.
Manche Gruppen arbeiten ausnahmslos im Info-bereich, andere sind verstärkt sozialarbeiterisch aktiv. Aber alle Ansätze sind wichtig, denn nur die Vielfalt der Aktivitäten wird der Problematik Frauenhandel und Sextourismus gerecht. In der Praxis zeichnet sich bisher eine relative Offenheit füreinander ab, es entwickelt sich ein solidarischer Zusammenhalt, der auch durch z.T. unterschiedliche politische Inhalte und Arbeitsrichtlinien nicht verhindert wird. So werden Veranstaltungen gemeinsam geplant und durchgeführt, Frauen gemeinsam unterstützt und gemeinsam politische Initiative ergriffen.

Auf dem 4. bundesweiten Vernetzungstreffen im Mai dieses Jahres wurde erstmals eine gemeinsame Resolution verabschiedet: Ein *Forderungskatalog mit Verbesserungsvorschlägen in verschiedenen Rechtsbereichen, die für Frauenhandel und Sextourismus von Bedeutung sind.* Er soll eine Stellungnahme zur aktuell anvisierten Verschärfung des Ausländerrechts der Bundesregierung darstellen.
Auch international bestehen weitgehend Kontakte zu verschiedenen Gruppen, z.B. stellte uns eine Vertreterin der Stiftung gegen Frauenhandel in Den Haag auf dem 3. Vernetzungstreffen die niederländische Gesetzgebung und Praxis bezüglich Frauenhandel und Sextourismus vor. Dieser, im Vergleich zur Bundesrepublik, eher fortschrittliche Umgang mit den Problemen war eine gute Diskussionsgrundlage für die Erarbeitung unseres Forderungskataloges.
An Gruppen in „Dritte-Welt-Ländern" geben wir Adressen und Praktiken der AnwerberInnen und HändlerInnen aus den Herkunftsländern weiter. Der gegenseitige Austausch von Informationen ist eine wichtige Quelle für die jeweilige Aufklärungs- und Info-Arbeit vor Ort: In den Herkunftsländern wird versucht, überidealisierte und falsche Bilder von den Industriestaaten zurechtzurücken; in den Industriestaaten (wie in der Bundesrepublik) kämpfen wir gegen andere falsche Bilder, Klischees, die den „Dritte-Welt-Staaten" aufgezwungen wurden.
Längerfristig wollen wir internationale Treffen realisieren, um gemeinsame Strategiediskussionen führen zu können – konkreter ist im Moment ein EG-weites Treffen im Gespräch. Frauenhandel und Sextourismus, als weltweite Probleme können nur – wenn überhaupt – in *weltweiter Zusammenarbeit* bewältigt werden.

Eva von Pirch

Europa – Afrika Studien

Erst haben sie uns und unsere Ahninnen
ausgebeutet, gefoltert, geschlagen und ermordet
und damit unseren Kindern die Zukunft vergewaltigt

Dann haben sie auf unserem Boden die
Unterdrückungsmaschinerie so entwickelt, daß
wir glaubten es sei unsere eigene

Dann saugten sie unseren Boden,
unsere Pflanzen, unsere Flüsse,
unsere Energie aus,
um mit ihrem Gewinn und ihrer Beute
Waffen und Atombomben zu bauen,
die sie gegen uns richten
und wollen, daß wir nun dankbar sind
und ihnen applaudieren
zu dem Krieg, den sie gegen uns führen

Wir wissen, sie scheuen die Ausrottung
unseres Lebens nicht
Sie stellen hinterher wissenschaftliche Studien an,
um die Ausrottung zu erklären.

Marion Kraft

Zwischen Aversion, Alibi und Anerkennung

Aspekte der Auseinandersetzung mit der Literatur schwarzer Frauen*

Als ich Anfang des Jahres eine Einladung erhielt, im Rahmen der *3rd International Feminist Book Fair* in Montreal als afro-deutsche Feministin einen Vortrag zur Rezeption der Literatur schwarzer Frauen zu halten, war dies für mich in mehrfacher Hinsicht bedeutsam. Daß innerhalb der Frauenbewegung, auf (literatur-)wissenschaftlichen Tagungen und Seminaren, in praxis- und theoriebezogenen Diskursen über feministische Perspektiven, die Stimmen schwarzer und farbiger Frauen gehört werden, ist in Europa und insbesondere in Westdeutschland ein immer noch seltenes, wenn nicht außergewöhnliches Ereignis. Wo es stattfindet, ist es oft geprägt vom Eindruck unbequemer Erinnerungen, lähmenden Schuldgefühlen und Berührungsängsten, die Sprachlosigkeit zur Folge haben; eine Sprachlosigkeit, die innerhalb des feministisch-akademischen Diskurses noch zu untersuchen ansteht. Das Veranstaltungsprogramm in Montreal schien demgegenüber zumindest in Ansätzen auch schwarzen und farbigen Frauen, ihren Arbeiten und Ideen, ein Forum zu bieten. Darauf einzugehen, daß es auch dort im Vorfeld der Organisation Auseinandersetzungen um eine wirklich gleichberechtigte Repräsentation schwarzer Frauen gab, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Aber allein, daß solche Auseinandersetzungen stattfinden, mit welchen Ergebnissen auch immer, bedeutet für mich einen Gradmesser für die Weiterentwicklung feministischen Bewußtseins. In diesem Zusammenhang ist es auch von besonderer Bedeutung, meine Überlegungen und Erfahrungen als schwarze deutsche Feministin, Lehrerin und Autorin zur Diskussion stellen zu können. Denn ich spreche hier auch als Teil einer Minderheit in der Frauenbewegung, deren Existenz – nicht nur in Europa – bis vor kurzem entweder unbekannt war oder auch bewußt ignoriert wurde. Diese Art von Schweigen und Ignoranz zu durchbrechen, erfordert Mut, und ich möchte an dieser Stelle *allen* Frauen danken, die mich darin bestärkt haben, theoretisch und praktisch offensiv mit der Fragestellung umzugehen, was denn die politische und akademische Frauenbewegung wohl an Veränderung bewirken kann, solange sie nur von den Bedürfnissen und Theorien weißer, bürgerlicher, heterosexueller Frauen ausgeht – und eurozentrisch bleibt. In besonderer Weise hat mich dabei Audre Lorde ermutigt, der ich an dieser Stelle für ihr Engagement, den Frauen der schwarzen Diaspora Gehör zu verschaffen, danken möchte.

Wenn ich hier meine Auseinandersetzung mit feministischer Literaturkritik, der Literatur schwarzer Frauen und deren Rezeption in Westdeutschland umreiße, so geschieht dies in der Überzeugung, daß innovative akademische Diskurse und feministische Denk- und Schreibweisen ohne die Einbeziehung unterschiedlicher Lebenserfahrungen von Frauen letztlich patriarchalischen Machtstrukturen verhaftet bleiben. Zum anderen bin ich der Auffassung, daß die feministische Bewegung sich ihre eigenen Grenzen setzt, solange Frauen aus verschiedenen ethnischen, kulturellen und sozialen Bereichen nicht wirklich bereit sind, voneinander zu lernen. Ich hoffe, daß das, was ich zum Umgang mit den Lebensbedingungen und der Literatur schwarzer Frauen zu sagen habe, etwas zur Weiterentwicklung dieses gegenseitigen Lernprozesses beitragen kann.

---

* Dieser Beitrag ist die überarbeitete, deutsche Fassung eines englischsprachigen Vortrags zur Rezeption der Literatur schwarzer Frauen in der Bundesrepublik, der im Rahmen der Internationalen Frauenbuchmesse 1988 in Montreal gehalten wurde.

Es ist hier nicht genug Raum für die Entwicklung alternativer Konzepte, Theorien und Strategien. Die hier zur Diskussion gestellten Überlegungen basieren vielmehr in erster Linie auf persönlichen Erfahrungen. Ohne die persönliche Dimension ist der feministische Blick auf sozial-politische Bedingungen, kulturelle Ausdrucksformen und Forschungsgegenstände ohnehin nicht denkbar. Im konkreten Fall gewinnt das Persönliche nochmals besondere politische Bedeutung, da ich mich hier als schwarze Frau zum Umgang mit der Literatur schwarzer Frauen äußere. Auch dies ist in Westdeutschland nicht gerade alltäglich.
Ich will versuchen, dies an einer Fragestellung zu entwickeln, die sich wahrscheinlich – in dieser Konsequenz – nur wenige Frauen stellen (müssen): Was es heißt, als schwarze Frau relativ vereinzelt in einer fast gänzlich weißen Gesellschaft einerseits ständig sichtbar, andererseits jedoch völlig unsichtbar zu sein. Sichtbar im Sinne eines immer präsenten Legitimationszwangs der eigenen Existenz, unsichtbar im Sinne einer Vereinnahmung, die – weibliche Gleichheit postulierend – die eigene Existenz ständig in Frage stellt. In diesem Kontext war es für mich – als afro-deutsche Frau – lange Zeit irrelevant, daß Frauen Frauenbilder in der Literatur analysierten, Frauen Spuren der Kreativität von Frauen suchten, Frauen ihre eigene Geschichte rekonstruierten und dabei Geschichte und Literatur zu dekonstruieren beanspruchten – solange dieser Umwälzungsprozeß nur weiße Frauen einzubeziehen schien. Als ob die Geschichte von Frauen und der Kampf der Frauen um ihre Rechte ohne die „anderen" Frauen überhaupt denkbar wäre.

In Westdeutschland wird zwar oft auf die Impulse, die von der frühen US-amerikanischen und britischen Frauenbewegung ausgingen, hingewiesen (vgl. u.a. Schröder 1981). Jedoch bleiben schwarze Frauen, die diese Bewegung an zentralen Punkten beeinflußt haben, unerwähnt. Diese Art von Ignoranz kann in der Zurkenntnisnahme historischer Fakten überwunden werden. Als Beispiel sei hier Sojourner Truth genannt, die als schwarze Frau schon vor der Abschaffung der Sklaverei in den USA für Frauenrechte eintrat.

1848 fand in Worcester, Massachusetts, USA die erste Nationale Frauenrechts-Konferenz statt. „Ob sie nun eingeladen oder aus eigener Initiative gekommen war", Sojourner Truth war jedenfalls unter den Teilnehmer/innen. Ihre Anwesenheit dort und die Reden, die sie auf den folgenden Frauenrechtstreffen hielt, symbolisieren die Solidarität der schwarzen Frau mit der neuen Sache. Ihr Bestreben war, nicht nur von der rassistischen Unterdrückung sondern auch von der sexistischen Herrschaft befreit zu sein. „Bin ich etwa keine Frau?" – der Refrain der Rede von Sojourner Truth, die sie 1851 auf der Frauenversammlung in Akron, Ohio, hielt – ist und bleibt der meist zitierte Slogan aus der Frauenbewegung des neunzehnten Jahrhunderts. Sojourner Truth rettete eigenhändig das Frauentreffen von Akron vor dem beißenden Spott feindseliger Männer. Unter all den Frauen, die an dieser Zusammenkunft teilnahmen, war sie allein fähig, den aggressiven Argumenten männlicher Suprematie von Seiten der lärmenden Provokateure entgegenzutreten. Sojourner Truth, die ein unbezweifelbares Charisma und bedeutende rednerische Fähigkeiten besaß, nahm das Scheinargument von der Unvereinbarkeit des Stimmrechts mit weiblicher Schwachheit auseinander. Sie tat dies mit unschlagbarer Logik. Der Anführer der Provokateure hatte vorgebracht, der Wunsch der Frauen nach Stimmrecht sei lächerlich, wo sie doch ohne die Stütze des Mannes nicht einmal eine Pfütze überschreiten oder einen Wagen besteigen könnten. Sojourner Truth führte mit zwingender Einfachheit aus, daß ihr noch niemals über eine matschige Pfütze oder in einen Wagen hineingeholfen worden sei. „Na und, bin ich etwa keine Frau?" Mit einer Stimme wie „der rollende Donner" sagte sie: „Seht mich an! Seht meinen Arm", und sie rollte ihren Ärmel hoch und zeigte „die riesige Muskelkraft" ihres Armes. „Ich habe gepflügt und gepflanzt und die Scheunen gefüllt, und kein Mann konnte mich überbieten! Und bin ich etwa keine Frau? Ich konnte soviel arbeiten, und ich konnte

auch soviel essen wie ein Mann – wenn ich soviel bekommen konnte – und ertrug ebenso die Peitsche! Und bin ich etwa keine Frau?"
Als einzige schwarze Frau unter den Teilnehmer/innen in der Versammlung von Akron hatte Sojourner Truth vollbracht, wozu keine der schüchternen weißen Schwestern fähig war. Wie die Versammlungsleiterin gestand, „gab es zu jener Zeit sehr wenige Frauen, die es wagten, auf einer Versammlung zu sprechen" (Davis 1986, S. 61 f.).
Der Name Sojourner Truth ist hierzulande weitgehend unbekannt, ebenso unbekannt wie der der schwarzen Suffragette Ida B. Wells, die – als enge Mitarbeiterin und Vertraute von Susan B. Anthony, einer der Mitbegründerinnen der amerikanischen Frauenstimmrechtskampagne um die Jahrhundertwende – ihre eigene Sache vertrat und dabei der internationalen Frauenbewegung wegweisende Denkanstöße gab. Ida B. Wells setzte sich sowohl für die Rechte der Frau als auch gegen Rassismus, Diskriminierung und Lynchjustiz ein. Susan B. Anthony kapitulierte letztlich vor dem Rassismus aus „Gründen der Zweckmäßigkeit" (Davis 1986, S. 108), wurde Präsidentin der Nationalen Amerikanischen Frauenstimmrechtsvereinigung – und „ging in die Geschichte ein". Schwarze Frauen in den USA und in Europa haben – auf unterschiedliche Weise – daran gearbeitet, Ida B. Wells den ihr zustehenden Platz einzuräumen (vgl. u.a. Davis 1984; Kraft 1986; Walker 1987). In dem Maße, wie die weiße europäische Frauenbewegung dies anerkennt, wird sie unter Beweis stellen können, ob und inwieweit Geschichte – aus weiblicher Sicht – dekonstruierbar ist, wird sie Autorinnen wie Zora Neale Hurston, eine der bedeutendsten schwarzen Anthropologinnen, Kritikerinnen, Essayistinnen und Romanschriftstellerinnen der 20er und 30er Jahre zur Kenntnis nehmen und damit einen wesentlichen Teil von Frauengeschichte, befreit von den Normen euro-phallozentrischen Denkens, begreifen lernen. Weniger bedeutet Reduktion – für alle – und Ausdruck europäischer Borniertheit.

Hätte ich persönlich während meines Studiums der Anglistik/Amerikanistik in Westdeutschland (und den USA!) die Namen von Sojourner Truth, Ida B. Wells und Zora Neale Hurston gehört, hätte dies wahrscheinlich schon sehr viel früher einiges in meinem Leben verändert. Da, wo sie heute auf den Leselisten englisch-sprachiger Literaturseminare und von Frauenkursen zu finden sind, gilt das immer noch als Ausnahme. Als ich anfing, mich mit der Literatur schwarzer Frauen – zunächst mit den Werken afro-amerikanischer Autorinnen – zu beschäftigen, war das in Westdeutschland absolutes Neuland. Seitdem hat sich für mich einiges verändert und in Ansätzen auch innerhalb der feministischen Forschung, Literaturkritik und den Schwerpunkten von Frauenbuchverlagen, ablesbar an einer sichtbaren Veränderung meiner Bücherregale. Betrachten wir jedoch den deutschsprachigen Raum, so ist festzustellen, daß es sich bei der Zurkenntnisnahme der Literatur und Theorien schwarzer Frauen in der Regel um Übersetzungen aus dem Englischen handelt. Einige wissenschaftliche Arbeiten dazu sind noch spärlich (vgl. neuere Untersuchungen von Blunck, Morrison 1984; Koenen 1985; Mysorekar 1988), was wohl kaum am „Sprachproblem" liegen kann, da andererseits weiße Autorinnen aus dem englischsprachigen Raum westdeutschen Feministinnen ebensowenig Probleme zu bereiten scheinen wie die französischen Post-Strukturalist/inn/en. Die Schranke scheinen viel eher eurozentrische Denk- und Herrschaftsstrukturen zu bilden, die Angst vor dem Verlust einerseits verhaßter doch andererseits geliebter oder verinnerlichter Raster. Dies ist auch eine Art von Beschränkung, die letztlich der Weiterentwicklung der Theoriedebatte und einem globalen feministischen Bewußtsein Grenzen setzt.

Seit einigen Jahren biete ich an dem Kolleg, an dem ich als Lehrende für Englisch und englisch-sprachige Literatur arbeite, Kurse zu Frauen in der Dritten Welt, zu afro-amerikanischer und afro-europäischer Frauenliteratur an. Ein Ausgangspunkt

hierfür war sicher auch die Erkenntnis, daß ich mich mit den Frauenbildern in anderen literarischen Texten selbst nur teilweise identifizieren konnte. Im Verlauf vieler Kurse wurde mir aber deutlich, daß auch die jungen weißen Frauen, die ich unterrichtete, häufig nach Identifikationsmöglichkeiten außerhalb westlicher Denkstrukturen suchten. Wir stellten fest, daß durch eine Beschränkung auf den eigenen Kulturkreis und das Leben und die Werke weißer Frauen nicht nur ich, sondern auch sie eines Teils unserer Geschichte beraubt worden waren, die es nun zu entdecken galt. Dies wurde besonders deutlich an Themenbereichen wie weibliche Mythen und Tradition, alltägliche Kreativität, Sexualität und Frauenbeziehungen in der Literatur schwarzer Frauen (vgl. Kraft 1987).

Sowohl aufgrund meiner eigenen Identität als auch subjektiv und objektiv gesetzter Arbeitsschwerpunkte war für mich ein Ausgangspunkt die gezielte und detaillierte Auseinandersetzung mit der Literatur afro-amerikanischer Autorinnen. Die ersten Kurse, die ich dazu anbot, prangten im Veranstaltungsverzeichnis als exotische Blumen, wissenschaftliches Neuland – oder auch Inanspruchnahme institutioneller Freiheiten, über die am einfachsten ein Mantel des Schweigens zu werfen war. Gebrochen wurde dieses Schweigen in konkreten Kurssituationen selbst (Kraft 1987), als Lernende nicht nur andere kulturelle Bereiche, Geschichten und Ausdrucksformen von Frauen „aus anderen Welten" begreifen lernten, sondern darüber auch ein Stück von sich selbst. So schreibt eine Teilnehmerin eines Kurses zu afro-amerikanischer Frauenliteratur: „Diese Vielfalt an ‚anderer' Kreativität veranlaßte mich, darüber nachzudenken, in welchem Maße für mich künstlerische Ausdrucksformen wichtig sind, welche Bedeutung diese Gestaltungskräfte für die Bewältigung meines Alltags haben. Ich wurde angeregt, eigene Ausdrucksmöglichkeiten zu entdecken und zu entfalten" (Kraft u.a. 1986/87). Diesen Erfahrungen ist es u.a. zu verdanken, daß ein sich entwickelnder Frauenstudiengang an einer der zentralen Einrichtungen der Universität Bielefeld interkulturelle Vergleiche und die Positionen und kreativen Zeugnisse schwarzer Frauen inzwischen als integralen Bestandteil zur Kenntnis nimmt. Das Durchbrechen von Schweigen geht jedoch zunächst immer von den Betroffenen aus. Mich persönlich hat die Stille eurozentrischer Selbstgefälligkeit, mit der lange Zeit die Existenz schwarzer Autorinnen übergangen wurde, zu einigen Publikationen veranlaßt (Kraft 1986, 1987, 1988), die ohne den Ärger über diese besondere Form westlich-patriarchalischer Machtstrukturen nicht denkbar gewesen wären.

Als ich begann, mich in meiner Lehrtätigkeit und in feministischen Diskussionsprozessen offensiv mit der Literatur schwarzer Frauen auseinanderzusetzen, hatte ich „glücklicherweise" noch nicht Barbara Smiths Überlegungen zu einer schwarzen feministischen Literaturkritik gelesen (Smith 1977). Denn wenn Smith für die USA feststellt, daß der Versuch, über schwarze Autorinnen zu schreiben, etwas „Gefährliches", weil noch nie Dagewesenes sei, wieviel größer ist dann die Gefahr, daß die eigene Arbeit und Existenz von außen in Frage gestellt wird, wenn das „noch nie Dagewesene" aus der Vereinzelung heraus gewagt wird. In einem Land, daß sich bislang überhaupt weigerte, die Existenz schwarzer deutscher Menschen und anderer Minderheiten zur Kenntnis zu nehmen, in dessen Schulbüchern bis vor nicht allzulanger Zeit Rassenwidersprüche in den USA als „Negerproblem" bezeichnet wurden, dessen Afrikabild noch immer von der Kolonialgeschichte geprägt ist. Andererseits haben die geschichtliche Besonderheit des deutschen Kolonialismus (vgl. Opitz, in: Oguntoye, Opitz, Schultz 1986), der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte dazu geführt, daß die BRD sich im Vergleich zu den Niederlanden, England und Frankreich ungleich langsamer zu einer multi-ethnischen Gesellschaft entwickelt und ein Kulturbegriff vorherrscht, der so eurozentrisch ist, wie kaum anderswo. Unter diesen Bedingungen hätte am Anfang meiner Auseinandersetzung mit der Literatur schwarzer Frauen Barbara Smiths Einschätzung sicher entmutigend gewirkt:

„Keine politische Bewegung gibt jenen Kraft und Unterstützung, die die Erfahrungen schwarzer Frauen durch das Studium unserer Geschichte, Literatur und Kultur untersuchen wollen. Keine politische Kraft fordert einen minimalen Grad an Bewußtheit und Respekt von denen, die über unser Leben schreiben oder reden, und es gibt schließlich und endlich, keine ausgearbeitete schwarze feministische politische Theorie, deren Annahmen auf die Kunst schwarzer Frauen angewandt werden könnten" (Smith 1977, dt. 1987). Inzwischen sind die Arbeiten, die von Barbara Smith, Mary Helen Washington, Alice Walker und einer Reihe anderer afro-amerikanischer Frauen hier geleistet wurden (vgl. u.a. Washington 1975 u. 1980; Walker 1979 u. 1983, dt. 1987), eine Ermutigung und Bestärkung für mich, auch in meinen eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen die Vielfalt der Kreativität schwarzer Frauen in der Welt mir und anderen weiterhin sicht- und erfahrbar zu machen.

Nun ist es so, daß auch in Europa und in Westdeutschland die Existenz und die Werke schwarzer Frauen etwas mehr ins Bewußtsein rücken. So schreibt z.B. Gabriela Schaaf in den Englisch Amerikanischen Studien (1/1987): „Die Frage, inwieweit das eigene eurozentrische Weltblick den Blick auf die ‚fremde' Kultur bestimmt und zu Ideologiebildungen führt, stand auch im Mittelpunkt der letzten Tagung der Literaturwissenschaftlerinnen, 1986 in Hamburg". Ich habe diese Tagung mitvorbereitet, und es ist sicher eine positive Entwicklung, daß Eurozentrismus *ein* Themenbereich war. Bezeichnender jedoch ist für mich, daß dieser von der einzigen schwarzen Frau in der Vorbereitungsgruppe vorgeschlagen worden war, daß im Tagungsband unverhältnismäßig wenig Beiträge aus dieser Sektion dokumentiert sind, daß während der Diskussionsveranstaltung acht weiße und zwei schwarze Frauen auf dem Podium saßen, und dies auch erst noch durchgesetzt werden mußte. Hier von „Mittelpunkt" zu reden, verschleiert den Blick für die Realität, und damit verkommt die Tatsache, daß überhaupt schwarze Frauen und Frauen aus der Dritten Welt teilgenommen haben, daß es *einige* Referate zum Thema „Eurozentrismus" gab, zur bloßen Alibifunktion.
Oftmals scheint es auch so, als hätten schwarze und farbige Frauen dankbar zu sein, überhaupt erwähnt zu werden. Immerhin finden sich unter 30 Aufsätzen einer vor zwei Jahren in der BRD erschienenen Frauen-Literatur-Geschichte (Gnüg, Möhrmann 1985) je ein Text über lateinamerikanische, afrikanische und afro-amerikanische Frauenliteratur. Mich hat das an Tillie Olsons Aufsatz „eine von zwölf" erinnert (Olson 1978). Die Tatsache, daß von dieser engagierten weißen amerikanischen Autorin bislang so wenig auf Deutsch vorliegt, mag eine besondere Spielart von Eurozentrismus sein. Daß die Arbeiten, die über die Literatur schwarzer Frauen in letzter Zeit veröffentlicht wurden, sich vielleicht zusammenfassen ließen unter dem Titel „eine unter tausend", mag ein Gradmesser dafür sein, ob Rassismus im europäisch-feministischen Denken latent oder offenkundig vorhanden ist.

In der Einleitung zu ihrer Untersuchung über Schreibweisen in der Gegenwartsliteratur von Frauen schreibt Sigrid Weigel, eine der anerkannten feministischen Literaturwissenschaftlerinnen im deutschsprachigen Raum: „In sozialen Termini, die dem gängigen Sprachgebrauch vertrauter sind, läßt sich der Ort, von dem aus Frauen schreiben und sprechen, so kennzeichnen: Indem Frauen teilhaben, teilnehmen an der herrschenden Sprache, sich ihren ‚Zugang zur zeitlichen Bühne' erobern, sind sie an der bestehenden Ordnung beteiligt; sie benutzen dann eine Sprache, Normen und Werte, von denen sie zugleich als ‚das andere Geschlecht' ausgeschlossen sind (1987). Es wäre sicher für alle Frauen eine bereichernde Erfahrung, dieser Feststellung mit Blick auf die Lebenssituation, die Inhalte und Schreibweisen schwarzer und farbiger Frauen nachzugehen. Nun lag dies nicht in Weigels Absicht, da sich ihre Untersuchungen auf deutschsprachige Literatur oder besser Texte weißer Autorinnen aus dem deutschsprachigen Raum beschränken. Irritierend hat auf mich dabei jedoch der scheinbar umfassendere Titel „Schreibweisen in der Gegenwartsliteratur

von Frauen" gewirkt. Der „verschärfte Blick" (Nölle-Fischer 1987) in der westdeutschen feministischen Literaturkritik ist immer noch recht getrübt. So steht in einer kürzlich erschienenen deutschen Textsammlung englischsprachiger Literaturkritikerinnen Elaine Showalter, für die die Geschichte schwarzer amerikanischer Autoren z.B. „einen Präzedenzfall" darstellt, den die feministische Literaturwissenschaft „benutzen" kann, kommentarlos neben Barbara Smith, der gerade diese Art von „Benutzung" kalte Schauer über den Rücken jagt" (Nölle-Fischer 1987, S. 30). Was sich erst in Ansätzen entwickelt hat, ist die Aussage und Schreibweisen, die Entwicklung einer schwarzen feministischen Ästhetik zu *nutzen* für die Weiterentwicklung feministischer Forschung und Strategien. Wenn z.B. westdeutsche Feministinnen unter Berufung auf Derrida und Kristeva, davon ausgehen, daß Frauen letztlich privilegierte Positionen einnehmen, von denen aus *westliches* phallozentrisches Denken dekonstruiert werden kann (Becker 1985), dann liegt für mich die Weiterentwicklung dieser Überlegung nahe, inwieweit nicht gerade die Auseinandersetzung mit der Literatur schwarzer Frauen *feministisches* eurozentrisches Denken dekonstruieren kann. Wenn Sylvia Bovenschen in ihrem Essay über die Frage: „Gibt es eine weibliche Ästhetik" (1976) zur Diskussion stellt, was sich daraus entwickeln könnte, wenn wir Unterschiede nicht länger als Mangel, Verlust und Deprivation begreifen, sondern als Chance, so läßt sich feststellen, daß in Westdeutschland im Hinblick auf die Literatur schwarzer Frauen diese Diskussion zunächst nur mühsam in Gang gekommen ist. In jüngster Zeit entwickelt sich der Prozeß der Auseinandersetzung wesentlich schneller. Zum einen geschieht dies dadurch, daß weiße Frauen auch in Westdeutschland angefangen haben, sich ernsthaft mit Problemen des Sexismus *und* Rassismus auseinanderzusetzen. Viele haben aus eigenem Interesse oder durch die Begegnung mit schwarzen Frauen die Werke schwarzer Autorinnen entdeckt und begonnen, sie in eigene Untersuchungen und in ihre Lehrtätigkeit mit einzubeziehen oder gar zu einem Schwerpunkt zu machen. An dem Kolleg, wo ich arbeite, hat sich so z.B. in englischsprachigen Kursen mit einem literarischen Schwerpunkt der Lektüre-Kanon wesentlich verändert, sind in vielen Seminaren insbesondere Texte afro-amerikanischer Autorinnen zu einem festen Bestandteil geworden. Zum anderen sind es aber gerade die Initiativen und der Zusammenschluß afrodeutscher Frauen, die innerhalb der Frauenbewegung und der feministischen Literaturkritik latenten Rassismus und Eurozentrismus ins Bewußtsein rücken.

Ein wichtiger Schritt war in diesem Zusammenhang sicher das Buch *Farbe bekennen* „(1986)", in dem in wissenschaftlichen, autobiografischen und literarischen Texten schwarze deutsche Frauen die Vereinzelung durchbrochen und sich als Gruppe sichtbar gemacht haben. Die vielfältigen Aktivitäten, die schwarze Frauen in der BRD seitdem entwickelt haben, können in der feministischen Bewegung dazu beitragen, die Kategorie „Gemeinsamkeit" zu relativieren und Unterschiede zwischen Frauen bewußt zu machen.
Afro-deutsche Frauen haben sich inzwischen zu einer Initiative zusammengeschlossen und die erste Nummer der *Afrekete*, einer Zeitschrift für schwarze afro-deutsche Frauen herausgegeben. Sie haben Untersuchungen zu den Werken afro-amerikanischer Frauen veröffentlicht und in mehreren Städten Lesungen mit der karibisch-afro-amerikanischen Autorin Audre Lorde organisiert. Sie bereiten Veranstaltungen afro-brasilianischer Lyrik vor – und weitere Veranstaltungen und Publikationen zu Texten afro-deutscher Frauen. Sie begreifen ein zweifaches kulturelles Erbe nicht länger als Mangel, sondern als Chance und Herausforderung, unterschiedliche Erfahrungen von Frau-Sein, kultureller Identität und feministischer Ästhetik kreativ zu nutzen. Viele von ihnen schreiben selbst. In verschiedenen Städten der BRD und in West-Berlin haben in den letzten Jahren Lesungen und Diskussionen mit afrodeutschen schreibenden Frauen stattgefunden. Auf dem 6. Treffen schreibender Frauen in Bremen waren schwarze Frauen erstmals präsent. Die Organisation und Durchführung der *ersten gemeinsamen Schreibwerkstatt schwarzer und weißer*

Frauen, die Anfang Juni 1988 aufgrund der Initiative schwarzer Frauen in Bielefeld stattfand, war ein weiterer wichtiger Schritt im Hinblick auf einen ernsthaften Dialog zwischen schwarzen und weißen Frauen. Denn die Auseinandersetzung mit schwarzen Frauen aus Afrika, Lateinamerika und den USA, die Rezeption schwarzer Frauenliteratur aus anderen Ländern und der Verweis auf dort herrschende Formen von Rassismus scheint vielen Weißen ungleich leichter zu fallen, als die Zurkenntnisnahme schwarzer deutscher Frauen und das Bewußtmachen rassistischer Tendenzen im eigenen Land.
Als Teil der afrikanischen Diaspora leisten Afro-Deutsche einen Beitrag, die Vielfalt der Kreativität schwarzer Frauen in der Welt erfahrbar zu machen. Als Europäerinnen können sie in besonderer Weise die Schranken des Eurozentrismus im feministischen Denken durchbrechen. Indem sie die Verschiedenheit zu weißen deutschen Frauen ebenso selbstbewußt nutzen wie zu schwarzen Frauen in anderen Teilen der Welt, könnte daraus eine neue feministische Gemeinsamkeit erwachsen, die nicht nur verbal zu einem verschärften Blick in der Wahrnehmung unterschiedlicher Bedürfnisse, Erfahrungen und Interessen von Frauen führt.
Letztlich scheint mir das jedoch nur möglich, wenn feministische Theoriebildung und Literaturkritik sozio-kulturelle Untersuchungen – im Sinne von *Cultural Studies* – (vgl. u.a. Light 1987) miteinbezieht.
In diesem Kontext hat mich vor kurzem auf einer literatur-didaktischen Tagung die Aussage einer von mir sehr geschätzten weißen Literaturwissenschaftlerin irritiert: Gayatri Chakravorty Spivac (1987) versuche eine *merkwürdige* – gemeint war wohl bemerkenswerte – Verbindung von Marxismus und Psychoanalyse – oder sozialhistorischem Ansatz und Dekonstruktion – herzustellen. Könnte nicht diese Verbindung gerade Ausgangspunkt sein für die Weiterentwicklung feministischer Strategien und die Bereitschaft, die Erfahrungen schwarzer und farbiger Frauen zu nutzen? Mir geht (nicht erst) seit dieser denkwürdigen Bemerkung ständig ein „merkwürdiger" Satz durch den Kopf: „Die weiße feministisch-akademische Bewegung hat die Welt nur verschieden interpretiert – es kommt aber darauf an, sie zu verändern."

Literatur

BLUNCK, Malwine/MORRISON, Toni: Eine Studie über die afro-amerikanische Autorin und ihr Werk, Hamburg 1984

DAVIS, Angela Y: Women Race & Class, New York 1983, dt.: Sexismus und Rassismus, Berlin 1984

ECKER, Gisela: Feminist Aesthetics, London 1985

GNÜG, Hiltrud/MÖHRMANN, Renate: Frauen Literatur Geschichte – Schreibende Frauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Stuttgart 1985

KOENEN, Anne: Zeitgenössische Afro-Amerikanische Frauenliteratur. Selbstbild und Identität bei Toni Morrison, Alice Walker, Toni Cade Bambara und Gayl Jones, Frankfurt 1985

KRAFT, Marion: Black Women's Literature, in: Englisch Amerikanische Studien 2/86

dies.: „The Creative Use of Difference" – An Interview with Audre Lorde, in: Englisch Amerikanische Studien 3–4/86

dies.: u.a.: Blick auf eine andere Kultur – ein Frauenliteraturkurs, in: Einblicke, das oberstufen-kolleg Studienjahr 1986/87

dies.: The Bluest Eye and Black Eyed Susans – Teaching Black Women's Literature, in: Englisch Amerikanische Studien 1/87

LIGHT, Alison: Towards a Feminist Cultural Studies, in: Englisch Amerikanische Studien 1/87

MYSOREKAR, Sheila: Black Aesthetics. Eine Untersuchung von Werken schwarzer amerikanischer Schriftstellerinnen der 70er und 80er Jahre (Magisterarbeit), Köln 1988

NÖLLE-FISCHER, Karen (Hrsg.): Mit verschärftem Blick – Feministische Literaturkritik, München 1987

OGUNTOYE, Katharina/OPITZ, May/SCHULTZ, Dagmar: Farbe bekennen – Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986

OLSON, Tille: Silences, London 1978

SCHAAF, Gabriela: Lexikalisches Stichwort – Feministische Forschung/Frauenforschung, in: Englisch Amerikanische Studien 1/87

SCHRÖDER, Hannelore: Die Frau ist frei geboren: Texte zur Frauenemanzipation, Bd. II: 1870 bis 1918, München 1981

SMITH, Barbara: Toward a Black Feminist Criticism, Crossing Press, Freedom, Cal., 1977, dt.: in: Karen Nölle-Fischer (Hrsg.), Mit verschärftem Blick feministische Literaturkritik, München 1987

SPIVAC, Gayatri Chakravorty: In Other Worlds, Essays in Cultural politics, New York und London 1987

WALKER, Alice (Hrsg.): A Zora Neale Hurston Reader, New York 1979

dies.: In Search of Our Mother's Gardens, New York 1983, dt. Auf der Suche nach den Gärten unserer Mutter, München 1987

dies.: Argumente für Luna – und für Ida B. Wells, in: Freu dich nicht zu früh, 14 radikale Geschichten, München 1987

WASHINGTON, Mary Helen (Hrsg.): Black Eyed Susans. Classic Stories By and About Black Women, New York 1975

dies.: Any Woman's Blues. Stories by Contemporary Black Women Writers, New York 1980

WEIGEL, Siegrid: Die Stimme der Medusa – Schreibweisen in der Gegenwartsliteratur von Frauen, Dülmen-Hiddingsel 1987

Eva von Pirch

Was habe ich mit Afrika zu tun?

Dies frage ich mich und nicht Du mich, weiße Schwester. Du fragst mich in der Regel, wenn Du mich unbekannterweise triffst, wo ich herkomme und erwartest einen dieser für Dich exotisch klingenden Namen Afrikas, Lateinamerikas, der Karibik oder auch der, hier in der BRD so geliebten, USA. Enttäuschung und Unglauben sehe ich in Deinem Gesicht, wenn ich Dir sage Berlin.
Bin ich guter Stimmung, setze ich noch: „ . . . aber mein Vater kommt aus Haiti" dazu, damit Du, weiße Schwester, Dir die nächste Frage, die Dir auf den Lippen liegt, ersparen kannst.
Gewöhnlicherweise gibt es von *dieser* Folge-Frage drei Versionen:
„Bist Du Besatzungskind (Kind wohlgemerkt)?"
oder
„Nein, ich meinte, wo Du wirklich herkommst!"
oder
„Nein, ich meinte, Dein Vater oder Mutter kommt doch aus . . .?"
Fragender Blick.

Alle drei Fragen erzeugen in mir, wie gesagt je nach Laune, Langeweile oder Wut. Nie habe ich von Dir, weiße Schwester, erlebt, daß Du mich gefragt hättest, was es für mich als schwarze Frau bedeutet, hier geboren und aufgewachsen zu sein. Oftmals betrachtetest Du mich als Farbtupfer auf Deiner Party. Als schöne Frau, die auch noch Deinem Vorurteil entsprechend, den Hintern rhythmischer als Du (wie Du meinst) bewegen kann. Dann jedoch trafen mich auch Deine neidvollen Blicke.

Doch was habe ich mit Afrika zu tun, frage ich mich und nicht Du Dich, weiße Schwester.
Siehst Du mich, so ziehen Bilder von Frauen in bunten Tüchern gekleidet, mit faszinierend anmutenden Bewegungen Wasserbehälter auf dem Kopf tragend oder Früchte auf dem Markt verkaufend, an Deinem geistigen Auge vorbei.
Oder Du erinnerst Dich an die letzte Reportage im Fernsehen, die von Hunderten hungernden Frauen und Kindern berichtete.
Oder Du gehörst zu den Frauen, die wissen, daß die afrikanische Frau durch Vielehe und Klitorisbeschneidung unterdrückt wird und schenkst mir einen mitleidsvollen Blick.
Vielleicht erinnerst Du Dich, weiße Schwester, auch noch an Angela Davis oder Winnie Mandela und Joan Armatrading gehört zu Deinen Favoritinnen.
Neuerdings weißt Du natürlich auch, daß schwarze Frauen in der BRD, neben Asiatinnen, zum begehrten Objekt von Prostitutionssklavinnenhändlern geworden sind.
Selbstverständlich bist Du empört und beschließt, Dich zu engagieren. Du wirst zu einer gefragten Spezialistin, während zur gleichen Zeit die nächsten schwarzen Frauen auf dem Flughafen eintreffen.

Ich bin empört, frage mich, was habe ich mit Afrika zu tun und Du, weiße Schwester, beschäftigst Dich nun mit Afrika und afrikanischen schwarzen Frauen und gehst an mir, Deinem/unserem deutschen Afrika vorüber.

Ich treffe eine schwarze Schwester, ich frage sie:
„Wo kommst Du her?" Sie antwortet: „Ich bin Afro-Deutsch."
Sie erzählt mir ihre afro-deutsche Geschichte.
Ich erzähle meine nicht, denn es ist auch meine Geschichte,
auch wenn ich weiß, wir sind verschieden.

Quelle: Afrekete, Zeitung für afro-deutsche und schwarze Frauen, 1. Ausgabe, Bremen 1988, S. 19–20

Helga Emde

Der Tanz

du willst ich sein
ich niemals du
sonnengebräunte Haut
zwischen uns
Welten
zuviele Hochzeiten
auf denen du tanzt
heute für Südafrika
für Chile morgen
am dritten Tag
für Nicaragua
Donnerstag für die Indios
vergessen die Juden
übersprungen
Sinti und Roma
Wechselschritt
für die Türken hier
du spürst das Zittern
deine Kraft schwindet
heute Ruhetag
Maskenball für Minderheiten
Dinner für Indien
Reinerlös
für die Hungerbäuche
schwarzer Kinder
Fressen aus Mitleid
fett wirst du für die Dritte Welt
wenn du gebraucht wirst
wo
wo bist du wirklich
wenn
du
ich
sein willst?

(14.4.1988)

Diskussion

Chandra Talpade Mohanty

Aus westlicher Sicht: feministische Theorie und koloniale Diskurse*

Die Tatsache, daß der Begriff „Kolonisierung" inzwischen eine Reihe von Phänomen in feministischen und linken Schriften beschreibt, hat politische Bedeutung. Von seinem analytischen Wert als Kategorie für ausbeuterischen wirtschaftlichen Austausch im traditionellen wie im heutigen Marxismus (vgl. Theoretiker der Gegenwart wie Baran, Amin und Gunder-Frank) bis zu seinem Gebrauch durch farbige Feministinnen in den USA, die der Aneignung ihrer Erfahrungen und Kämpfe durch die dominante weiße Frauenbewegung einen Namen geben wollen[1], ist „Kolonisierung" benutzt worden, um alles mögliche zu charakterisieren – von den offensichtlichsten wirtschaftlichen und politischen Hierarchien bis zur Produktion eines kulturellen Diskurses darüber, was als „Dritte Welt" bezeichnet wird.[2] Wie schwierig oder problematisch der Gebrauch von „Kolonisierung" als Erklärungskonzept auch ist, so bezeichnet er doch fast unweigerlich eine Beziehung von struktureller Herrschaft und einer – oft gewaltsamen – Unterdrückung der Heterogenität der jeweiligen Analysesubjekte.

Ich möchte das Bild der „Dritte-Welt-Frau" in einigen neueren Schriften westlicher Feministinnen als ein einheitliches Subjekt analysieren. Die Definition von Kolonisierung, die ich hier zugrunde lege, ist eine primär *diskursive*. Sie konzentriert sich auf die Aneignung und Kodifizierung von „Theorien" und „Wissen" über Frauen in der Dritten Welt durch bestimmte analytische Kategorien in den Texten westlicher Feministinnen.

Mein Interesse an solchen Schriften ist aus meiner eigenen Betroffenheit und meinem Engagement in der aktuellen Diskussion feministischer Theorien entstanden und durch die drängende politische Notwendigkeit (besonders im Zeitalter Reagans), strategische Koalitionen über Klasse, Rasse und über nationale Grenzen hinweg zu bilden. Die analytischen Grundsätze, die ich im weiteren diskutiere, beeinträchtigen die politische Praxis westlicher Feministinnen und begrenzen die Möglichkeit von Koalitionen zwischen weißen, westlichen Feministinnen, der Arbeiterklasse und farbigen Feministinnen überall in der Welt. Dies wird bei der Bestimmung der vorrangigen Themen deutlich, von denen erwartet wird, daß sich *alle* Frauen für sie engagieren. Durch die notwendige Verbindung von feministischer Theorie und feministischer Praxis bekommen die Studien westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt einen höheren Stellenwert, denn feministische Theorie ist, wie die meisten anderen Theorien, nicht bloße Produktion von Wissen zu einem bestimmten Thema. Sie ist unmittelbar politische und diskursive *Praxis*. Sie ist am ehesten zu verstehen als eine Interventionsmethode in bestimmte vorherrschende Wissenschaften (z.B. die traditionelle Anthropologie, Soziologie, Literaturkritik, etc.); sie ist eine politische Praxis, die sich gegen den totalitären Imperativ der uralten „legitimen" und „wissenschaftlichen" Institutionen wehrt. Somit sind feministische Wissenschaftsmethoden in Machtverhältnisse einbezogen, denen sie etwas entgegensetzen, gegen die sie sich wehren oder die sie vielleicht aber auch implizit unterstützen. Apolitische Theorien kann es selbstverständlich nicht geben.

---

* *Der Artikel wurde vom Englischen ins Deutsche von Mascha Rohner und Fee Rohrmoser übersetzt.*

Die Beziehung zwischen „Frau" als einer kulturell und ideologisch zusammengesetzten Anderen, entwickelt durch verschiedene Darstellungsweisen (wissenschaftliche, literarische, juristische, linguistische, kinematografische, etc.) und „Frauen", realen materiellen Subjekte ihrer kollektiven Geschichte, ist eine der zentralen Fragen, die die Frauenforschungsansätze zu klären versuchen. Frauen als historische Subjekte und die Vorstellung von Frau in herrschenden Diskursen bezeichnet weder eine unmittelbare Identität, noch eine direkte Entsprechung und auch keine einfache Folgebeziehung.[3] Es ist eine von bestimmten Kulturen aufgestellte, willkürliche Beziehung. Ich möchte behaupten, daß die Schriften westlicher Feministinnen, die ich hier analysiere, die materiellen und historischen Unterschiede in den Lebenssituationen von Frauen der Dritten Welt in ihrem Diskurs kolonisieren. Dadurch produzieren sie eine einheitliche „Dritte-Welt-Frau" – ein Bild, das willkürlich entworfen zu sein scheint, aber trotzdem die Autorität westlicher humanistischer Studien trägt.

Die Analyse des „geschlechtlichen Unterschiedes" in Form einer überkulturell einheitlichen Vorstellung von Patriarchat oder männlicher Dominanz führt zu einer ähnlich verkürzten und homogenen Vorstellung dessen, was ich den „Dritte-Welt-Unterschied" nenne – dieses immergleiche, unhistorische Etwas, das scheinbar die meisten, wenn nicht alle Frauen in diesen Ländern unterdrückt. Und gerade mit der Prägung des Begriffes „Dritte-Welt-Unterschied" vereinnahmen westliche Feministinnen die grundlegende Komplexität und die Konflikte, die die Leben der Frauen verschiedener Klassen, Religionen, Kulturen, Rassen und Kasten in diesen Ländern ausmachen und „kolonisieren" sie. In vielen neuen Studien westlicher Feministinnen wird genau in diesem Prozeß der Vereinheitlichung und Systematisierung der Unterdrückung von Frauen in der Dritten Welt Macht ausgeübt, und diese Macht muß definiert und benannt werden.

Ich behaupte, es gibt den universellen patriarchalen Rahmen nicht, gegen den diese Theorien argumentieren – es sei denn, jemand postuliert eine internationale männliche Verschwörung oder eine monolithische ungeschichtlichen Machthierarchie. Es gibt jedoch ein weltweites Machtgefüge, innerhalb dessen jede Analyse von Kultur, Ideologie und sozio-ökonomischen Bedingungen notwendigerweise angesiedelt werden muß.

Den beschreibenden und informativen Wert des überwiegenden Teils westlicher feministischer Studien über Frauen in der Dritten Welt stelle ich nicht in Frage. Ebensowenig stelle ich die Existenz hervorragender Arbeiten in Frage, die nicht in die analytischen Fallen tappen, um die es mir geht. Ich werde später noch auf solch eine Arbeit eingehen. Weil es nur sehr wenig Erfahrungsberichte von Frauen aus diesen Ländern gibt und aus der Notwendigkeit heraus, internationale Verbindungen zwischen den politischen Frauenkämpfen zu schaffen, sind solche Arbeiten bahnbrechend. Ich möchte hier jedoch die Aufmerksamkeit auf das Erklärungspotential bestimmter analytischer Strategien, die in solchen Studien angewendet werden, und auf ihre *politischen Wirkungen* im Kontext der Vorherrschaft westlicher Theorien lenken. Obwohl feministische Studien in den USA immer noch marginalisiert werden, müssen die Studien westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt im Kontext der weltweiten Dominanz westlicher Theorien betrachtet werden, d.h. die Produktion, die Publizierung, Verteilung und Konsumierung von Informationen, Ideen und Vorstellungen. Marginal oder nicht, diese Schriften haben politische Wirkungen über das unmittelbare feministische oder fachgebundene Publikum hinaus. Eine derartige wichtige Auswirkung der dominanten „Darstellung" des westlichen Feminismus, ist in den Augen mancher Dritter-Welt-Frauen sein Zusammenhang mit dem Imperialismus.[4] Das macht es dringend notwendig, die *politischen* Folgen von *analytischen* Methoden und Grundsätzen zu untersuchen.

Meine Kritik richtet sich gegen drei grundlegende Analyseprinzipien, die in Untersuchungen westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt vorkommen. Da ich mich hauptsächlich auf die Zed-Press-Serie „Frauen in der Dritten Welt" beziehe, umreißt die Analyse dieser Texte meine Einschätzung der Studien westlicher Feministinnen.[5] Obwohl ich auf Feministinnen eingehe, die sich selbst als kulturell oder geografisch dem „Westen" zugehörig bezeichnen, ist das, was ich über diese analytischen Vorgehensweisen sage, für alle gültig, die diese Methoden benutzen, seien es nun im Westen lebende Dritte-Welt-Frauen, oder Frauen in der Dritten Welt, die im Westen veröffentlichen. Tatsächlich gilt meine Argumentation für jede Studie, in der eine Autorin sich selbst als impliziten Bezugspunkt setzt, als Maßstab, mit dem man kulturell Andere mißt und darstellt. Genau mit diesem Vorgehen wird in Studien Macht ausgeübt.

Das erste Analyseprinzip, um das es mir geht, betrifft die Funktion der Kategorie „Frauen" im Analysekontext. Wenn Frauen als schon konstituierte einheitliche Gruppe mit gleichen Interessen und Wünschen, ungeachtet ihrer Klasse, ihrer ethnischen oder rassistischen Zugehörigkeit oder ihre Gegensätze gesehen werden, beinhaltet dies die Vorstellung von Geschlecht oder dem geschlechtlichen Unterschied oder selbst das Patriarchat (als männliche Dominanz – Männer als eine entsprechend geschlossene Gruppe) als universell und überkulturell anwendbare Begriffe. Der Kontext der Analyse kann reichen von Verwandtschaftsstrukturen und der Organisation der Arbeit bis hin zu Darstellungen in den Medien. Das zweite Analyseprinzip besteht im unkritischen Gebrauch von bestimmten Methoden, die den „Beweis" für universelle und kultur-unabhängige Gültigkeit liefern. Das dritte ist ein mehr politisches Analyseprinzip, das den Methoden und analytischen Strategien zugrundeliegt, das ist das Modell von Macht und Kampf, das sie implizieren und suggerieren. Ich behaupte, daß aufgrund der oben beschriebenen Analysemethoden ein einheitliches Verständnis der Unterdrückung von Frauen als einer Gruppe vorausgesetzt wird, das wiederum das Bild von der „Durchschnitts-Dritte-Welt-Frau" erzeugt. Diese Durchschnitts-Dritte-Welt-Frau führt, aufgrund ihres weiblichen Geschlechts (sprich: sexuell unfrei) und weil sie aus der Dritten Welt kommt (sprich: dumm, arm, ungebildet, traditionsverhaftet, häuslich, familienorientiert, viktimisiert usw.) ein sehr beschnittenes Leben. Dies steht im Gegensatz zu der impliziten Darstellung der westlichen Frauen als gebildet, modern, als Frauen, die die Kontrolle über ihren eigenen Körper und ihrer Sexualität besitzen und die die Freiheit haben, eigene Entscheidungen zu treffen. Die Unterscheidung zwischen der Fremddarstellung von Frauen in der Dritten Welt durch westliche Feministinnen und der Selbstdarstellung westlicher Feministinnen ist von der gleichen Art, wie die Unterscheidung einiger Marxisten zwischen der wirklich „produktiven" Rolle von Lohnarbeit und der „reproduktiven" Funktion der Hausfrau oder wenn Entwicklungspolitiker die Dritte Welt als die charakterisieren, die mit der weniger wertvollen Produktion von „Rohstoffen" beschäftigt ist, im Gegensatz zu der „wirklich" produktiven Tätigkeit der Ersten Welt. Diese Unterscheidungen werden auf der Basis vollzogen, daß eine bestimmte Gruppe als Norm oder Wertmaßstab privilegiert wird. Männer, die Lohnarbeit verrichten, Erste-Welt-Produzenten, und – so sehe ich es – westliche Feministinnen, die Dritte-Welt-Frauen manchmal mit Begriffen wie „ourselves undressed" (Michelle Rosaldo) belegen, machen sich alle zum Wertmaßstab in so einer binären Analyse.

„Frauen" als Analysekategorie, oder: Wir sind alle Schwestern im Kampf

Wenn ich „Frauen" als Analysekategorie verwende, beziehe ich mich auf die Annahme, daß wir alle, vom selben Geschlecht, über Klassen und Kulturen hinweg auf

irgendeine Art sozial als eine homogene Gruppe konstituiert sind. Diese Annahme durchzieht viele feministische Studien. Die Homogenität der Frauen als Gruppe wird nicht auf der Ebene biologischer Merkmale hergestellt, sondern vielmehr aufgrund von sekundären, soziologischen und anthropologischen Allgemeinbegriffen. So werden z.B. in jeder feministischen Analyse Frauen, aufgrund ihrer gemeinsamen Unterdrückung als eine Gruppe charakterisiert. An genau dieser Stelle findet eine Vermischung zwischen „Frauen" als diskursiv konstruierter Gruppe und „Frauen" als materiellen Subjekten ihrer eigenen Geschichte statt. Daher trifft die vorausgesetzte Homogenität von „Frauen" als eine Gruppe nicht die historisch konkrete, materielle Realität von Gruppen von Frauen. Es führt dazu, daß Frauen als eine schon immer bestehende Gruppe betrachtet werden, die von feministischen Wirtschafts-, Rechts- und Soziologiestudien als „machtlos", „ausgebeutet", „sexuell belästigt" usw. etikettiert wird. Dies ähnelt sexistischen Studien sehr stark, die Frauen als schwach, emotional, sich vor Mathematik ängstigend usw. bezeichnen). Es wird nicht versucht, die konkreten materiellen und ideologischen Gegebenheiten aufzudecken, die eine bestimmte Gruppe von Frauen in einem bestimmten Zusammenhang „machtlos" machen, sondern stattdessen immer mehr Fälle „machtloser" Gruppen von Frauen zu finden, um die allgemeine Aussage zu beweisen, Frauen als Gruppe seien machtlos.

In diesem Abschnitt konzentriere ich mich auf fünf konkrete Beispiele, wie „Frauen" als Analysekategorie in Studien westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt benutzt werden.[7] Jedes dieser Beispiele veranschaulicht die Konstruktion der „Dritte-Welt-Frauen" als eine homogene „machtlose" Gruppe, die oft als *Opfer* bestimmter sozioökonomischer Systeme behandelt wird. Ich habe mich entschlossen, eine Reihe von Verfasserinnen auszuwählen – angefangen von Mary Daly, die hauptsächlich für und über westliche Frauen schreibt, bis hin zu den Verfasserinnen der „Women in Development"-Schule (WID), die über die Auswirkungen von Entwicklungspolitik auf Dritte-Welt-Frauen sowohl für westliches als auch für Dritte-Welt-Publikum schreiben. Die Ähnlichkeit der Betrachtungen über „Dritte-Welt-Frauen" in all diesen Texten stellt die Grundlage für meine Überlegungen dar. Da werden Dritte-Welt-Frauen als Opfer männlicher Gewalt definiert (Mary Daly); als Opfer des kolonialen Prozesses (M. Cutrufelli); als Opfer des arabischen Familiensystems (Juliette Minces); als Opfer des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses (B. Lindsay & the WID Schule); und schließlich als Opfer *des* islamischen Kodex (P. Jeffrey). Es ist diese Methode, die Frauen hauptsächlich über ihren *Objektstatus* zu definieren (die Art und Weise, wie sie von bestimmten Institutionen und Systemen betroffen oder nicht betroffen sind), die diese besondere Form des Gebrauchs von „Frauen" als Analysekategorie ausmacht. Wenn westliche Frauen über Frauen in der Dritten Welt schreiben, müssen solche Objektivierungen sowohl benannt als auch kritisch untersucht werden. Valerie Amos und Pratibha Parmar schreiben dazu: „Feministische Theorien, in denen unsere kulturellen Praktiken ‚feudale Überbleibsel' sind oder wir als ‚traditionell' bezeichnet werden, zeigen uns als politisch unreife Frauen, denen der Ethos des westlichen Feminismus erst noch beigebracht werden muß. Sie müssen ständig in Frage gestellt werden . . ." (1984, S. 7).

Frauen als Opfer männlicher Gewalt

Mary Daly geht in *Gyn/Ökologie* von der Voraussetzung aus, daß Frauen als Gruppe sexuell viktimisiert werden.[8] Das führt zu ihrem sehr problematischen Vergleich zwischen den Einstellungen zu westlichen Hexen und Heilerinnen, dem chinesischen Füßebinden und zu den Klitorisbeschneidungen in Afrika. Daly's Ansichten zufolge bilden Frauen in Europa, China und Afrika als Opfer männlicher Herrschaft eine homogene Gruppe. Nicht nur, daß dieser Stempel (sexuelle Opfer) die konkre-

ten historischen und materiellen Realitäten und Widersprüche auslöscht, die zu Praktiken, wie z.B. der Hexenverfolgung und der Klitorisbeschneidung führen und sie gleichzeitig aufrechterhält. Er löscht auch die Unterschiede, die Vielschichtigkeit und die Heterogenität in den Leben z.B. von Frauen verschiedener Klassen, Religionen und Nationalitäten in Afrika aus. Audre Lorde hat schon darauf hingewiesen, daß Frauen in Afrika eine lange gemeinsame Tradition von Heilerinnen und Göttinnnen haben, daß sie vielleicht intensiver verbindet als ihre Opferrolle. Obwohl es wahr ist, daß das Potential männlicher Gewalt gegen Frauen ihre soziale Stellung bis zu einem gewissen Grade umschreibt und erklärt, macht die Definition von Frauen als archetypische Opfer Frauen zu „Objekten, die sich selbst verteidigen" und Männer zu „Subjekten, die Gewalt ausüben", und teilt (jede) Gesellschaft in machtlose (sprich: Frauen) und machtvolle (sprich: Männer) Gruppen von Menschen. Männliche Gewalt muß *innerhalb* bestimmter Gesellschaften analysiert und interpretiert werden, um sie erstens besser verstehen und, um zweitens ihre Veränderung effektiver organisieren zu können (vgl. Eldhom/Harris/Young). Frauensolidarität kann nicht aufgrund des Geschlechts vorausgesetzt werden; sie muß durch eine konkrete, historische und politische Praxis und Analyse entstehen.

Frauen als universelle Abhängige

Beverly Lindsay's Schlußfolgerung in ihrem Buch *Comparative Perspectives of Third World Women: The impact of Race, Sex and Class* lautet: „ . . . Abhängigkeitsbeziehungen aufgrund von Rasse, Geschlecht und Klasse werden durch soziale, pädagogische und ökoknomische Institutionen aufrechterhalten. Dies sind die Gemeinsamkeiten zwischen Dritte-Welt-Frauen."[9] Hier setzt Lindsay voraus, daß Dritte-Welt-Frauen schon allein auf der Basis gemeinsamer Abhängigkeiten eine identifizierbare Gruppe bilden. Wenn gemeinsame Abhängigkeiten alles wären, was uns verbindet dann würden Dritte-Welt-Frauen immer als apolitische Gruppe ohne Subjekt-Status gesehen! Stattdessen ist es, wenn überhaupt, der gemeinsame Kontext politischer Kämpfe gegen Klassen-, Rassen-, Geschlechts- und imperialistischen Hierarchien, der Dritte-Welt-Frauen unter Umständen in dieser historischen Phase zu einer strategischen Gruppe verbindet. Lindsay stellt fest, daß linguistische und kulturelle Unterschiede zwischen Vietnamesinnen und schwarzen Amerikanerinnen bestehen, jedoch „beide Gruppen Opfer von Rasse, Geschlecht und Klasse sind". Wieder werden Schwarze und vietnamesische Frauen über ihren Opferstatus definiert. Ebenso verhält es sich mit folgenden Behauptungen: „Meine Analyse beginnt mit der Aussage, daß alle afrikanischen Frauen politisch und wirtschaftlich abhängig sind." Oder: „Nichtsdestotrotz ist Prostitution, ob offen oder verdeckt, immer noch die wichtigste, wenn nicht sogar die einzige Einnahmequelle für afrikanische Frauen."[10] *Alle* afrikanischen Frauen sind abhängig. Prostitution ist die einzige Arbeitsmöglichkeit für afrikanische Frauen als *Gruppe*. Beide Behauptungen sind beispielhaft für Allgemeinplätze, die großzügig verteilt in *Women of Africa: Roots of Oppression* von Maria Rosa Cutrufelli auftauchen. Ich frage mich, ob im Jahre 1984 jemand ein Buch mit dem Titel „Frauen in Europa: Wurzeln ihrer Unterdrückung" geschrieben hätte? Was macht es so leicht, diese kulturell Anderen analytisch in homogene Gruppen zu unterteilen, ohne dabei historische Besonderheiten zu beachten? Ich möchte nochmal betonen, daß ich nichts gegen den Gebrauch von universellen Gruppen zu Beschreibungszwecken habe. Schwierig wird es, wenn unter „Frauen aus Afrika" eine homogene soziologische Gruppe verstanden wird, die durch ihre gemeinsame Abhängigkeit oder Machtlosigkeit (oder sogar ihre gemeinsamen Stärken) charakterisiert wird.

Deskriptive Geschlechtsunterschiede werden umgewandelt in den Gegensatz Mann und Frau. Frauen bilden eine Gruppe durch Abhängigkeitsbeziehungen zu Männern, die indirekt für diese Beziehungen verantwortlich gemacht werden. Wenn

„Frauen aus Afrika" (gegenüber „Männer aus Afrika") als Gruppe angesehen werden, genau deshalb weil sie im allgemeinen abhängig und unterdrückt sind, wird eine Analyse von speziellen historischen Unterschieden unmöglich, weil die Realität anscheinend immer durch den Gegensatz strukturiert ist – zwei sich gegenseitig ausschließende Gruppen, die Opfer und die Unterdrücker. Hier ersetzt die soziologische Begründung die biologische, um jedoch dasselbe zu schaffen – eine Einheit von Frauen. Es ist also nicht das deskriptive Potential des Geschlechterunterschiedes, sondern die erklärende Funktion des Geschlechterunterschiedes als *Ursprung* der Unterdrückung, was ich in Frage stelle. Mit dem Gebrauch von „Frauen aus Afrika" als eine Analysekategorie ignoriert Cutrufelli jede historische Besonderheit bei der Einschätzung von Frauen als z.B. untergeordnet, mächtig, marginalisiert, zentral, etc., gegenüber bestimmten Sozial- und Machtstrukturen. Frauen werden schon vor der betreffenden Untersuchung als eine einheitliche „machtlose" Gruppe betrachtet. Dann werden sie in den Kontext der Familie, des Arbeitsplatzes oder religiöser Zusammenhänge gestellt, fast als existierten diese Systeme unabhängig von den Beziehungen von Frauen zu anderen Frauen und Männer. Das Problem mit dieser analytischen Strategie ist, das sie voraussetzt, daß Männer und Frauen schon vor ihrem Eintritt in die Arena sozialer Beziehungen geschlechtspolitische Subjekte seien. Aber Frauen sind *Produkte von genau diesen Beziehungen* und gleichzeitig daran beteiligt, diese Beziehungen aufzubauen. Michelle Rosaldo meint dazu: „ . . . der Platz einer Frau im sozialen Leben der Menschen ist in keinem direkten Sinne ein Produkt der Dinge, die sie tut (oder sogar weniger, eine Funktion dessen, was sie – biologisch gesehen – ist) sondern die Bedeutung, die ihre Aktivitäten durch konkrete soziale Interaktionen erhält" (Rosaldo, 1980, S. 400). Es ist offensichtlich, daß Mütter in einer Reihe von Gesellschaften nicht die Bedeutung haben, die dem *Wert* Mutter zu sein in diesen Gesellschaften beigemessen wird. Der Unterschied zwischen dem Mutter-Sein und dem dazugehörigen Status ist sehr wichtig – so wichtig, daß er gemacht und analysiert werden muß.

Frauen und Familiensystem

Elizabeth Cowie[11] zeigt die Folgen solcher Analysen auf, indem sie den politischen Charakter von Verwandtschaftsstrukturen herausstellt, die als ideologische Praktiken untersucht werden müssen, die Mann und Frau zu Vater, Ehemann, Ehefrau, Mutter, Schwester etc. machen. So behauptet Cowie, Frauen als Frauen gäbe es innerhalb der Familie nicht. Es ist vielmehr *in* der Familie, als eine Auswirkung von Verwandtschaftsstrukturen, daß Frauen zu Frauen gemacht, und innerhalb und durch die Gruppe definiert werden. Wenn also z.B. Juliette Minces[12] *die* patriarchale Familie als die Basis für „ein fast identisches Bild von Frauen" anführt, das *arabische* und *moslemische* Gesellschaften haben, tappt sie damit genau in diese Falle. Es ist problematisch, von einem von arabischen und moslemischen Gesellschaften gleichermaßen anerkannten Frauenbild zu sprechen, ohne die besonderen historisch, materiellen und ideologischen Machtstrukturen zu erwähnen, die ein solches Bild schaffen. Es ist die Zugrundelegung eines einheitlichen patriarchalen Verwandtschaftssystems in allen arabischen und moslemischen Gesellschaften, die die Gesamtheit „Frauen" scheinbar in diesen Gesellschaften als eine unterdrückte Gruppe strukturiert. Somit werden alle Frauen, ungeachtet ihrer Klasse und ihres kulturellen Unterschiedes, von diesem System beeinflußt. Es wird nicht nur gesagt, daß *alle* arabischen und moslemischen Frauen eine homogen unterdrückte Gruppe bilden, es gibt auch keine Diskussionen über die konkreten Praktiken innerhalb der Familie, die Frauen zu Mütter, Ehefrauen, Schwestern etc. machen. Araber und Moslems, so scheint es, ändern sich nie. Ihre patriarchalen Familien stammen noch aus der Zeit des Propheten Mohammed. Sie existieren, als ob sie sich „außerhalb der Geschichte" befänden.

Frauen und religiöse Ideologien

Ein weiteres Beispiel für den Gebrauch der Analysekategorie „Frauen" findet sich in interkulturellen Analysen, die sich einen bestimmten ökonomischen Reduktionismus anschließen, wenn sie die Beziehung zwischen Ökonomie, Politik und Ideologie beschreiben. Indem sie das Vergleichsniveau auf die ökonomischen Beziehungen zwischen „entwickelten und sich entwickelnden" Ländern reduzieren, werden alle Besonderheiten der Frauenfrage geleugnet. In einer sorgfältigen Analyse über Frauen und die schiitische Religion im Iran[13], greift Mina Moderes dieses Problem auf und kritisiert feministische Schriften, die den Islam als eine Ideologie getrennt und außerhalb von sozialen Beziehungen und Praktiken betrachten, und nicht wie eine Theorie, die Regeln für die ökonomischen und sozialen Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft *beinhaltet*. In Patricia Jeffery's Arbeit über Pirzada Frauen „im Purdah"[14] wird die islamische Ideologie als eine Teilerklärung für den Status von Frauen gesehen, weil sie eine Rechtfertigung für Purdah enthält. Die islamische Ideologie ist hier reduziert auf ein paar Ideen, deren Verinnerlichung durch die Pirzada Frauen zur Stabilität des Systems beiträgt. Die Haupterklärung für das Purdah steckt jedoch in der Kontrolle, die die Pirzada Männer über die wirtschaftlichen Ressourcen haben und der persönlichen Sicherheit, die das Purdah den Pirzada Frauen gibt. Indem sie eine bestimmte Ausformung des Islam als *den* Islam ansieht, verleiht Jeffery ihm eine Einheitlichkeit und Geschlossenheit.
Modares meint, daß die „‚Islamische Theologie' der von ihr getrennten Gesmatheit ‚Frauen' aufgezwungen wird. Damit wird eine weitere Vereinheitlichung erreicht: Frauen, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Stellungen innerhalb der Gesellschaften, werden vom Islam betroffen oder auch nicht. Diese Vorstellungen ebnen den Weg für problemlose kulturvergleichende Studien über Frauen" (Modares 1981, S. 63).

Frauen und der Entwicklungsprozeß

Die besten Beispiele für Verallgemeinerungen auf der Basis von ökonomischem Reduktionismus findet man in der „Women in Developoment"-Literatur. Die Vertreterinnen dieser Schule versuchen die Auswirkungen der Entwicklung auf die Dritte-Welt-Frauen zu untersuchen, manchmal aus feministischer Sicht. Zumindest gibt es ein offensichtliches Interesse an und eine Bereitschaft zur Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in „Entwicklungs"-Ländern. Theoretikerinnen wie Irene Tinker, Ester Boserup und Perdita Huston[15] sehen in „Entwicklung" das Synonym für „wirtschaftliche Entwicklung" oder „wirtschaftlichen Fortschritt". Wie bei Minces' patriarchaler Familie und Jeffery's islamischem Kodex löscht *Entwicklung* alle Unterschiede aus. Frauen werden positiv oder negativ von der ökonomischen Entwicklungspolitik beeinflußt. Der Vergleich zwischen Frauen in verschiedenen „Entwicklungs"-Ländern wird auch problemlos möglich unter der Voraussetzung, daß Frauen als eine Gruppe durch die Wirtschaftspolitik beeinflußt (oder nicht beeinflußt) werden. Z.B. sagt Perdita Huston, der Zweck ihrer Studie sei, die Auswirkungen des Entwicklungsprozesses auf die „Familie und ihre individuellen Mitglieder" in Ägypten, Kenia, im Sudan, Tunesien, Sri Lanka und Mexiko zu beschreiben. Sie stellt fest, daß sich die „Probleme" und „Bedürfnisse" der Frauen in diesen Ländern sowohl auf dem Land als auch in der Stadt alle auf Bildung und Ausbildung, Arbeit und Löhne, Zugang zur Gesundheitsversorgung und anderen Leistungen, Teilnahme am politischen Leben und Bürgerrechte konzentrieren. Huston bringt alle diese „Bedürfnisse" mit dem Mangel von einfühlsamer Entwicklungspolitik in Verbindung, die die Frauen als eine Gruppe ausschließt. Für sie ist die Lösung einfach: eine verbesserte Entwicklungsplitik, die einen Schwerpunkt auf die Ausbildung von Feldarbeiter*innen* und Entwicklungshelfer*innen* auf dem Land und die Unterstützung von

*Frauen*kooperativen, etc. legt. Hier werden Frauen wieder als eine Einheit angesehen, die bereits vor ihrem Eintritt in den „Entwicklungsprozeß" als geschlechtspolitische Subjekte kategorisiert sind. Huston glaubt, daß alle Dritte-Welt-Frauen ähnliche Probleme und Bedürfnisse haben. Also müssen sie auch gleiche Interessen und Ziele verfolgen. Es kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, daß die Interessen von städtischen, gebildeten Mittelklassefrauen in Ägypten, um nur ein Beispiel herauszugreifen, dieselben sind wie die ihrer armen Hausmädchen ohne Bildung. Entwicklungspolitik hat niemals die gleiche Wirkung auf beide Gruppen von Frauen. Frauen werden zu Frauen durch die komplexe Interaktion zwischen Klasse, Kultur, Religion und anderen ideologischen Institutionen und Strukturen. Solche verkürzten kulturellen Vergleiche führen zur Kolonisierung der Konflikte und Widersprüche, die die Frauen verschiedener sozialer Klassen und Kulturen kennzeichnen, und verstärken die Vorstellung, daß „Frauen in anderen Ländern anscheinend ‚the image of ourselves undressed' sind" (Rosaldo 1980, S. 392). Laut Perdita Huston haben also die Frauen in der Dritten Welt, über die sie schreibt, „Bedürfnisse" und „Probleme", aber nur wenige, wenn überhaupt, haben die „Wahl" oder die Freiheit zu handeln. Das ist eine interessante Darstellung von Frauen in der Dritten Welt, eine, die deshalb von Bedeutung ist, weil sie eine Selbstdarstellung der westlichen Frauen suggeriert, die es wert ist, näher betrachtet zu werden. Sie schreibt: „Was mich am meisten überraschte und berührte, als ich den Frauen dieser verschiedenen kulturellen Umgebungen zuhörte, war die frappierende Gemeinsamkeit – ob sie nun gebildet oder ungebildet, vom Land oder aus der Stadt waren – ihrer Grundwerte: Die Bedeutung, die sie ihrer Familie, ihrer Würde, und dem Dienst an anderen beimessen" (Huston 1979, S. 115). Ich frage mich, ob Huston diese Werte für westliche Frauen ungewöhnlich fände?

Ein Beispiel, das die Stärke der Forschung westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt deutlich macht und nicht in die bereits erwähnten Fallen tappt, ist Maria Mies' Studie über die Spitzenmacherinnen in Narsapur, Indien.[16] Sie analysiert sorgfältig eine bedeutende Haushaltsindustrie, in der „Hausfrauen" Spitzendeckchen für den Verkauf auf dem Weltmarkt herstellen. Die Analyse von Mies zeigt die Auswirkung einer historisch und kulturell spezifischen Art von patriarchaler Organisation. Diese basiert auf der Definition der Spitzenmacherinnen als „nicht-arbeitende Hausfrauen" auf familiärer, lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Kompliziertheit und Auswirkungen bestimmter Machtzusammenhänge werden nicht nur hervorgehoben, sondern bilden die Grundlage der Mies'schen Analyse darüber, wie diese bestimmte Gruppe von Frauen im ausbeuterischen Weltmarkt angesiedelt ist. Sie ist ein gutes Beispiel dafür, was sorgfältige, politisch orientierte, Feldforschungen erreichen können. Sie zeigt, wie die Kategorie „Frau" in einer Vielfalt von politischen Zusammenhängen entsteht, die oft gleichzeitig und sich gegenseitig überschneidend existieren. Es gibt weder eine simple Verallgemeinerung wie „Frauen" in Indien, oder „Frauen in der Dritten Welt", noch eine Verkürzung des politischen Charakters der Ausbeutung der Spitzenmacherinnen auf kulturelle Erklärungen über die Passivität oder den Gehorsam, die diese Frauen und ihre Situation charakterisieren könnten. Schließlich legt diese Art lokaler, politischer Analyse, die die theoretischen Kategorien *innerhalb* der Situation und des analysierten Zusammenhangs gewinnt, entsprechende wirkungsvolle Strategien, der Organisierung gegen die Ausbeutung nahe. Diese Frauen von Narsapur sind nicht bloße Opfer des Produktionsprozesses, weil sie gegen den Prozeß zu verschiedenen Zeitpunkten Widerstand leisten, ihn hinterfragen und untergraben.

Methodischer Universalismus oder: Die Unterdrückung von Frauen ist ein globales Phänomen

Die Schriften westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt enthalten eine Vielfalt von Methoden, um die universelle überkulturelle Wirkungsweise männlicher Dominanz und weiblicher Ausbeutung zu zeigen.

Erstens wird der Beweis der Allgemeingültigkeit durch die Anwendung einer arithmetischen Methode geführt. Die Argumentation verläuft folgendermaßen: je größer die Zahl von Frauen, die einen Schleier tragen, desto universeller ist die Geschlechtertrennung und die Kontrolle der Frauen. Ebenso summieren sich eine große Anzahl verschiedener, fragmentierter Beispiele aus einer Reihe von Ländern anscheinend zu einer allgemeingültigen Tatsache. Ein Beispiel: Moslemische Frauen in Saudi-Arabien, dem Iran, Pakistan, Indien und Ägypten, tragen alle irgendeine Art von Schleier. Das deutet darauf hin, daß die sexuelle Kontrolle über Frauen in den Ländern, in denen die Frauen verschleiert sind, eine allgemeingültige Tatsache ist. In beiden Beispielen besteht das Problem nicht darin, zu behaupten, daß das Tragen eines Schleiers üblich sei. Diese Behauptung kann aufgrund von Zahlen aufgestellt werden. Es ist jedoch der analytische Sprung von der Praxis des Verschleierns zu der Behauptung, dies hätte eine generelle Bedeutung bei der Kontrolle über Frauen, der hinterfragt werden muß. Obwohl es bei den Schleiern der Frauen aus Saudi-Arabien und dem Iran Ähnlichkeiten geben mag, variiert die konkrete Bedeutung, die diese Sitte hat, je nach kulturellem und ideologischem Zusammenhang. So ist beispielsweise hinreichend bekannt, daß sich Frauen der iranischen Mittelklasse während der Revolution von 1979 verschleierten, um Solidarität mit ihren verschleierten Schwestern der Arbeiterklasse zu zeigen, während im heutigen Iran islamische Gesetze *allen* Frauen das Tragen des Schleiers *vorschreibt*. Obwohl in diesen beiden Beispielen ähnliche Gründe für das Tragen des Schleiers angeführt werden könnten (Opposition gegen den Schah und gegen die westliche Kulturkolonisierung im ersten Fall und die wahre Islamisierung im zweiten Fall), sind die konkreten *Bedeutungen*, die verschleierten Frauen zugeschrieben werden, in beiden historischen Zusammenhängen deutlich verschieden. Im ersten Fall stellt das Tragen des Schleiers sowohl eine oppositionelle als auch revolutionäre Geste der iranischen Mittelklassefrauen dar; im zweiten Fall ist es eine zwingende, institutionelle Doktrin. Nur durch differenzierte auf den konkreten Zusammenhang bezogene Analysen ist feministische Theorie aussagekräftig. Nur auf der Basis solcher Analysen können wirksame politische Strategien entwickelt werden. Die Behauptung, die Praxis des Verschleierns in einer Reihe moslemischer Länder zeige die universale Unterdrückung von Frauen durch Geschlechtertrennung auf, wäre nicht nur analytisch und theoretisch verkürzt, sondern würde sich auch, ginge es um politische Strategie, als völlig nutzlos erweisen.

Zweitens werden Begriffe wie Reproduktion, geschlechtliche Arbeitsteilung, Familie, Heirat, Haushalt, Patriarchat, usw. oft (zur Begründung der untergeordneten Stellung der Frau) benutzt, ohne sie bezogen auf die lokalen kulturellen und historischen Zusammenhänge zu konkretisieren. Wie ist es z.B. möglich, sich auf „die" geschlechtliche Arbeitsteilung zu beziehen, wenn sich der *Inhalt* dieser Arbeitsteilung von einem Umfeld zum anderen und von einem historischen Zeitpunkt zum anderen radikal verändert? Auf einer sehr abstrakten Ebene ist die Tatsache, daß je nach Geschlecht unterschiedliche Aufgaben zugeordnet werden, das Ausschlaggebende. Der Begriff der „geschlechtlichen Arbeitsteilung" beinhaltet jedoch mehr als nur eine beschreibende Kategorie. Er indiziert den unterschiedlichen *Wert* von „Männerarbeit" gegenüber „Frauenarbeit". Häufig wird die bloße Existenz von geschlechtlicher Arbeitsteilung als Beweis für die Unterdrückung der Frau in verschie-

denen Gesellschaften herangezogen. Dies resultiert aus der Vermischung zwischen dem beschreibenden und erklärenden Inhalt des Begriffs geschlechtliche Arbeitsteilung.
Auf den ersten Blick ähnlich erscheinende Situationen können 'radikal historisch verschiedene historisch spezifische Erklärungen haben. Die wachsende Zahl alleinerziehender Mütter in der US-amerikanischen Mittelklasse könnte z.B. im Sinne von mehr Unabhängigkeit interpretiert werden, wobei davon ausgegangen wird, daß die Frauen es sich *ausgesucht* haben, alleinerziehend zu leben. Die wachsende Zahl weiblicher Haushaltsvorstände in Lateinamerika, konzentriert sich jedoch in der ärmsten Schicht, wo die Lebenschancen am schlechtesten sind. Ähnlich ist es bei den alleinerziehenden Müttern unter schwarzen und Chicana-Frauen in den USA. Die positive Korrelation zwischen diesem Sachverhalt und dem Ausmaß der Armut unter farbigen und weißen Frauen der Arbeiterklasse in den USA hat inzwischen sogar einen Namen: Feminisierung der Armut. Obwohl beschreibend gesagt werden kann, daß es in den USA und in Lateinamerika mehr alleinerziehende Mütter gibt, kann dies weder als ein allgemeingültiger Indikator für weibliche Unabhängigkeit noch für die weibliche Verarmung gesehen werden. Die *Bedeutung* und die *Erklärung* für diesen Anstieg verändert sich offensichtlich je nach sozio-historischem Kontext. Wenn solche Konzepte als universell anwendbar betrachtet werden, kann die daraus resultierende Homogenisierung von Klasse, Rasse, religiösen, kulturellen und historischen Besonderheiten im Leben von Frauen in der Dritten Welt einen falschen Eindruck von der Gemeinsamkeit der Unterdrückung, der Interessen und der Kämpfe zwischen und unter Frauen in der ganzen Welt schaffen. Über Frauensolidarität hinaus, gibt es immer noch Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus!

Subjekte der Macht

Dieser letzte Abschnitt kommt auf mein Argument zurück, daß feministische Theorien immer politisch sind. Die neun Texte der Zed Press-Reihe „Frauen in der Dritten Welt", mit denen ich mich beschäftigt habe, konzentrieren sich auf die folgenden Bereiche der Debatte über den „Status" von Frauen in verschiedenen Gesellschaften: Religion, Familien- und Verwandtschaftsstrukturen, das Rechtssystem, die geschlechtliche Arbeitsteilung, Ausbildung und schließlich noch politischer Widerstand. Es gibt zwei Beiträge *„Women of Palastine"* und *„Indian Woman in Struggle"* in denen es explizit um die Militanz von Frauen und ihre politische Arbeit geht. In allen Texten wird vorausgesetzt, daß „Frauen" eine übereinstimmende Gruppenidentität innerhalb der analysierten Kulturen haben, noch bevor sie in die sozialen Verhältnisse eintreten. Somit kann Omvedt von „indischen Frauen" reden, wenn sie sich auf eine bestimmte Gruppe von Frauen im Bundesstaat Maharashtra bezieht, Cutrufelli kann von „afrikanischen Frauen" und Minces von „arabischen Frauen" sprechen, als ob diese Gruppen von Frauen eine Art kulturelle Gemeinsamkeit hätten, die sich von den Männern dieser Gesellschaft unterscheidet. Diese Betonung der Stellung der Frauen teilt die Welt letztlich in dichotome Bereiche, in denen Frauen immer im Gegensatz zu Männern gesehen werden, das Patriarchat immer notwendigerweise männliche Dominanz ist und religiöse, rechtliche, wirtschaftliche und familiäre Systeme immer von Männern gebildet werden. Dadurch bilden sowohl Männer als auch Frauen ganze Bevölkerungen und dominante oder ausbeuterische Beziehungen gelten für sie als Ganze.
Was bedeutet das für die Strukturen und das Funktionieren von Machtverhältnisen? Eine Theorie westlicher Feministinnen über die Dritte Welt, die eine homogene Kategorie „Frauen" annimmt, setzt eine ursprüngliche Verteilung von Macht voraus. Das Hauptproblem bei so einer Definition von Macht ist, daß sie alle revolutionären Kämpfe in binäre Strukturen zwängt – Macht besitzen versus machtlos sein. Frauen

sind machtlose, vereinte Gruppen. Wenn der Kampf für eine gerechte Gesellschaft als der Schritt von der Machtlosigkeit zur Macht für Frauen als Gruppe gesehen wird, und das implizieren feministische Studien, die sexuelle Unterschiede zum Geschlechtergegensatz strukturieren, dann wäre die neue Gesellschaft strukturell gleich mit der bestehenden Verteilung von Macht – nämlich deren bloße Umkehrung. Wenn dominante und ausbeuterische Beziehungen als binäre Unterteilungen definiert werden – in Gruppen, die dominieren und Gruppen, die dominiert werden – folgt daraus dann mit Sicherheit, daß der Zugang zur Macht für die Frauen als Gruppe ausreicht, die bestehenden Beziehungsformen abzuschaffen? Aber Frauen als Gruppe sind *nicht* besser oder unfehlbar. Der Kern des Problems liegt in der Grundannahme, Frauen seien eine homogene Kategorie – „die Unterdrückten" – eine weitverbreitete Annahme im radikalen oder liberalen westlichen Feminismus.[18)]

Was passiert, wenn in Schriften westlicher Feministinnen über Dritte-Welt-Frauen, die Vorstellung der „Frauen als eine unterdrückte Gruppe" zugrundegelegt wird? Genau hier steckt der koloniale Denkschritt. Es erscheint logisch, daß durch die Selbstdarstellung der westlichen Feministinnen nur sie selbst die wirklichen „Subjekte" einer Gegen-Geschichte sind. Dritte-Welt-Frauen kommen dagegen nie über ihre Homogenität und ihren Objektstatus hinaus. Während die Vorstellung radikaler und auch liberaler Feministinnen, Frauen seien durch ihr Geschlecht eine Klasse, die Autonomie bestimmter Kämpfe von Frauen in der westlichen Welt vielleicht erklären können, kolonisiert diese Vorstellung in bezug auf Frauen in der Dritten Welt, die Vielfalt gleichzeitig existierender Gruppen von Frauen verschiedener Klassen und Ethnien. Dritte-Welt-Frauen werden als Subjekte *außerhalb* sozialer Verhältnisse definiert, statt darauf zu achten, wie Frauen *durch* genau diese Strukturen erst als Frauen konstituiert werden. Rechtliche, wirtschaftliche, religiöse und familiäre Strukturen werden wie Phänomene behandelt, die nach westlichen Maßstäben beurteilt werden können. Genau hier kommt die ethnozentrische Verallgemeinerung ins Spiel. Wenn diese Strukturen als „unterentwickelt" oder „in der Entwicklungbegriffen" definiert und Frauen innerhalb dieser Strukturen angeordnet werden, wird ein implizites Bild der „durchschnittlichen Dritte-Welt-Frau" entworfen. Das ist die Transformation von der (westlichen) „unterdrückten Frau" zu der „unterdrückten Dritte-Welt-Frau". Während die Kategorie der unterdrückten „Frau" durch die ausschließliche Betrachtung des Geschlechterunterschieds entwickelt wird, hat die Kategorie der „unterdrückten Dritte-Welt-Frau" noch ein zusätzliches Attribut – den „Dritte-Welt-Unterschied"! Der „Dritte-Welt-Unterschied" beinhaltet eine paternalistische Haltung gegenüber Frauen in der Dritten Welt (vgl. Parmar, Amos 1984, S. 9).

Da die Diskussionen über die oben erwähnten Bereiche (z.B. den der Verwandtschaft, der Ausbildung, Religion, etc.) im Kontext der relativen „Unterentwicklung" der Dritten Welt geführt werden (was nicht weniger heißt, als ungerechtfertigterweise Entwicklung mit der vom Westen eingeschlagenen Entwicklungsrichtung zu verwechseln, und auch die direkte Machtausübung der Ersten Welt zu ignorieren), werden Dritte-Welt-Frauen als eine Gruppe oder Kategorie automatisch und notwendigerweise definiert als: religiös (sprich: „nicht fortschrittlich"), familienorientiert (sprich: „traditionell"), rechtlich minderjährig (sprich: „sie-sind-sich-ihrer-Rechte-immer-noch-nicht-bewußt"), analphabetisch (sprich: „dumm"), häuslich (sprich: „rückständig") und manchmal revolutionär (sprich: „ihr-Land-befindet-sich-in-einem-Kriegszustand!"). So wird der „Dritte-Welt-Unterschied" erzeugt. Diese Methode feministischer Analyse löscht durch die Vereinheitlichung und Systematisierung der Erfahrungen verschiedener Gruppen von Frauen in diesen Ländern alle marginalen und andersartigen Erfahrungen aus. Es ist bezeichnend, daß *keiner* der Beiträge aus der Zed Press-Serie, die ich untersucht habe, politische Ansichten von Lesben oder die von ethnischen oder religiösen Randgruppen

in den Gruppen von Dritte-Welt-Frauen thematisiert. Deshalb kann Widerstand nur als kumulative Reaktion definiert werden und nicht als etwas, das der Machtausübung innewohnt. Wenn Macht, wie Michel Foucault argumentiert, nur im Zusammenhang mit Widerstand wirklich verstanden werden kann, dann ist diese falsche Vorstellung von Macht sowohl analytisch als auch strategisch problematisch. Sie begrenzt die theoretische Analyse und verstärkt den westlichen Kulturimperialismus. Denn feministische Analysen, die die Vorstellung eines überlegenen Westens enthalten, schaffen eine Folge von Allgemeinbildern der „Dritte-Welt-Frau", Bilder wie *die verschleierte Frau, die mächtige Mutter, die keusche Jungfrau, die gehorsame Ehefrau,* usw. Diese Bilder haben eine universellen, zeitlosen Glanz und setzen einen kolonialen Diskurs in Gang, der sehr konkret Macht ausübt, indem er existierende Erste-Dritte-Welt-Beziehungen festschreibt und aufrechterhält.

Zum Abschluß will ich einige beunruhigende Ähnlichkeiten andeuten zwischen dem typisch legitimierenden Stil solcher Schriften westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt und der Legitimation des Humanismus im allgemeinen – Humanismus als westliches ideologisches und politisches Projekt, das notwendig den „Osten" und die „Frau" als Andere ausgrenzt. Viele neue Theoretiker, wie Foucault, Derrida, Kristeva, Deleuze und Said haben ausführlich über den zugrundeliegenden Anthropomorphismus und Ethnozentrismus geschrieben, die die Zentralität des westlichen Mannes bestätigen und legitimieren. Auch feministische Theoretikerinnen wie Luce Irigaray, Sarah Kofman, Helene Cixous und andere haben über die Ausgrenzung der Frau innerhalb des westlichen Humanismus geschrieben. Das Hauptgewicht der Arbeiten all dieser Theoretikerinnen liegt ganz einfach im Bloßlegen des politischen Interesses, daß der binären Logik humanistischer Diskurse und Ideologien zugrundeliegt. Mit anderen Worten, nur wenn „die Frau/die Frauen" und „der Osten" als *Andere* oder als *marginal* definiert werden, kann sich der westliche Mann/der Humanismus als das Zentrum darstellen. Genau wie die Feministinnen Kristeva, Cixous und andere den latenten Anthropomorphismus in westlichen Diskursen aufdecken, habe ich in diesem Text eine ähnliche Strategie für die Aufdekkung von latentem Ethnozentrismus in bestimmten Arbeiten westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt benutzt. Universelle Bilder der „Dritte-Welt-Frau" (die verschleierte Frau, die keusche Jungfrau usw.), Bilder, die durch die Koppelung des „Dritte-Welt-Unterschiedes" mit dem „sexuellen Unterschied" entstehen, lenken die Aufmerksamkeit vielmehr auf Vermutungen über westliche Frauen als säkular, befreitz und ihr eigenes Leben kontrollierend. Ohne die Diskurse, die die *Dritte* Welt schaffen, gäbe es keine einheitlichen und privilegierte Erste Welt. Ohne die „Dritte-Welt-Frau" wäre die oben erwähnte Selbstdarstellung der westlichen Frauen schwierig. Ich behaupte, daß das eine das andere schafft und fortschreibt. Im Kontext der Vorherrschaft des westlichen Wissenschaftsbetriebs paßt die Definition der „Dritte-Welt-Frau" als ein Monolith vorzüglich in die breitere wirtschaftliche und ideologische Praxis „ignoranter" wissenschaftlicher Forschung und in den Pluralismus, in denen sich eine latente ökonomische und kulturelle Kolonisierung der „nichtwestlichen" Welt manifestiert. Es wird Zeit, über Marx hinauszugehen, der noch meinte: „Sie können sich nicht selbst vertreten, sie müssen vertreten werden".

Anmerkungen

1) Vgl. Cherrie Moraga/Gloria Anzaldua (eds.), This Bridge Called My Back: Writings By Radical Women Of Color, New York 1983; Barbara Smith (ed.), Home Girls: A Black Feminist Anthology, New York 1983; Gloria Joseph/Jill Lewis, Common Differences: Conflicts in Black and White Feminist Perspectives, Boston 1981

2) *Es ist sehr problematisch, Begriffe wie „Dritte" oder „Erste" Welt zu benutzen, weil sie sowohl in zu vereinfachender Form Ähnlichkeiten zwischen Ländern andeuten, die als „Dritte" oder „Erste" Welt bezeichnet werden, und weil sie existierende ökonomische, kulturelle und ideologische Hierarchien implizit verstärken, die durch die Benutzung dieser Terminologie geschaffen werden. Ich benutze den Begriff „Dritte Welt" in vollem Bewußtsein seiner Problematik deshalb nur, weil dies zur Zeit die einzig verfügbare Terminologie ist.*

3) *Vgl. die Einleitung von Teresa de Lauretis, Alice Doesn't: Feminism, Semiotics, Cinema, Bloomington 1984*

4) *Eine Reihe von Dokumentationen und Berichten über die Internationale UN-Frauenkonferenz 1975 in Mexiko City und 1980 in Kopenhagen sowie die Konferenz „Frauen und Entwicklungspolitik" in Wellesley 1976 bestätigen dies. Nawal el Saadawi, Fatima Mernissi und Mallica Vajarathon bezeichnen diese Konferenz in „A Critical Look At The Wellesley Conference", „Quest, IV: 2, (Winter 1978), S. 101-107 als eine „von Amerika aus geplante und organisierte Konferenz", die die Teilnehmerinnen aus der Dritten Welt zu einem passiven Pulbikum machte. Sie betonen besonders den Mangel an eigener Einschätzungsfähigkeit der westlichen Frauen, bezüglich ihres eigenen Imperialismus und Rassismus besonders wenn sie von einer „internationalen Frauensolidarität" ausgehen. Parmar und Amos bezeichnen den euro-amerikanischen Feminismus, der sich als der einzig legitime Feminismus zu etablieren versucht, als „imperialistisch". „Challeging Imperial Feminism", in: Feminist Review, 17, 1984, S. 3-19*

5) *Die Zed Press-Reihe „Frauen in der Dritten Welt" ist in ihrer Konzeption einzigartig. Ich habe mich entschlossen, diese Reihe zu untersuchen, da sie die einzige aktuelle Reihe ist, die ich gefunden habe, die „Frauen in der Dritten Welt" als ein wichtiges und eigenständiges Untersuchungs- und Forschungsthema betrachtet. Einige Texte der Reihe sind ausgezeichnet, besonders die Texte, die sich direkt mit den Widerstandskämpfen von Frauen befassen. Eine Anzahl von Texten feministischer Soziologinnen, Anthropologinnen und Journalistinnen sind jedoch symptomatisch für Studien westlicher Feministinnen über Frauen in der Dritten Welt. Deshalb kann eine Analyse einiger der Texte der Reihe als ein repäsentativer Ausgangspunkt dienen. Diese Analyse trifft auch auf eine große Anzahl amerikanischer Texte zu (vgl. Rayna Reiter, (ed.), „Towards An Anthropology of Women", New York 1975; Karen Sacks, „Sisters and Wives: The Past and Future of Sexual Equality", Urbana 1982; M. Rosaldo und L. Lamphere, (eds.), „Women, Culture and Society", Stanford 1974; E. Leacock, (ed.), „Women and Colonization", Stanford 1980).*

6) *Michelle Rosaldo, „The Use and Abuse of Anthropologie: Reflections on Feminism and Cross-Cultural Unterstanding", Signs, 5:3, (1980), S. 389-417, bes. 392*

7) *Vgl. Felicity Eldholm/Olivia Harris/Kate Youngs, „Conceptualising Women," Critique of Anthropology, „Women's Issue," 3, (1977), S. 101-130*

8) *Mary Daly, Gyn/Ecology: The Metaethics of Radical Feminism, Boston 1978, bes. S. 107-312; Audre Lorde, „An Open Letter to Mary Daly," in: Moraga/Anzaldua, (eds.), This Bridge Called My Back, New York 1983, S. 94-97*

9) *Beverly Lindasy, (ed.), Comparative Perspectives of Third World Women: The Impact of Race, Sex and Class, New York 1983, bes. S. 298, 306*

10) *Maria Rosa Cutrufelli, Women of Africa: Roots of Oppression, London 1983, bes. S. 13, 33*

11) *Elizabeth Cowie, „Women As Sign", m/f, l, (1978), S. 49-63*

12) *Juliette Minces, The House of Obedience: Women in Arab Society, London 1980, bes. S. 23*

13) *Mina Modares, „Women and Shi'ism in Iran," m/f, 5 & 6, (1981), S. 61-82*

14) *Patricia Jeffrey, Frogs in a Well: Indian Women in Purdah, London 1979. Auf deutsch erschienen bei Express Edition, Berlin 1985. Purdah bedeutet Ausgrenzung der Frauen aus der Öffentlichkeit (wörtlich: Schleier).*

15) *Ester Boserup, Women's Role in Economic Development, New York 1970; Irene Trinker and Michelle Bo Bramsen, (eds.), Women and World Development, Washington D.C. 1972; Perdita Huston, Third World Women Speak Out, New York 1979; Wellesley Editorial Committee, (ed.), Women and National Development: The Complexities of Change, Chicago 1977, Signs, Special Issue, „Development and the Sexuel Division of Labor, " 7.2, 1981; ISIS, Women in Development: A Resource Guide for Organization and Action, Philadelphia 1984*

16) *Maria Mies, The Lace Makers of Narsapur: Indian Housewives Produce for the World Market, London 1982 vgl. deutsch: Hausfrauen produzieren für den Weltmarkt – Die Spitzenmacherinnen von Narsapur (Indien), in: Peripherie 7, S. 70-88*

17) *Latin American and Carribbean Women's Collective, Slaves of Slaves: The Challenge of Latin American Women, 1980; Gail Omvedt, We Shall Smash this Prison: Indian Women in Struggle, 1980; Juliette Minces, The House of Obedience: Women in Arab Society, 1980; Bobby Siu, Women of China: Imperialism and Women's Resistance 1900-1949, 1981; Ingela Bend and James Downing, We Shall Return: Women of Palestine, 1982; Miranda Davis, (ed.), Third World/Second Sex: Women's Struggles and National Liberation, 1983*

18) *Vgl. Hester Eisenstein, Contemporary Feminist Thought, Boston 1983; Zillah Eisenstein, The Radical Future of Liberal Feminism, New York 1981*

Ira Roy

Quelle: Manushi, Nr. 39, New Delhi, 1987, S. 2

Aufruf zu dem 2. bundesweiten Kongreß „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“

Im April 1985 fand in Bonn die erste internationale Aktionskonferenz von Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien statt, organisiert von dem Verein für „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen“, Köln und dem AK Frauenpolitik der Grünen. Rund 2000 Frauen aus dem In- und Ausland trafen sich, um über die frauenfeindlichen und naturzerstörenden Entwicklungen im Bereich der Gen- und Fortpflanzungstechnologie zu diskutieren. In der Schluß-Resolution wurden diese Technologien eindeutig abgelehnt. Sie wurden als Versuch des kapitalistischen Patriarchats gesehen, nun nicht nur tierisches und pflanzliches Leben, sondern auch den weiblichen Körper als Rohmaterial industriell zu vernutzen, um so eine neue profitable Wachstumsindustrie anzukurbeln: die Fortpflanzungs- und Bio-Industrie.

In der *damaligen Resolution* hieß es:
„Insbesondere der weibliche Körper mit seiner einzigartigen Fähigkeit, menschliches Leben zu schaffen, wird nun enteignet und zum Rohmaterial für die industrielle Menschenproduktion in seine relevanten Teile zerlegt.
Für uns Frauen, für die Natur und für die ausgebeuteten Völker bedeutet diese Entwicklung eine Kriegserklärung. Für uns Frauen bedeutet sie das Ende der Selbstbestimmung über unseren Körper, unsere Gebärfähigkeit und damit unsere endgültige Abhängigkeit von der Kontrolle von medizinischen Experten. Es geht außerdem um eine genetische Erfassung und Spaltung von Frauen in genetisch ‚wertvolle‘ und ‚minderwertige‘, um die Fortsetzung sexistischer, rassistischer und letztlich faschistischer Auslese- und Ausmerze-Politik, diesmal jedoch im Weltmaßstab, wobei die weißen Mittelklasse-Frauen zu den ‚erwünschten‘ Gebärerinnen gehören, die armen, farbigen Frauen zu den ‚unerwünschten‘. In der Reduktion von menschlichen und nichtmenschlichen Lebewesen auf einige ausbeutbare Eigenschaften und Funktionen wird der menschen- und naturverachtende Charakter dieser Technik deutlich. Dem Macht- und Machbarkeitswahn verfallen, werden so beliebig Lebewesen konstruiert, verändert, ‚verbessert‘, ohne zu berücksichtigen, welche tiefgreifenden Konsequenzen dies für das Leben auf der Erde haben wird. Spontaneität, Lebendigkeit, Anderssein – kurz die Vielfäligkeit allen Lebens, auch des menschlichen Lebens – werden so zu Störfaktoren eines Produktionsablaufes. Dies bedeutet eine weitere Konzentration von Macht und Profit in den Händen weniger und die Abwälzung der negativen Folgen auf viele . . .
Die Wissenschaftler, die sich auf die inzwischen käuflich gewordene Freiheit der Wissenschaft berufen, liefern wie eh und je die modernsten Vernichtungswaffen in diesem Krieg. . . . Nach den Erfahrungen, die wir mit dieser Wissenschaft gemacht haben, sprechen wir den Forschern in diesem Bereich jedes Recht ab, über die ehtischen und politischen Grenzen der Gen- und Fortpflanzungsforschung selbst zu bestimmen.“

In den Jahren nach dem Bonner Kongreß haben sich Frauen in der ganzen Bundesrepublik zunehmend in Gruppen und auf öffentlichen Veranstaltungen mit diesen neuen Technologien auseinandergesetzt und diese Diskussion weiterentwickelt. Es fanden bundesweite Treffen der „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien“ mit

einem Informationsaustausch über die Arbeit und Diskussionen über die Bedeutung dieser Technologien statt.
Die Ablehnung der vorgeburtlichen Auslesemethoden, der humangenetischen Beratung und der Fortpflanzungstechnologien wurde auch in gemeinsamen Aktionen ausgedrückt, z.B. im Rahmen der Aktionswoche gegen humangenetische Beratungsstellen im Frühjahr 1987.
Außer diesen Aktivitäten fanden zahlreiche Veranstaltungen zu der Thematik statt, die von kirchlichen Organisationen, Gewerkschaften, Hochschulen, Berufsschulen, Bürgerinitiativgruppen, Volkshochschulen usw. organisiert wurden. Viele Frauen, die sich intensiv mit diesem Thema befaßt und eine grundsätzlich ablehnende Haltung dazu entwickelt hatten, wurden als Referentinnen zu diesen Veranstaltungen eingeladen.
Auch im internationalen Rahmen verbreiterte sich der Frauenwiderstand gegen diese „Zukunftstechnologie". Das 1984 gegründete internationale feministische Netzwerk FINRRAGE (Feminist International Network of Resistance to Reproductive and Genetic Engineering) veranstaltete mehrere internationale Treffen: 1985 in Vällingen, Schweden; 1986 in Las Palmas, Spanien; 1987 in Dublin, Irland. Auf diesen Kongressen wurde deutlich, daß nur ein internationaler Frauenwiderstand gegenüber den international operierenden Technokraten angemessen ist.
Darüber wurde die Akzeptanz für die Errungenschaften der Technokraten brüchiger. In der BRD hat das massive öffentliche Auftreten von Frauen/-gruppen gegen die Leihmütteragentur des Amerikaners Noel Keane in Frankfurt dazu beigetragen, daß diese im Herbst 1987 geschlossen wurde.
Es ist zu vermuten, daß die Ablehnung der Technologie durch Frauen/-gruppen und die daraus folgende Aufweichung der gesellschaftlichen Akzeptanz u.a. die Gründe waren, warum im Dezember 1987 in mehreren Städten der BRD die bisher größte Durchsuchungsaktion des Bundeskriminalamtes stattfand, die sich vor allem gegen Frauen richtete, die sich mit Bevölkerungspolitik, Gen- und Fortpflanzungstechnologien und anderen Frauenthemen befassen.
Die Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion wurde mit Ermittlungen wegen Straftaten nach § 129 a begründet, d.h. wegen „Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" und zwar der „Roten Zora" bzw. der „Revolutionären Zellen". Die „Rote Zora" hatte in den vergangenen Jahren mehrere Anschläge auf gen- und reproduktionstechnologische Einrichtungen durchgeführt.
Für das BKA waren diese Anschläge Anlaß, die Gen- und Fortpflanzungstechnologien zum „anschlagsrelevanten Thema" zu erklären, Frauen/-gruppen, die sich mit dieser Technologieentwicklung auseinandersetzen und sie radikal ablehnen, zu kriminalisieren und die Frauenbewegung einzuschüchtern.
Unsere Antwort darauf ist die Organisierung eines *zweiten bundesweiten Kongresses* zum Thema:

„Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien"

Ziele des Kongresses:

1. Auf dem Kongreß soll eine Bestandsaufnahme der neuesten Entwicklungen aus diesem Bereich, eine Einschätzung der Bedeutung der Technologien als Instrumente der Frauenunterdrückung und die Information einer breiten Frauenöffentlichkeit darüber, geleistet werden.

In-Vitro-Befruchtung, künstliche Besamung, pränatale Diagnostik und humangenetische Beratung werden für Frauen zunehmend zu einer alltäglichen gynäkologischen Dienstleistung. Außerdem erreichen uns laufend neue Schrekkensmeldungen aus dem In- und Ausland, wie z.B. vorgeburtliche Geschlechtsbestimmung, der Verbrauch großhirnloser Föten zur Organspende,

die Herstellung von Embryonen für Experimente der Pharmaindustrie und der Humanmedizin, die Freisetzung genmanipulierter Bakterien, die geplante Einführung des Rinderwachstumshormons.

2. Der Kongreß soll den Klärungsprozeß unter uns Frauen umd as, was wir bisher unter „Selbstbestimmung" verstanden haben, voranbringen.
Die Existenz der Gen- und Fortpflanzungstechnologien und ihr Versuch, Frauen mit dem Versprechen nach selbstbestimmter Lebensplanung zu ködern, machen deutlich, wie dringend eine Debatte um unsere alltäglichen Lebensentscheidungen und unsere Zukunftsvorstellungen ist.
Dabei ist die Wahrnehmung unserer Gemeinsamkeiten ebenso wichtig wie die unserer Unterschiede (z.B. lesbisch/heterosexuell, farbig/weiß, behindert/nicht-behindert).

3. Bei unseren Diskussionen um die Gen- und Reproduktionstechnik taucht die Frage nach dem kapitalistisch-patriarchalen Wissenschaftsbegriff auf. Mit dieser herrschenden Wissenschaft kann nur eine frauen- und naturfeindliche Technik entwickelt werden. Es wird immer deutlicher, daß es sich nicht nur um ein Problem der Anwendung von Gen- und Reproduktionstechnik handelt, sondern auch um ihre wissenschaftstheoretischen, philosophischen und methodologischen Grundlagen. Wir müssen fragen, wie wir als Fauen zu einem anderen Verhältnis zum Leben, zu Krankheit und Gesundheit, zur Natur und zur Naturerkenntnis kommen können.

4. Wie der erste Kongreß soll auch dieser sich nicht nur auf die Fragestellung von uns Frauen in den westlichen Industrieländern beschränken, sondern soll aufzeigen, was die Technologieentwicklung im Zuge einer neuen weltweiten Eugenik gerade für Frauen in der „Zweiten" (real-sozialistischen) und in der „Dritten Welt" bedeutet.
Nur durch eine globale Sicht werden wir in der Lage sein, gemeinsam zu Strategien zu kommen.

5. In vielen Ländern werden zur Zeit gesetzliche Grundlagen für die Anwendung der Technologien vorbereitet, so z.B. in der BRD das sog. Embryonenschutzgesetz. Wir wollen auf dem Kongreß den Stellenwert der staatlichen „Schutzgesetze" offenlegen und den damit verbundenen Zugriff auf die Fortpflanzung diskutieren.

6. Wesentliches Ziel soll neben der Klärung inhaltlicher Problemstellungen der weitere Aufbau und die Ausweitung von Gegenstrukturen sein, sowie die Verbreitung des Frauenwiderstandes.

Organisatorisches:

Ort: Frankfurt/M., Universität, Zeit: 28.10. – 30.10.1988
Frauen, die den Kongreß finanziell unterstützen wollen, können dies unter folgender Kto. Nr. tun:
Spendenkonto: Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Kto.-Nr. 268 246-502, Kto.-Inh.: Sozialwissenschaftl. Forschung und Praxis für Frauen e.V., Sonderkonto „Kongreß '88"
Trägerinnen: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln, Fem. Frauengesundheitszentrum e.V., Frankfurt M.
Veranstalterinnen: Autonomes Lesben- und Frauenreferat Uni-Frankfurt, ASTA-Referat „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien", Marburg, beiträge zur feministischen theorie und praxis, Köln, Fem. Frauengesundheitszentrum, Frankfurt, FINRRAGE Koordination BRD, Frankfurt, Frauenzentrum, Bochum, Frauen des Genarchivs, Essen, Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen, Köln

Unterstützerinnen: Feministisches Interdisziplinäres Forschungsinstitut (FIF) e.V., Frauen-Friedensgruppe Bonn, 14. Treffen „Frauen in Naturwissenschaft und Technik", „Die Grünen", Bundesvorstand

Die Organisatorinnen sind unter folgenden Adressen zu erreichen:
Genarchiv, Führichstraße 15, 4300 Essen 1, Telefon 02 01/74 35 24
Fem. Frauengesundheitszentrum, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon 069/70 12 18 (Di 13–16 Uhr)

Anmeldung:
Anmeldungen bitte nur zum Fem. Frauengesundheitszentrum Frankfurt schicken.
Finanzielles: Die Teilnehmerinnengebühr beträgt 20,– DM – 50,– DM (Preis nach Selbsteinschätzung, Spenden sind erwünscht!!!) zu überweisen auf das Spendenkonto.

Bei der Anmeldung bitte angeben:

Name und Adresse; benötigte Anzahl der Schlafplätze, davon behindertengerecht; Kinderbetreuung; Taubstummen-Sprache; Fremdsprache (welche).

Heidrun Ehrhardt

Grau ist nicht das Opfer . . .

Eine Kritik der Tagung (6.–10.4.88) zur Mittäterschaft von Frauen

Eine Woche in Berlin, ein „Konzept feministischer Forschung und Ausbildung" stellt sich vor. Durch das Studieren der grundlegenden Texte (Thürmer-Rohr, diverse Aufsätze in „beiträge . . ." und „Vagabundinnen") und deren Diskussion bin ich gut vorbereitet und nicht nur als Konsumentin gekommen. Aber der Studienschwerpunkt „Frauenforschung" und sein zentraler Begriff der Mittäterschaft stellen sich lediglich *dar* und *nicht zur Diskussion*. Denn dafür ist nicht ausreichend Zeit eingeplant (sechs Wortmeldungen nach 1 1/2 Stunden Vortrag).
Was zunächst wie ein Versehen wirkt, erweist sich durchgehend als Methode: Christina Thürmer-Rohr und Carola Wildt verstehen es, die kritische Auseinandersetzung mit ihrem Publikum so weit wie möglich zu verhindern. Erst zum Schluß gibt es ein „Round-table-Gespräch" geladener *Expertinnen* unter minutenweise gestatteter Beteiligung des Publikums. Da Not erfinderisch macht, bilden sich im Laufe der Woche „autonome Diskussionsgruppen", deren Ergebnisse ebenfalls „autonom", d.h. in diesem Falle draußen, bleiben. Mit unzufriedenen Frauen versucht die offizielle Tagung umzugehen wie das Patriarchat mit der autonomen Frauenbewegung: *Alles läuft wie geplant weiter.*
Die fehlende Plenumsdiskussion schlägt sich nun auch in dieser Kritik nieder: Ich versuche, mir selbst mein während einer Woche zur Wut herangewachsenes Unbehagen zu erklären. Kritisches Nachfragen (das vielleicht Rezeptionsunschärfen geklärt hätte) war während der Tagung nicht befriedigend möglich.

Ein Problem der Rezeption?

Ich hatte Fragen, an deren Beantwortung ich in Berlin arbeiten wollte. Besonders problematisch erschien mir – wie vielen anderen Frauen – der Begriff Mittäterschaft, der so gut in die *„Ich-bin-schuld"*-Kerbe haut. (Der Begriff trifft Frauen so „auf den Punkt", daß sich viele das Lesen bspw. von „Vagabundinnen" gleich erspart haben.)
Ich hatte zwar bereits gelernt, daß es beim Konzept der „Mittäterschaft" lediglich um das *Mittun der Frauen an den Un-Taten der Männer* geht, in den Diskussionen vor der Tagung begegneten mir aber dem widersprechende und fest etablierte Definitionen des Begriffs.
Der *juristische Begriff* der Mittäterschaft versucht, die Hintermänner, Drahtzieher, die Schreibtischtäter, die am Tatort nicht in Erscheinung treten, zu fassen – mafiose Verbrechen sollen greifbar werden.
Der *umgangssprachliche Begriff* betont stark die aktive Tat, das Mittäter-Sein.
Das Mit-dem-Täter-Sein, *eingebunden in seine Taten*, wie Christina Thürmer-Rohr es verstanden haben will, ergibt sich assoziativ *nicht* beim Wort „Mittäterschaft". Was Christina Thürmer-Rohr meint, ist Beihilfe, unterlassene Hilfeleistung oder auch Bestechlichkeit, Verrat, Wegsehen, Leugnen – Nichts-Tun. Handelt es sich um eine unglückliche Begriffswahl? Auch in Berlin kamen in diversen Vorträgen unter dem gleichen Sprachgestus die unterschiedlichen Bedeutungen von „Mittäterschaft" hervor.
Ist es also wichtig, bei diesem Ansatz zwischen seiner brillanten Ausformulierung durch Christina Thürmer-Rohr und der Rezeption und Weiterent(ver)-wicklung durch ihre (Nicht)-Leserinnen zu unterscheiden? Diesen Eindruck habe ich nach Carola Wildts Vortrag (6.4.88), denn er ist gekennzeichnet von einer heillosen Verwirrung, die ich beim besten Willen nicht mehr auf Christina Thürmer-Rohrs Konstrukt beziehen kann. Die Christina Thürmer-Rohr angenäherte Sprache kann Zirkelschlüsse und Begriffsschlampereien nicht verschleiern. So wirft Carola Wildt der Frauenbewegung die Gleichsetzung der Begriffe von Frauen als Objekt und Frauen als Opfer vor, verwendet aber selbst durchgehend „Opfer" und „Ob-

jekt" synonym. Ich habe das Gefühl, Christina Thürmer-Rohrs Thesen gegen die schlampige, beliebige und verzerrende Verwendung durch Carola Wildt in Schutz nehmen zu müssen.

Wie kommt es aber, daß die Klärung des im Zentrum eines analytischen Konzepts stehenden Begriffs nicht geleistet ist, während gleichzeitig dieses Konzept *ausschließlich* eingesetzt wird und neben sich keine anderen analytischen Kriterien duldet? Nun ist die Begriffsklärung sicher auch schwierig bei einem Wort, das viel zuviele und – für die beabsichtigte Bedeutung – dysfunktionale Assoziationen weckt. So versucht Christina Thürmer-Rohr denn auch (7.4.88), Kritik am Umgang anderer Frauen mit *ihrem* Begriff zu üben, und wir lernen, was ein Wort alles *nicht* bedeuten soll (wie auch schon im Kölner Vortrag, 14.3.86). Es macht mich stutzig, wenn ein Begriff gegen soviele Mißverständnisse verteidigt werden muß. – Was offensichtlich nicht gelingt: Die Studentinnen/Absolventinnen des Studienschwerpunkts verstehen ihn variationsreich in sich widersprechenden Bedeutungen. So scheint z.B. unklar, ob der Begriff Mittäterschaft als ethisch wertend oder wertneutral zu verstehen ist. Und: Ersetzt er die „Opferthese" oder ergänzt er sie?

Die Frauenbewegung war...?

Neben den unklaren Begriffsbestimmungen fällt mir das gebrochene Verhältnis zur Geschichte der Frauenbewegung auf.
Da gehen Studentinnen (Arbeitsgruppe II, 6.4.88) mit ironischem – und zu großem – Abstand über feministische Forschungsversuche früherer Jahre hinweg. In der unhistorischen Betrachtungsweise der AG stellen sich zehn Jahre alte Diplomarbeiten nicht etwa als notwendige Erkenntnisschritte dar, auf denen heutige Studentinnen doch immerhin aufbauen können (auch indem sie sie teilweise verwerfen) – nein, sie werden überlegen als kurios charakterisiert, auf den Müll damit! – und rettend stellt sich die *Mittäterschaft als non plus ultra feministischer Erkenntnis* heraus – quasi aus dem Nichts und nicht in Frage zu stellen.
Geschichtslosigkeit spiegelt sich auch darin, daß von der Frauenbewegung ausschließlich in der Vergangenheitsform gesprochen wird. Wir haben uns daran gewöhnt, mediale Ereignisse für das wirkliche Leben zu halten. In den Medien findet Frauen*bewegung* allerdings nicht mehr statt (Frauen*themen* werden integriert und damit entschärft). Nach meinen – realen – Erlebnissen zu urteilen, gibt es die Frauenbewegung aber noch. An der „Basis" wächst sie nämlich nach, z.B. da, wo sich Frauen zusammentun, die nach wie vor der patriarchalen Gewalt zum Opfer fallen. *Sie lebt, aber sie wird totgeschwiegen.*
In Christina Thürmer-Rohrs Darstellung erscheint die Frauenbewegung als zu Recht tot und begraben – nur ihre Fehlerhaftigkeit und Überholtheit wird beschrieben. (Verdankt nicht auch der gastgebende Studienschwerpunkt seine Existenz der Frauenbewegung?) Indem ihre Theoriefeindlichkeit behauptet wird, erscheint sie als defizitär, bis die Mittäterschaftsthese diesen Mangel heilt – *Postfeminismus.*
Die im patriarchalen Alltag sich aufdrängende Erkenntnis von der potentiellen Opferschaft aller Frauen wird als überholt charakterisiert – die Mittäterschaftsthese hingegen steht für Lust an der Erkenntnis, am Denken. Folgerichtig werden (Männer)Denken und (Männer)Lust am reinen Denken als nun auch für Frauen anzustrebend, „große alte Männer" als Vorbild hingestellt (Thürmer-Rohr, 7.4.88). Die *Theorie-Praxis-Dichothomie,* die von der feministischen Forschung doch gerade überwunden werden soll, wird durch dieses Angebot erneut (postfeministisch) etabliert – was zu *Lasten der Praxis* geht: Denken als Handeln begreifen, das sollen die Frauen lernen.
Und sich damit begnügen?
Zu dumm, daß die weitaus meisten Frauen sich nicht in den Höhen universitären Denkens verlieren können, sondern sich in den Niederungen der Praxis ihre Gedanken *und* ihr Handeln – aufeinander bezogen – gestalten müssen!

Christina Thürmer-Rohr entzieht sich konsequent der Anwendung ihrer Theorie auf die Praxis – das „geht ihr alles zu schnell", und in einer Kurzdiskussion verwechselt sie beharrlich das Bemühen von Frauen, das Gehörte auf ihre gelebte Realität zu beziehen, mit der Forderung nach „Rezepten". Diese Verwechslung degradiert die zahlreichen Tagungsteilnehmerinnen zu konsumierenden und denkfaulen Zuhörerinnen. Im gleichen Zusammenhang ist wohl der Verzicht auf den „Lebenshauch der Utopie" zu sehen (Thürmer-Rohr, 7.4.88). Utopie setzt sie mit einer ausschließlich in die Zukunft projektierten Veränderung gleich – ich halte dagegen reale Utopien für in der Gegenwart ansetzende Veränderungskonzepte.
Veränderung nach Christina Thürmer-Rohr scheint aber ausschließlich in der Gegenwart und im Erkennen der Mittäterschaft zu liegen – wie deren Aufkündigung aussehen könnte, ist allerdings (noch?) nicht Gegenstand der Mittäterschafts-Entdeckungslust.
Utopie wird in die Nähe von „Hoffnung" gerückt – auch ein eindimensional verwendeter Begriff. Hoffnung wird mit unrealistischen, „spinnerten" Erwartungen verwechselt und ist für Christina Thürmer-Rohr damit ein reiner Vertagungsmechanismus, nicht das Handeln erst sinnvoll machende Gefühl. In diesem Sinne führt die Hoffnung zur Duldsamkeit und ist damit zentrales Kennzeichen des *weiblichen Sozialcharakters*. Dieser dient – gleichsam übergeschichtlich und unveränderbar – im Konzept der Mittäterschaft als Kategorie für nicht mehr erklärbare Reste, als Lückenfüller. In Vorträgen wie auch als Antwort auf Verständnisfragen wird der weibliche Sozialcharakter als Totschlagargument gebraucht: „...die Frau denkt nicht..., ...die Frau sucht im eigenen Gehäuse..., ...die Frau klebt am Konkreten..., ...die Frau bringt keinen abstrakten Gedanken zum Leuchten...".

„Opfer kann man nicht lieben"

In ihrem Vortrag während der Kölner Tagung zur sexuellen Gewalt hat Christina Thürmer-Rohr ausdrücklich festgestellt, daß Mittäterschaft sich *nicht* auf die Situation bezieht, in der eine Frau zum Opfer fällt (Vergewaltigung z.B.): „Die Frau ist in der sexuellen Gewaltsituation *Opfer* (Hervorhebung Th.-R.), weil sie unter der Drohung des Todes ein Instrument wird, das die Verfügungsfähigkeit des Mannes über die Frau vorführen muß." . . . „Angesichts körperlicher und sexueller Gewalt, angesichts der Opferwerdung der Frau von ‚Mittäterschaft' zu reden, wäre in der Tat nicht nur zynisch, sondern auch sachlich völlig irrwitzig und politisch unverantwortlich. Die Frau ist nicht Mittäterin der sexuellen Gewalttat an sich selbst. (...) Hier gibt es keine Mit-Tat der Frau" (Thürmer-Rohr, 14.3.86).
Warum ist dann in den Berliner Vorträgen so häufig von Frauenhausfrauen die Rede (während der Einführungsveranstaltung, in verschiedenen AG's; Thürmer-Rohr bezieht sich ausdrücklich auf das Buch „Die Liebe der Frauen" von Margrit Brückner) – Mittäterinnen am *eigenen* Elend?
Ist das wieder das Problem der sich aufdrängenden Assoziationen – Ausfluß eines in sich nicht schlüssigen Konzepts, dessen Mängel durch *rein verbale Setzungen* (Mittäterschaft meint nicht...) nicht zu beseitigen sind?

Eigentlich ist es aber gar nicht die „Opfer*these*", an der Kritik geübt wird – die *Frau als Opfer* ist das Unerträgliche.
„Opfer kann man nicht lieben" (Thürmer-Rohr, 7.4.88). Für mich ist das der Schlüsselsatz zum Verständnis einer langen Woche in Berlin. Ja, allerdings – das *gedemütigte* Opfer ist ein nur unter Peinlichkeit und Schmerzen zu betrachtendes Spiegelbild. Da akzeptierst du eher deine Mittäterschaft: *Die damit verbundenen Schuldgefühle hättest du als Opfer ohnehin, aber du ersparst dir das Bewußtsein der eigenen Demütigung.*
Die Verächtlichmachung wird bei Christina Thürmer-Rohr durch einen verengten Opferbegriff noch verdoppelt: Sie sieht nur das lamentierende, passive verharrende, selbstmitleidige, ewige Opfer. Sie *unterschlägt* das widerständige Opfer, das sein Leben aufs Spiel setzt,

die Flucht plant, auf Rache sinnt, Gerechtigkeit einfordert, *sich selbst ernstnimmt.*

Bei den Zuhörerinnen führt der wortreich gestaltete Grauwert weiblicher Opferschaft („Die Frau als Opfer ist unerträglich grau...", 7.4.88) dann auch – wie in der Waschmittelwerbung – zum *Schaudern vor der Geopferten* und zur *Distanz* gegenüber und zur impliziten *Leugnung* der alltäglichen Opferung von Frauen und Mädchen („Die Annahme eines strukturellen Opferseins von Frauen in dieser Gesellschaft stimmt nicht" Carola Wildt, 6.4.88). *Als könnten wir sie damit ungeschehen machen, daß wir sie nur nicht mehr sehen (wollen).*

Aber die Opferung hat über die konkrete Untat hinaus Folgen: Ich habe lange geleugnet, zum Opfer geworden zu sein und bin es dadurch geblieben. Erst seit ich meine Opferschaft erkannt habe, sehe ich die Tat und den Täter (vgl. Ehrhardt, Verbeet 1987). Das aber soll angeblich die Mit*täter*schaftsthese leisten: den Blick umso schärfer auf den Täter richten zu können (daher *nicht* Mit*täterinnen*schaft). „Vor Mittäterschaft muß von Täterschaft gesprochen werden." (Thürmer-Rohr, 7.4.88) Genau das geschieht *nicht* im Verlauf der Tagung. Christina Thürmer-Rohrs Bemerkung „Wir sind hier bei den Tätern" (in den Räumen der TU) bleibt folgenlose Koketterie.

Wie blind die Mittäterschaftsthese für die Täter machen kann, will ich an einem Beispiel erläutern: Martina Emme schildert in ihrem Vortrag über die „Ich-kann-nicht-Haltung" (7.4.88) die Schwierigkeiten einer Klavierspielerin, das Improvisieren zu lernen. Sie greift dabei in die Kindheit/Jugend zurück, in der das Mädchen Klavierspielen lernt: Sie *beschreibt* dabei das Verhalten des Vaters, seine Verhinderungstaktik, aber sie *analysiert* das Verhalten der Mutter. Die Tochter schiebt ihr eigenes Versagen lieber ihrem weiblichen Sozialcharakter, dem Erbe ihrer Mutter zu, anstatt die Doublebind-Situation zwischen Vater und Tochter analytisch anzugehen: Er bindet sie an das Klavierspiel, sein *Metier,* ohne ihr das Terrain zur freien Entfaltung zu überlassen – er erdrückt sie mit seinem Talent, indem er seine Fähigkeit zum Klavierspiel vor ihr produziert.

Diese Art der Täterschaft wird in poetischen Texten der Tochter eher verschleiert als eindringlich belegt, während die Ermahnungen der Mutter zum Üben und ihr Nichteindringen in den väterlichen Bereich schonungslos als Mittäterschaft am späteren Versagen der Tochter charakterisiert werden. Das Muster der Schuldzuweisung ist bekannt.

Es geschieht hier zweierlei: 1. Mittäterschaft assoziiert eben nicht *mit dem Täter sein,* sondern *Mittäter(in) sein.* (Verräterisch in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß im Programmheft der Tagung beide Anfangstage in der Überschrift „Frauen als Mittäter*innen*" benennen.) 2. Weibliches Handeln wird in dem Zusammenhang mit männlichem Handeln eingesperrt.

Autonome Frauenbewegung, das wäre demnach ein Widerspruch in sich – weg damit!

Ist das verwirrende Bild dieser Tagung also gar nicht auf Rezeptionsfehler zurückzuführen? Ist nicht vielmehr all das mitgemeint: Wenn weibliches Handeln gar nicht autonom, sondern nur mit dem Täter sein kann, dann muß auch das Denken darüber (als Handeln begriffen) mit dem Täter sein – patriarchales Denken. Ein „Konzept feministischer Forschung und Ausbildung" also doch patriarchale Wissenschaft oder auf dem Weg dorthin? Dann wären auch die Hinweise auf das, was Männer besser machen, klarer erkannt haben, nicht mehr erstaunlich.

Die Absage an die Utopie verleiht der Mittäterschaftsthese das zynische Etwas, das dem Aufbruch der Frauen immer wieder das Totschlagargument vom weiblichen Sozialcharakter in den Weg legt.

Der Ansatz der Mittäterschaft arbeitet manipulativ in *methodischer, inhaltlicher* Hinsicht und in der Art seiner *Darstellung* auf der Tagung. *Methodisch* fällt auf, daß Begriffe wie Utopie, Hoffnung, Opfer reduziert eindimensional aufgefaßt werden, um sie abweisen zu

können, während die Begriffe Mittäterschaft und weiblicher Sozialcharakter auf alle Aspekte weiblicher Existenz im Patriarchat angewendet und damit beliebig werden.
Auf der *Inhaltsebene* ist dem Ansatz Geschichtsklitterung vorzuwerfen.
Die *Präsentation* macht das offensichtlichste Ärgernis der Tagung aus: Nicht nur quantitativ kommt die Diskussion zu kurz, auch qualitativ wird Kritik nicht zugelassen – sie wird als Angriff gewertet, es gibt keinen Austausch, kein Einarbeiten ins eigene analytische Konzept. Diese Art der Selbstdarstellung ist nicht zufällig, sie paßt ins Konzept der Mittäterschaft: Methodisch, inhaltlich und in der Art der Präsentation wird der Eindruck erweckt, als seien alle Möglichkeiten zur Veränderung für Frauen unerreichbar. *Alle Ausgänge versperrt.*
Aber das spiegelt nur den *Verlust der Verankerung in der Frauenbewegung.* Wer sich derartig selbst einmauert, kann nur noch in die Höhen eines von der Praxis gereinigten Denkens entkommen. Die Gedanken sind frei...
Es wird Zeit, daß sich das Mittäterschaftskonzept einer Frauenbewegungsöffentlichkeit nicht nur vorstellt, sondern stellt und damit wahrnimmt, daß außerhalb der Universität eine Realität existiert. Die Chance, aus der akademischen Isolation herauszukommen, wurde für dieses Mal verpaßt.

Literatur

Vorträge im Rahmen der Veranstaltung „Mittäterschaft von Frauen – Ein Konzept feministischer Forschung und Ausbildung. Tagung vom 6.-10. April 1988 an der Technischen Universität Berlin", vor allem:

6.4.88
AG II: Entwicklung von Beiträgen zur Gewalt gegen Frauen

WILDT, Carola: Ein „kollektives Ohnmachtstrauma"? Analysen und Kritik der Opferdefinition der Frau

7.4.88
THÜRMER-ROHR, Christina: Mittäterschaft von Frauen – Gewalt des Erbes und Eingriffe in die Aktionen der Selbstzerstörung

EMME, Martina: Weiblichkeit als Kulturbarriere – „Die Ich-kann-nicht-Haltung"

weitere Literatur:

BRÜCKNER, Margrit: Die Liebe der Frauen, Über Weiblichkeit und Mißhandlung, Frankfurt/M. 1983

EHRHARDT, Heidrun / VERBEET, Elisabeth: Den Feind beim Namen nennen, Sexuelle Gewalt gegen Mädchen, in: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 20, Köln 1987

THÜRMER-ROHR, Christina: Frauen in Gewaltverhältnissen, Vortrag, gehalten auf der Kampagne gegen sexuelle Gewalt am 14. März 1986 in Köln-Mülheim, veranstaltet vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, veröffentlicht in: taz v. 28.3.1987

dies.: Vagabundinnen, Feministische Essays, Berlin 1987

Vorankündigung Heft 24:

Feministische Konzepte: woher – wohin? (Arbeitstitel)

Als wir Feministinnen uns Anfang der 70er Jahre aus den linken Männerbünden entfernten, um endlich eine Politik im Interesse der Frauen zu entwickeln, hatten wir außer uns selbst und unserem Willen zur Autonomie nichts, worauf wir hätten bauen können: Keine Theorie, die nicht die Situation der Frau systematisch ausblendete oder verzerrte, kein Wissen, kein Datum, das nicht offen oder versteckt den Interessenstandpunkt der Männergesellschaft enthielt. Die Reflexion unserer Alltagserfahrungen, unsere konkreten politischen Projekte gegen Männergewalt, für die Selbstbestimmung über unsere Körper, für andere Lebensformen, unsere Analysen zum kapitalistischen Patriarchat waren die Basis für die neuen, feministisch-theoretischen Ansätze, die quer zu allen Theorien standen. Unsere Stärke war die Gleichzeitigkeit von feministischen Kämpfen und theoretischer Weiterentwicklung feministischer Konzepte, getragen von einer allgemeinen Aufbruchsstimmung.
Inzwischen leben wir in der „endlosen Endzeit" (Ehrhardt), die geprägt ist von konservativen und rechtsgerichteten Grundströmungen; Armut, Gewalt und ökologische Zerstörung nehmen zu. Unsere Begriffe werden offen oder klammheimlich in Besitz genommen, wobei sie aus dem Zusammenhang herausgelöst und in ihrem Bedeutungsgehalt verändert werden; so erhielt z.B. der Autonomiebegriff einen völlig anderen Inhalt. Unsere politischen Handlungsmöglichkeiten werden immer spärlicher. Die Kompromißbereitschaft von Frauen gegenüber den herrschenden Verhältnissen wächst.
Mit flotten Sprüchen werden uns alte patriarchale Hüte als letzter feministischer Schrei verkauft. Frauen dürfen heute „wählen", ob sie die moderne, flexible Frau, die Beruf und Familie schafft, ob sie Voll-Mutter oder die Berufs-Powerfrau sein wollen. Alles was „neu" ist, hat z.Zt. unter Frauen einen hohen Stellenwert: die neue „Nachdenklichkeit", die neue „Mütterlichkeit", die neue „Bescheidenheit" und der neue „Existentialismus". Die dahinter liegenden Konzepte werden von den Medien hochgejubelt, von den Männern beklatscht. Aber wir müssen uns fragen, ob sie uns unserem Ziel, die kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisse abzuschaffen, näher bringen. Oder ist uns das Ziel abhanden gekommen?
Im nächsten Heft der „beiträge" sollen solche aktuelle frauenspezifische Konzepte kritisch hinterfragt werden. Kritik ist für uns die Kunst der Beurteilung und nicht der simplen Verurteilung, d.h. wir selbst brauchen Maßstäbe, Bezugspunkte, um bewerten zu können; aber auch die Positionen, aus der heraus „neue" Theoriestücke entstanden, sind zu durchleuchten und offenzulegen, damit das dahinter liegende Weltbild sichtbar werden kann.
So wäre z.B. nach folgendem zu fragen: Welche philosophischen, soziologischen und politischen Wertvorstellungen stehen dahinter; spiegeln sie bestimmte Zeitströmungen, die historische Parallelen aufweisen oder sind sie singulär; welche zentralen feministischen Begriffe haben im Zusammenhang mit den neuen Konzeptionen einen Bedeutungswandel erfahren; sind sie Modernisierungsstrategien des kapitalistischen Patriarchats oder/und politische Handlungskonzepte, die es anknacken, verändern oder völlig umwälzen können; an welchem Ort sind sie entstanden; sind sie z.B. allein von Wissenschaftlerinnen in den patriarchalen Hochburgen (z.B. Universitäten) erdacht oder besteht noch eine lebendige Verbindung zur autonomen Frauenbewegung, usw.
In dieser Hinsicht ist es allerdings auch notwendig, die eigene Position in diesem Diskurs zu bestimmen. Wir erhoffen uns trotz aller Gegensätze eine offene und kontroverse Diskussion, an der sich Vertreterinnen und Kritikerinnen in gleicher Weise beteiligen.

Redaktionsschluß ist der 15. Oktober 1988.

Rezension

Katharina Oguntoye, May Opitz, Dagmar Schultz (Hrsg.)

Farbe bekennen

Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte
Orlanda-Frauenverlag, Berlin 1986, 243 Seiten, Preis: 29,80 DM

„Wir sind kein Fragment Eurer Phantasie"

Afro-deutsche Frauen definieren sich selbst und brechen das Schweigen über Rassismus

Heimat ist ein innerer Bezugspunkt. Sie bezeichnet Vertrautheit, Gewohnheit – aber auch Geborgenheit, Sicherheit, Zuflucht, sie steht für das Gefühl dazugehören. Auf all dieses erhebe ich Anspruch. Ich lasse mir meine Heimat nicht verweigern. (Ellen Wiedenroth, S. 170)

„Wo kommen Sie her?" „Wie lange sind Sie schon hier?" „Sie sprechen aber gut deutsch!" „Seien Sie froh, daß Sie hierbleiben und arbeiten dürfen!" „Wann gehen Sie zurück?" Dauernd wird die afro-deutsche Minderheit mit diesen Fragen und Bemerkungen konfrontiert. Durch Unwissenheit über den Lebenshintergrund dieser Bevölkerungsgruppe, vermischt mit rassistischen Vorurteilen – „schwarz sein und deutsch sein, da stimmt doch etwas nicht" (Ellen Wiedenroth, S. 166) – wird Menschen afro-deutscher Herkunft absurderweise ihre Nationalität im eigenen Land ständig streitig gemacht und ihnen das Recht auf eine selbstbestimmte kulturelle Identität abgesprochen. Es wird ihnen das Gefühl vermittelt, daß sie aufgrund ihrer Hautfarbe nicht ins Land gehören. Obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind und deutsch als Muttersprache sprechen. Permanent werden sie von weißen Deutschen unter Druck gesetzt, ihre Existenz erklären und rechtfertigen zu müssen, trotz der Tatsache, daß die afro-deutsche Geschichte mehrere Generationen umfaßt. Als Bevölkerungsgruppe nimmt sie das weiße deutsche Bewußtsein nicht wahr; gleichzeitig aber wird ihnen unaufhörlich bescheinigt, wie auffällig sie ihre Hautfarbe macht.

Mit *Farbe bekennen* treten 14 afro-deutsche Frauen im Alter von 17 bis 70 aus dem Allein-Kämpfen-Müssen gemeinsam an die Öffentlichkeit. In Gedichten, Lebensbildern, Gesprächen und Photographien kommen sie der Leserin sehr nahe. Eindringlich und mit großem Mut zur Offenheit schildern sie sehr persönliche Erfahrungen der Kindheit und des Frauseins als schwarze Deutsche in einer rassistischen und sexistischen Gesellschaft. Genauso wertvoll sind die mit selten zugänglichem Bildmaterial illustrierten historisch-analytischen Kapitel von May Opitz. Das Buch ist in drei geschichtliche Zeiträume gegliedert, wobei jeder Teil von einem sozialhistorischen Abriß eingeleitet wird. Darauf folgen persönliche Berichte und Lyrik der jeweiligen Frauengeneration. Die Dichte und Vielschichtigkeit dieser Struktur ermöglicht einen Zugang zur afro-deutschen Geschichte und Erfahrungswelt in bemerkenswerter Tiefe und Breite.

Im ersten Teil beleuchtet May Opitz u.a. die Ursprünge der heutigen rassistischen Ressentiments gegen Schwarze in der eurozentrisch-christlichen Farb- und Lichtsymbolik und in der Rechtfertigungsideologie des deutschen Kolonialismus. An der Unterdrückung der kolonisierten AfrikanerInnen waren auch die weißen Frauen der Kolonialmacht beteiligt. Der „Frauenbund der deutschen Kolonialgesellschaft" propagierte z.B. die „Umerziehung" der „Unzivilisierten" unter die Ideale deutscher

Zucht und Sitte. Auf der persönlichen Ebene waren weiße Frauen in den damaligen Kolonien schwarzen Frauen „deutlich rücksichtsloser und verblendeter" eingestellt als schwarzen Männern gegenüber. Im eurozentrisch-definierten Christentum stehen „schwarz" und „dunkel" für das Bedrohliche, Unheimliche, Schmutzige, Teuflische, Verwerfliche, Sündhafte – kurz, für das Anti-Christliche überhaupt. „Weiß" und „hell" dagegen werden mit Unschuld, Reinheit (hygienisch und moralisch) – mit der Vollkommenheit schlechthin gleichgesetzt.

Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts wurden AfrikanerInnen öffentlich in Berlin „ausgestellt", um das Interesse an Kolonien bei der deutschen Bevölkerung zu stärken. Dies geschah z.B. im Passage-Panopticum in der Friedrichstraße, wo 63 Frauen aus Dahomey (von der damaligen Presse „wilde Weiber" genannt) der Öffentlichkeit vorgeführt wurden. Sogar im Zoologischen Garten wurden Menschen aus Afrika zur Schau gestellt. Außerdem mußten diese Menschen als „Forschungsobjekte" zur Förderung der Anthropologie und Ethnologie herhalten. Selbst für die Messung der Klitoris-Größe gab es einen Spezialisten.
Bei der Besetzung des Rheinlandes nach dem Ersten Weltkrieg gab es auch schwarze Soldaten aus den damaligen Kolonien, v.a. bei den französischen und belgischen Truppen. Kurz nach dem Einmarsch der Besatzungstruppen legten alle Parteien außer der USPD eine Interpellation vor, in der sie den Rückzug der schwarzen Soldaten forderten. Ihre Anwesenheit wurde darin als „Schmach" bezeichnet. Begründung: „Für deutsche Frauen und Kinder... sind diese Wilden eine schauerliche Gefahr" (S. 49). Die Aussagen der Mütter der etwa 800 afro-deutschen Kinder, die in diesem Zeitraum zur Welt kamen, ließen sich jedoch nicht mit dem Mythos vom „schwarzen Vergewaltiger" in Einklang bringen. Laut einer amtlichen Untersuchung gab nur eine Mutter die Geburt ihres Kindes als Folge einer Vergewaltigung an. Eine Medaille des bayerischen Hauptmünzamtes von 1920 zeigt auf der einen Seite – unter der Überschrift „Schwarze Schande" – eine langhaarige blonde Frau, die an einen überdimensionalen, behelmten Penis gefesselt ist. Der Verlust der Kolonien bedeutete also keineswegs Überwindung des rassistischen Kolonialbewußtseins.

Der persönliche Bericht der Schwestern Anna G. und Frieda P. zeigt die enge Verknüpfung afro-deutscher Geschichte mit der kolonialen und nationalsozialistischen Vergangenheit auf. 1891 kam ihr Vater mit zwei anderen Kamerunern aus den ersten Familien ihres Landes auf Veranlassung von Wilhelm II. zur Ausbildung nach Deutschland. Frieda P. und Anna G. beschreiben einige Erlebnisse unter der Terrorherrschaft des Nationalsozialismus. Plötzlich kannten die meisten Freundinnen und Nachbarn sie nicht mehr. „Ich weiß nicht, wie die das für sich selbst verkraftet haben, uns einfach so fallengelassen zu haben" (Frieda P., S. 70). Auf der Straße wurden sie angespuckt und angerempelt, „Bastarde" und „Mischlinge" beschimpft. Im Fach „Rassenkunde" hieß es: „...die Mischlinge stammen vom Teufel" und „die Mischlinge können nur die schlechten Eigenschaften von beiden Rassen erben". Auf einmal durften sie nicht mal die Schule mehr besuchen.

Allein bis 1937 wurden 400 Zwangssterilisationen an Afro-Deutschen aktenkundig. Frieda P. schildert, wie auch sie zur Zwangssterilisation abgeholt wurde. Unterwegs weinte sie heftig. In der Klinik angekommen, ließ man sie wieder gehen. Drei ihrer Freundinnen wurden von der Mutter in einem Kloster versteckt. Sie wurden jedoch dort abgeholt und zwangssterilisiert. Als Anna G. schwanger war, wurde ihr gesagt: „Unser Führer legt keinen Wert auf solche Kinder" (S. 72). Viele Afro-Deutsche wurden in Konzentrationslager verschleppt. Frieda P. berichtet, wie sie zwei KZ-Entflohene gesund pflegten und bis Kriegsende versteckten. Auch Afro-Deutsche wurden zur Zwangsarbeit verpflichtet und erhielten Ausbildungsverbot. Mit den an Afro-Deut-

schen begangenen Verbrechen fand bisher keine Auseinandersetzung statt.

Der zweite Teil von *Farbe bekennen* befaßt sich mit Afro-Deutschen nach 1945. Die etwa 3.000 Kinder afro-deutscher Herkunft, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, galten als Sondergruppe unter den sog. „Besatzungskindern", die aufgrund angeblich „minderen Erbgutes" „ein menschliches und rassisches Problem besonderer Art darstellt(en)". Anstelle einer offenen Auseinandersetzung über Rassismus wurden die weißen Mütter schwarzer Kinder geächtet und verurteilt. Diese Ablehnung der Mütter wurde wiederum auf die Töchter projiziert – „es wurde ihnen... unterstellt, zum ‚Fehlverhalten' der Mütter veranlagt zu sein" (S. 98).
Ein Schwerpunkt der autobiographischen Erzählungen der Frauen dieser Generation betrifft die Tatsache, daß durch die zusätzliche Konfrontation mit Rassismus schwarze Frauen die sexistische Unterdrückung weißer Männer in extremer Form erleben. Helga Emde beschreibt ihr Dasein in der weißen Männerwelt als „einziges Spießrutenlaufen". Sie erinnert sich an einen Spaziergang mit Freundinnen: „Kaum gingen wir an irgendwelchen Arbeitern vorbei, kamen sofort Bemerkungen: ‚Die Schwarze, die will ich...' Innerlich erstarrte ich zur Salzsäule" (S. 106).
Astrid Berger erklärte ein Freund, mit dem sie ein Jahr zusammenlebte: „Ein Mannequin oder eine Stewardess kann ich täglich haben, eine schwarze Frau aber nicht". Am gleichen Tag trennte sie sich von ihm. Abena Adamako, eine Afro-Deutsche der jüngeren Generation, schreibt über das Zusammenwirken von Rassismus und Sexismus: „... alle Frauen werden angemacht, aber bei mir gibt es keine Zurückhaltung mehr. Ich empfinde die Art, wie es geschieht, als plump und erniedrigend. Weiß doch jeder, was eine schwarze Frau einem Mann bieten kann" (S. 200).

Drei andere Frauen der jüngeren Generation diskutieren im dritten Teil des Buches – „Rassismus hier und heute" – die weiße Schönheitsnorm, nach der schwarze Frauen entweder als häßlich abgelehnt oder als „interessante" Exotinnen bewundert werden. Über die sexistisch-rassistischen Wahrnehmungskanäle werden afro-deutsche Frauen oft als supererotische Exotinnen, die obendrein wunderbar singen und tanzen können – „dir liegt doch die Musik im Blut, du mußt doch tanzen können" (S. 111) – und die gefälligst Erwartungen, die diesen Projektionen entsprechen, zu erfüllen haben, gesehen. Laura Baum benennt diese Erwartungshaltung: „Action gegen grau, gegen trostlos, gegen weiß, gegen Langeweile" (S. 152) und erklärt: „Damit kann ich schlecht umgehen, weil ich nun mal keine Märchenprinzessin bin und nicht aus sonstwoher mit tollen Gewächsen und Gerüchen komme..." (S. 149).

Immer wieder bekommen afro-deutsche Frauen gesagt: „Ach, ihr Mulattinnen seht doch alle gleich aus" (S. 149). Ellen Wiedenroth weist auf das ständige Hervorheben der Schattierungen der Hautfarbe bei Afro-Deutschen hin. Die so vermittelte Botschaft lautet: „Du bist ja gar nicht so schwarz, du bist ja ‚nur'... Ich bin also nicht ganz so schmutzig, schlecht, bedrohlich, nur ein bißchen" (S. 165). Wenn sie sich gegen solche Zuordnungen wehrt, kommt sofort der Vorwurf der Überempfindlichkeit. Über diesen Punkt will sie schon lange nicht mehr reden, sie definiert sich als schwarz „und nicht dunkel-, hell- oder sonstwie braun" (S.165). Durch die ständige Hochstilisierung ihrer äußeren Erscheinung, können schwarze Frauen in einem weißen Bezugssystem noch weniger als weiße Frauen von ihrem Aussehen abstrahieren.

Die Autorinnen von *Farbe bekennen* haben eine „unsichtbar-blutige" Kindheit gemeinsam. Nebst rassistischen Witzen – „mal sehen, ob du abfärbst", „bist wohl in den Kakao gefallen" (S. 179) –, subtilen Verletzungen und offenen Anfeindungen, war Isolation eine zentrale Erfahrung.
Sie wuchsen auf in dem Gefühl von „Einsamkeit, Draußenstehen und Ausnahmesein" (S. 10). Oft waren sie das

einzige schwarze Mädchen in der Familie, Schulklasse und Nachbarschaft. Als Strategie, dem Rassismus entgegenzutreten, wurden sie sehr streng erzogen. Helga Emde erinnert sich: „Ich durfte nirgends auffallen, sonst wäre ich nicht als kleines freches Mädchen aufgefallen, sondern als ‚Nigger', ‚Mohrenkopf', ‚Sarottimohr'" (S. 104).

Die aktive Auseinandersetzung mit ihrem zweifachen Erbe als Deutsche und Afrikanerin und mit dem Mechanismus des latenten und offenen Rassismus einer Gesellschaft, „die neutral scheint, es aber nicht ist", haben die Autorinnen darin bestärkt, zu sich und zur eigenen Hautfarbe zu stehen. Als Teil ihres Befreiungsprozeßes haben diese Frauen eine Eigendefinition entwickelt – sie setzen den Begriff „afro-deutsch" bewußt den negativ besetzten Außenbezeichnungen wie „Mischling" oder „Mulattin" entgegen. Für viele afro-deutsche Frauen und Männer waren *Farbe bekennen* und die öffentlichen Lesungen der Autorinnen eine Chance, mit neuem Selbstbewußtsein bezüglich ihrer Herkunft und Identität aus der Vereinzelung herauszutreten. In mehreren Städten haben sie Intitiativen gegründet, außerdem ein überregionales Komitee. Sowohl innerhalb der regionalen als auch der überregionalen Zusammenschlüße gibt es Frauengruppen.
Zwei Zeitungen gibt es auch schon: *Onkel Tom's Faust* (neuer Titel: *Afro-Look)* und *Afrekete – Zeitung für afro-deutsche und schwarze Frauen.*
Auch für die weißen Frauen der feministischen Bewegung ist *Farbe bekennen* sehr wichtig. Es bietet die Möglichkeit, sich die Unterschiede in der Lebenssituation schwarzer und weißer Frauen bewußt zu machen. In *Scheidelinien – Über Sexismus, Rassismus und Klassismus* schreibt Anja Meulenbelt: „Der Feminismus der achtziger Jahre wird durch die Einsicht gekennzeichnet, welche Unterschiede zwischen Frauen herrschen... Um Unterschiede zu überbrükken, müssen wir sie kennen" (S. 16, 17). Und Audre Lorde lehrt uns, daß nicht die Unterschiede zwischen Frauen uns trennen, sondern die Weigerung, diese Unterschiede zu erkennen und zu nutzen. Antirassismus kann die Frauenbewegung nur stärken, da die Unterdrükkungssysteme des Rassismus und des Sexismus beide der Aufrechterhaltung der Herrschaftsverhältnisse dienen. Nicht etwa aus Mitleid, sondern aus solidarischer Empathie und im eigenen Interesse sollen weiße Frauen den antirassistischen Kampf unterstützen. Nur eine Frauenbewegung, für die Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhaß zentrale Themen sind, kann mit Glaubwürdigkeit von sich behaupten, für die Befreiung aller Frauen zu kämpfen. Es kann weißen Frauen aber nicht nur darum gehen, dem institutionellen Rassismus den Kampf anzusagen; wir müssen gleichzeitig den eigenen, persönlichen Rassismus bewußt machen und uns davon befreien. *Farbe bekennen* kann als grundlegendes Buch für die antirassistische Arbeit verwendet werden. Es setzt einen schweren Stein ins Rollen.

Engela Geyer

Autorinnen

Jutta Berninghausen, 34 Jahre, Diplompädagogin, ab 1977 Mitarbeit am Aufbau des 2. Berliner Frauenhauses, bis 1982 hauptamtlich dort tätig, danach längere Auslandsaufenthalte in Indonesien, z.Zt. Arbeit an einer Dissertation über Frauenkooperativen auf Java.

Marianne Braig, 34 Jahre, Sozialwissenschaftlerin, z.Zt. in einem Forschungsprojekt am Lateinamerika-Institut der FU Berlin beschäftigt, Thema des Projektes: Städtische Erwerbsarbeit und Erwerbsperspektiven von Frauen in Ländern der Dritten Welt (Teilprojekt: Mexiko); in den letzten Jahren mehrere Forschungsaufenthalte in Mexiko.

Claudia von Braunmühl, 44 Jahre, Dr. phil., war nach 11-jähriger Lehre der politischen Wissenschaft (internationale Politik) an den Universitäten in Frankfurt und Edinburgh als Beauftragte des deutschen Entwicklungsdienstes 4 Jahre lang in Jamaika tätig und arbeitet seitdem als Lehrbeauftragte und freie Gutachterin.

Gabriele Broetz, 33 Jahre, Ethnologin, arbeitet z. Zt. an einer Dissertation über die Ökonomie und sozialen Beziehungen der Songhay-Frauen in Mali.

Eva-Maria Bruchhaus, geb. 1934 in Dresden, Studium der Politikwissenschaften in Paris, Redakteurin bei der Deutschen Welle, Köln, Programmberaterin bei „Radio Mali", Studium der Internationalen Agrarwissenschaften in Witzenhausen, seit 1978 als freie Gutachterin und Gelegenheitsjournalistin tätig.

Esther Dischereit, 36 Jahre, Tätigkeit als Sozialsekretärin; Journalistin und Schriftstellerin.

Heidrun Ehrhardt, 36 Jahre, lesbisch, Studium der Theater-, Film- und Fernsehwissenschaften, gehört zur Selbsthilfegruppe „Wildwasser", lebt und schreibt in Köln.

Helga Emde, 42 Jahre, Dilpom-Pädagogin, berufstätig, Mitglied der „Initiative Schwarze Deutsche" (ISD) und des Anti-Rassismus-Arbeitskreises beim Weltkirchenrat in Genf, Mutter von 2 Söhnen.

Susanne Gura, 33 Jahre, Ernährungswissenschaftlerin mit dem Arbeitsschwerpunkt Entwicklungspolitik; lebt z.Zt. in Indien und erwartet ein Kind.

Govind Kelkar, lebt als freie Wissenschaftlerin in New Delhi, hat sich vor allem mit Frauen in China und den Auswirkungen der Modernisierung, z.B. der Grünen Revolution auf Frauen in Indien beschäftigt.

Birgit Kerstan, 33 Jahre, Diplompädagogin, einen Sohn, Mitarbeit beim Aufbau der stadtteilnahen Volkshochschule Berlin, besonders in der Frauenbildungsarbeit tätig, längere Auslandsaufenthalte in Indonesien, bis 1985 Referentin im ASA-Programm, z.Zt. Arbeit an einer Dissertation über Frauenkooperativen auf Java.

Marion Kraft, afro-amerikanisch-deutscher Herkunft, 1946 in Gelsenkirchen geboren, studierte Anglistik/Amerikanistik und Germanistik in Köln, Frankfurt a.M. und Columbus, Ohio (USA), arbeitet seit 1982 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Oberstufen-Kolleg der Universität Bielefeld als Lehrende für Englisch und

Frauenstudien; Arbeits- und Interessensschwerpunkte: Sozio-historische Frauenforschung, Afro-amerikanische Frauenliteratur, Frauen im südlichen Afrika, feministische Literaturkritik und -Didaktik.

Susanne Lipka, geb. 1958, Diplom-Pädagogin, seit 1983 Arbeitsschwerpunkt Prostitutionstourismus und Frauenhandel; 1985/85 Studienaufenthalte in Thailand und auf den Philippinen, seit 1986 Mitarbeit im agisra-Büro in Frankfurt.

Chandra Talpade Mohanty, ist Assistentin am Institut für Women's Studies and Sociology of Education am Oberlin College in Ohio.

Elvira Niesner, geb. 1961, Diplom-Soziologin mit Schwerpunkt Politik und Frauenforschung; Anfang 1985 Studienaufenthalt auf den Philippinen; Mitarbeiterin des agisra e.V., Mitarbeit im agisra-Büro Frankfurt.

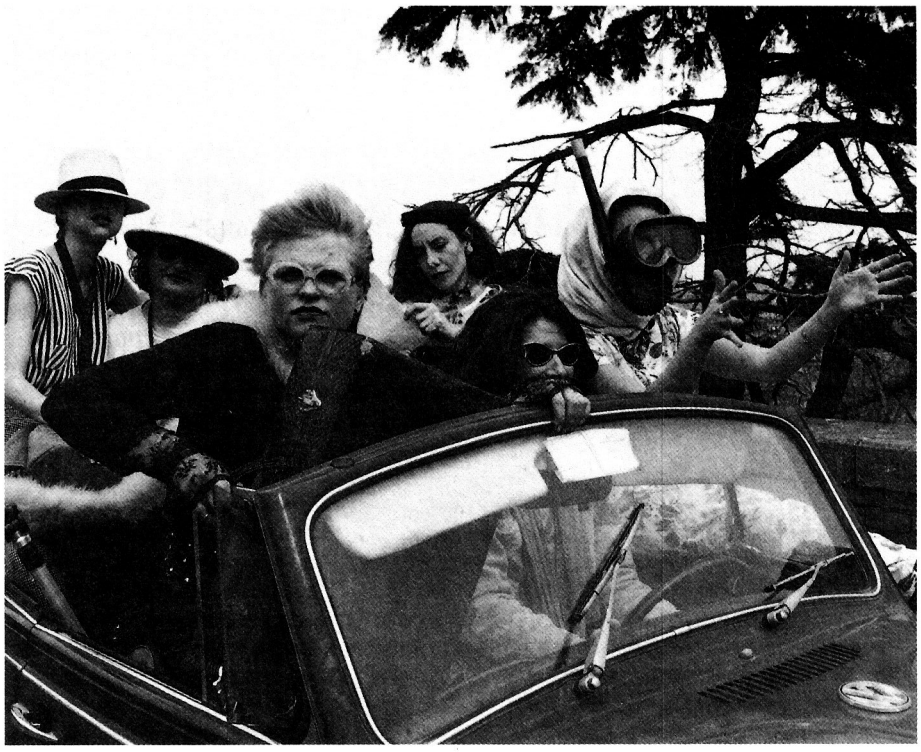
Eva v. Pirch, geb. 1959, Ökonomin, mehrjährige Filmarbeit im Bereich Verleih von Filmen Afrikas, Lateinamerikas u.a., arbeitet seit 1986/87 innerhalb der Afro-Deutschen Frauengruppe; seit 1988 Mitherausgeberin der Zeitschrift Afrekete – Zeitschrift für afro-deutsche und schwarze Frauen.

Hildegard Scheu, 32 Jahre, Diplom-Psychologin, schreibt z.Zt. an einer soziologischen Doktorarbeit über Frauenarbeit im unorganisierten Sektor Indiens und Arbeiterinnen-Organisationen und hält sich mit einem DAAD-Jahresstipendium in Indien auf.

Christa Wichterich, ist gerade auf dem Sprung nach Nairobi – Kontinentwechsel nach 10 Jahren Leben in und Beschäftigung mit Süd- und Südostasien, scheidet deshalb mit diesem Heft aus der beiträge-Redaktion vorerst aus.

Gabriele Zdunnek, 34 Jahre, MA Ethnologie, Dr. phil.; Arbeitsschwerpunkte: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Westafrikas, Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß, Industrialisierung und Technologietransfer, Arbeitsemigration, anthropologische Theorie; arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem DFG-Projekt „Städtische Erwerbsarbeit und Erwerbsperspektiven von Frauen in Ländern der Dritten Welt (Mexiko und Nigeria)" an der Freien Universität Berlin, Lateinamerikainstitut.

Herbst '88



Ilse Zambonini (Hg.)

England – Schottland – Wales der Frauen

Reihe Reise und Kultur

ca. 300 Seiten, ca. 29.80 DM
ISBN 3-88104-178-8

Susanne Kappeler

Pornographie – Die Macht der Darstellung

aus dem Englischen von Karen Nölle-Fischer
ca. 280 Seiten, ca. 26.80 DM
ISBN 3-88104-177-X

Hilke Schlaeger (Hg.)

Mein Kopf gehört mir

Reihe Frauenoffensive Aktuell

200 Seiten, 18.00 DM
ISBN 3-88104-179-6

Erika Wisselinck

Jetzt wären wir dran

Frauen und Politik

ca. 160 Seiten, ca. 14.80 DM
ISBN 3-88104-181-8

Hedwig Dohm

Schicksale einer Seele

Roman
Reihe Moderne Klassikerinnen

gebunden, mit Schutzumschlag
ca. 360 Seiten, ca. 34.00 DM
ISBN 3-88104-180-X

Eva Figes

Die sieben Zeitalter

Roman

Aus dem Englischen
ca. 260 Seiten, ca. 26.00 DM
ISBN 3-88104-182-6

Frauenoffensive
Kellerstr. 39, 8000 München 80
Tel. (089) 48 51 02

PERIPHERIE

ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK UND ÖKONOMIE IN DER DRITTEN WELT
Forum theoretisch orientierter Analyse und Diskussion zu Fragen der Dritten Welt

PERIPHERIE

- diskutiert gesellschaftliche und wirtschaftliche Prozesse
- nimmt Alltagskämpfe und soziale Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt und in den Metropolen auf (Ökologie-, Frauenbewegung, Rassismusproblematik u.a.)
- vernetzt regionalspezifische Debatten
- setzt sich auseinander mit Befreiungsbewegungen an der Macht, mit Inhalten und Bedingungen von Solidarität
- nimmt an der Sozialismus-Debatte teil
- untersucht Differenzierungsprozesse in der kapitalistischen Peripherie (»Schwellenländer«, »Ölländer«, »Vierte Welt«)
- bringt Beiträge kritischer Wissenschaftler aus der Dritten Welt
- analysiert unter interdisziplinären Gesichtspunkten

Bezug:
LN-Vertrieb
Gneisenaustraße 2
D-1000 Berlin 61

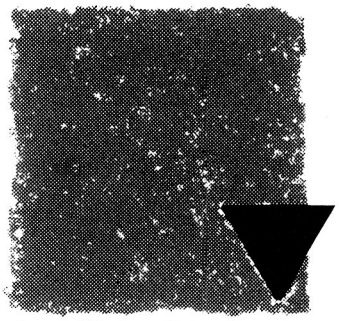
Vierteljahreszeitschrift (112.S.)
Einzelheft DM 9,- / Doppelheft DM 16,-
Abo Einzelperson DM 30,-
Abo Institutionen DM 60,-
Überseeabo (Luftpost) DM 47,- (77,-)

AnFragen 1
Diskussionen Feministischer Theologie

Weil wir nicht vergessen wollen...
...zu einer Feministischen Theologie
im deutschen Kontext.
Hg. v. Christine Schaumberger

140 S. DM 19,80
ISBN 3-925592-02-4

MORGANA



FRAUENBUCHVERLAG

Die Beiträge dieses Bandes haben als Ausgangspunkte die feministische Debatte um Antijudaismus in der Feministischen Theologie, die Forderung nach einer theologischen Reflexion des Kontextes sowie die Frage nach einer »Theologie nach Auschwitz«. Die Aufsätze untersuchen die Zusammenhänge

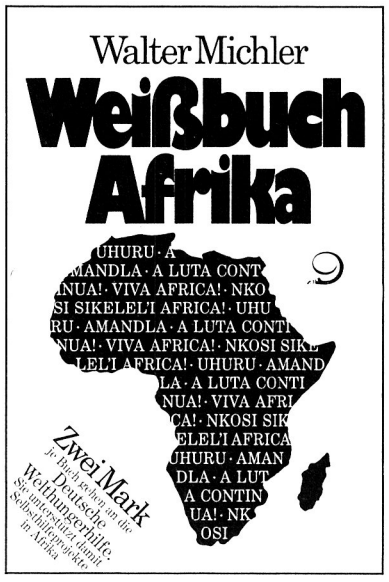
- von heutiger frauenfeindlicher und lebenszerstörender Politik und der Politik des Nationalsozialismus,
- von Sexismus, Rassismus, Antijudaismus / Antisemitismus,
- von jüdischer Frauengeschichte und christlicher Frauengeschichte.

Morgana Frauenbuchverlag Postfach 5323 D-4400 Münster

Das Handbuch zu Afrika

Verständlich geschrieben und als Handbuch kapitelweise lesbar präsentiert das **Weißbuch Afrika** umfassende und aktuellste Daten und neueste Erkenntnisse, ergänzt durch zahlreiche Spezialkarten und Tabellen. Es vermittelt ein Afrikabild, wie es so in keiner Publikation bislang vorliegt.

496 Seiten mit zahlr. Karten, Tabellen und Abbildungen, brosch. 29,80 DM



Verlag J.H.W. Dietz Nachf. Bonn

1999

Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts **2/88**

Kommentar **Fritz Fischer zum 80. Geburtstag**

Karl Heinz Roth **Ein Spezialunternehmen für Verbrennungskreisläufe: Konzernskizze Degussa**

Anita Kugler **Die Behandlung von Feindvermögen dargestellt am Beispiel der Adam Opel AG**

Manfred Steinkühler **Unser auswärtiger Dienst**

Peter Bucher **Die Tagebücher von Joseph Goebbels**

Dokument **Justitiar der Räuber – Wolfgang Heintzeler**

»1999« wird herausgegeben von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und ist über den Buchhandel zum Einzelpreis von DM 14,– erhältlich. Im Abonnement kostet das Heft DM 12,–. Bestellungen beim Vertrieb: inter abo Betreuungs-GmbH, Wendenstraße 25, 2000 Hamburg 1, Telefon (040) 23 09 92.

beiträge
zur feministischen theorie und praxis

Die erste theoretische feministische Zeitschrift in der Bundesrepublik

Für die *„beiträge"* ist der Feminismus keine Sache für Schönwetterperioden.

Die Zeitschrift will Ernst machen mit der Erarbeitung einer Gesellschaftstheorie, die von der Frauenperspektive aus gesellschaftliche Verhältnisse im kapitalistischen Patriarchat analysiert einschließlich des Verhältnisses zur Dritten Welt und zur Natur.

Die *„beiträge"* verstehen sich als ein Forum der internationalen Frauenbewegung und bringen im Rahmen von Themenschwerpunkten Analysen, Praxisberichte und Theoriediskussionen, die zur Klärung unterschiedlicher Positionen in der Frauenbewegung beitragen sollen.

Mit der neuen Konzeption der *„beiträge"* stehen ab Heft 8 jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Fragen und Probleme im Mittelpunkt. Dazu sind bisher erschienen:

Heft 8	**Gegen welchen Krieg – für welchen Frieden?** (1983)
Heft 9/10	**Neue Verhältnisse in Technopatria – Zukunft der Frauenarbeit** (1983)
Heft 11	**Frauenforschung oder feministische Forschung?** (1984)
Heft 12	**alltag: Natur, Technik, Magie** (1984)
Heft 13	**unser Staat?** (1985)
Heft 14	**Frauen zwischen Auslese und Ausmerze** (1985)
Heft 15/16	**Geld oder Leben** (1985)
Heft 17	**Neue Heimat Therapie** (1986)
Heft 18	**Politik: Auf der Spur – gegen den Strich** (1986)
Heft 19	**Politik: Zeit zum Streit** (1987)
Heft 20	**Der neue Charme der sexuellen Unterwerfung** (1987)
Heft 21/22	**Mamalogie** (1988)
Heft 23	**Modernisierung der Ungleichheit – weltweit** (1988)
Heft 24	**Feministische Konzepte: woher – wohin?** (Arbeitstitel, erscheint Ende 1988)

Die ***„beiträge zur feministischen theorie und praxis"*** erscheinen dreimal im Jahr. ● Bezug: über den Buchhandel sowie Abonnement- und Einzelbestellungen direkt beim Verlag. Umfang: ca. 144 Seiten. ● Einzelhefte (Heft 8 bis Heft 12) 14,– DM, ab Heft 13 Einzelhefte 16,– DM, Doppelhefte 28,– DM, Jahresabonnement 38,– DM. ● Verlag und Redaktion: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel. (02 21) 52 64 22 ● Hrsg: Verein Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen.

Abonnement-Bestellung

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Jahresabonnement zu 38,– DM ☐

als Mitgliederinnenabonnement zu 35,– DM ☐

als Förderabonnement ab 60,– DM ☐

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Nr. 565 30-500

Geschenk-Abonnement

Hiermit bestelle ich ab Heft ..... die *„beiträge zur feministischen theorie und praxis“* (jeweils 3 Nummern)

als Geschenkabonnement zu 38,– DM ☐

für:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Rechnung bitte an:

Name: . . . . . .

Anschrift: . . . . . .

Datum: . . . . . Unterschrift: . . . . . .

Das Geschenkabonnement läuft automatisch nach drei Nummern aus, sofern es nicht schriftlich verlängert wird.

Redaktion und Verlag: Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1, Tel.: 0221/526422

Konto: Sozialwissenschaftliche Forschung & Praxis für Frauen e.V.
Stadtsparkasse Köln (BLZ 370 501 98) Nr. 7 192 032
Postgiroamt Köln (BLZ 370 100 50) Nr. 565 30-500

* 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge * 10 Jahre beiträge *